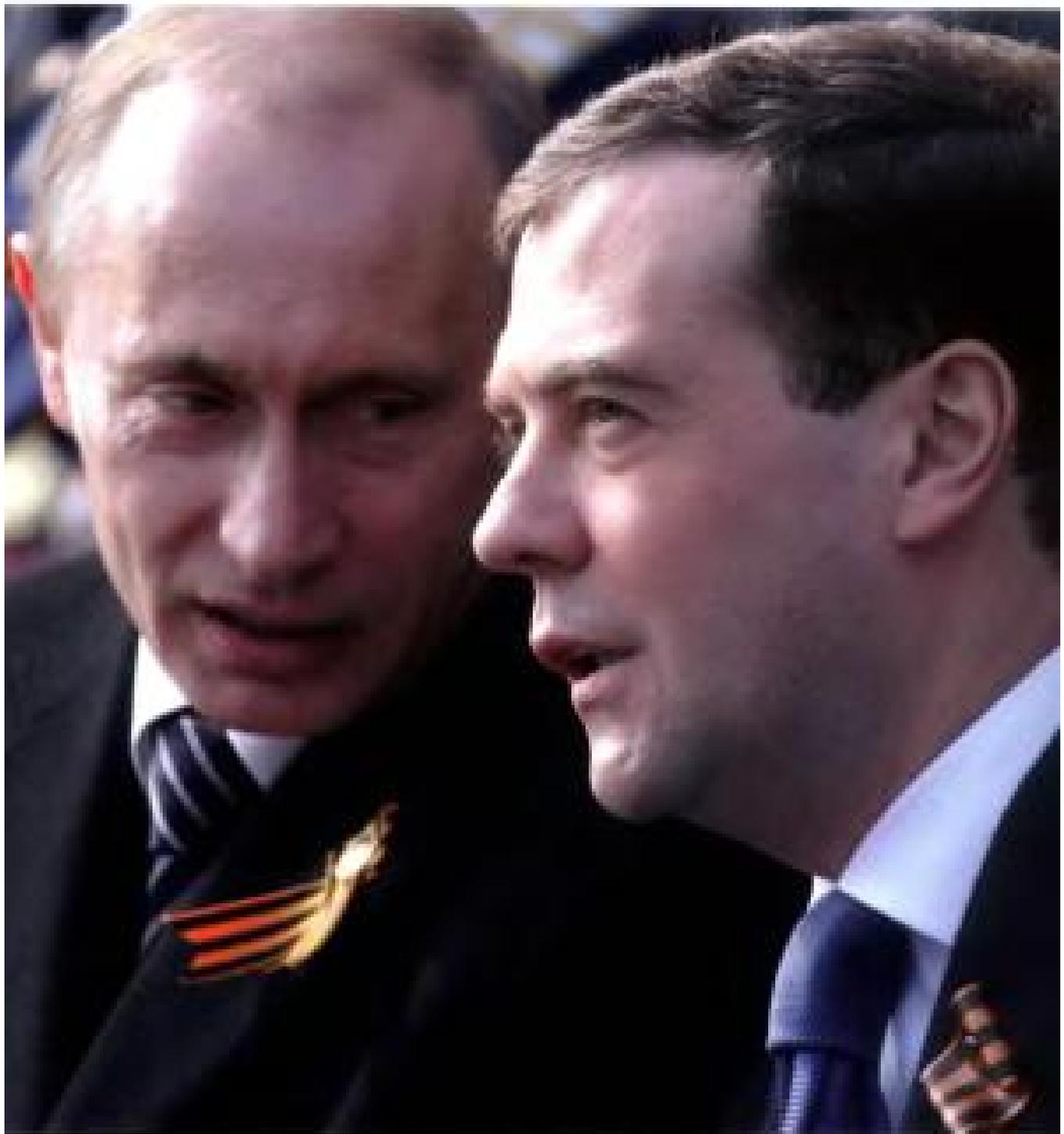


Urheberrechtlich geschütztes Material

# Alexander Rahr

# Putin nach Putin

Das kapitalistische Rußland  
am Beginn einer neuen Weltordnung



Urheberrechtlich geschütztes Material

UNIVERSITÄS

Alexander Rahr  
Putin nach Putin



**A l e x a n d e r R a h r**  
**Putin nach Putin**

**Das kapitalistische Rußland  
am Beginn einer neuen Weltordnung**

**UNIVERSITAS**

Bitte besuchen Sie uns im Internet unter  
<http://www.universitas-verlag.de>

© 2009 by Universitas Verlag in der  
Amalthea Signum Verlag GmbH, Wien  
Alle Rechte vorbehalten  
Schutzumschlag: [g@wiescher-design.de](mailto:g@wiescher-design.de)  
Umschlagbild: gettyimages, München  
Satz: Fotosatz Völkl, Inzell/Obb.  
Gesetzt aus der 10,8/13,3 Stempel Garamond  
Druck und Binden: CPI Moravia Books GmbH  
Printed in the EU  
ISBN: 978-3-8004-1481-9

---

## Inhalt

Gelungene Pirouette .....	7
---------------------------	---

### Teil I – Judo und Yoga

Straßenkämpfer und Musterknabe .....	39
Agent und Advokat .....	70
Oligarchen und Geheimdienste .....	100

### Teil II – Eiszeit und Tauwetter

Zar und Wesir .....	133
Berlin und München .....	164
I & E .....	195

### Teil III – Präsident unter Putin

Kaukasuskrieg und Folgen .....	229
Putin und Medwedew im Gespräch .....	259

Personenregister .....	289
------------------------	-----



---

## Gelungene Pirouette

*Im Jahre 1999, im siebten Monat, wird ein  
großer Schreckenskönig vom Himmel kommen:  
Den großen Mongolenkönig wird er von den Toten  
erwecken, vor und nach Mars (Krieg) wird er  
frühzeitig regieren.*

Nostradamus-Prophezeiungen, X. Centurie, 72. Vers

Wladimir Putins Präsidentschaft beginnt 1999 mit dem Tschechenienkrieg und endet 2008 mit dem Georgienkrieg. 1999 liegt Russland wirtschaftlich am Boden und ist vom Zerfall bedroht. 2008 ist Russland wieder eine Energiesupermacht, die ihre verlorenen Einflussphären zurückerobert. Soll der Westen Russland eindämmen oder angesichts der kommerziellen Energieverflechtungen eine Koexistenz auf dem gemeinsamen Kontinent suchen? Droht ein neuer Kalter Krieg, oder werden die EU und Russland strategische Partner angesichts der wirklichen Herausforderungen in globalen Fragen?

In den westlichen Medien jagt eine Hiobsbotschaft die andere. Die Energiepreise sollen für Normalbürger so ansteigen wie niemals zuvor. Zahlreiche Mittelstandsfirmen fürchten den Bankrott, die Automobilindustrie einen drastischen Rückgang ihrer Produktion. Auch Flugreisen werden bald für Otto Normalverbraucher unerschwinglich. Im Winter könnten zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg in Europa Menschen wieder frieren.

Russland bietet Europa an, zu helfen. Russland ist bereit, noch mehr Gas nach Westen zu liefern. Dafür will Moskau neue Pipelines bauen. Doch in der EU geht wieder die Angst um vor den aggressiven Russen, die dem Westen das Gas zudrehen könnten. Europa fürchtet in einen Zangengriff von Gazprom zu geraten.

Die wichtigsten Entscheidungen werden in Russland von Putin getroffen. Er hat seinen Zögling Dmitri Medwedew auf den Zarenthron gesetzt, regiert aber Russland weiterhin in der Eigenschaft als Regierungschef. Medwedew ist Präsident unter Putin – Kremlchef von Putins Gnaden. Was ist von Russland zu erwarten?

### *Der Ölschock*

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion kämpft Russland zunächst ein Jahrzehnt um sein wirtschaftliches Überleben. Dann, im Sommer 1999, beginnt sein historischer Wiederaufstieg. Das Land wiegt sich im Glück. Der Ölpreis auf den Weltmärkten schießt nach oben und beschert dem Energieexportland Russland unerwartete Milliardengewinne. 2008 steigt der Ölpreis auf den internationalen Märkten schon um das Siebenfache und erreicht die magische Grenze von 150 US-Dollar pro Barrel. 2007 kostete ein Barrel Öl noch 70 US-Dollar. Wird er 2009 die Marke von 200 US-Dollar erreichen?

Während Russland in Petrodollars schwimmt, gerät die Weltwirtschaft in einen dritten Ölschock. Der Einschnitt ist dramatischer als bei den ersten beiden Ölkrisen in den 70er-Jahren, als die arabischen OPEC-Staaten die westlichen Industrieländer mit der Ölwanne zu einer Abkehr von Israel zwingen wollten und die Iranische Revolution die amerikanische Geopolitik am Persischen Golf veränderte. Damals verkraftete der Westen die Preisspirale. Heute muss er, so die Warnung des Chefs des Internationalen Währungsfonds, Dominique Strauss-Kahn, sich gleich mit drei schweren Weltwirtschaftskrisen auseinandersetzen. Überhöhte

Energiepreise, dramatisch nach oben schnellende Nahrungsmittelpreise und Amerikas Finanzschwäche haben die internationale Weltwirtschaft in Mitleidenschaft gezogen. Auf dem G-8-Gipfel in Japan verständigen sich die Staatsschefs der führenden Industrieländer der Welt, die globalen Probleme mit übergreifender Kooperation zu bekämpfen. Ihnen muss jedoch klar sein, dass die Krise ernsten und latenten Charakter hat.

Die Gründe für den starken Preisanstieg für Energieträger sind unverkennbar. Erstens, der unermessliche Energiehunger der wachsenden asiatischen Volkswirtschaften in China und Indien. Das Milliardenvolk China ist zweitgrößter globaler Energieverbraucher nach den USA. Um seine Rohstoffversorgung für die Zukunft zu sichern, beginnt China nun auch politisch nach Zentralasien und Afrika zu expandieren.

Zweitens die instabile Lage am Persischen Golf, die angesichts der bestehenden und noch anstehenden Kriege gegen den internationalen Terrorismus sich weitaus dramatischer verschlechtert als vor 40 Jahren. Die Demokratisierung von Afghanistan und des Iraks wird, wenn sie denn überhaupt gelingt, noch Jahre dauern und vom Westen viele Opfer abverlangen. Das Schreckensszenario einer Machtübernahme fundamentalistischer Extremisten im Atomstaat Pakistan scheint nicht mehr abwegig.

Drittens die wachsenden Energieabhängigkeiten und die immer knapper werdenden eigenen Rohstoffreserven der westlichen Welt. 2008 führt die EU beispielsweise 40 Prozent ihres benötigten Erdgases von außerhalb Europas ein, schon in einem Jahrzehnt muss sie, aufgrund steigender Nachfrage und auslaufender Eigenförderung, 80 Prozent – also das Doppelte – importieren. Für die europäische Energieversorgungssicherheit bedrohlich: Die für die Zukunft benötigten Energieressourcen befinden sich größtenteils in autoritär regierten Ländern, zu denen der Westen schwierige Beziehungen unterhält.

Viertens die Renationalisierungstendenzen der Energieförderung bei den wichtigsten Energieproduzenten wie Russland, Venezuela und den arabischen Golfstaaten. Die Regierungen dieser

Staaten erkennen, dass sie mit ihren strategischen Ressourcen politische Druckmittel gegenüber dem reichen Westen besitzen. Sie reduzieren den Einfluss der internationalen Ölkonzerne auf ein Minimum, enteignen sie und zwingen sie in »strategische Kooperationen« mit eigenen Staatskonzernen.

Fünftens der auf sich wartende Durchbruch bei der Entwicklung von alternativen Energieträgern im Westen. Aufgrund der billigen Energiemarktpreise in den 80er- und 90er-Jahren verpasste der Westen die Chance, mehr Gelder in die Erforschung alternativer Energiequellen zu investieren. Deutschland beschloss Ende der 90er-Jahre aus ökologischer Grundgesinnung den Atomausstieg. Auch die Kohleförderung ist eingestellt. Es ist höchste Zeit, verstärkt in die Generierung alternativer Energieförderung wie Solartechnik und Biogas zu investieren. Dadurch wird aber Energie generell immer teurer.

All diese genannten Faktoren verstärken die Preisspirale auf dem Ölmarkt. Ein darüber hinaus drohender Gaskonflikt zwischen Europa und Russland würde die Lage weiter verschärfen.

Mit angstvollen Blicken verfolgen die Eliten in den westlichen Industriestaaten, die sich anderthalb Jahrzehnte lang als ultimative Sieger im Systemstreit mit dem Kommunismus betrachteten, wie die Grundpfeiler der liberalen Wirtschaftsordnung zu bröckeln beginnen. Zwar basiert die Weltordnung des beginnenden 21. Jahrhunderts weiterhin auf der Sicherheitsarchitektur der Transatlantischen Gemeinschaft und ihrem soliden Verteidigungsinstrument, der NATO. Niemand will den humanistischen Wertekanon, über den die Europäische Union so erfolgreich zusammengeschweißt ist, infrage stellen. Und erst recht wagt kein ernst zu nehmender Politiker sich eine Alternative zu den erprobten Institutionen des liberalen Welthandels wie WTO, OECD, IWF, Weltbank vorzustellen.

Doch am fernen Horizont sind die Konturen einer neuen Weltordnung mit ihren Begriffen wie BRIC (inoffizielle Bezeichnung für die Gruppe der am schnellsten wachsenden Schwellenländer Brasilien, Russland, Indien, China), Schanghai Organisation für

Zusammenarbeit und der Gas OPEC zu erkennen. Immer lauter ertönen die Stimmen derjenigen, die eine Erweiterung der G-8 auf die stärker werdenden Schwellenländer wie China, Indien, Brasilien, Südafrika favorisieren. Denn in diesen bevölkerungsstarken Volkswirtschaften fordert inzwischen ein gewachsener Mittelstand eigenen Wohlstand – mehr Autos, mehr Energieverbrauch, mehr Umweltverschmutzung, mehr Konsum, doppelte Tagesmahlzeiten und mehr Mitsprache in der nationalen und internationalen Politik. In zehn bis zwanzig Jahren wird Europa nicht mehr, wie in den vergangenen zwei Jahrtausenden, der Nabel der Welt sein. Die BRIC-Staaten werden über 40 Prozent der weltweiten Wirtschaftsleistung erbringen und die Entscheidungen der internationalen Politik dürften dann nicht mehr in New York, London und Brüssel, sondern in Beijing, Neu Delhi und vielleicht auch wieder Moskau gefällt werden. Aus der G-8 kann in wenigen Jahren eine G-12 werden. Auch der vor über 60 Jahren begründete UN-Sicherheitsrat spiegelt die gegenwärtigen Machtverhältnisse in der Weltpolitik nicht mehr wider.

Die unipolare Weltordnung mit der westlichen Führungsmacht USA an der Spitze, die nach dem Zerfall der Sowjetunion und des Kommunismus entstand und zunächst als wichtigster Pfeiler für die künftige Weltpolitik angesehen wurde, hat mit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 einen ersten Rückschlag erfahren. Von diesem Schicksalsdatum an befindet sich der Westen in der Defensive. An jenem 11. September hat die Stunde einer multipolaren – oder pollosen – Weltordnung geschlagen.

Europa zeigt sich bis heute unwillig, an der Seite der USA in einen dritten Weltkrieg gegen einen neuen asymmetrischen Feind – den internationalen Terrorismus – zu ziehen. In Europa beginnt ein vorsichtiger Emanzipationsprozess von den USA in globalen Sicherheitsfragen. Schon für den Irakkrieg 2003 bekamen die USA von ihren Westalliierten nicht die erhoffte Unterstützung und bei der sich immer gefährlicher gestaltenden Befriedung von Afghanistan kommt vonseiten der traditionellen Verbündeten der USA nur begrenzte Hilfe. US-Präsident George W. Bushs ambitio-

nierte NATO-Erweiterungspläne auf die Ukraine und Georgien werden von Deutschland und Frankreich nicht geteilt. Auch können sich nur wenige Europäer mit der Stationierung der amerikanischen Raketenabwehrsysteme in Mittelosteuropa anfreunden, und bei einem möglichen Militärschlag gegen den Iran würden die übrigen NATO-Länder Washington ebenfalls die Gefolgschaft verweigern.

Es bröckelt nicht nur in den transatlantischen Beziehungen. Auch das neue Europa, das sich nach seiner historischen Wiedervereinigung nach dem Kalten Krieg zu einem globalen Akteur entwickeln wollte, gerät schon bei der Konstruktion der eigenen Führungsstruktur in Kollision mit einzelnen Mitgliedsstaaten. Zwei Varianten einer europäischen Verfassung sind inzwischen abgelehnt. Es existiert keine funktionierende gesamteuropäische Armee. Gegen Ende des ersten Jahrzehnts des so optimistisch begonnenen 21. Jahrhunderts gerät Amerika in eine Wirtschaftsrezession, die Europa anzustecken droht.

Die Schwächen des Westens wollen sich Russland und China zunutze machen. Von einem strategischen Bündnis dieser beiden Staaten bei der Gestaltung der künftigen Weltordnung kann zwar noch keine Rede sein, doch Russland und China haben sich im UN-Sicherheitsrat in Fragen wie Iran, Kosovo und Zimbabwe auf gemeinsame antiwestliche Position verständigt. Russland fordert die Aufnahme Chinas in die G-8. Sowohl Moskau als auch Beijing sehen sich als Opfer einer westlicher »Moralindustrie« und wollen nicht, dass die Beziehungen zum Westen am Grad ihrer inneren Demokratisierung gemessen werden. Der Westen sollte Russland und China keineswegs unterschätzen. Analysen, nach denen Russland am Energietropf hängt und die russische Wirtschaft bei einem Rückgang des Ölpreises kollabieren wird, sind töricht.

Europa registriert angstvoll, in welche Energieabhängigkeiten von Russland es sich begeben könnte. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt importiert die EU zirka 30 Prozent seiner Öl- und Gaslieferungen aus Russland (zehn Prozent aus Algerien). Doch die

Nachfrage nach russischen Energieträgern steigt und kann in einem Jahrzehnt 60 Prozent betragen – falls keine alternativen Energiequellen aufgetan werden und keine Diversifizierung zum russischen Gasimport erfolgt. Westliche Energieexperten beschwichtigen: Sollte es zu einem Energiekonflikt mit Russland kommen, könnte die EU rasch alternative Pipelines von Nordafrika verlegen, Erdgas als LNG (Flüssiggas) aus anderen Kontinenten beziehen und alternative Energiequellen effektiver nutzen. Auch die Rückkehr zur Atomenergie wäre durchaus eine Option und würde die Dimensionen der Abhängigkeiten von Energierohstoffimporten drastisch reduzieren.

Die deutsche Wirtschaft fordert dagegen eine kooperativere Vorgehensweise: Russland habe den Westen im Verlauf von 35 Jahren Gashandel niemals erpresst und sogar in den Tagen des Zusammenbruchs der Sowjetunion mit Gas versorgt. Das bestehende und noch auszubauende Pipelinennetz von Russland in die EU solle Produzent und Konsument zu einer echten strategischen Energiepartnerschaft verbinden. Der Gasproduzent Russland und der Gaskonsument EU seien aufeinander angewiesen, die Abhängigkeiten wären gegenseitiger Natur, denn wohin, wenn nicht nach Europa, könne Russland sein Gas verkaufen, und woher, wenn nicht aus Russland, soll Europa im 21. Jahrhundert seine künftigen Rohstoffe beziehen? Schließlich benötige Russland die hohen Gewinne aus dem Rohstoffexport, um im Westen die notwendige Technologie für seine eigene Modernisierung zu kaufen. Die EU solle die Energiepartnerschaft mit Russland noch intensiver suchen. Es wäre fatal, wenn sich Russland für eine alternative Energieallianz mit Asien entscheiden und Europa bei der Förderung der sibirischen Gasfelder den Kürzeren ziehen würde. Über eine auf gegenseitige Abhängigkeiten basierende Energiepartnerschaft könne Russland auch politisch an die EU angebunden werden. Die Energieallianz würde dann für Europa eine ähnliche Bedeutung erhalten wie die Kohle- und Stahlunion nach dem Zweiten Weltkrieg.

Dass sich die kommende Weltordnung des 21. Jahrhunderts

nicht unbedingt friedlich etablieren würde, zeigt das Aufkommen von Abwehrmechanismen gegen Russland, wie die polnische Idee einer Energie-NATO oder des so genannten Kartells der Transitländer. Letzteres will den Bau von neuen Erdgaspipelines aus Russland nach Europa über die Ostsee und das Schwarze Meer verhindern. Die Angst vor einem russischen »Zangengriff« durch die »Nord Stream« und »South Stream« geht um. Die EU beginnt Energiediversifizierungsstrategien nach Zentralasien und Nordafrika zu entwickeln. Russland hält dagegen, erkämpft sich im Georgienkrieg 2008 seine Einflussphäre im Kaukasus zurück und baut an einem Gaskartell der produzierenden Länder. Sind das die dunklen Vorboten künftiger globaler Rohstoffkonflikte?

*Moskau, 10. Dezember 2007, Internationaler Menschenrechtstag*

Wochenlang hat Präsident Putin seine eigenen Eliten und die internationale Öffentlichkeit im Unklaren über den bevorstehenden Machtwechsel gelassen. Jetzt nennt er endlich den Namen desjenigen Politikers, den er für an geeignetsten hält, seine Nachfolge im Kreml zu übernehmen. Die Entscheidung fällt Putin offensichtlich allein. Medwedews spontane Reaktion auf seine Ernennung zum »Kronprinzen« ist symptomatisch. Der Überglückliche nimmt die ausgestreckte Zarenkrone dankend an und verspricht im gleichen Atemzug, seinen Mentor Putin im künftigen Kabinett mit der Regierungsbildung zu beauftragen. Russland soll in einer Art Doppelherrschaft regiert werden und Putin, neben dem künftigen Präsidenten Medwedew, die Rolle eines einflussreichen Premierministers einnehmen.

Hat Medwedew sich möglicherweise bereit erklärt, eine Präsidentschaft im Schatten Putins zu führen, um sofort zurückzutreten, falls Putin sein altes Präsidentenamt wieder beansprucht? Trotzdem begrüßt der Westen die Kandidatur für die kommenden

Präsidentenwahlen. Von allen möglichen Kronprinzen ist er der einzige ohne direkte Verbindungen zu den Geheimdiensten. Putin will seine Entscheidung nicht kommentieren. Nach außen hin wird die Kandidatur Medwedews als eine Konsensentscheidung aller kremlnahen Parteien verkündet. Doch es halten sich hartnäckige Gerüchte, dass Putin der Name Medwedew von einigen einflussreichen Mitgliedern der ehemaligen Jelzin-Familie in einem privaten Gespräch angetragen worden ist. Der Name Anatoli Tschubajts wird in diesem Zusammenhang häufig genannt. Nur eine Präsidentschaft Medwedews sei in der Lage, die Übermacht der Geheimdienste im Kreml zu neutralisieren und sicherzustellen, dass Russland seine gegen Ende des vergangenen Jahrhunderts angefangene Reform- und Modernisierungspolitik fortsetzt, so Tschubajts' Argumentation, der Putin wortlos zugehört haben soll. Medwedew soll die auf westlichen Eliteschulen ausgebildeten jungen Manager sowie den mündig gewordenen russischen Mittelstand in die Politik integrieren. Nur so, und nicht durch Kontrolle der Geheimdienste, könne Russland sich in der globalisierten Welt von morgen behaupten.

*Moskau, Roter Platz, 2. März 2008*

Medwedews Wahl am 2. März 2008 entspricht keinen westlichen demokratischen Standards. Echten Oppositionspolitikern wird die Teilnahme am Wahlkampf so schwer gemacht, dass sie frühzeitig das Handtuch werfen. In den Medien werden Medwedews Konkurrenten als lächerliche Statisten dargestellt. Medwedew profitiert ausschließlich von Putins großer Popularität im Land. Laut Umfragen stehen im Frühjahr 2008 fast 80 Prozent der Bevölkerung hinter Putin. Sie wählen Medwedew nicht aus Überzeugung, sondern weil Putin ihn als Nachfolger empfiehlt. Und dennoch: Der Machtwechsel von Putin zu Medwedew ist der demokratischste in der gesamten russischen Geschichte. Die russischen Zaren starben im Amt oder wurden ermordet. Auch die so-

wjetischen Generalsekretäre schieden entweder durch Tod oder durch Absetzung (Chruschtschow, Gorbatschow) aus ihren Ämtern. Putins Vorgänger Jelzin hatte keine Chance mehr, an der Macht zu bleiben, und übergab aus Eigenschutz sein Amt in der Silvesternacht 1999/2000.

Politik und Gesellschaft sind in Russland auf Putin fixiert. Mit seinem Namen verbinden die Russen die gegenwärtige Stabilität. Auch der Westen sieht in Putin den hauptsächlichen Entscheider in außenpolitischen Fragen. Hätte Putin ein Referendum über den eigenen Verbleib an der Macht abgehalten, würden sich 80 Prozent der Russen gegen seinen Weggang als Präsident ausgesprochen haben. Doch Putin kann und will die gültige Verfassung nicht verändern. Die Stabilität in Russland, die er in den vergangenen acht Jahren aufgebaut hat, darf durch neue Manipulationen am politischen System nicht gefährdet werden. Diese Einsicht vertritt Putin seit Beginn seiner Präsidentschaft. Für ihn ist es wichtig, in die Geschichte einzutreten als erster Kremlherrscher, unter dem die politischen Spielregeln nicht zugunsten des Amtsinhabers verändert werden.

Kurz vor Mitternacht öffnen sich die schweren Tore des Kreml an der Seite des Spasski-Turms, und zwei Männer treten heraus. Auf dem Roten Platz herrscht Schneegestöber. Trotzdem erhebt sich dort eine Tribüne, auf der russische Musiker einige hundert Jugendliche mit lauter Rockmusik unterhalten. Soeben sind die offiziellen Ergebnisse der an diesem Tag stattgefundenen Präsidentschaftswahlen veröffentlicht worden. Zwei Drittel der Russen haben sich für Medwedew entschieden. Lässig marschieren der alte und der neue Präsident gemeinsam zur Konzerttribüne und lassen sich von den Jugendlichen feiern.

Medwedew trägt Lederjacke und Jeans – er will sich mit dem aufstrebenden jungen Russland identifizieren. Er ist von der kommunistischen Vergangenheit weitgehend unbelastet. Er war noch nicht volljährig, als Leonid Breschnew starb. Mit 19 Jahren erlebte er den Beginn der Perestrojka-Politik. Der neu gewählte Kremlchef hat praktisch die zweite Hälfte seines Lebens schon

nicht mehr im alten kommunistischen System verbracht. Im Wahlkampf lässt er überall seine Vorlieben für die westliche Rockmusik verkünden. Kurz vor den Präsidentschaftswahlen gibt Medwedews Lieblingsband, Deep Purple, ein von Gasprom gesponsortes Privatkonzert für den Kronprinzen in Moskau. Ein britischer Journalist trifft Medwedew mit seiner Ehefrau am letzten Adventstag, voll bepackt mit Weihnachtsgeschenken, auf dem Londoner Flughafen Heathrow. Nicht nur im Westen verbinden viele Menschen mit Medwedew die Hoffnung auf ein moderneres, sich endgültig aus den Fängen des Totalitarismus befreiendes Russland. Medwedew muss, wie vor einem Vierteljahrhundert der Reformler Gorbatschow, über die Köpfe der mächtigen konservativen Staatsbürokratie hinweg an die modernen Nachwuchseliten seines Landes appellieren, ihre aufgeklärten Vertreter in die Etagen der Staatsmacht platzieren und ihre Interessen fördern. Ohne Abstimmung mit Putin ist diese Politik allerdings zum Scheitern verurteilt. Putins Schritt wird auf einmal schneller, und Medwedew hat Mühe, dem Kampfsportler zu folgen.

In der glücklichen Stunde des Sieges steht und tanzt Medwedew zum Rhythmus der russischen Rockband nicht alleine auf der Tribüne auf dem nächtlichen Roten Platz. In seinem Rücken spürt er den Hauch seines Mentors. Putin hat Medwedew in dieser Nacht auf den russischen Thron gesetzt. In vielen Gesprächen zuvor muss der scheidende Präsident mit Medwedew eine Art Deal ausgehandelt haben, denn Medwedew wirkt in dieser Stunde keineswegs frei. Nachdem Putin und Medwedew am Vormittag ihre Stimmen in den entsprechenden Moskauer Wahllokalen abgegeben hatten, aßen sie vor laufenden Fernsehkameras demonstrativ zusammen in einem Moskauer Nobellokal zu Mittag. Zu offiziellen Anlässen werden sie nun gemeinsam erscheinen – als neues Zarentandem.

An sich ist eine Doppelherrschaft für Russland nichts Außergewöhnliches. Als nach der Zeit der Wirren zu Beginn des 17. Jahrhunderts der 16-jährige Michail Romanow von den Bojaren zum neuen Zaren gewählt wurde (1613), führte er die Regie-

zungsgeschäfte 20 Jahre gemeinsam mit seinem Vater, dem Patriarchen von Russland, Filaret. Letzterer, zuvor aus der polnischen Gefangenschaft zurückgekehrt, wies seinen Sohn vor allem in Fragen der Außenpolitik ein. Ausländische Delegationen, so berichten Quellen, wurden von Vater und Sohn zusammen empfangen. 60 Jahre später regierten die beiden Enkel Michails I, die Zaren Iwan V und Peter I, 1789 bis 1796 erneut im Tandem, bis Peter I zum bedeutendsten Zaren der russischen Geschichte avancierte.

Die Doppelherrschaft hatte auch in der sowjetischen Geschichte durchaus Tradition. Nach Lenins und Stalins Tod, aber auch nach der Absetzung Nikita Chruschtschews (1964) regierte im Kreml jedes Mal eine »kollektive Führung« oder ein »Triumvirat«. Stalin benötigte mindestens ein halbes Jahrzehnt, um sich auf gewaltvolle Weise aller seiner Rivalen zu entledigen. Nach dem Tode Stalins 1953 dauerte es drei Jahre, bis Chruschtschew sich als unumschränkter Anführer der UdSSR feiern konnte. Nach Chruschtschews Sturz 1964 dauerte es ebenfalls zwei Jahre, bis Leonid Breschnew die alleinige Führung im Politbüro beanspruchen konnte. Eine Kollektivführung hatte stets zu verbissenen Machtkämpfen auf Leben und Tod geführt.

In den 90er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts machte Russland die denkbar schlechtesten Erfahrungen mit seiner Doppelherrschaft. Im Juni 1991 gab es im Kreml plötzlich zwei Chefs – den sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow und den zum Präsidenten der Russischen Republik frei gewählten Boris Jelzin. Der Machtkampf der beiden endete ein halbes Jahr später mit dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems und der Zerstückelung der Sowjetunion. Im Oktober 1993 kam es in Russland wieder zur Ausbildung einer Doppelherrschaft. Das aus Altkommunisten und Nationalisten bestehende Parlament verweigerte Jelzins Reformen die Unterstützung und proklamierte Vizepräsident Alexander Ruzkoj zum Kremlchef. Jelzin beendete die Doppelherrschaft, indem er sein Parlament mit Panzern beschießen ließ. Derselbe Jelzin ließ daraufhin eine neue russische

Verfassung ausarbeiten, in der die autoritären Machtbefugnisse des Präsidenten fest verankert wurden.

Wie kann angesichts dieser seit 15 Jahren unverändert gültigen Verfassung eine Doppelherrschaft Medwedew/Putin in Russland funktionieren? Beobachtern der russischen politischen Entwicklung ist klar, dass sie nur temporären Bestand haben kann. Drei Szenarien sind möglich. Die erste Variante: Medwedew ist tatsächlich eine reine Marionette und wird schon nach Auftreten erster Schwierigkeiten den Präsidentensessel für seinen Ziehvater wieder räumen. Die Bevölkerung würde einer solchen Manipulation ohne weiteres zustimmen. Sie verbindet mit Putin und nicht mit Medwedew Hoffnungen auf Stabilität.

Die zweite Variante: Medwedew ist doch keine Marionette und wird sich nach ein bis zwei Jahren von seinem Übertater Putin emanzipieren, denn die eigentlichen Schalthebel der Macht befinden sich nach wie vor im Kreml und nicht im Regierungssitz. Auch wenn Putin sich viele Schlüsselkompetenzen für die Durchführung der Außen- und Sicherheitspolitik aus dem Kreml in den Regierungsapparat überschreiben lässt – den Atomkoffer als modernes Zepter der Macht muss er an Medwedew übergeben. Die ausländischen Staatsführer werden künftig zunächst mit Medwedew und nicht mit Putin sprechen. Medwedew, nicht Putin, wird das Land bei Gipfelkonferenzen vertreten. Schließlich wird Medwedew und nicht Putin den täglichen Rapport der Geheimdienste und des Außenministeriums entgegennehmen. Um Medwedew auf die Dauer in Schach zu halten, muss Putin die Institution des Präsidenten schwächen. Das wäre jedoch ein Angriff auf die Stabilität in Russland. Putin würde damit sein eigenes Lebenswerk zerstören.

Das dritte Szenarium: Die Doppelherrschaft wird, wider aller Erwartungen, doch funktionieren. Medwedew und Putin werden eine erfolgreiche Kompetenzverteilung bewerkstelligen, die sowohl die Institution des Präsidenten als zentralen Machtfaktor im politischen System belässt, gleichzeitig dem Ministerpräsidenten, als dem Chefexekutor der Politik des Präsidenten, zusätzliche

Schlüsselfunktionen für die Implementierung der Politik übergibt.

Natürlich ist den Beobachtern klar, dass Medwedew in den ersten Monaten seiner Amtszeit auf die Hilfestellung seines Mentors Putin angewiesen ist. Jahrelang hat Medwedew unter Putin gedient. Man sieht ihm dieser Tage an, wie schwer es ihm fällt, sich an der Seite von Putin ebenbürtig zu fühlen. Nur Putin ist imstande, das fragile Gleichgewicht zwischen allen mächtigen Fraktionen in der russischen Führung zu garantieren und Grabenkämpfe zwischen Reformern und den Geheimdiensten zu unterbinden.

*Berlin, 5. Juni 2008, Hotel Intercontinental*

Der Große Festsaal im Hotel Intercontinental, wo ansonsten die wichtigsten Bälle der Bundesrepublik gefeiert werden, füllt sich mit Zuhörern. Auch die internationale Presse ist versammelt. Man wartet mit großer Spannung auf den ersten internationalen Auftritt des neuen russischen Präsidenten.

Auf dem prominentesten Platz in der vordersten Reihe grinst der Bundesaußenminister. Frank-Walter Steinmeier hat es immer gewusst und allen gesagt. Dmitri Medwedew ist ein Liberaler mit einer modernen Weltanschauung und der richtigen Einstellung zum Rechtssystem. Steinmeier kennt Medwedew noch aus der Zeit, als beide die Kanzleien ihrer jeweiligen Chefs Gerhard Schröder und Wladimir Putin leiteten. Mit Medwedew kann ein neues positives Kapitel in den Beziehungen zu Russland aufgeschlagen werden.

Noch Anfang Dezember vergangenen Jahres hatten die meisten Experten auf den strammen Geheimdienstgeneral Sergei Iwanow als Nachfolger von Putin getippt. Doch der scheidende Präsident zog den 42-jährigen Juristen Medwedew dem erfahrendsten Politiker der Kremlführung vor. Warum? Weil Iwanow

vielleicht Russland in noch größere Konflikte mit dem Westen verwickelt hätte? Auch Steinmeier hat darauf keine passende Antwort. Plausibel scheint, dass Putin mithilfe des moderaten Medwedew Russlands Weg nach Europa erfolgreicher bewerkstelligen will. Russland kann seine Modernisierung nicht über einen Kalten Krieg mit dem technologisch überlegeneren Modernisierungspartner EU durchführen.

Die Seitentüren des Saals öffnen sich, und herein kommt, angeführt von Klaus Mangold, dem Vorsitzenden des Ost-Ausschusses der deutschen Wirtschaft, der jugendlich wirkende Medwedew. Natürlich begrüßt er zunächst seinen alten Freund Steinmeier. Dann schüttelt er die Hand des russlandfreundlichsten CDU-Ministers im Bundeskabinett, Michael Glos. Die bekanntesten Wirtschaftsbosse der Bundesrepublik haben inzwischen ihren Platz in der ersten Reihe eingenommen. Höflich bedankt sich Medwedew bei den vielen honorigen Organisatoren und beginnt seine Ansprache – die erste Auslandsrede seiner Präsidentschaft. Die zirka 1000 Zuhörer haben nicht den Eindruck, dass Putins großer Schatten über dem eher schwächling wirkenden Präsidenten schwebt. Das, was Medwedew sagt, gefällt den Deutschen. Der junge Zar will sein Reich wirtschaftlich modernisieren, von der Korruption befreien, eine funktionierende Zivilgesellschaft und ein Rechtssystem kreieren, die Bürokratie straffen, die Machtvertikale zurückfahren, den Mittelstand stärken, westliche Investoren ins Land locken und vieles mehr.

Eine Stunde zuvor war Medwedew von Bundeskanzlerin Angela Merkel empfangen worden. Anders als bei den zahlreichen Treffen mit Vorgänger Putin versprach Frau Merkel gegenüber Medwedew, sich politisch stärker für den Bau der Ostseepipeline einzusetzen. Polen, die baltischen Staaten und Schweden hatten in der Vergangenheit Barrieren gegen die Konstruktion von »Nord Stream« errichtet. Die Bundeskanzlerin sah im Gespräch mit Medwedew keinen Grund, warum Russen und Deutsche nicht die Möglichkeit bekommen dürften, über die Ostsee eine ähnlich

wichtige Gaspipeline zu legen wie die Norweger über die Nordsee. Frau Merkels Ansinnen war klar: Medwedew bot sie die Chance eines Neuanfangs der strategischen Partnerschaft mit Russland. Deutschland wollte verhindern, dass der neue Mann vorschnell in das Lager der Nationalisten abgedrängt und damit die Chance einer europäischen Einigung mit Russland vertan wurde.

Im Hotel Intercontinental kommt Medwedew zur eigentlichen Kernbotschaft seiner Rede und klingt schon wieder fast wie sein Mentor Putin auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2007. Die politischen Realitäten auf dem Planeten hätten sich verändert, so Medwedew, es gebe keine unipolare Weltordnung mehr. Russland beanspruche seinen festen Platz in der europäischen Architektur. Bislang habe der Westen Russland abgewiesen. Das müsse sich ändern. Russland sei kein armer Bittsteller, es habe Europa viel zu bieten, neben essenziellen Rohstoffen, die das langfristige Überleben der westlichen Welt sichern, auch eine globale Sicherheitspartnerschaft. Russland gehöre zur europäischen Zivilisation. Russland, die EU und andere europäische Staaten sollten sich zu einer gesamteuropäischen Konferenz versammeln und eine neue Charta für den Kontinent erstellen. Dadurch würde es zwischen Russland und dem Westen zu einem ewigen Frieden kommen. Die neue gesamteuropäische Friedenslösung könne auf der Grundlage einer erneuerten OSZE geschehen oder einer künftig neu zu konstruierenden Organisation.

Russland favorisiert eine solche atlantisch/europäische Ordnung, die, wenn man Amerika hinzunimmt, von Vancouver bis nach Wladiwostok reichen würde. Für Russland ist der Ost-West-Konflikt längst Geschichte. Russlands Eliten wollen keine Auseinandersetzungen mehr mit Europa führen. Vielmehr sehen sie die Welt in einen künftigen Nord-Süd-Konflikt geraten. In den südlichen Staaten der Erde wird eine Bevölkerungsexplosion prognostiziert, die durch fehlende Rohstoff- und Nahrungsmittelversorgung von einigen Milliarden von Menschen zu einer Katastrophe weltweiten Ausmaßes führen könnte. Anders als im Kalten Krieg, als Russland den Westen durch eine kommunisti-

sche Weltrevolution zu besiegen trachtete, will Moskau im 21. Jahrhundert den globalen Herausforderungen der Menschheit an der Seite des Westens begegnen.

»Was für ein fortschrittliches Volk müssen die Russen sein, dass sie einen solch gebildeten und modern denkenden Präsidenten an ihre Spitze gesetzt haben«, kommentiert ein Mitglied des Deutsch-Russischen Forums Medwedews Rede. Der neue Kremlchef hinterlässt viele nachdenkliche Gesichter im Saal. Die ausgestreckte Hand ist allen, auch den kritischsten Experten, sichtbar geworden. »Es war gut«, urteilt ein altes Mitglied der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, »dass Frau Merkel Herrn Medwedew sofort nach dessen Wahl zum Präsidenten besuchte und von russischem Boden der vorschnellen NATO-Osterweiterung auf die Ukraine eine Absage erteilte. Auf dem Bukarester NATO-Gipfel war es ironischerweise wieder die deutsche Kanzlerin, die eine NATO-Erweiterung nach Osten vor den Toren Kiews aufgehalten hat. Mit Putin ist die ostdeutsche Merkel nicht zurechtgekommen, mit Medwedew stimmt die Chemie.«

Doch schon beim anschließenden Glas Wein im Foyer des Hotels ist bei einigen Beobachtern die alte Skepsis zurückgekehrt. »Kalter Kaffee, reiner Neoputinismus«, bedient ein deutscher Journalist wieder die typischen Klischees. »Medwedew will bloß einen Keil in die transatlantische Gemeinschaft jagen«, stimmt ihm sein anderer Kollege vehement zu. »Der Junge ist eine Marionette Putins, er spielt künstlich den Part des ›guten Polizisten‹, während Putin der ›böse Polizist‹ bleibt«, weiß ein Berliner Professor zu berichten und fügt hinzu: »Während Medwedew, den böse Zungen schon ›Liliputin‹ nennen, propagandistische Fens-terreden schwingt, rächt sich Putin für die russische Niederlage bei der Anerkennung des Kosovo, indem er eine stille Annexion Abchasiens von Georgien betreibt.« Schließlich ergreift ein junger russischer Nachwuchswissenschaftler aus Chemnitz Partei für den neuen Kremlchef, indem er daran erinnert, dass in den 80er-

Jahren auch Michail Gorbatschow, bevor seine Reformen sichtbar wurden, im Westen als »russischer Goebbels« verschrien war.

Die meisten der Zuhörer der Medwedew-Rede amüsieren sich längst auf der nächsten Veranstaltung, von denen es in Berlin täglich mehrere gibt. Warum soll sich der Westen mit Medwedews Botschaft überhaupt befassen? Russland hat kein Veto über die künftige Sicherheitsarchitektur Europas. Russland hat doch den Kalten Krieg verloren. In der Weltpolitik zählt es nicht mehr. Warum Russland ernst nehmen, wenn es aufgrund seiner demografischen Probleme bald in Lethargie verfällt, lautet heute eine gängige Aussage westlicher Russlandexperten. Es hat doch überhaupt keine andere Wahl, als den westlichen Interessen zu folgen. Es will doch nicht als Querulant aus der G-8 herausgeschmissen werden, wie es der US-Präsidentschaftskandidat John McCain etwas kühn vorgeschlagen hat? Medwedew soll seine Ankündigungen wahr machen und Russland zurück zur Demokratie führen. Mehrmals wird Medwedew in Berlin in diesem Zusammenhang die Frage nach einer Amnestierung des im sibirischen Arbeitslager festsitzenden Ex-Oligarchen Michail Chodorkowski gestellt. Daran will der Westen Medwedew messen.

Der Westen traut Russland nicht. Er hat auch nicht genügend Informationen über die tatsächliche Entwicklung im Land. Manche Presseberichte über die russische Politik sind so ideologisch verblendet, dass ein konstruktiver Dialog aussichtslos erscheint. Das Russland Putins ist in den Augen westlicher Intellektueller ein Unrechtsregime. Viele dieser westlichen Intellektuellen hatten früher mit der sozialistischen Sowjetunion sympathisiert und sie für reformierbar gehalten. Vor dem Aufkommen eines neuen russischen Nationalstaats in Europa sind sie nicht begeistert. Der Westen hatte vor 20 Jahren die liberalen politischen Kräfte Russlands ans Herz geschlossen und sie in ihre Eliteclubs und Organisationen integriert. Jetzt, wo diese Frauen und Männer in Opposition zu Putin geraten und sich wie Dissidenten im Kalten Krieg verstehen, übernehmen die westlichen Intellektuellen aus Solidarität deren kritisches Russlandbild.

Doch im Westen ist auch eine generelle Russlandmüdigkeit zu spüren. Fast das gesamte 20. Jahrhundert musste sich die westliche Welt notgedrungen mit dem Feindbild Sowjetunion beschäftigen. Als sechs Wochen später der amerikanische Präsidentschaftsanwärter Barack Obama vor Tausenden von begeisterten Menschen seine Berliner Rede hält, wird er als möglicher Anführer der Führungsmacht der Welt mit tosendem Beifall bedacht. Der gravierende Unterschied seiner Botschaft zum Vortrag von Medwedew: Obama spricht frei, ohne Redetext. Seiner Botschaft hört man zu, denn er kann die Welt verändern. Ein russischer Präsident ist aus westlicher Sicht dazu außerstande. Obama erinnert an die Grundwerte, die den Westen zusammenhalten: die von den USA zweimal errungene Freiheit für Europa im Zweiten Weltkrieg über Hitler-Deutschland und im Kalten Krieg gegen die UdSSR. Für Russland, das seine Identität aus dem Sieg im »Großen Vaterländischen Krieg« gegen den Faschismus schöpft, die spätere Sowjetokkupation Osteuropas aber negiert, verspüren westliche Intellektuelle Verachtung.

Tatsächlich ignorieren die USA und die EU das russische Klopfen an der Tür Europas. Sie wollen keine Konflikte mit Russland, finden aber auch keine kooperativen Ansätze gegenüber Russland. Einzig und allein Bundesaußenminister Steinmeier hält Reden, in denen er die Wiederbelebung der so genannten Pariser Charta aus dem Jahre 1990 beschwört. Dieses Dokument, von den alten freiheitlichen westeuropäischen sowie den sich vom Kommunismus gelösten osteuropäischen Staaten unterschrieben, hatte vor 20 Jahren den Anstoß für den Aufbau eines »gemeinsamen europäischen Hauses« gegeben, in welches auch das postkommunistische Russland Eintritt erhalten sollte. Steinmeier ist überzeugt: Ohne Russland wird es kein friedliches, prosperierendes Europa geben. Die Zuwendung Russlands nach Europa wäre für den Westen und Russlands die sicherste Option.

In den folgenden Wochen wird Medwedew seine Vorschläge einer gemeinsamen europäischen Sicherheitsordnung zwar nicht konkretisieren, aber bei allen sich bietenden Gelegenheiten wie-

derholen, auf dem Petersburger Wirtschaftsforum und dem G-8-Gipfel in Japan. Warum bekomme ich vom Westen auf meine konkreten Vorschläge überhaupt keine Antwort?, konstatiert der Jungpräsident bei der Vorstellung der neuen außenpolitischen Doktrin Russlands vor dem Kongress aller russischer Auslandsbotschafter Ende Juli 2008. Er ruft seine Diplomaten zu mehr Geschlossenheit und »Aggressivität« in der Verfechtung »nationaler Interessen« auf.

Als am Tag der Eröffnung der Olympischen Spiele in Beijing im August ein neuer Kaukasuskrieg ausbricht, offensichtlich von den Georgiern mit provoziert, ist im Westen die Front des neuen Kalten Kriegs gegen die »neoimperialen Russen« wieder eröffnet. Statt seine Idee von einem gemeinsamen, friedlichen Haus Europa weiterzuverfolgen, tritt der neue Präsident Medwedew als Kriegsherr in Erscheinung. Der Westen konfrontiert Medwedew und Putin vehement mit der Frage, warum sie nicht einsehen wollen, dass Moskau seinen ehemaligen Einfluss als Weltmacht verloren habe. Eigentlich müsse in Russland endlich die Debatte losgehen, warum Moskau sich eigentlich nicht, wie Deutschland, Frankreich, Großbritannien, vom imperialen Erbe verabschieden und seine Zukunft in der europäischen Familie und Integration sucht. Warum will Russland unbedingt seine verlorene Einflusssphäre im Kaukasus, der Ukraine und in Zentralasien wieder aufbauen? Wo liegt der Grund für die Orientierung Russlands auf einen »eigenen Sonderweg«? Im eigenen Stolz? In der Angst der gegenwärtigen Elite vor einem Machtverlust? Im traditionellen Nationalismus in Russland? In der Fehldeutung und Unterschätzung der Ziele und der Rolle der EU seitens der Russen?

Der Westen sucht vergeblich im heutigen Russland nach Trägern der europäischen Integrationsidee. Auch Medwedew, so aufgeklärt er auch ist, wird seinen Landsleuten nicht erklären wollen, warum sie durch einen theoretischen Beitritt zur europäischen Gemeinschaft freier, satter, sicherer und gesünder leben könnten. Zweifellos muss Medwedew die Mentalität seiner Führungselite

verändern, um sein Land auf einen erfolgversprechenden Modernisierungsweg zu bringen. Dafür muss er die Herrschaftselite verändern, anders denkende Berater installieren. Die Beziehungen des Kreml zur Intelligenz mit dem Freiheitsdrang der Perestrojka-Ära sind alle verloren gegangen. Die fehlende Vergangenheitsbewältigung kann noch zum größten Hindernis bei der Modernisierung Russlands werden. Die Mehrzahl der Russen denkt nationalistisch.

*Kremlpalast, 7. Mai 2008*

Zwei Wagenkolonnen fahren im hohen Tempo durch die abgesperrten zentralen Straßen ins Moskauer Zentrum. Zuerst erreicht die Staatskarosse des an diesem Tag aus dem Amt scheidenden Präsidenten die Tore des Kreml. Auf dem Hintersitz seines Wagens lässt Putin die Satellitentelefone ruhen. Seine Amtszeit ist in wenigen Minuten abgelaufen. Er fährt zum letzten Mal in seiner Eigenschaft als Herrscher Russlands in das Innere des Kreml hinein. Im Gedächtnis lässt er die vergangenen acht Jahre kurz Revue passieren.

Im August 1998 wurde Russland in eine tiefe Finanzkrise hineingerissen, die durch Fehler der liberalen Regierung zustande gekommen war. Das Riesenland stand kurz vor einem völligen Bankrott. Westliche Investoren verließen fluchtartig das sinkende Schiff. Westliche Finanzorganisationen zeigten sich hilflos. Putin saß zu dieser Zeit im Sessel des Vorsitzenden des Inlandsgeheimdienstes FSB. Die Souveränität Russlands stand ernsthaft auf dem Spiel. Präsident Jelzin entließ die Reformer aus der Regierung und schloss einen Pakt mit den Kommunisten. Fast genau ein Jahr später ernannte Jelzin den 47-jährigen Putin zum neuen Ministerpräsidenten und gleichzeitig zu seinem Kronprinzen. Der neue Mann musste vor allem eine Aufgabe lösen: den wieder entflammten Tschetschenienkonflikt. Im Juli 1999 hatten Tausende von schwer bewaffneten tschetschenischen Rebellen, im Bund mit

arabischen El-Kaida-Kämpfern, die benachbarte russische Nordkaukasusrepublik Dagestan überfallen und drängten von dort weiter ins Landesinnere. Unter Putins direkter Führung nahm die russische Armee in sechs Monaten die tschetschenische Hauptstadt Grosny wieder ein, von wo sie sechs Jahre zuvor schmachvoll vertrieben worden war.

Im März 2000 wurde Putin zum Präsidenten gewählt. In der russischen Bevölkerung stieg seine Beliebtheit. Dank des ansteigenden Ölpreises konnte das Energieexportland Russland schnell seine Staatskasse aufbessern. Putin sah seine Hauptaufgabe in der Stärkung des Zentralstaats und dem Aufbau einer Machtvertikale, die Moskau wieder die politische Kontrolle über die Regionen zurückgab. Seinem historischen Ziel, Russland nach den demütigenden 90er-Jahren wieder aufzurichten, opferte Putin das zuvor von Jelzin praktizierte liberale westliche Modell. Von nun an wurden die Demokratie und die Marktwirtschaft im Land von oben »gelenkt«, aber die entzweite Elite und Gesellschaft konsolidiert.

In seiner achtjährigen Amtszeit musste Putin zahlreiche schwere Schicksalsschläge hinnehmen und viele Opfer beklagen. Jahr für Jahr verschlechterten sich auch Putins Beziehungen zum Westen. Im August 2000 sank – praktisch vor den Augen der Weltöffentlichkeit – das Atom-U-Boot Kursk. Die Geheimniskrämerei der russischen Führung während der Rettungsaktion erschreckte nicht nur die ausländischen Beobachter, sondern führte auch zum Unmut im Innern. Im Herbst 2002 schockte die tschetschenische Geiselnahme und die rücksichtslose Geiselbefreiungsaktion im Moskauer Kinotheater Nord-Ost die westliche Welt. Im Jahr darauf kam es zur Verhaftung des Oligarchen Michail Chodorkowski, die vor allem in den USA für viel Wirbel sorgte. Im Spätsommer 2004 folgte das fürchterliche Geiseldrama von Beslan, bei dem sich die russischen Sondereinheiten gravierende Fehler leisteten und es zu einem von diesem Ausmaß her zuvor niemals gesehenen Blutvergießen von unschuldigen Opfern kam. Am Ende des gleichen Jahres 2004 prallten russische

und westliche außenpolitische Interessen während der Orange-farbenen Revolution in der Ukraine aufeinander. Im Winter 2005/06 schreckte der Westen auf, als Russland im Energiekonflikt mit der Ukraine seinem Nachbarland für einige Stunden den Gashahn zudrehte. 2006 passierten zwei politische Morde an zwei bedeutenden Kremlkritikern, Anna Politkowskaja und Alexander Litwinenko, die Putin in den Augen der westlichen Öffentlichkeit in Bedrängnis brachten. 2007 kam es zum Ölkonflikt mit dem engsten Verbündeten Belarus sowie einem verschärften Streit mit den westorientierten ehemaligen Sowjetrepubliken Ukraine, Georgien und Estland.

Ende 2007 galten die Beziehungen Putins zum Westen als zerrüttelt und irreparabel. Und Putin hatte mit seinem konfrontativen Ansatz wenig erreicht. Russlands Proteste auf internationalen Konferenzen und Vetos im UN-Sicherheitsrat nutzten nichts. Putins letztes außenpolitisches Jahr als Präsident vermittelte einen hilflosen Anblick. Kosovo wurde unabhängig, Abchasien jedoch nicht. Die Raketenabwehr wurde in Polen und Tschechien stationiert, der russische Vorschlag einer Raketenabwehrkooperation in Aserbaidschan ignoriert. Die NATO traf den historischen Beschluss, die Ukraine und Georgien langfristig als Mitglieder aufzunehmen. Polen beharrte bis zuletzt auf seinem Veto gegenüber dem neuen Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen EU und Russland. Russische Pläne zum Bau neuer Gaspipelines nach Europa kamen unter heftigen Beschuss. Gasprom durfte nicht direkt auf den europäischen Konsummarkt expandieren.

Was Putin am meisten ärgert, ist das Ignorieren seiner historischen Leistung durch den Westen. Insgeheim hoffte er bei seinem Amtsantritt, Europa würde Russland beim Wiederaufstieg helfen und Russland in der gesamteuropäischen Familie akzeptieren. Zwei Wochen nach den Anschlägen vom 11. September kam er nach Berlin, um im deutschen Bundestag eine versöhnliche Grundsatzrede über das Ende des Kalten Kriegs zu halten und eine strategische Partnerschaft, beispielsweise bei gemeinsamen

Modernisierungsprojekten in Sibirien, anzuregen. Eine konkrete Antwort ist der Westen Putin schuldig geblieben.

Heute kann Putin seine Wut und Enttäuschung über seine im Großen und Ganzen verfehlte Westoffensive kaum verbergen. Was für einen Wandel hat Putin hinter sich! Im Parlamentswahlkampf 2007 verglich er die liberalen Kräfte in Russland mit »wilden Schakalen« und erklärte das westliche liberale Modell für tot. Danach rechneten alle Beobachter mit einer Ernennung eines Hardliners aus dem FSB zu Putins Nachfolger.

Putins Wagenkolonne ist vor dem Kremlpalast angekommen. Der Präsident steigt aus der Limousine und begibt sich in den Festsaal, wo sich mehrere hundert stehende Ehrengäste versammelt haben. Putin marschiert entlang eines langen roten Teppichs an seinen Weggefährten vorbei. Dabei schaut er niemanden der Gäste an. Nur wenige Minuten später fährt die zweite Wagenkolonne in das Innere des russischen Herrschaftszentrums. Medwedew wirkt ein wenig müde und abgekämpft. Die vergangenen Wochen waren recht hart für ihn gewesen. Jeden Schritt muss er mit seinem Übervater und Mentor absprechen.

Pünktlich um zwölf Uhr beginnt die Amtseinführung des dritten postsowjetischen Präsidenten. Die feierliche Zeremonie wird auch auf internationalen Fernsehkanälen übertragen. Die Kameras richten sich zwar formal auf Medwedew, der seinen Eid mit lauter und fester Stimme vom unsichtbaren Bildschirm abliest. Doch die Fernsehzuschauer beobachten fasziniert die Gesichtsmimik des daneben stehenden Putin. Dieser hat Wort gehalten und ist von seinem Posten abgetreten. Doch wie schwer Putin dieser Schritt gefallen ist, zeigt für einige Sekunden sein Gesichtsausdruck. »Mein Gott, was habe ich getan!«, scheint er zu denken. »Das neue starke Russland habe alleine ich aufgerichtet. Niemand hatte mich gezwungen zu gehen. Was wird nach meinem Weggang mit Russland und mir persönlich passieren?«

In Russland spielt sich ein persönliches Drama Putins ab. Der Zar schwor sich selbst zu gehen, wenn seine Amtszeit ablief. Doch er kann von der Macht nicht loslassen. Monatelang experi-

mentiert er mal mit einem, dann wieder mit einem anderen »Kronprinzen«. Dann, nachdem der Nachfolger endlich ausgemoren ist, erklärt sich Putin zum nächsten Premierminister, doch mit der Rolle eines zweiten Mannes will er sich auch nicht zufriedengeben. Er lässt sich zum »nationalen Führer« proklamieren und zum Chef der Kremlpartei Einheitliches Russland wählen, ohne dieser Partei beizutreten. Ist das nur eine temporäre Laune des Zaren, oder wird Putin mit seinem Verwirrspiel das politische System im Land destabilisieren?

Putin hält keine Abschiedsrede vor dem russischen Volk, wie seinerzeit Jelzin. Der altersschwache Jelzin entschuldigte sich in seiner Abschiedsrede sogar bei der Bevölkerung für viele persönliche Fehler. Welcher andere Staatsmann hatte einen solchen Schritt zuvor getan! Putin braucht sich bei der Bevölkerung nicht zu entschuldigen. Er verlässt sein Amt auf dem Höhepunkt seiner Autorität und Popularität. Er hinterlässt ein politisch ambivalentes Russland. Die Korruption ist in seiner Amtszeit nur schlimmer geworden. Die einheimische Wirtschaft sieht sich in den Fängen der übermächtigen Geheimdienste, die offenbar ihre eigene Agenda verfolgen. Dennoch kann man aus der Statistik herauslesen, dass heute die meisten Russen einen Lebensstandard im eigenen Land genießen wie niemals in der Geschichte zuvor.

Die Amtseinführungszeremonie dauert nicht lang. Medwedew schwört den Eid auf die russische Verfassung, bedankt sich in seiner kurzen Ansprache höflich bei Putin für die erfolgreiche Wiederaufrichtung Russlands und verlässt in strammen Schritten den Saal. Mit welchen Gedanken verlässt der neue Mann den Platz seines bisher größten Triumphs? Wird er in den nächsten Jahren vom ewigen Dankbarkeitskomplex gegenüber seinem Ziehvater geplagt werden? Was wäre Medwedew tatsächlich heute ohne Putin? Wahrscheinlich ein normaler Rechtsanwalt in Sankt Petersburg. So aber trägt er in den nächsten vier Jahren die Bürde des Staatshaupts des territorial größten Landes dieser Erde.

Putin hat das Land nach den wirren 90er-Jahren innerlich konsolidiert. Auf Medwedew warten andere historische Aufgaben. Er muss keinen Krieg für den Zusammenhalt des russischen Staatsverbands führen, die Terrorismusgefahr scheint vorerst gebannt, die Oligarchen sind gezähmt, die Machtvertikale und die prall gefüllte Staatskasse geben Medwedew Raum für Manöver. Medwedew weiß, dass er sich in einigen innenpolitischen Fragen gegen Putin durchsetzen muss. Medwedew will nicht als Präsidentenmarionette Geschichte schreiben. Diejenigen, die ihn seit vielen Jahren kennen, schätzen Medwedews ambitionierten Charakter, wissen aber auch von seiner Ausdauer und seinem taktischen Geschick.

Bis zuletzt befasste sich Medwedew als Erster Vizepremier mit dem Aufbau eines Sozialstaates in Russland. Während sich Putin für seine erste Präsidentschaftskampagne ein Rambo-Image zulegte und als Bezwingler der tschetschenischen Terroristen gelten wollte, punktete Medwedew bei der Bevölkerung ausschließlich mit weichen Themen, wie Gesundheits-, Bildungs- und Mittelstandsreform. Die Kasernensprache, der sich Putin in Momenten seines Zornausbruchs bedient, ist Medwedew fremd. Gegenüber dem Westen vertritt Medwedew einen weicheren Ton. Nun muss er aber auf die mögliche Wahl von Obama zum amerikanischen Präsidenten warten, um mit diesem ebenfalls sehr jungen potenziellen Amtskollegen eine neue Seite der Weltpolitik aufzuschlagen. Mit Obama kann sich Medwedew sofort über die wirklichen Herausforderungen der Menschheit verständigen: Klimaschutz, Umwelt und Rohstoffkrisen.

Ist Medwedew charismatisch genug, seine Botschaften zu vermitteln? Bei der Begrüßung der russischen Fußballnationalspieler nach dem sensationellen Gewinn der Bronzemedaille bei der Europameisterschaft in Österreich und der Schweiz, liest er den Begrüßungstext steif vom Papier ab. Die Russen erwarten sich in dieser Situation einen Staatschef mit mehr Begeisterung und Gefühl für die jubelnde Volksseele.

Kann der Machtübergang mit einer Pirouette verglichen wer-

den, wie beim Eiskunstlauf, bei der sich nun statt Putin lediglich eine andere Figur kunstvoll dreht, ohne den Standpunkt zu verändern? Doch will Putin überhaupt die Macht wirklich an Medwedew abgeben? Er bleibt als Premierminister an der Macht und lässt sich ungeniert wesentliche Teile der Kompetenzen des Präsidenten ins Regierungsamt übertragen. Obwohl laut Verfassung der Präsident die Richtlinienkompetenz für alle außen- und sicherheitspolitischen Frage besitzt, heißt es in der im Sommer 2008 veröffentlichten neuen außenpolitischen Doktrin Russlands plötzlich, dass die Regierung – also Putin – mit dem Exekutieren der nationalen außenpolitischen Aufgaben betraut wird.

Die Fernsehzuschauer reiben sich verduzt die Augen, als beim ersten offiziellen Treffen zwischen Präsident und Premierminister nach der Amtseinführung Medwedews Putin sich, als ob nichts gewesen wäre, auf den traditionellen Platz des Präsidenten setzt, von wo aus er acht Jahre lang seinen Ministern Order erteilte. Medwedew nimmt den Ministerstuhl und hört Putin schweigend zu. Das ist seine erste öffentlich gezeigte Amtshandlung als Präsident. Sie ist symbolträchtig.

### *Kaukasuskrieg*

Kaum ist Medwedew im Amt, steht sein Land im Krieg mit Georgien. Zur gleichen Stunde, als in Beijing die Olympiade feierlich eröffnet wird, versuchen georgische Truppenverbände dem Separatismus in der abtrünnigen Republik Südossetien mit Gewalt ein Ende zu setzen. Doch Russland, Schutzmacht von Südossetien, marschiert vom Norden mit seiner Armee in das georgische Kerngebiet ein, wirft den georgischen Angriff zurück und zerstört anschließend – als Vergeltungsaktion – große Teile der georgischen militärischen Infrastruktur. Wütende Proteste des Westens können nicht vertuschen, dass die USA und die EU in diesem Konflikt hilflos sind. So wie Russland während des Ko-

sovokriegs und des Irakkriegs westliche Militäraktionen nicht unterbinden konnte, wagt es der Westen nicht, sich direkt an der Seite von Tiflis gegen die Atommacht Russland in den Konflikt einzumischen.

Zunächst tritt Putin im Krieg wie der eigentliche Oberbefehlshaber in Erscheinung, als ob er immer noch Präsident ist. Er gewinnt zum zweiten Mal einen Kaukasuskrieg – auf dem Schlachtfeld. Doch anschließend muss der Sieg auf diplomatischem Parkett abgesichert werden. Russland will das Unabhängigkeitsstreben der abtrünnigen Republiken Abchasien und Südossetien von Georgien unterstützen. Auch glaubt es, eine drohende NATO-Osterweiterung auf den Südkaukasus abgewendet zu haben. Putin tritt in den Hintergrund und überlässt es Medwedew, die diplomatischen Friedensverhandlungen mit den Europäern zu führen. Russland sieht sich im Recht, ein Blutvergießen mit einer humanitären Aktion beendet zu haben. Kritik am russischen Vergehen gegen das Völkerrecht weist der Jurist Medwedew zurück. Die russischen Medien erinnern an russische Proteste beim »völkerwidrigen« Krieg der NATO und der USA gegen Serbien und den Irak, die seinerzeit vom Westen abgeschmettert wurden. Der Kaukasuskrieg als Retourkutsche für den Kosovo? Muss Georgien für alle Erniedrigungen und Demütigungen, die Russland vonseiten des Westens zu spüren glaubt, büßen?

Hilflos sieht der Westen zu, wie Russland durch den Krieg seine in den 90er-Jahren verloren geglaubte Einflussosphäre in der energiestrategisch so bedeutsamen Region wieder aufrichtet. Nachdem Russland es 2005 geschafft hat, amerikanische Militärbasen aus Zentralasien wieder herauszudrängen, schwächt es jetzt den US-Einfluss im Südkaukasus. Über Georgien laufen die einzigen Pipelines, die Öl aus dem ehemaligen Gebiet der früheren Sowjetunion in Umgehung Russlands nach Europa befördern. Den Bau dieser Pipelines haben Kräfte in Russland stets zu verhindern gesucht, unter anderem mit einem Anschlag auf den früheren georgischen Präsidenten Eduard Schewardnadse Mitte der 90er-Jahre.

Hat Russland nicht selbst genug Öl und Gas in Sibirien? Warum will Russland sein Transportmonopol unbedingt behalten? Neue Bedenken werden laut, dass Moskau Gas und Öl als Instrumente für die eigene Weltherrschaft betrachtet. Russlands Nachbarn verfallen in antirussische Hysterie und erinnern an den Einmarsch der Sowjetunion in die Tschechoslowakei vor 40 Jahren. Russland und die USA stehen sich in einem klassischen geopolitischen Konflikt um den künftigen Zugang zu den strategischen Rohstoffen gegenüber.

Zwar gelingt es Russland und dem Westen, einen Flächenbrand auf dem Kaukasus aufzuhalten und einen gemeinsamen Friedensplan zu unterzeichnen, doch Medwedews so optimistisch begonnene Präsidentschaft ist – in den Augen des Westens – durch den Krieg schwer belastet. Seine Berliner Rede ist vergessen. Als er und Bundeskanzlerin Merkel in Sotschi aufeinandertreffen, ist die Atmosphäre eisig. Merkel fordert den sofortigen Abzug russischer Truppen aus den besetzten georgischen Gebieten und verspricht Georgien einen Platz in der NATO.

Die Idee eines gemeinsamen Sicherheitsraums zwischen Europa und Russland ist in weite Ferne gerückt. Stattdessen ertönen im Westen immer lauter die Rufe nach einer Eindämmung Russlands. Die Amerikaner fordern den Rausschmiss Russlands aus der G-8, die Auflösung des NATO-Russlandrates und den Entzug der Winterolympiade in Sotschi 2014. Kommen die Ukraine und Georgien jetzt doch in die NATO? Noch während die russischen Truppen in Georgien stehen, besiegeln die USA mit Polen die endgültige Stationierung der Raketenabwehr. Soll diese gegen den Iran gerichtet bleiben oder jetzt auch gegen Russland? Und muss sich der Westen künftig im Kaukasus gegen Russland verteidigen, im Ernstfall für Georgien und die Ukraine in einen dritten Weltkrieg gegen die Atommacht Russland ziehen? Aber was soll die NATO im Kaukasus wirklich schützen: die Werte der freien Welt oder westliche geostrategische Interessen?

Im Westen bricht eine Diskussion über das künftige Verhältnis zu Russland aus. In den westlichen Eliten und in einem Großteil

der Medien ist Russland, nicht Georgien, der Kriegsaggressor im Kaukasus. Medwedew und Putin geraten in eine gefährliche internationale Isolation. Völkerrechtlich sehen sie sich im Recht, doch haben sie keine Verbündete. Sogar die GUS-Staaten bleiben neutral.

In den vergangenen 20 Jahren sahen die meisten Politologen die künftigen Konfliktlinien des Westens an China und den islamischen Extremismus (Iran) grenzen. Der Ost-West-Konflikt schien für immer beendet. War der Kaukasuskrieg vom August 2008 der Vorbote eines neuen Kalten Kriegs? Einer kriegerischen Auseinandersetzung um Rohstoffe und die Energiesicherheit der Welt? Der Westen fürchtet nichts mehr als eine Wiederauferstehung des russischen Imperiums. Und die NATO soll das verhindern.

---

Teil I

# Judo und Yoga

---



---

## Straßenkämpfer und Musterknabe

Wladimir Putin erblickt am 7. Oktober 1952 das Licht der Welt, ein halbes Jahr vor Stalins Tod. Nach Stalin wird die Sowjetunion im Innern ein wenig liberaler, obwohl im außenpolitischen Einflussgebiet der roten Supermacht Stalins Erben Volksaufstände wie in Ostdeutschland (1953) und Ungarn (1956) gnadenlos unterdrücken. Der 1955 zum alleinigen Sowjetführer aufgestiegene Chruschtschow versucht das starre Sowjetsystem vorsichtig zu reformieren. Er verurteilt offiziell die Gräueltaten des Stalin-Regimes und gibt Schriftstellern, Künstlern und Journalisten mehr geistige Bewegungsfreiheit. Als Chruschtschow jedoch damit beginnt, am Gewaltmonopol der KPdSU zu rütteln, wird er im Oktober 1964 entmachtet. Seine Nachfolge im Amt des Generalsekretärs tritt Leonid Breschnew an, der 18 lange Jahre das Sowjetreich regieren wird. Kurz darauf wird am 14. September 1965 Dmitri Medwedew geboren.

Die Wiege beider späteren Präsidenten Russlands, Putins und Medwedews, steht in Leningrad, dem heutigen Sankt Petersburg. Beide werden jeweils zu Beginn einer neuen historischen Sowjetepoche geboren – Putin am Anfang der Tauwetterperiode Chruschtschows, Medwedew am Ausgangspunkt der Stagnation Breschnews. Sie wachsen jedoch in unterschiedlichen politischen Zeitfenstern und verschiedenem sozialem Umfeld auf. Erst im Jahre 1990 treffen sich ihre Wege zum ersten Mal. Die Sowjetunion hat dann nur noch ein Jahr zu leben.

Wladimir Putins Großvater väterlicherseits hieß Spiridon und war Koch – aber kein gewöhnlicher. Spiridon Putin bereitete Speisen für Lenin zu, nach dessen Tod kochte er für Stalin. Ein Mann in einer solchen Stellung, der eine solche Nähe zu den jeweiligen Staatschefs besaß, konnte nicht anders als im NKVD – dem Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten – angestellt sein. Ein Koch, der Hand an die täglichen Speisen des Diktators anlegte, stand unter ständiger Aufsicht des Vorläufers des KGB.

Spiridons Vater Iwan – Putins Urgroßvater – schuftete noch als Leibeigener auf den Feldern der altadligen Gutsbesitzerfamilie Apraxin im Gouvernement Twer, das zwischen Sankt Petersburg und Moskau lag. In den dortigen Kirchenbüchern kann der Stammbaum der jetzt weltberühmt gewordenen Familie eingesehen werden.

Putins Vater hieß ebenfalls Wladimir und wurde 1911 in der Hauptstadt des Zarenreichs, Sankt Petersburg, geboren. Im Ersten Weltkrieg flüchtete die Familie vor den vorrevolutionären Wirren in ihre angestammte Heimat Twer. Dort wuchs Putins Vater auf, dort erlernte er einen Arbeiterberuf und heiratete 1928 Putins Mutter, Maria Schelomowa. Der Vater des späteren Präsidenten agitierte für die neue Sowjetmacht und soll sich besonders bei der Antireligionskampagne hervorgetan haben. Sein Vater Spirodon lebte inzwischen in Moskau und arbeitete für den Kreml.

1932 zogen die Eltern des heutigen Präsidenten von Twer zu Marias Bruder Iwan nach Leningrad um. Iwan Schelomow diente bei der sowjetischen Marine. Zunächst verdiente Putins Vater sein Geld als Wachmann beim Waggonbauwerk. Maria Putina arbeitete beim gleichen Wachdienst als Sanitäterin. Später wurde Wladimir Putin senior Schlosser. Mitte 20 wurde er zum Wehrdienst berufen, den er sogleich bei seinem Schwager auf einem Unterseeboot ableistete. Als der Zweite Weltkrieg ausbrach, wurde er in ein Sonderbataillon des NKVD für Sabotageakte im Feindlager berufen. Wladimir Putin senior verübte Anschläge auf deutsche Transportzüge, zerstörte den Nachschub. Dabei geriet er in Est-

land in einen Hinterhalt und entkam, durch Granatensplitter schwer verletzt, nur knapp dem Tod. Seine Schwiegermutter wurde von Soldaten der deutschen Wehrmacht im Oktober 1941 als Partisanin erschossen. Zwei ältere Brüder des späteren Präsidenten Putin starben an den Folgen der Leningrader Blockade im Zweiten Weltkrieg.

Putin senior nahm, nach seiner Wiedergenesung, an weiteren Kampfhandlungen teil. Zweimal verlor er dabei fast sein Leben, wurde jedes Mal wie durch ein Wunder gerettet. Die Verletzungen an den Beinen machten ihm bis zu seinem Tode im August 1999 – wenige Tage vor der Ernennung seines Sohnes zum Ministerpräsidenten – zu schaffen. Putins Mutter, die im Krieg ebenfalls eine schwere Verletzung erhielt, starb 1998 in Sankt Petersburg an Krebs.

Nach dem Krieg mussten Wladimir und Maria Putin hart zupacken. Es galt die zerfallenen Wirtschaftsstrukturen der Stadt wieder aufzubauen. Wladimir Putin senior verdiente sein Geld zunächst als einfacher Arbeiter, seine Frau arbeitete als Putzfrau und Nachtwächterin in einer Lagerhalle. Putin war schon 41 Jahre alt und seine Frau Maria kaum jünger, als sie ihren dritten Sohn – Wladimir – zur Welt brachte.

Wladimir junior wuchs in sehr bescheidenen Verhältnissen auf. Seine Eltern lebten in einer Gemeinschaftswohnung im fünften Stock eines alten Hauses im Baskowskij Pereulok im Zentrum der Stadt. Der Lebensraum beschränkte sich auf 20 Quadratmeter. Die Küche musste mit mehreren Nachbarfamilien geteilt werden. Jeden Abend gab es Streit mit anderen Mietern. Von einer Privatsphäre konnte bei den Putins nicht die Rede sein. Im Bad gab es kein Wasser – der Vater, Kriegsinvalid, musste das Wasser in Eimern die Treppen hochschleppen. Auf der Treppe hausten Ratten, die der kleine Wladimir mit dem Stock jagte und die, wenn sie in die Ecke gedrängt wurden, sogar Menschen angriffen.

Als 1956 der Stalinismus in Russland öffentlich angeprangert wurde und die Tauwetterperiode einsetzte, wagte Putins Mutter,

ihren fünfjährigen Wladimir in der Kirche zu taufen. Nur der Vater durfte von der Taufe nichts wissen, denn er war damals gerade zum Sekretär der Parteiorganisation seiner Betriebsabteilung berufen worden und wollte politisch aufsteigen. Von seinem familiären Hintergrund und der Jugendphase her unterschied sich der junge Wladimir kaum von anderen Kindern in Leningrad. Materielle Bedürfnisse wurden in diesen Nachkriegsjahren nur notdürftig gestillt, Streben nach Reichtum kannte man nicht. Andere Werte standen im Vordergrund. Drei Tage vor Wladimirs fünftem Geburtstag brach in der gesamten Sowjetunion riesiger Jubel aus. Die UdSSR schickte ihren ersten Satelliten ins All. Sputnik I umkreiste die Erde – über dem Territorium des Hauptkonkurrenten USA. Die gesamte Sowjetnation hing mit dem Ohr am Radiogerät und vernahm die Erfolgsmeldung. Übermütig versprach Staatschef Chruschtschow, nun bald Amerika wirtschaftlich zu überholen.

Im September 1960 wurde Putin mit knapp acht Jahren in die Schule Nummer 193 eingeschult. Nach Aussagen seiner damaligen Lehrerin unterschied sich Wowo, wie Putin damals genannt wurde, von seiner Intelligenz und seinen Fähigkeiten her positiv von vielen anderen Mitschülern, doch im Grunde verbrachte er seine Freizeit auf den Straßen. Die strenge Erziehung seines Vaters, die frühe Jugend auf der Straße prägten seinen Charakter. Er lernte früh, seine Gefühle zu verbergen, sich von den Gefahren der Umgebung ständig in acht zu nehmen. In der Schule war er als Lausbub verschrien, deshalb durfte er lange nicht der Pionierorganisation beitreten. Er war klein von Wuchs, konnte sich aber von Beginn seiner Jugend gut verteidigen, denn er hatte es gelernt, in Ausnahmesituationen als Erster zuzuschlagen, bevor sich sein Gegner richtig aufstellen konnte. Mit anderen Straßenkindern machte er die Gegend unsicher, kletterte in Hinterhöfe, rannte oft von zu Hause weg. Sein Vater ließ Strenge walten, auch die Lehrerin beschwerte sich über sein Verhalten – doch alle Disziplinarmaßnahmen halfen nicht.

Erst mit dem Eintritt in die vierte Klasse beruhigte sich der

junge Putin, fing an, über die ernsteren Dinge des Lebens nachzudenken. Der junge Putin interessierte sich plötzlich wieder für seine Hausaufgaben und schrieb sich zur größten Überraschung seiner Lehrerin in den fakultativen Deutschunterricht ein. Der Junge entfachte eine einzigartige Fähigkeit zur Selbstdisziplin. Er lernte schnell, analytisch zu denken, und fand Gefallen an zwei exotischen Kampfsportarten, möglicherweise unter anderem auch, um sich auf dem Schulhof gegen körperlich stärkere Schüler besser durchsetzen zu können. Eine große Rolle in seiner Erziehung spielte von nun an sein Sportlehrer, der ihn buchstäblich von der Straße holte. Zunächst widmete sich der zehnjährige Wladimir dem Boxsport, doch nachdem ihm seine Nase gebrochen wurde, wechselte er in die Sportsektion für Sambo. In Bereichen, wo es ihm wichtig erschien, entwickelte sich Putin zu einem Perfektionisten.

In der sechsten Klasse wurde Putin endlich doch in die Jugendorganisation der Pioniere aufgenommen. Gar nicht begeistern konnten sich seine Erzieher über den ganz besonderen Wortschatz, den er sich als Straßenjunge angeeignet hatte. Nach außen hin muss er schon von Jugend an einen kalten und formalen Eindruck gemacht haben. Unordnung und Disziplinlosigkeit konnte er nicht ausstehen. Spontaneität, Risiko und Improvisation scheute er. Wladimir pflegte konservative Freundschaften. Treue und Loyalität schätzte er sehr, weil er selbst diese Eigenschaften verinnerlichte. Für zufällige Bekanntschaften war er andererseits schwer zu begeistern.

Im Oktober 1964, als Wladimir seinen zwölften Geburtstag feierte, wechselte in der UdSSR die oberste Führung. Der Sturz Chruschtschows auf dem berühmten Oktoberplenium des ZK der KPdSU berührte die Familie Putin nicht. Im Fabrikgebäude des Wladimir senior sowie in der Schulhalle des Wladimir junior wurden nur die Porträts ausgewechselt.

Die Familie Medwedew väterlicherseits stammte ursprünglich auch nicht aus Sankt Petersburg, sondern aus Kursk, einem landwirtschaftlich geprägten Gebiet westlich von Moskau. Laut der Kirchenchronik aus dem Dorf Nowosemidetnoe heirateten die Urgroßeltern des neuen russischen Präsidenten, der 22-jährige Bauer Fedor Medwedew und die 20-jährige Bäuerin Dominia Popowa, im Februar 1887 in der dortigen Dreifaltigkeitskirche. In den Folgejahren brachte Dominia sechs Kinder zur Welt. Der jüngste Sohn, Afanasi, im Jahre 1904 geboren, war der spätere Großvater des russischen Präsidenten Dmitri Medwedew.

Den Medwedews ging es materiell nicht schlecht verglichen mit dem Leid der Bauern nach dem Ende der Leibeigenschaft, als sie zwar ihre Freiheit bekamen, aber ohne eigenes Stück Land schnell verarmten. Laut der Chronik der Dorfgemeinde Mansurowo, wo Fedor Medwedew sein Haus hatte, besaßen die Medwedews zwölf Hektar Land, zwei Pferde, einen Ochsen, eine Kuh und mehrere Schafe.

Nach der Oktoberrevolution verloren die Medwedews, wie andere Bauern in Russland, ihr ganzes Hab und Gut. Ältere Dorfbewohner erzählen, dass Afanasi mit seiner Frau Nadeschda in den anschließenden Jahren der Revolutionswirren und des Bürgerkriegs in einer erbärmlichen Holzhütte mit einem Strohdach leben musste. Die Familie wurde enteignet und zwangskollektivierte. Privaten Viehbestand gab es in Russland nicht mehr. Afanasi schloss sich den Roten an. Im Bürgerkrieg wurde er mit 17 Jahren zum kommunistischen Aktivist. Er beteiligte sich an der gewaltvollen Kollektivierung in seiner Heimatregion und organisierte die ersten Kolchosen. Mit 22 Jahren leitete Afanasi schon das örtliche Parteikomitee. Der kleingewachsene und dickliche Afanasi muss ein äußerst kommunikativer Mensch gewesen sein. Jedenfalls war er Mittelpunkt jeder Gesellschaft, denn neben seiner Agitation für die neuen kommunistischen Ideale spielte er hervorragend Akkordeon. Alteingesessene Bauern aus dem Dorf Mansurowo beschrieben einem Korrespondenten der russischen Zeitung Izwestia sogar, wie Afanasi stets gekleidet war: Stroh-

schuhe aus Wurzelseilen, selbst gestricktes und gefärbtes Hemd und einfache Hose.

1927 kam in Mansurowo, Dmitri Medwedews Vater, Anatoli Afanasiewitsch, zur Welt. Zwei Jahre später trat Afanasi der Kommunistischen Partei bei und wurde Vorsitzender des Dorfsowjets. 1932 wurde er zur Weiterbildung an die kommunistische Landwirtschaftsschule nach Woronesch geschickt. Sein Eifer wurde weiter belohnt. 1933 durfte er die Parteikurse des Zentralkomitees der KP in Moskau besuchen. Danach bekam er seinen ersten wichtigen Parteiposten im Nordkaukasus, im Gebiet Kabardino-Balkarien. Die Familie kam immer mit, sodass Anatoli als Kind mehrmals die Schule wechseln musste. 1934 beorderte die Partei Afanasi weiter in die Landwirtschaftsregion Krasnodar am Schwarzen Meer. Vor der Revolution war Kuban – wie die Gegend genannt wird – die Kornkammer des Zarenreichs gewesen. Doch in den 30er-Jahren begann dort der menschliche Notstand, als Folge einer brutalen stalinistischen Kollektivierung. Stalin zwang die südrussischen und die ukrainischen Bauern mit grausamen Repressalien zu immer größeren Abgaben an den Staat. In dieser früher aufblühenden Landwirtschaftsregion kam es zu Hungerkatastrophen, denen Millionen von Bauern zum Opfer fielen.

1941 wurde die Sowjetunion von Hitler-Deutschland angegriffen. Afanasi ging nicht als einfacher Soldat, sondern als Politoffizier an die Front. Obwohl Politoffiziere nicht in der vordersten Front kämpften, wurde Afanasi 1943 verwundet und nach Sotschi ins Feldsanatorium gebracht. Doch schon nach wenigen Monaten meldete er sich als Politoffizier zurück. Afanasis Frau Nadeschda musste 1942 mit ihren beiden Kindern, dem inzwischen 14-jährigen Anatoli und Tochter Swetlana, aus Krasnodar vor der heranstürmenden deutschen Wehrmacht evakuiert werden. Die Familie versteckte sich vor dem Bombenhagel der Deutschen in der tschetschenischen Hauptstadt Grozny. Von dort aus flüchtete sie in das südlicher gelegene Georgien, wo Anatoli das Eisenbahntechnikum in der Stadt Gori besuchte (im russisch-ge-

orgischen Krieg um Südossetien im August 2008 ließ Medwedew als Vergeltung gegen die Tötung russischer Blauhelme Bomben über Gori abwerfen!) und später als Mähdreschfahrer an der Versorgung der Front arbeitete. Vater Afanasi beendete den Krieg bei Kämpfen an der Malaja Zemlja, wo auch der spätere Staats- und Parteichef Leonid Breschnew als Politoffizier fungierte.

1945 kehrte Afanasi nach Krasnodar zurück und setzte seine vor dem Krieg begonnene steile Parteikarriere fort und wurde nacheinander Erster Parteisekretär verschiedener Bezirke. Breschnews Militärchauffeur wurde Afanasi Medwedews persönlicher Fahrer. Anatoli besuchte ab 1946 die Fakultät für Mechanik des Instituts für Ernährungsindustrie in Krasnodar. Doch aufgrund schwerer Herzleiden musste er das Studium 1949 für ein Jahr unterbrechen und sich von seinen Eltern pflegen lassen. Nichtsdestotrotz arbeitete Anatoli als Physik- und Grafiklehrer an einer Dorfschule. In dieser Zeit soll er seinem späteren Sohn Dmitri sehr ähnlich gewesen sein: kleiner Wuchs, schwarze Haare, ein wenig rundes Gesicht, stets makellos gekleidet, gute Aussprache, äußerst höflich und liberal im Umgang mit seinem Umfeld. Doch er wirkte manchmal zu pedantisch und nervte seinen Bekanntenkreis mit ständigen Gesprächen über Wissenschaft und Technik. 1952 schaffte Anatoli den Abschluss am Institut für Ernährungsindustrie in Krasnodar mit einem Ingenieursdiplom. Im gleichen Jahr trat er in die Partei ein und verließ seine Heimat Richtung Leningrad, wo er wissenschaftliche Karriere am Leningrader Technologischen Institut machte. Dort forschte, unterrichtete und publizierte Anatoli Medwedew bis zu seinem 70. Lebensjahr. Sieben Jahre nach seiner Pensionierung erlag er 2004 seinem angeborenen Herzleiden.

Afanasi wurde 1958 zurück in die Parteizentrale von Krasnodar versetzt. Aus unbekanntem Gründen erlitt er einen schweren Rückschlag in der Karriere. Statt weiter aufzusteigen, landete er auf einem unbedeutenden Funktionärsposten. In Krasnodar wurde ihm eine kleine Zweizimmerwohnung am Rande der Stadt zugewiesen, zu der noch keine Straße führte und wo es in der nä-

heren Umgebung keine Lebensmittelläden gab. Dort lebte er bis zu seinem 90. Lebensjahr. Anatoli konnte von Leningrad aus wenig helfen, sodass Tochter Swetlana ihre kranken Eltern pflegen musste. Letztere war kurz verheiratet und brachte einen Sohn, Andrei, zur Welt – den Cousin von Dmitri Medwedew. Andrei absolvierte später das Institut für Völkerfreundschaft in Moskau und verschwand in den 90er-Jahren in der Geschäftswelt. Seine Mutter Swetlana entwickelte sich, ganz gemäß dem väterlichen Naturell, zu einer gesellschaftlichen Dame der Konzert- und Literaturgesellschaft der Provinzstadt Krasnodar. Sie lebt heute, nach dem Tod ihrer Eltern Anfang der 90er-Jahre, in der gleichen Familienwohnung in äußerst bescheidenden Verhältnissen, organisiert den örtlichen Sängerverein und unterstützt Invalidengruppen. Nachdem ihr Neffe zum Präsidenten Russlands aufstieg, hat sie einen Personalwagen mit Chauffeur erhalten. Dmitri Medwedew besuchte sie vor kurzem.

Anders als Medwedews Großvater Afanasi, fühlte sich sein Vater Anatoli einer völlig neuen Generation zugehörig – der so genannten »technischen Intelligenz«. Dies war die neue Vorzeigelite der neuen Weltmacht Sowjetunion: hoch gebildet in Ingenieurwissenschaften, parteitreu, patriotisch. Die alte Elite der Vorrevolutionszeit war ausgestorben oder in den stalinistischen Lagern umgebracht worden. Die Mitglieder der technischen Intelligenz rekrutierten sich vornehmlich aus Bauern und der einfachen Arbeiterklasse. Sie waren stolz und dem Staat gegenüber dankbar für ihren sozialen Aufstieg. Seinem Sohn Dmitri brachte Anatoli viel technisches Know-how bei, denn er konnte in der Wohnung alles eigenhändig reparieren. Vor allem wies Anatoli seinen Sohn an, ständig Radio zu hören, um später Russisch auf höchstem Niveau zu sprechen.

Anfang der 60er-Jahre heiratete Anatoli in Leningrad Julia Schaposchnikowa, die ebenfalls aus dem südlichen Gebiet von Woronesch, wo Anatoli Medwedew 1934 noch zur Schule ging, an die Newa gekommen war.

Sergei Schaposchnikow, Medwedews Urgroßvater mütterli-

cherseits, war zu Beginn des 20. Jahrhunderts noch ein einfacher Schuster im Dorf Alekseewka im westrussischen Gebiet Belgorod. In Alekseewka befand sich seit 1915 die erste Sonnenblumenölfabrik Russlands. Sein ältester Sohn Benjamin – Medwedews Großvater – arbeitete nach der Oktoberrevolution bei der örtlichen Eisenbahn. Benjamins Frau, Melania, verdingte sich als Näherin. Im November 1939 gebar sie zwei Zwillingsschwestern – Sima und Julia.

An die beiden Zwillingsschwestern Sima und Julia Schaposchnikow erinnern sich heute noch die alten Lehrerinnen der lokalen Hauptschule. Sie waren immer modisch gekleidet und bekamen in allen Schulfächern Bestnoten. Manche Jungs waren buchstäblich verrückt nach ihnen und streiften abends um das einstöckige Gebäude in der Karl-Marx-Gasse, wo die Mädchen wohnten. Doch Sima und Julia waren zu Hause streng erzogen und hielten den eifrigen Offerten männlicher Schulkameraden stand. 1957 beendeten die Schwestern die lokale Schule mit Auszeichnungen und verließen ihre Heimatstadt Richtung Woronesch, wo sie sich an der Philologischen Fakultät der Universität immatrikulierten.

Nach dem Studium trennten sich die Wege der Schwestern. Beide heirateten, Sima ging mit ihrem Ehemann zurück nach Woronesch, während Julia den angehenden Physikprofessor Anatoli Medwedew heiratete und zu ihm nach Leningrad zog, wo sie eine Stelle als Russischlehrerin am Pädagogischen Institut antrat. Beide gebaren jeweils einen Sohn. Simas Sohn Artem und Julias Sohn Dmitri wuchsen in verschiedenen Städten auf, feierten aber gemeinsam das Neujahrsfest.

Die Tauwetterperiode Chruschtschows wurde von der Leningrader Intelligenz positiv aufgenommen. Plötzlich gab es Hoffnungen auf eine politische Kehrtwende und mehr schöpferische Freiheiten. Die ehemalige Zarenhauptstadt, von ihrer Gründung Anfang des 18. Jahrhunderts bis zur Oktoberrevolution eines der

kulturellen Zentren des abendländischen Europas, hatte sich immer schon als weltoffener und progressiver verstanden als die Bürokratenmetropole Moskau. Breschnews Restaurationspolitik bereitete diesen Hoffnungen ein jähes Ende.

Anfang der 70er-Jahre kam in Leningrad ein besonders konservativer Parteiapparatschik an die Macht. Der neue Erste Gebietspartei sekretär Grigorij Romanow entpuppte sich als eisenharter Stalinist. Als jüngstes Mitglied im mächtigen Politbüro verfolgte er die Dissidenten seiner Stadt mit noch größerer Vehemenz als seine Parteikollegen in anderen Teilen der Sowjetunion. Schon für die Lektüre verbotener »Samizdat«-Literatur ließ er hohe Haftstrafen verhängen. Schriftsteller, Künstler, Schauspieler, Undergroundmusiker, die in den 60er-Jahren noch viele Freiheiten der »Tauwetterperiode« genossen hatten, waren vor ihm bald nicht mehr sicher.

Der arrogante Parteibonze genoss sichtlich seine Machtfülle. Die Hochzeit seiner Tochter feierte er im prunkvollen Zarenpalast. Dabei zerschmetterte ein betrunkenen Gast hochwertiges altes Porzellan aus dem 18. Jahrhundert. Romanows Benehmen wurde schließlich auch den Sowjetführern im Kreml ein Dorn im Auge. Es war bestimmt kein Zufall, dass gerade Romanow ein Jahrzehnt später erstes prominentes Opfer der Antikorrupsionspolitik des neuen Generalsekretärs Gorbatschow wurde. Heute ist der Name Romanow vergessen. Nur wenige erinnern sich daran, dass Romanow 1985 gute Chancen hatte, selbst Generalsekretär zu werden. Gorbatschow und der ihn damals unterstützende KGB mussten schon alle Hebel in Bewegung setzen, um den Machtanstieg des Leningrader Apparatschiks, der den Rüstungswettlauf mit den USA wieder aufnehmen wollte, zu verhindern.

Zurück zur Biografie des künftigen Präsidenten Medwedew. Die Trabantensiedlung Kuptschino, eine Dreiviertelstunde Autofahrt vom Stadtzentrum von Leningrad entfernt, konnte kaum als Prestigeobjekt der sowjetischen Wohnungsbaukultur bezeichnet

werden. Die Plattenbauten wurden lieblos in den Boden eingerammt. Die mehrstöckigen Häuserfassaden schmückten keine Balkone, es gab kaum Gartenanlagen, geschweige denn Bäume. Doch für viele Familien aus einfachen Verhältnissen war die Aussicht, aus den Kommunalwohnungen in eigene vier Wände zu entfliehen, eine glückliche Perspektive.

Trabantensiedlungen wie Kuptschino führten zur Entlastung des Wohnungsproblems im Stadtkern von Leningrad. Auch Medwedews Eltern, die zuvor, wie die Familie Putin, sich nur ein kleines Zimmer in einer Gemeinschaftswohnung leisten konnten, in der es nur eine kollektive Toilette und kein Bad gab, bemühten sich um eine eigene Einzelwohnung, um dem Horror des notgedrungenen Verzichts auf eine Privatsphäre zu entrinnen. Anders als Putin, wuchs der kleine Medwedew mit Vater und Mutter schon in einer eigenen Zweizimmerwohnung, mit eigener Toilette, Küche und Bad, auf.

Kuptschino bestand aus vielen breiten parallel und waagrecht verlaufenden Straßen mit großen Bürgersteigen und Fußgängerübergängen. Im Gegensatz zu vielen so genannten Schlafsiedlungen in anderen europäischen Großstädten war Kuptschino immer sauber. Im Zentrum der Stadtsiedlung befand sich die Leningrader Universität für Geisteswissenschaften. Das öffentliche Transportnetz war gut ausgebaut, Kuptschino erhielt natürlich eine eigene geräumige U-Bahn-Station. Trotzdem dauerte die Fahrt in das Stadttinnere mit Bus und Metro über eine Stunde. Kaum eine Familie konnte sich damals einen eigenen Pkw leisten, auch die Medwedews nicht. Materiell gut lebten zu jener Zeit in Russland nur Parteibonzen und Angestellte in Handel und Industrie.

In Kuptschino gab es Schulen, Kindergärten, Kliniken, Kinos, kleine Lebensmittelläden und Supermärkte. Letztere verdienten bald ihren Namen nicht mehr. In den 70er- und 80er-Jahren verspürten die Russen überall im Land ein immer stärker werdendes Defizit an Waren und Konsumgütern. Der sowjetische Handel mit dem Westen beschränkte sich auf Rohstoffe. Ins Ausland reisen und einkaufen konnten nur die Privilegiertesten. In der sowje-

tischen Planwirtschaft, ohne Markt, ohne Wettbewerb, ohne Privatunternehmer, wurde schlechte und mangelhafte Ware produziert. So mussten die Menschen auf ihrem Weg von der Arbeit nach Hause tagtäglich vor den Einkaufsläden Schlange stehen, nicht nur nach Kleidung und Schuhen, sondern auch nach einfachen Lebensmitteln. Es kam häufig vor, dass Medwedews Vater, ermüdet von der schweren Arbeit, Heimfahrt in der überfüllten U-Bahn und dreifachem Schlangestehen, für den abendlichen Speisetisch nur ein Stück abgemagertes Hähnchenfleisch, ein Sortiment Wurst oder Käse in seiner ständig mitgetragenen Plastiktasche mitbrachte. Manchmal kaufte er auch Hering, dieser wurde ihm, weil es im Laden an Verpackungspapier fehlte, in eine Zeitung eingewickelt. Wenn er Glück hatte, wurden an Feiertagen an seinem Arbeitsplatz in der Universität Geschenke verteilt, so genannte Delikatessen wie löslicher Kaffee, Konservenfleisch, saure Gurken, die es in den normalen Läden nicht gab. In Kuptschino fehlte es jedoch niemals an frischem Brot und Schokoladentorten. Diese Produkte waren jeden Tag im Überfluss zu haben.

In seiner Jugend musste der kleine Dima (Kosename von Dmitri) niemals wirklichen Hunger erleiden, wie viele Generation von Russen vor ihm. Doch er hatte am eigenen Leib die defizitäre Sowjetwirtschaft, die Korruption und Desorganisation der staatlichen Bürokratie in Kuptschino kennengelernt. Als kleiner Junge musste er auch gemerkt haben, wie gefährlich es in der Sowjetunion gewesen war, einmal krank zu werden. Zwar existierte in der UdSSR ein kostenloses Gesundheitssystem, doch in der Arztpraxis oder in der Klinik fehlte es chronisch an Medikamenten, Krankenbetten und sogar Verbandszeug.

In seiner Jugend las Dima mit Vorliebe Bücher über Kriegsabenteuer sowjetischer Komsomolzen. Möglicherweise hatte sein Großvater Afanasi ihn zu dieser Art von Heldenliteratur animiert. Jeden Sommer verbrachte der kleine Dmitri seine Ferien bei den Großeltern am Schwarzen Meer. Von dort brachte er häufig Früchte mit, die es in Leningrad nicht zu kaufen gab. Der junge Dima hatte ein großes Hobby: Fotografieren. Er lernte auch

Schachspielen und trieb viel Sport. Obwohl klein von Wuchs, entwickelte er sich während seiner Schulzeit zum jugendlichen Schwerathleten und gewann sogar lokale Wettbewerbe in Gewichtheben und im Rudersport. Später praktizierte er Yoga. Von Kampfsportarten hielt er sich fern. Medwedew war ein typischer Professorensohn und Kind des neuen sowjetischen Bildungsbürgertums. Er wuchs wohl behütet zu Hause auf, beteiligte sich an keinen Bandenkriegen auf der Straße.

Dima Medwedew wurde 1972 in die Hauptschule Nummer 305 in Kuptschino eingeschult. Die einstigen Lehrer erinnern sich heute an ihren damaligen Musterschüler, der immer makellos gekleidet zum Unterricht erschien. Seine Klassenlehrerin Vera Smirnowa nannte ihn einen »jungen Opa«, weil er kaum mit anderen Kindern spielte und schon als zehnjähriger Bücher verschlang. Aber Medwedew stand auf westliche Rockmusik. Doch seine Eltern hatten kaum Geld, sodass er sich seine erste Stereoanlage erst 1987 kaufen konnte – von seinem Anfangsgehalt als angehender Dozent. Die Schallplatten besorgte sich Medwedew auf dem Schwarzmarkt. Zu seinen Lieblingsgruppen gehörten Deep Purple, Led Zeppelin und Black Sabbath. Abends ging er ins Rockcafé Saigon am Newski Prospekt.

Auf der Schulbank machte Medwedew Bekanntschaft mit der hübschen Swetlana Linnik, seiner künftigen Ehefrau. Sie wurde ebenfalls 1965 in Kuptschino geboren, ihr Vater diente in der Sowjetarmee. Swetlana verdrehte vielen Jungs den Kopf, doch wirklichen Gefallen fand sie nur an Dima. Es war keine Liebe auf den ersten Blick, aber dafür für Dima und Swetlana die einzige Liebe ihres Lebens. Swetlana hatte eine stärkere Persönlichkeit als Medwedew, sodass in Medwedews Bekanntenkreis darüber gespottet wurde, dass Dmitri unter ihr zu einem Pantoffelhelden würde. Dass Medwedew unter dem starken Einfluss seiner Frau steht, bemerkten auch westliche Beobachter während der häufigen Privatreisen der beiden ins westliche Ausland. Dmitri und Swetlana heirateten nach ihrem Studium im Jahre 1989 und lebten danach zusammen in der Dreizimmer-

wohnung von Swetlanas Eltern. 1996 ließen sich Dmitri und Swetlana in der Kirche taufen. Im gleichen Jahr gebar Swetlana Sohn Ilja.

Medwedew war noch keine drei Jahre alt, als sein späterer Ziehvater Putin die Hauptschule verließ. Auch Putins Eltern wünschten sich für ihren Jungen eine erfolgreiche Karriere, am besten als Ingenieur. Putin ging ab 1968 auf die Mittelschule Nummer 281, gelegen im Sowjetskij Pereulok. Für damalige Verhältnisse hatte diese Schule elitären Charakter, sie war als eine Sonderfachschule für spätere Chemiker konzipiert. Der kleine Wladimir musste allerdings eine Aufnahmeprüfung ablegen, und da er im Fach Chemie kein Wunderkind war, setzte er sich während des Exams dicht neben einen weitaus begabteren Freund.

Wladimir trank nicht, ließ sich kein einziges Mal von der strengen Klassenlehrerin rauchend auf der Knabentoilette erwischen, interessierte sich früh für die westliche Musikszene und legte auf Klassenpartys sogar Kassetten mit offiziell verbotenen Beatles-Songs auf. Wladimir erlernte auch Gitarrespielen und sang Lieder von Wladimir Wysozkij. Dieser berühmte Liedermacher wurde von offizieller Seite geächtet, der KGB stellte ihm nach, doch in der Undergroundszene war er der gefeierte Star. Möglicherweise sang der Putin nicht nur verbotene Lieder, sondern las auch schon verbotene Bücher, die im so genannten »Samizdat« im politischen Untergrund erschienen. Jedenfalls wurde Putins Interesse für die Sozialwissenschaften – ein neu eingeführtes Fach an der Schule – früh geweckt. Als an der Mittelschule der erste Klub für Politinformation gegründet wurde, trat ihm Wladimir sofort bei. Er half mit, politische Abende an der Schule zu organisieren, und hatte keine Hemmungen, vor dem Publikum des überfüllten Schulsaaus aufzutreten. Politische Kritik am Staat äußerte Putin in dieser Zeit nicht.

Im August 1968 befand sich der 15-jährige Wladimir gerade in den Sommerferien, als sowjetische Truppen in die Tschechoslo-

wakei einmarschierten und mit Panzern den Prager Frühling gewaltsam niederschlugen. In der russischen Gesellschaft regten sich zaghafte politische Proteste gegen die Intervention der Warschauer-Pakt-Truppen in das sozialistische Nachbarland. Erste Bürgerrechtsbewegungen entstanden in Russland, doch wurden sie vom KGB mit aller Härte verfolgt. Doch anders als in den vorangegangenen Jahren erhielten die neuen »Dissidenten« moralische und politische Unterstützung aus dem Ausland. Die Sowjetunion, wirtschaftlich vom Westen in immer stärkere Abhängigkeit geratend, konnte ihre bekannt gewordenen Regimekritiker nicht mehr so einfach in Konzentrationslager sperren. Einige Dissidenten durften nun in den Westen ausreisen.

Im gleichen Jahr wurde Jurij Andropow, damals 60 Jahre alt, Chef des sowjetischen Komitees für Staatssicherheit (KGB). 1973 ernannte ihn Breschnew zum Vollmitglied des Politbüros – ein bedeutendes Zeichen der politischen Aufwertung einer Institution, die unter Stalins Herrschaft in schweren Verruf geraten war. Der junge Putin konnte sich damals in seinen kühnsten Träumen nicht vorstellen, dass nur 30 Jahre später er den Platz Andropows einnehmen würde.

Eines Tages, im Hochsommer 1970, klopfte der 17-jährige Putin an die schwere Tür des Gebäudes Nummer vier am Litejnyj Prospekt. Die meisten Bürger der Stadt machten einen großen Bogen um dieses Haus, in dem die Leningrader KGB-Administration residierte. Der spätere Chef Putins im Geheimdienst erzählte: »Der Wunsch, für den Geheimdienst zu arbeiten, kam bei Putin, wenn nicht im Kindesalter, dann zumindest in seinen frühen Jugendjahren. Gleich nach Beendigung der Mittelschule kam er zu uns in die Administration und stellte die Frage: »Wie kann ich KGB-Agent werden?« Putin bestätigte später in seiner Autobiografie, dass sein erster Traumberuf der eines Piloten gewesen wäre. Doch mit 16 Jahren hätte er sich für die Karriere eines KGB-Agenten entschieden. Wahrscheinlich spielte bei dieser Entscheidung die familiäre Herkunft keine unwichtige Rolle. Die Le-

ningrader KGB-Offiziere waren aber verblüfft, solche Besucher hatten sie bislang kaum gesehen. Der Junge wurde getröstet. Man legte ihm nahe, zuerst einen Hochschulabschluss vorzuweisen. »Aber welchen?«, fragte der enttäuschte Wladimir. »Werde Jurist«, erhielt er als Antwort. Daraufhin setzte Putin alle Hebel in Bewegung, um in die elitäre Rechtsfakultät der Leningrader Universität, die an der 22. Linie der Wasilij-Insel im Stadtzentrum lag, aufgenommen zu werden. Dies war nicht einfach. Zunächst musste er den Widerstand seiner Eltern überwinden, die ihn in die Ingenieurschule schicken wollten. Dies erwies sich als schwer genug. Dann musste er, um der Rechtsfakultät beizutreten, entweder eine politische Protektion oder aber Bestnoten im Abschlusszeugnis der Mittelschule aufweisen. Und es sprach für seinen Fleiß, dass er kurz darauf beim ersten Versuch die Aufnahmeprüfung in die Fakultät schaffte.

Einige Wochen später feierte Wladimir seinen 18. Geburtstag. Als er am darauffolgenden Tag die Nachrichten hörte, erfuhr er von der Verleihung des Nobelpreises für Literatur an den Schriftsteller Alexander Solschenizyn – eine schallende Ohrfeige für das Sowjetregime, denn der Westen würdigte mit diesem Preis einen der schärfsten Gegner des sowjetischen Systems. Aller Wahrscheinlichkeit nach hatte er Solschenizyns Lagerroman »Ein Tag im Leben des Iwan Denisowitsch« schon lange gelesen. 30 Jahre später wird Putin Solschenizyn als einen der größten Schriftsteller Russlands preisen. Doch was dachte der gerade erwachsene Putin? Er wollte zum KGB und war, seinen eigenen Angaben zufolge, verwundert, dass man ihn als Jugendlichen nicht angeworben hatte.

Träumte Wladimir davon, ein russischer James Bond zu werden? Dafür fehlte ihm zunächst die Ausbildung. Zu den besonderen Merkmalen der Putin-Biografie gehört, dass der zukünftige Präsident keinen Militärdienst ableisten musste. Da es an seiner Universität einen so genannten Lehrstuhl für Militärfragen gab, brauchte der junge Putin, wie viele Studenten in ähnlichen Schuleinrichtungen, keinen aktiven Dienst mit der Waffe anzu-

treten. Er musste sich allerdings an Wehrübungen im Rahmen der Ausbildung am Militärlehrstuhl beteiligen – was von Jugendlichen seines Alters mit einem ausgeweiteten Sportunterricht gleichgesetzt wurde. Am Ende des Studiums erhielt er den Grad eines Leutnants der Reserve.

Neben dem Rechtsstudium widmete sich Putin seinem Lieblingshobby – den Kampfsportarten Judo und Sambo, die er seit seinem zehnten Lebensjahr praktizierte. Damals hieß es generell, dass solche Kampfsportarten nur von Personen ernsthaft betrieben werden konnten, die mit dem KGB auf gutem Fuß standen. Putin wurde 1973 – also im dritten Semester – diplomierter »Meister« des Sports in Sambo, 1975 in Judo. Ein Jahr nach Beendigung des Studiums – 1976 – gewann er als kampfprobter KGB-Mitarbeiter die Leningrader Judomeisterschaft.

Im zweiten Semester machte Wladimir Bekanntschaft mit dem Mann, dem er später seine große politische Karriere verdankte. Anatoli Sobtschak, damals Anfang 30, trat den Unterricht als Rechtsprofessor an der Leningrader Staatsuniversität an. Putin besuchte zweimal pro Woche Sobtschaks Vorlesungen über das Zivilrecht, hatte aber ansonsten wenig mit ihm zu tun. Sobtschak galt als eine Art Dissident an der Universität. Er hatte 1973 eine Doktorarbeit zum Thema Entmonopolisierung des Staatseigentums geschrieben, die ihm vonseiten der Vorgesetzten viel Kritik einbrachte. Der Dokortitel wurde ihm deshalb erst zehn Jahre später verliehen.

Im Jahre 1974, gegen Mitte des vierten Semesters, wurde der Wunsch des jungen Wladimir endlich Wirklichkeit. Ein Mitarbeiter des KGB rief ihn zu Hause an und schlug ihm ein Treffen in der Pausenhalle der Universität vor. Am nächsten Tag wartete der nervöse Wladimir lange auf seinen Gesprächspartner. Dieser hatte sich verspätet. »Irgendein Schwein ist das«, dachte Wladimir, »ruft mich an, um sich später über mich lustig zu machen.« Der Mann erschien schließlich doch und offerierte Putin einen Job beim Geheimdienst. Er ließ natürlich durchblicken, dass der KGB immer noch aussichtsreichen »Kadern« in der Rechtsfakultät Aus-

schau hielt und dass er beileibe nicht jeden Studenten anwerben wollte. Außer Putin erhielten nur drei weitere Kommilitonen ein ähnliches Angebot. Der KGB lockte mit anständigem Gehalt und interessanten Weiterbildungsmöglichkeiten. Die Werber hatten einige Jahre zuvor auch Sobtschak ins Visier genommen, doch dieser hatte eine Zusammenarbeit mit dem KGB nach eigenem Bekunden strikt abgelehnt.

Putin musste aber noch ein ganzes Jahr warten, bis er in die Personalabteilung des mächtigen KGB offiziell vorgeladen wurde. Manch einer mag in Leningrad im Nachhinein gedacht haben, dass Putin schon früher für den KGB arbeitete. Ein Kommilitone erinnerte sich daran, wie sehr er gestaunt hatte, als »Wolodja« im letzten Studiensemester mit einem eigenen Kleinwagen – einem Zaporoschets – vor die Universität fuhr. »Wir haben den Wagen in der Lotterie gewonnen«, erzählte er den verdutzten Studenten. Seine Eltern hätten den Wagen auch gewinnbringend verkaufen und somit ihren Lebensunterhalt aufbessern können; stattdessen veräußerten sie das Auto an ihren Sohn.

Im Oktober 1975 feierte Putin seinen 23. Geburtstag. Er war nun fertiger Jurist, hatte eine Diplomarbeit über das Prinzip der Meistbegünstigung einer Nation im Welthandel geschrieben und war mit der Bestnote belohnt worden. Sein Jugendtraum war ebenfalls in Erfüllung gegangen: Wladimir arbeitete beim KGB. Wenige Tage nach seinem Geburtstag kam die Nachricht von der Verleihung des Friedensnobelpreises an den Physiker und Regimekritiker Andrej Sacharow. Der hart geplagten russischen Dissidentenbewegung verlieh sie neue Hoffnungen. Im KGB ärgerte man sich darüber. Putin kümmerte sich nicht darum. Sein Idealbild des Geheimagenten blieb intakt. Vor ihm lagen viele interessante Jahre. Putin arbeitete 15 von seinen insgesamt 25 Berufsjahren als KGB-Offizier und hat es, wie er später immer wieder und bei jeder Gelegenheit beteuerte, niemals bereut. In Russland fragte keiner danach, ob die lange Karriere im Geheimdienst eines totalitären Staates – und die UdSSR war nun einmal jahrzehntelang ein solcher Staat gewesen – sich auf die Persönlich-

keit und das Bewusstsein des neuen russischen Präsidenten negativ ausgewirkt haben könnte. Diese Frage beschäftigte eher den Westen.

Im Sommer 1982 schloss Medwedew die Hauptschule ab. Zwei Monate nach seinem 17. Geburtstag starb Breschnew im November 1982 nach 18 Jahren an der Spitze des Staates. Das riesige Gebälk, auf dem das Sowjetreich errichtet worden war, krächzte an allen Ecken und Enden. Breschnew und andere Greise im allmächtigen Politbüro hatten einen Reformstau provoziert, der sich bald auf gefährliche Art und Weise entladen musste. Der sowjetische Einmarsch in Afghanistan hatte die Beziehungen Russlands zum Westen schwer beschädigt. Der US-Präsident Ronald Reagan plante, die UdSSR in einen neuen Rüstungswettstreit zu verwickeln, bei dem die rote Supermacht kollabieren würde. Der Kalte Krieg schien noch lange nicht vorbei zu sein. Im Gegenteil. In Europa wurden neue atomare Kurzstreckenwaffen stationiert.

Mit dem Machtanstieg des KGB-Chefs Jurij Andropow zum neuen Staats- und Parteichef verbanden viele Menschen in der Sowjetunion Hoffnungen für die politische und wirtschaftliche Zukunft des Landes. Eine gewisse Aufbruchstimmung kam auf. Mit Andropow, der mit 68 Jahren noch zu den jüngeren Politbüromitgliedern zählte, sollten in der UdSSR endlich die Weichen für eine Modernisierung gestellt werden. Vergessen waren die negativen Seiten des KGB-Generals, wie Unterdrückung Andersdenkender, politische Auftragsmorde und die Organisation von Umstürzen in einigen Staaten der Dritten Welt. Unter der breiten sowjetischen Bevölkerung und in Teilen der fortschrittlich denkenden Elite glaubte man damals, dass Andropow aufgrund seiner Verkörperung von »law and order« als einziger Sowjetführer wirklich in der Lage war, nicht nur das Riesenreich aus seiner wirtschaftlichen Misere zu führen, sondern – man staune – auch die notwendigen demokratischen Reformen »von oben« anzuordnen.

Die Vision von Andropow als verkapptem Reformler hatte einen wahren Kern. Wie man heute weiß, hatte er in der Tat, noch in seiner Funktion als Chef des berüchtigten Geheimdienstes, schützend seine Hand über zahlreiche Reformdenker gehalten. Solange sie nicht wie die meisten Dissidenten die Staatsautorität infrage stellten, sah er in den liberal denkenden Wissenschaftlern sogar Verbündete.

Andropow selbst war Anhänger des so genannten »Chinesischen Modells«. Als ersten Schritt wollte er vorsichtige Reformen in der Wirtschaft durchführen, ohne die Kontrolle des Staatsapparats über die Modernisierungsprozesse in irgendeiner Weise zu schwächen. Eine Demokratisierung des politischen Systems wollte er auf unbestimmte Zeit verschieben, sie am liebsten seinen Nachfolgern überlassen. Um seine Ambitionen in die Tat umsetzen zu können, benötigte Andropow allerdings loyale, intelligente und ausgebildete Führungskräfte, die nicht so korrupt waren wie die anderen Mitglieder der Partielite. Solche Kräfte konnte er fast ausschließlich in den Reihen seiner Institution – dem KGB – ausfindig machen. Noch als KGB-Chef hatte Andropow mehrere Geheimstudien in Auftrag gegeben – um den richtigen Weg zu entwickeln, wie man das »Chinesische Modell« des Staatskapitalismus, das von Deng Xiaping in China damals gerade erfolgreich umgesetzt wurde, auf die Sowjetunion übertragen konnte.

Während seiner kurzen Amtszeit als Sowjetführer von November 1982 bis Februar 1984 konnte Andropow seine Pläne nicht wie erhofft in die Tat umsetzen. Erstens wurde er von seinem Nierenleiden so sehr geplagt, dass er sich mehreren Operationen unterziehen musste und das Land praktisch nur vom Krankenbett aus regieren konnte. Zweitens wehrten sich die anderen Politbüromitglieder gegen seine Reformvorhaben. Mit größter Mühe gelang es Andropow, auf den wenigen ZK-Plenarsitzungen, die in seiner Amtszeit abgehalten wurden, ein paar frische Führungskräfte in die Parteispitze einzubauen. Die Antikorruptionenkampagne, die Andropow zunächst mit großem Elan gegen die »Breschnew-Familie« begann, verpuffte schon nach kurzer

Zeit. Die konservative Parteimaschinerie konnte sich erfolgreich gegen Andropows KGB-Apparat zur Wehr setzen.

Der sterbenskranke Andropow gab schließlich auf. Mit zitterigen Händen schrieb er, wie einst Staatsgründer Wladimir Lenin, einen Abschiedsbrief an das Zentralkomitee der KPdSU, in dem er den letzten Wunsch äußerte, das mit Abstand jüngste Politbüromitglied Gorbatschow möge zu seinem Nachfolger erkoren werden. Doch die Parteispitze ignorierte Andropows Vermächtnis. Nachfolger im Amt des Staats- und Parteichefs wurde wiederum ein gebrechlicher, alter Parteiapparatschik. Konstantin Tschernenko konnte bei seiner Thronbesteigung kaum gehen und sprechen. Der von einer Asthmakrankheit schwer geplagte Kremlchef verschwand wenige Wochen nach seinem Amtsantritt im selben Krankenhaus, in dem zuvor jahrelang Breschnew und später Andropow ans Bett gefesselt lagen. Die Innen- und Außenpolitik der Supermacht Sowjetunion war monatelang gelähmt. Als Tschernenko Anfang März 1985 starb, blieb den Greisen im Politbüro nichts anderes übrig, als Gorbatschows Ernennung zum Kremlchef zuzustimmen.

Der Abiturient Medwedew entkam der Einberufung zum Wehrdienst und einer drohenden Entsendung in den Afghanistankrieg. Laut seiner offiziellen Biografie wurde er nicht sofort nach Schulabschluss an der Rechtsfakultät der Leningrader Staatsuniversität immatrikuliert. Zunächst arbeitete er einige Monate als »Laborant« an der Leningrader Polytechnischen Hochschule. Mach eigenem Bekunden wollte er zunächst nicht Jurist, sondern Chemiker werden. Erst am Ende des ersten Semesters stieß Dmitri zu seinen späteren Kommilitonen hinzu. Warum dieser Umweg? Möglich ist, dass Medwedew bei der Aufnahmeprüfung für das Jurastudium durchfiel und sich in einen Fernstudiengang einschreiben ließ, um durch diese Hintertür an die Universität zu schlüpfen. Daran, dass Medwedew nicht von Beginn des ersten Semesters an der Rechtsfakultät studierte, sondern 1983 zunächst entweder im Abend- oder Fernstudium Jura studierte, erinnerten sich mehrere seiner Kommilitonen. Ein nicht genannter Studien-

kollege äußerte die Vermutung, dass Medwedew gar nicht am Polytechnischen Institut, sondern im Geheimdienst KGB seine Karriere begonnen hatte und von dort aus – wie durch eine unsichtbare Hand gelenkt – zum offiziellen Studium entsandt wurde.

Diese Hypothese, im Boulevardblatt »Moskowski komsomolez« veröffentlicht, ist natürlich sehr weit hergeholt, obwohl viele der damaligen Kommilitonen heute aussagen, dass Medwedew nach außen hin einen gewissen »Sonderstatus« projizierte. Im Studium war er äußerst strebsam. Er nahm ehrenamtliche Funktionen an der Rechtsfakultät an, organisierte gesellschaftliche Abende sowie politische Informationstreffen und Konferenzen. Im Grunde genommen avancierte Medwedew zu einer Art Komsomolanführer an der Fakultät. Die offizielle Biografie Medwedews sagt nichts darüber aus, ob er jemals der KPdSU beigetreten war.

Die Kommilitonen erkannten den 1,62 Meter großen Medwedew bald am schnellen und energischen Schritt und an der Aktentasche, die er ständig mit sich trug. Mit gewöhnlichen Studenten verkehrte er so gut wie nie. Nur selten sah man ihn beim Biertrinken an der Bar. Er besaß eine eigene Clique von zehn juristischen Mitstreitern, die an der Universität als Gruppe der Karrieristen verschrien war. Im Oktober 1985 musste Medwedew jedoch, auf Geheiß von oben, an der obligatorischen Kartoffelernte teilnehmen, zu der Studenten in der Sowjetunion immer verpflichtet wurden. Dort, auf den verregneten Feldern der Region von Pskow, machte Medwedew, mit den Gummistiefeln im Schlamm versinkend, seine erste Bekanntschaft mit Sobtschak.

Und an ein weiteres Detail konnten sich Medwedews damalige Kommilitonen genau erinnern. Bei der ebenfalls obligatorischen Wehrübung, zu der die Studentinnen für anderthalb Monate nach Karelien an die finnische Grenze transferiert wurden, gingen die Sergeanten mit Medwedew besonders milde um. Während andere angehende Juristen zum Hofkehrer oder Geschirrspüler abkommandiert wurden, genoss er ungewöhnliche Privilegien.

Medwedews damaliger Freundeskreis umfasste Anton Iwanow, Ilja Jeliseew, Nikolai Winitschenko, Sergei Mawrin, Sergei Kasanzew, Igor Drozdow, Konstantin Tschujtschenko, Michail Krotow, Wladimir Alisow, Alexander und Natalia Guzan, die heute allesamt ranghohe Positionen im russischen Gerichtswesen bekleiden und in nächster Zeit bestimmt in noch höhere politische Positionen aufsteigen werden. Iwanow ist Vorsitzender des Obersten Schiedsgerichts, Mawrin und Kasanzew sind Verfassungsrichter. Diese Jurastudenten umringten meistens Sobtschak und wurden von diesem später in die Politik geholt. Medwedew pflegte aber auch ein hervorragendes Verhältnis zu Professor Waleri Musin, seinem unmittelbaren Doktorvater. Interessanterweise war derselbe Musin einige Jahre zuvor wissenschaftlicher Betreuer des Jurastudenten Putin gewesen. Der hatte dieselbe Rechtsfakultät ein Jahrzehnt zuvor absolviert, um sich für seine spätere Arbeit beim KGB zu qualifizieren.

Medwedew schloss sein Studium 1987 ab, als in der Sowjetunion die Perestrojka schon voll im Gange war. In den sowjetischen Zeitungen konnte nun auch über innere Vorgänge offener und vor allem kritischer berichtet werden. Die Epoche der Glasnost war eingeläutet. Was hätte Medwedew mit dem Juristenberuf in der alten Sowjetunion werden können? Richter oder Rechtsanwalt in einem totalitären und rechtlosen System? Jetzt öffneten sich dem angehenden Juristen ganz andere Horizonte. Auch bezüglich der weiteren politischen Karriere, die Medwedew offensichtlich anstrebte. Er entschied sich, die Dinge behutsam anzugehen und den Verlauf der Reformierung der Sowjetunion abzuwarten. Er blieb an seiner Fakultät in der Aspirantur, nahm die Stelle eines wissenschaftlichen Assistenten und Dozenten für Zivil- und Römisches Recht an.

Viele damalige Studenten erinnern sich heute noch an ihren Dozenten. Medwedew bereitete sich auf seine Vorlesung immer gewissenhaft vor. Gerne brillierte er mit hervorragenden Lateinkenntnissen, die damals in der sowjetischen Rechtswissenschaft

nicht obligatorisch waren. Bei Examen verlangte er jedoch von seinen Studenten ein minimales Verständnis für Latein. Medwedew selbst entwickelte sich zu einem wirklichen Experten für internationale Rechtsfragen und veröffentlichte selbst zahlreiche wissenschaftliche Abhandlungen zum Zivil-, später Wirtschaftsrecht. Doch bei seinen Vorlesungen wirkte er oft monoton und langweilig. Meistens las er den Vortrag Satz für Satz vom Manuskript ab. Wirklich begeistern konnte er seine jungen Zuhörer nicht. An die glänzende Rhetorik seines damaligen Mentors Sobtschak kam er nicht heran.

Putins erster Job beim KGB war der Dienst im Sekretariat der Leningrader Geheimdienstzentrale gewesen. Von dort aus wechselte er in die Zweite KGB-Hauptverwaltung für Spionageabwehr über. Viele Freunde Putins wussten nicht, wo er wirklich arbeitete. Putin verbreitete in seinem Bekanntenkreis die Legende, er wäre Polizist. Menschen, auch im engsten Umfeld im Dunkeln zu lassen, gehörte schließlich zum Beruf.

Das Gebäude am Litejny Prospekt, in dem Putin jeden Morgen verschwand, kannte natürlich jeder Bürger der Stadt. Vielen flößte das mehrstöckige graue Haus mit zahlreichen Antennen auf dem Dach eine gewisse Furcht ein. Als Putin dort seine Karriere begann, fanden in Leningrad zahlreiche Dissidentenprozesse statt. Künstler, die sich der rigiden Parteilinie nicht unterordnen wollten, wurden verfolgt, ihre Bilder vom KGB beschlagnahmt oder – wie auf einer nicht genehmigten Ausstellung in Moskau – mit Bulldozern niedergewalzt. Putin regte sich furchtbar darüber auf, dass die Partei gerade den KGB mit der Durchführung solcher Aktionen betraute. In seiner Autobiografie schildert er, wie er sich intern gegen die Vorgehensweisen alter Stalinisten im Geheimdienst auflehnte. Dies lässt sich natürlich im Nachhinein leicht sagen.

Putin selbst wurde nicht an der Dissidentenfront eingesetzt. Da er ein großer Sportliebhaber war, durfte er in der Rolle des »Auf-

passers« sowjetische Touristen- und Sportlerdelegationen ins Ausland begleiten. Dort musste er sie vor fremden Einflüssen schützen, vor allem Versuche einzelner russischer Emigrantengruppen unterbinden, Sowjetbürgern verbotene Literatur, wie beispielsweise die in Frankfurt am Main erscheinende Zeitschrift »Possew«, mitzugeben. Manchmal wurde Putin auch zu weniger spannenden Einsätzen beordert. Seine Kommilitonen erkannten Putin oft unter den Ordnungshütern mit den berühmten roten Binden auf österlichen Kirchenprozessionen. Gottesdienste durften in der Sowjetunion nur begrenzt abgehalten werden. Der KGB beobachtete dabei die Kirchgänger ganz genau. Nach einer solchen Osterprozession wurde Putin nachts auf einer Bushaltestelle von einem betrunkenen Rowdy belästigt. Es kam zu einer Schlägerei, Putin ließ den Aggressor mit einem Judogriff durch die Luft fliegen. Ähnliche Vorfälle ereigneten sich immer wieder in seinem späteren Leben, zuletzt kurz vor seiner Abreise in die DDR in der Moskauer U-Bahn. Bei dieser Schlägerei brach er sich einen Arm.

Nachdem er 1976 einen einjährigen Speziallehrgang in Moskau absolviert hatte, durfte sich Putin als »operativer Mitarbeiter« stärker auf westliche Ausländer in Leningrad »spezialisieren«. Er wurde von der Spionageabwehr in die Erste Hauptverwaltung des KGB – die Auslandsaufklärung – versetzt. Die Aufklärungsabteilung war immer die Eliteabteilung des KGB gewesen. Dort aufgenommen zu werden, war nicht einfach. Der 25-Jährige wurde zunächst zu einer Spezialausbildung geschickt, um seine Fähigkeiten unter Beweis zu stellen. Wie ein ehemaliger Geheimdienstausbilder in der russischen Presse berichtete, musste jeder junge Neuankömmling zunächst zur Mutprobe mit dem Fallschirm abspringen. Danach brachte man ihm das technische Handwerkszeug jedes Agenten bei, dann Fremdsprachen. Um seine Karriere in der Eliteabteilung zu beschleunigen, musste Putin der KPdSU beitreten.

Die Erste Hauptabteilung des KGB lockte aufgrund ihres Prestiges und der Möglichkeit, ins Ausland zu fahren, viele Spröss-

linge der Parteiführung an. Die Kinder der Parteibonzen genossen sofort eine privilegierte Stellung, wurden rascher befördert und erhielten die interessanteren Jobs im Ausland. Man hielt sie für vertrauenswürdiger als die Kinder proletarischer Herkunft, zu denen Putin gehörte. Die professionellen Eigenschaften waren hierbei zweitrangig. Für den jungen Putin war diese Situation untragbar – er musste das Doppelte von dem leisten, was andere zeigten –, aber er biss die Zähne zusammen und wartete auf seine Chance. Zehn lange Jahre sollte Putin ausharren, um seine Fähigkeiten im Ausland unter Beweis zu stellen. Zunächst musste er sich die Sporen auf den Straßen von Leningrad verdienen – westliche Ausländer für den Spionagedienst rekrutieren.

Der 25-jährige Putin wurde höchstwahrscheinlich auf Gleichaltrige, also Studenten, angesetzt. Doch wie konnte er westliche Russlandreisende davon überzeugen, für die Sowjetunion zu spionieren? Erpressung war die eine Methode. Man konnte einen ausländischen Studenten beim Schwarzgeldhandel, bei Besitz unerlaubter politischer oder religiöser Literatur oder bei sonstigen »Delikten« erwischen, ihm mit der Ausweisung drohen, dann aber ein freundliches Gespräch mit ihm führen und sich »einigen«. Überzeugungstäter zu rekrutieren, war für Putin viel schwieriger.

Im Sommer 1975 war die KSZE-Schlussakte von Helsinki unterzeichnet worden. Die UdSSR hatte sich verpflichtet, Menschenrechte zu achten. In der Sowjetunion gründeten sich immer neue Bürgerrechtsbewegungen, die für Meinungsfreiheit und Demokratie eintraten. Die sowjetische Geheimpolizei verfolgte die Dissidenten. An Attraktivität gewann das Breschnew-Regime dadurch nicht. Andererseits erhielt die westeuropäische Friedensbewegung zu jener Zeit durch die Diskussionen über den NATO-Doppelbeschluss und die Neutronenbombe großen Aufwind. Wie man heute weiß, wurden Teile der Friedensbewegung von der Sowjetunion finanziell unterstützt. Waren Aktivisten der Friedensbewegung, also Personen aus der linken Szene der NATO-Staaten, Zielscheibe von Putins Anwerbungsversuchen?

Wer als westlicher Ausländer in der zweiten Hälfte der 70er-Jahre in Leningrad studiere, eine Touristentour mitmache oder dort geschäftlich weile, könnte die Bekanntschaft eines freundlichen, etwas schüchtern wirkenden blonden Mannes mit sportlicher Figur und blauen Augen gemacht haben. Dieser hatte sich möglicherweise als junger Ingenieur ausgewiesen, der sich an den politischen und sportlichen Ereignissen im Westen besonders interessiert zeigte. Von den damals von Putin angesprochenen Ausländern hat sich in der Öffentlichkeit bisher niemand an solche Begegnungen erinnert. Warum auch? Die Opfer haben sich damals bei ihren einheimischen Spionageabwehrdiensten über Putins Anwerbungsversuche ausgelassen und sein Gesicht schnell wieder vergessen. Putin unterschied sich vom Aussehen her kaum von anderen Sowjetbürgern, die einem bei Reisen in das Land begegneten.

1980 fanden in Moskau die Olympischen Spiele statt. Aus allen Teilen der Sowjetunion wurden die fähigsten KGB-Offiziere in die Hauptstadt geschickt, um auf die ins Land strömende Flut von Touristen aufzupassen und den einen oder anderen ausländischen Gast vielleicht für den eigenen Dienst zu rekrutieren. Zu den größten Fähigkeiten Putins gehörte es, Agenten nicht durch kompromittierendes Material oder Geld anzuwerben. Ihm soll es oftmals gelungen sein, wichtige Ausländer in zweijähriger mühsamer Arbeit zu seinen Gesinnungsgenossen umzufunktionieren.

Der junge Geheimdienstler war 1983 als 30-Jähriger immer noch nicht verheiratet. Er gefiel den Frauen, doch hatte er Probleme, Gefühle zu zeigen. Das schreckte viele Mädchen ab. Er hatte längere Zeit eine Ärztin als Freundin und sogar als Verlobte gehabt, doch kurz vor der Hochzeit lief er ihr davon. Einen Junggesellen wollte die KGB-Führung nur ungern für längere Zeit ins Ausland schicken. Am 28. Juli 1983 feierte Putin endlich Hochzeit. Seine Auserwählte hieß Ljudmila Schkrebnewa, kam aus Kaliningrad (Königsberg) und war zuletzt Stewardess bei der sowjetischen Fluggesellschaft Aeroflot. Wladimir lernte die sechs Jahre jüngere Ljudmila 1981 auf einer Vorstellung des Satirikers Arkadi Rajkin

in Leningrad kennen. Damals log er ihr vor, er wäre einfacher Fabrikarbeiter. Sie wunderte sich allerdings, wie ein einfacher Ingenieur in der Lage war, ihr jeden Wunsch bezüglich Eintrittskarten für ausverkaufte Konzerte oder Theatervorstellungen zu erfüllen. Putin machte Liudmila zwei Jahre später ein solch kompliziertes Heiratsangebot, dass sie nicht sofort verstand, ob er sein künftiges Leben mit ihr teilen oder Schluss machen wollte.

Als Gorbatschow im März 1985 an die Macht kam, war der KGB-Major Putin gerade 32 Jahre alt. Putin hatte nun zehn Jahre Erfahrung in der Geheimdiensttätigkeit gesammelt und stand für neue Aufgaben bereit. Auf ihn war man in der Zentrale schon lange aufmerksam geworden. Man hatte ihn zur Fortbildung nach Moskau eingeladen; dort absolvierte er 1984 an der KGB-Hochschule ein Spezialtraining.

In der Perestroika wurden dem KGB neue Aufgaben zugewiesen. Es ging dabei um nicht weniger als die Reformierung des sowjetischen Einparteiensystems und die Einführung marktwirtschaftlicher Elemente in die verkrustete Sowjetbürokratie. Die Widerstände der Bürokratie schienen allerdings unüberbrückbar zu sein. Trotzdem gelang es Gorbatschow, eine neue Ära zu eröffnen, die über das hinausging, was Chruschtschow 20 Jahre zuvor mit seiner »Tauwetterperiode« bezweckte.

In seiner Politik stützte sich Gorbatschow auf zahlreiche Berater seines langjährigen Gönners Andropow. Der KGB-Apparat wurde vom neuen, jungen Kremlchef als Rammbock gegen konservative Widerstände innerhalb der Partei eingesetzt. KGB-Leute begannen an den Stühlen der Parteibonzen zu sägen und übermittelten Gorbatschow kompromittierendes Material über deren Luxusleben. Um die Ideen der Demokratie und Marktwirtschaft in der Sowjetunion langfristig zu verankern, musste er anfangen, auch Teile seiner persönlichen Machtfülle zu dezentralisieren: demokratische Institutionen im Lande errichten, die Verfassung umschreiben, Privatinitiative in der Wirtschaft erlauben. Um sein historisches Vorhaben zu realisieren, musste er sich die

Sympathien des Westens erwerben. Dieser durfte in der riskanten Zeit des gesellschaftlichen Umbaus die Reformen nicht stören, sondern, im Gegenteil, seinen Teil am Gelingen der Perestroika beitragen.

Über die Art der Geheimdiensttätigkeit, der Putin in der ehemaligen DDR nachging, gibt es widersprüchliche Angaben. Fest steht, dass er 1985 mit der Familie nach Dresden übersiedelte und dort der »Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland« zugeordnet wurde. Speziell arbeitete er im sowjetischen Auslandsaufklärungsdienst, der eng mit dem Staatssicherheitsdienst der DDR (Stasi) kooperierte.

Journalisten aus aller Welt fuhren in den acht Jahren nach Dresden, um dort nach Spuren der Tätigkeit Putins zu suchen. Alles, was auf dem Gebiet der Geheimdienste Rang und Namen hatte, wurde ausgefragt. Doch das Ergebnis war niederschmetternd. Putin war doch kein russischer James Bond gewesen. Bekannte aus jener Zeit erinnern sich zwar an die Freizeit, die sie mit den Putins verbrachten, doch nicht an irgendwelche spannenden Agentenmissionen. Putins Büro befand sich in einer grauen Villa in der Angelikastraße 4, am Rande des Nobelviertels Loschwitz, gegenüber dem örtlichen Stabsquartier der Stasi. Die Putins bewohnten eine typische Zweieinhalbzimmerwohnung im Plattenbau in der Radeberger Straße 101. Putin selbst erinnert sich gerne an seine Zeit in der DDR. Jedes Wochenende fuhr er mit Frau und Kindern im kleinen grauen Lada in der Sächsischen Schweiz spazieren. Abends erkundeten er und Ljudmila immer neue Waldgaststätten, wo sie Bier und Würste bestellten. Der nur 1,72 Meter große Putin nahm heftig zu – bis er schließlich 85 Kilogramm wog und seine Garderobe von Größe 44/46 auf 52 erneuern musste.

Nach Dresden wollte kein Karriereoffizier entsandt werden. Auszuspionieren gab es kaum etwas in Dresden, was die DDR anbetraf. Für Putin war der Dienstaufenthalt in Dresden vom finanziellen Standpunkt her attraktiv. Anders als in Leningrad erhielt er nämlich sein Gehalt nun in ausländischen Devisen. Zunächst hoffte

Putin, nach Ostberlin versetzt zu werden. Von dort aus hätte er seine Tätigkeit auf Westberlin – der Schnittstelle zwischen Ost und West – ausweiten können. Doch Putin blieb fünf Jahre in der Provinz. Gemäß seinen eigenen Aussagen lag der Schwerpunkt der Agententätigkeit in der Auswertung der politischen Lage in den NATO-Staaten. Über Informanten versuchte er sensibles Material über Strategien und Taktiken, beispielsweise der NATO, für bevorstehende internationale Verhandlungen zu erwerben. Vermutlich gehörte zu Putins Aufgaben auch die Anwerbung von Agenten unter solchen DDR-Bürgern, die beruflich ins westliche Ausland fahren oder ganz ausreisen wollten.

Die Sowjetunion musste gewaltige Entwicklungsrückstände aufholen, insbesondere im Bereich der Mikroelektronik, der Computertechnik sowie der gesamten Telekommunikationstechnik, um den anvisierten politischen und wirtschaftlichen Umbau zu bewerkstelligen. Der billigste und einfachste Weg war nun einmal der illegale: das Beschaffen von Forschungs- und Entwicklungsergebnissen der westlichen Industrie durch Spionage. In Dresden befand sich das Prestigewerk der DDR für Computertechnologie – »Robotron«. Die Fabrik belieferte den gesamten Ostblock mit Computern, hatte aber auch gute Kontakte zu Siemens und IBM. Dem KGB gelang es, für einige Millionen Dollar ein geheimes Technologieprojekt aus dem Westen erwerben. Die Vorgesetzten im Moskauer KGB waren begeistert, überschütteten die Aufklärer mit Orden. Doch dann wurden die Pläne in den Safe gesperrt – die UdSSR verfügte scheinbar nicht über die Hochtechnologie westlicher Staaten, das Projekt zu realisieren.

---

## Agent und Advokat

Den 6. Dezember 1989 wird Wladimir Putin in seinem Leben niemals vergessen. Die Berliner Mauer ist gerade vor einen Monat gefallen. Aufgebrachte DDR-Bürgerrechtler blasen zum Sturmangriff auf die Stasi-Archive. Einige wütende Menschen versammeln sich vor dem KGB-Stabsquartier in Dresden und wollen das Gebäude stürmen. Putin ruft seine Vorgesetzten in Ostberlin an und bittet den Kommandeur der Westlichen Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte um Unterstützung. Doch auch in der Zentrale ist man hilflos, Moskau habe keine Befehle erteilt. Inzwischen nähern sich die Aktivisten der Tür und fordern Einlass. Der damals 38-jährige KGB-Oberstleutnant Putin erkennt, dass alles verloren ist. Die mächtige Sowjetunion gibt es nicht mehr. Der Kalte Krieg ist für Moskau endgültig verloren. Putin tritt vor die immer lauter werdenden Bürgerrechtler, gibt sich als Dolmetscher aus, zeigt ihnen aber demonstrativ seinen Revolver. Dann sagt er: »Ich bin Soldat, bereit zum Tod.« Nachdem die Menge fort ist, zündet Putin im Stabsquartier den Kamin an und verbrennt stundenlang jegliches Dokumentationsmaterial – die Früchte seiner fünfjährigen Agentenarbeit in der DDR.

Ende Dezember 1991 verlässt Medwedew die Sowjetunion für eine Dienstreise nach Deutschland. Mitten auf einer deutschen Weihnachtsfeier vernimmt er die Nachricht von der Auflösung der Sowjetunion. Medwedew kehrt in ein neues Russland zurück. Ihm ist klar, dass die Welt vor einer Zeitenwende steht.

Putin und Medwedew denken in diesen Tagen an das Leben

ihrer Großväter. Putins Großvater beteiligte sich als junger Aktivist an der Oktoberrevolution und lebte jahrelang mit Stalin unter einem Dach auf der Regierungsdatscha. Medwedews Großvater war seit dem Bürgerkrieg stets ein linientreuer Parteisoldat gewesen. Die Enkel von Spiridon Putin und Afanasi Medwedew schwören den kommunistischen Idealen ab und orientieren sich am liberalen Juraprofessor Anatoli Sobtschak, der in der demokratischen Bewegung Russlands die Führungsrolle übernimmt.

Nach dem Fall der Mauer wollte Putin so schnell wie möglich weg aus der zerfallenen DDR. Alle Bemühungen Gorbatschows, das DDR-Regime zu liberalisieren, waren gescheitert. Die KGB-Führung hatte seit 1987 versucht, die Ideen der Perestroika auch dort zu verbreiten. Im Juni 1987 kam der damalige Spionagechef Wladimir Krjutschkow zu einem Geheimbesuch nach Dresden und Ostberlin, um im Hause des bekannten DDR-Physikers Manfred von Ardenne darüber zu sprechen, wie man Erich Honecker durch einen reformwilligeren Parteisekretär ersetzen könnte. Eine Geheimoperation unter dem Decknamen »Lutsch« (der Lichtstrahl), von der SED-Führung und der Stasi geheim gehalten, plante sogar einen Umsturz des stalinistischen DDR-Regimes. War Putin in diesen Plan involviert? Im März 1989 beschwerte sich der Leiter der Dresdner Stasi-Filiale, Horst Böhm, schriftlich bei Putins Vorgesetztem über die angeblichen »Anwerbungsversuche« von ehemaligen DDR-Militärexperten durch den KGB. Offensichtlich kam das DDR-Regime in diesen Jahren hinter die Aktivitäten der Gruppe »Lutsch«. Verärgert erteilte Honecker Böhm den Auftrag, gegen den Bezirksparteichef von Dresden, Hans Modrow, wegen Verdachts auf Hochverrat zu ermitteln. Böhm soll, so der deutsche Historiker Hans-Joachim Hoppe, sogar die Verhaftung Putins wegen Vorwürfen der militärischen Spionage gegen die DDR angeordnet haben. Böhm nahm sich nach der Wende das Leben. Die sowjetischen Geheimdienstarchive, die diese historischen Jahre mit ganz besonderen

Informationen erhellen könnten, dürfen, so der oberste FSB-General im heutigen Russland, Sergei Iwanow, in einem persönlichen Gespräch, erst in 80 Jahren das Licht der Öffentlichkeit erblicken.

Putin wurde im Januar 1990 aus der DDR abkommandiert. Viele der Nachbarn erinnern sich an den Tag, als die Putins mit Kind und Kegel aus Dresden in Leningrad eintrafen. Besonders staunten sie über den schwarzen Wolga, den die Putins aus Dresden mitgebracht hatten. Die Nachbarn im Haus Nummer 42 am Sredneochtinski Prospekt sahen von Putin allerdings recht wenig. Gelegentlich führte er abends seinen Hund aus. Ab und zu kamen Freunde zu ihm nach Hause. Doch insgesamt blieb Putin seinen Nachbarn gegenüber verschlossen. Ein neugieriger Hausbewohner hatte herausgefunden, daß Putin beim KGB arbeitete, und er wollte ihn während gemeinsamer Hundeausflüge in politische Diskussionen verwickeln. Putin hörte ihm höflich zu, blieb jedoch wortkarg und, wie der Nachbar bemängelte, sehr mürrisch.

Putin wirkte während der ersten Jahre nach der Rückkehr aus Sankt Petersburg verstört und nervös. Befördert wurde er nicht. Im Gegenteil. Statt, wie erhofft, in die KGB-Zentrale nach Moskau versetzt zu werden, schob die Personalabteilung des Geheimdienstes Putin auf einen unbedeutenden Posten an der Leningrader Universität ab – wie einen aufgefliegenen Agenten. Der Oberstleutnant musste sich mit dem Amt eines außenpolitischen Beraters des Vizepräsidenten der Universität abgeben. Putin war wieder dort gelandet, wo er vor 15 Jahren seine Agententätigkeit begonnen hatte. Er musste Studenten bespitzeln und sie für den Geheimdienst rekrutieren. Doch der Enthusiasmus für die Supermacht Sowjetunion zu arbeiten, gar sein Leben aufs Spiel zu setzen, war bei ihm offensichtlich nach den traurigen Erfahrungen in der DDR verflogen. Putin hatte den Zusammenbruch des DDR-Regimes mit eigenen Augen gesehen. Ihm musste klar geworden sein, dass die Art von Perestroika, die Gorbatschow in der Sowjetunion und in Osteuropa implementieren wollte, ein Fehlschlag war. In der DDR und in anderen Warschauer-Pakt-

Staaten wurden die kommunistischen Regimes nicht von oben, wie es Gorbatschow anfänglich geplant hatte, sondern durch das Volk – also von unten – weggefegt.

Und nun schien auch die Sowjetunion zu kollabieren. Putins neuer oberster Chef, Krjutschkow, appellierte verzweifelt in einem Geheimbefehl an alle KGB-Mitarbeiter, sich mit allen Mitteln gegen den drohenden Machtverlust aufzulehnen. Von größter Wichtigkeit für die Zukunft des Sowjetsystems, so die Order, war die Verhinderung einer unabhängigen politischen Opposition in Russland. Krjutschkow legte seinen Männern nahe, sich in die neu entstehenden demokratischen Bewegungen einzuschleusen und sie unter KGB-Kontrolle zu bringen. Im Bedarfsfall sollten dann die demokratischen Bewegungen von innen heraus diskreditiert werden. Krjutschkow befahl seinen Männern, die Uniformen auszuziehen und sich als einfache Intellektuelle den Demokraten anzuschließen. Der Plan des KGB sah vor, bei den für den März 1990 anstehenden Parlamentswahlen so viele Agenten wie nur möglich, getarnt als Volksabgeordnete, in die neu zu wählenden Parlamente Russlands und anderer Sowjetrepubliken zu infiltrieren. Die Führung des sowjetischen Geheimdienstes schuf ein spezielles »Zentrum« für die Schulung von KGB-nahen Abgeordneten. Andere Geheimdienststrukturen halfen den Kandidaten im Wahlkampf vor Ort mit »Informationen« und kompromittierendem Material gegen Konkurrenten. Der KGB besorgte auch entsprechende Finanzmittel, um die Wahl seiner Abgeordneten in die Parlamente sicherzustellen.

Putin erkannte Russland kaum mehr wieder. Der Reformpolitiker Jelzin, von Gorbatschow aus dem Politbüro geschasst, stieg, zusammen mit dem aus der Verbannung zurückgekehrten Nobelpreisträger Andrej Sacharow, zum neuen Anführer der russischen Demokraten auf. Früher oder später würden Politiker wie Jelzin in freien Wahlen an die Macht kommen. Im KGB überlegte man, wie die Kontrolle über die Demokratisierungsprozesse sichergestellt werden konnte, und entwickelte 1990 den wagemutigen Plan,

eine künstlich gelenkte Opposition zu kreieren. Im Juni 1990 wurde der so genannte »Zentristische Block« gegründet. Damit hoffte der KGB, aus kommunistischen Hardlinern und liberalen Reformern doch noch eine »politische Mitte« zu schaffen. Die ideologische Programmatik des »Zentristischen Blocks« klang einfach: Die kommunistischen Machtstrukturen sollten verschwinden, der Einheitsstaat mit einer russisch-nationalen Ideologie erhalten bleiben. Das Politbüro sollte abdanken und das Land von einem »Komitee für Nationale Rettung« regiert werden. Diese Komitee sollte den Ausnahmezustand ausrufen und mithilfe des KGB und der Armee die Ordnung wieder herstellen. Statt Planwirtschaft sollte es künftig Staatskapitalismus geben.

Krjutschkow traf sich öffentlich mit den Vertretern des »Zentristischen Blocks«. Letzterer bestand aus mehreren künstlichen Zwergparteien, deren Führer alle mit dem Geheimdienst kooperierten. Eine dieser neu geschaffenen Parteien nannte sich die »Liberal-Demokratische Partei« und wurde von einem bis dahin völlig unbekanntem Mann namens Wladimir Schirinowski gelenkt. Niemand konnte damals ahnen, dass Schirinowski diese Rolle weitere zwei Jahrzehnte ausfüllen würde. Im Juni 1991 beteiligte sich Schirinowski noch völlig chancenlos bei den russischen Präsidentschaftswahlen. Doch was für eine Überraschung erlebte das westliche Ausland, als 1993 Schirinowski mit seiner Liberal-Demokratischen Partei als stärkste Fraktion in das neue russische Parlament einzog. Die rassistischen Töne Schirinowskis führten einerseits zum Entsetzen. Andererseits mussten die Wahlkampfstrategen der anderen Parteien anerkennen, dass die Strippenzieher hinter den Kulissen mit dieser schillernden Figur die Politik hervorragend manipulierten.

Doch Schirinowski eignete sich niemals als wirklicher politischer Führer. Der »Zentristische Block« unterbreitete vielmehr der Galionsfigur der Leningrader Demokraten, Anatoli Sobtschak, den Vorschlag, Präsidentschaftskandidat der Partei der politischen Mitte zu werden.

Sobtschak führte die demokratische Bewegung von Leningrad seit 1989 an, als er mit seinem Reformprogramm Einzug in das erste frei gewählte Parlament Russlands – den Volkskongress – feierte. Medwedew arbeitete damals schon in seinem Wahlstab. Sobtschak unterschied sich von einigen anderen, radikaleren Demokraten, die eine Revolution forderten, durch seine gemäßigte Haltung. Sobtschak, selbst überzeugter Antikommunist, trat zwar für eine weitgehende Demokratisierung des Staates ein, forderte aber die Beibehaltung wesentlicher Ordnungsfunktionen der staatlichen Macht. Aufgrund dieser Haltung war er bei manchen Liberalen als »autoritär« verschrien. Staatschef Gorbatschow dagegen fand Gefallen an ihm und soll Sobtschak mal den Posten des Vizepräsidenten der UdSSR, mal den des Ministerpräsidenten angeboten haben. Jelzin wiederum sah im Leningrader Rechtsgelehrten einen Kandidaten für den Posten des Vizepräsidenten der Russischen Föderation. Auch der KGB nahm Sobtschak als aussichtsreichen Politiker ins Visier. Der »Zentristische Block« schlug vor, Sobtschak zum Vorsitzenden des Notstandskomitees auszurufen.

Im Mai 1990 versammelte KGB-Chef Krjutschkow alle ausländischen Botschafter in Moskau zu einer Konferenz. Dort versicherte er den völlig verdutzten Diplomaten, dass seine Behörde über hoch qualifizierte Wirtschaftsfachleute verfüge, die besonders geeignet wären, auch für die Interessen westlicher Großunternehmen auf dem sowjetischen Markt einzutreten. Gleichzeitig warb er für Verständnis, dass der sowjetische Geheimdienst vor allem den aufstrebenden, aber völlig unerfahrenen russischen Unternehmen unter die Arme greifen müsste. Krjutschkow stellte aber auch klar, dass der KGB die Wirtschaftsprozesse in der reformierten Sowjetunion nicht aus der Kontrolle entlassen könne.

In dieser Zeit war tatsächlich interessant zu beobachten, wie ehemalige KGB-Offiziere den Geheimdienst verließen und sich in das florierende kapitalistische Wirtschaftsleben stürzten. Bald saßen sie in den Direktorensesseln der neuen privatwirtschaftli-

chen Unternehmen oder organisierten Sicherheitsdienste, um die »neuen Russen« und ihre westlichen Partner vor der immer mächtiger und gefährlicher werdenden Mafia zu schützen. Einige nutzten geschickt ihre Verbindungen zu ausländischen Kontakten, um Geld zu waschen. Andere wiederum harrten noch in den alten Jobs aus, befürchteten jedoch, das Schicksal ihrer Amtskollegen aus der Stasi oder – noch schlimmer – aus der Securitate in Rumänien zu teilen. Der auseinanderfallende Staat konnte bald die Gehälter seiner Angestellten nicht mehr bezahlen, die Geschäfte waren leer, das Land auf humanitäre Lieferungen aus dem Westen angewiesen. Ein demütigender Zustand. Mit dem Wissen, das sich die »Geheimen« angeeignet hatten, standen sie auf dem sich neu bildenden Arbeitsmarkt besser da als die meisten anderen Spezialisten.

Im Mai wurde Sobtschak zum Vorsitzenden des Leningrader Stadtsowjets gewählt. Nach der Demontage der KPdSU war dies der mächtigste Posten der Stadt. Auf seinen Schultern trug er eine ungeheure Verantwortung. Leningrad feierte zwar den Sturz des Kommunismus, stand aber gleichzeitig vor einer Hungerkatastrophe. Die Wirtschaft und das Finanzsystem waren völlig zusammengebrochen. Auf die alten Bürokraten aus der KPdSU war für Sobtschak kaum Verlass. Sie würden ihn bei der erstbesten Gelegenheit verraten. Er verhängte ein Ausfuhrverbot von Nahrungsmitteln aus der Stadt und stellte, um der drohenden Kriminalität in der Stadt Herr zu werden, gemeinsame Patrouillen von Polizei- und Armeekräften auf. Im Eiltempo begann Sobtschak eine eigene Führungsmannschaft aus ihm nahestehenden Studenten, vornehmlich aus der Rechtsfakultät, zu formen. Medwedew und Putin gehörten von Anfang an zu seinem engen Beraterkreis.

Damalige Zeitzeugen meinen sich zu erinnern, dass Sobtschak Medwedews juristisches Fachwissen hoch schätzte und auch von seinen organisatorischen Fähigkeiten im Wahlkampf beeindruckt war. Doch mit 25 Jahren hatte Medwedew noch nicht die erforderliche Autorität und administrative Erfahrung für Managementaufgaben im Notstandsregime. Sobtschak suchte das Gespräch mit dem älteren Putin, den er aus den 70er-Jahren kannte.

Er schien gerade der Mann zu sein, nach dem Sobtschak verzweifelt suchte, um seine Machtposition abzusichern.

Gleich nach seiner Ernennung zu Sobtschaks Assistenten lief Putin zu einem Exkollegen aus dem KGB und erzählte diesem von seinem neuen Amt. Putin zeigte sich entsetzt von der Inkompetenz und der fehlenden Professionalität der Demokraten um Sobtschak. Putin forderte seinen Freund auf, mit ihm zu Sobtschak überzuwechseln. Doch dieser winkte dankend ab – mit den Demokraten wollte er nichts zu tun haben. »Du hast unrecht«, verabschiedete sich Putin, »du brauchst ja mit Sobtschak nicht zu schmusen. Die große Tat muss vollbracht werden ...« Nachdem Putin seinen Kollegen verlassen hatte, öffnete er eine andere Tür der KGB-Administration und erzählte seine Geschichte von neuem. »Darf ich aus der Uni zu Sobtschak wechseln, ohne den Geheimdienstberuf ganz an den Nagel zu hängen?«, fragte er seinen Vorgesetzten. »Bitte, warum nicht?«, erhielt er als Antwort. Hoch erfreut marschierte Putin daraufhin zurück in sein neues Büro im Leningrader Stadtsovjat. Das Verhältnis mit seinem ehemaligen Arbeitgeber war nicht abgebrochen, und auch finanziell brauchte sich Putin keine Sorgen zu machen: Er erhielt weiterhin ein Gehalt vom KGB bezahlt, verdiente somit doppelt.

Einige Demokraten in Sobtschaks Umgebung fanden schnell heraus, wer der neue Mann im Umkreis des Vorsitzenden des Leningrader Stadtsovjats in Wirklichkeit war. Jemand versuchte sogar Putin mit seiner Vergangenheit zu erpressen. Daraufhin machte Putin sein Verhältnis zum KGB publik. Für Sobtschak stellte sich das Problem KGB in Putins Tätigkeit nicht. Er konnte die bisherige Erfahrung und vor allem die Kontakte seines neuen Beraters zu den Geheimdienststrukturen gut gebrauchen. Die neu gegründeten demokratischen Parteien und Bewegungen in der Sowjetunion waren übersät mit Geheimdienstlern. Viele KGB-Agenten waren in die demokratischen Strukturen infiltriert worden und übten hinter den Kulissen Kontrollfunktionen aus. Andere waren aus Überzeugung zu den Reformkräften übergelaufen, doch über ihre künftigen Loyalitäten gab es Zweifel. Schließlich gab es unter den KGB-

Leuten auch solche, die sich in den neuen Machtstrukturen bessere Karrierechancen ausrechneten.

Die Lage in der Sowjetunion wurde in der zweiten Hälfte des Jahres 1990 immer prekärer. Während die KPdSU in der Versenkung verschwand, stieg Krjutschkow zum zweitmächtigsten Politiker im Staat auf. Doch die KGB-Spitze, die anfangs Gorbatschow als den wahren Erben Andropows gegen die Stalinisten in der KPdSU unterstützt hatte, wandelte sich unter dem Eindruck des staatlichen Zerfalls in einen Gegner der Reform. Die Demokratisierungswelle hatte zu diesem Zeitpunkt schon die Mitarbeiter des Geheimdienstes erfasst. Der KGB splitterte sich in zwei Lager auf. Der eine Teil wollte die UdSSR durch Einsatz von militärischer Gewalt vom Untergang bewahren, der andere Teil des KGB trat für eine Demokratisierung ein. Der KGB-Chef kontrollierte nun sorgsam alle Informationsflüsse zu Gorbatschow, versuchte den Generalsekretär von der Außenwelt abzuschirmen. Zum erklärten Ziel Krjutschkows wurde es, Gorbatschow von der Notwendigkeit der Einführung eines Notstandregimes zu überzeugen, um die sowjetische Staatsmacht zu retten.

Der sowjetische Staatschef schien auf Krjutschkow zu hören, denn er unterzeichnete ein Dekret nach dem anderen, das dem KGB weitreichende Kontrollbefugnisse über die sowjetische Wirtschaft gab. Der Geheimdienst überwachte von nun an alle Außenhandelsoperationen und Finanzströme des Landes. Zahlreiche KGB-Offiziere wurden in die neuen Gemeinschaftsunternehmen infiltriert. Im Januar 1991 gab Gorbatschow dem KGB die Erlaubnis, alle humanitären Hilfslieferungen aus dem Ausland zu überwachen. Die Demokraten beschwerten sich gleich darauf, dass der KGB die westlichen Hilfspakete nur in Regionen leitete, wo keine Demokraten an der Macht waren. Anfang 1991 konnte Krjutschkow triumphieren. Im Januar 1991 ließ Gorbatschow in den baltischen Staaten Panzer auffahren, um ein Ausscheren der Republiken aus dem sowjetischen Staatsverband zu verhindern. Im Mai 1991 erhielt Krjutschkow weitere Vollmachten zugestanden. Der KGB durfte jetzt alle Eisenbahn- und Ingenieurstruppen

überwachen. Es wurden ihm die Grenztruppen und eine Reihe von Sondertruppen unterstellt. Eine solche Machtposition hatte der sowjetische Geheimdienst seit Stalins Tagen nicht mehr gehabt. Im Juni 1991 verlangte der KGB, Gorbatschow solle Teile seiner Macht an Premierminister Walentin Pawlow abgeben. In diesem Moment musste dem sowjetischen Staatschef endlich klar geworden sein, was der KGB in Wirklichkeit wollte: nämlich das Zurückdrehen von Reformen und neue Repression. Gorbatschow hatte keine Kraft und keine Verbündeten mehr, sich zu wehren. Ein zaghafter Versuch, Krjutschkow zu ersetzen, schlug fehl. Gorbatschow war inzwischen politisch so isoliert, dass er die Putschvorbereitungen des KGB gar nicht bemerkte.

In Leningrad musste Sobtschak natürlich damit rechnen, dass der KGB auch dort versuchen könnte, die Demokraten zu stürzen. Andererseits unterstützte Sobtschak – zum Entsetzen der liberalen Demokraten – Ende 1990 Krjutschkows Appelle zur Einführung eines »Notstandsregimes«, um den Zerfall des Staates aufzuhalten.

War es Putins Einfluss gewesen, der Sobtschaks politisches Überleben in den komplizierten Machtspielen hinter den Kulissen sicherte? Putin kannte in Leningrad alle KGB-Spitzel in Sobtschaks Umgebung. Mit Putin an seiner Seite gewann der Reformpolitiker die notwendige Rückendeckung bei möglichen gefährlichen Auseinandersetzungen mit den Geheimdiensten. Eines Tages kamen zwei ehemalige KGB-Kollegen in Putins Büro. Sie baten ihren alten Kameraden, unter einem Dokument die Unterschrift Sobtschaks zu fälschen. Putin öffnete die Schublade seines Schreibtischs und zeigte den verdutzten KGB-Offizieren einige unbeschriebene offizielle Briefbögen mit der persönlichen Signatur des Oberbürgermeisters. »Seht ihr, der Mann vertraut mir. Ich werde sein Vertrauen nicht missbrauchen«, stauchte er sie an. Danach schrieb er einen wütenden Brief an seine Vorgesetzten im KGB. Putin rettete Sobtschak noch aus anderen misslichen Lagen.

1990 schloss Medwedew die Aspirantur an der Rechtsfakultät der Leningrader Staatsuniversität ab. Er war nun Kandidat der Rechtswissenschaften. In seiner Dissertation behandelte er ein aktuelles wirtschaftspolitisches Thema seiner Zeit – die Mischform von staatlichem und privatem Eigentum bei Firmengründungen. Später erfand Medwedew als erster Jurist im neuen Russland, wie der Staat als stiller Miteigentümer in eine private Aktiengesellschaft integrieren konnte. Wohin sollte Medwedews Weg gehen? Zunächst akzeptierte er die Rolle eines Chefsekretärs im Amtszimmer von Sobtschak. Dort liefen die politischen und wirtschaftlichen Fäden der Millionenstadt Sankt Petersburg zusammen. Alles wurde dort entschieden. Strategischer konnte für einen Karrieristen der Vorzimmerpost bei Sobtschak kaum sein.

Am 12. Juni 1991 wurden in Leningrad die ersten freien Oberbürgermeisterwahlen abgehalten, aus denen Sobtschak als Sieger hervorging. Er bestellte Putin zum Vorsitzenden des Komitees für Außenbeziehungen der Regierung von Sankt Petersburg – zu einer Art Außenminister seiner demokratischen Administration. Nun benötigte Putin eine kompetente Mannschaft qualifizierter Mitarbeiter. Als Ersten nahm er Medwedew in sein Team. Fortan agierte Medwedew als Rechtsbeistand Putins in Außenhandelsfragen. Nebenbei gründete Medwedew mit Studienkollegen eines der ersten Privatunternehmen der Stadt mit dem Namen »Uran«. Das Anlagekapital betrug ganze 100 Rubel. Fortan sollte sich die Karriere des späteren Präsidenten Russlands in einem ständigen Balanceakt zwischen Kommerz und großer Politik entwickeln.

Während Putins politisches Vorbild Zar Peter der Große wurde, sympathisierte Medwedew mit dem von den Bolschewiken ermordeten Zaren Nikolaus II. Dessen Bild hängt heute in Medwedews Arbeitszimmer. Bekannte des heutigen russischen Präsidenten meinen eine große physiognomische Ähnlichkeit Medwedews mit dem letzten russischen Zaren entdeckt zu haben. An der Universität eignete sich Medwedew fleißig Computer-

fachwissen an. Heute surft er regelmäßig im Internet. Kurz vor dem Zusammenbruch der Sowjetunion veröffentlichte Sobtschak an der Leningrader Staatsuniversität ein neues Lehrbuch für Zivilrecht. Medwedew hatte wesentlichen Anteil am Entstehen dieses richtungweisenden Bandes. Zehn Jahre später sollte Medwedew dafür eine Staatsprämie erhalten.

Medwedews Karriere erlitt keinen Knick, als sein Cousin Artem mit seiner russischen Ehefrau und seiner Mutter Sima Schaposchnikow Mitte der 90er-Jahre die Sowjetunion verließ und nach Sunny Isles Beach in Florida, USA, umsiedelte. War dieser Teil der Medwedew-Familie gar mit einem jüdischen Emigrationsvisum ausgereist? Bedeutete dies, dass Medwedew selbst jüdische Wurzeln besaß? Andererseits verließen Anfang der 90er-Jahre Millionen Menschen das Territorium der früheren Sowjetunion. Allein in Berlin siedelten in den 90er-Jahren 200.000 ehemalige Sowjetbürger an. Wie dem auch sei, dem KGB musste die Übersiedlung der verwandten Medwedews in das vermeintliche Feindesland USA bekannt gewesen sein. In anderen vergleichbaren Fällen bedeutete die Ausreise von Verwandten ins kapitalistische Lager das Ende der Karriere. Doch inzwischen war in Russland Normalität eingekehrt. Sogar der Enkel von Jelzin studierte in einem Internat in England.

Frühere Kollegen schildern den damaligen Medwedew als schweigsamen, aber effektiven Manager. Zu seinen großen Schwächen zählte seine Unentschlossenheit, selbstständig Entscheidungen zu treffen. Medwedew benötigte, um effektiv wirken zu können, einen starken, entscheidungsfreudigen Vorgesetzten, dessen Weisungen er dann in die Praxis umsetzen konnte. Medwedew war der typische zweite Mann. Um im Windschatten Sobtschaks und Putins versuchte er sein Karriere weiter zu befördern.

Im Jahre 1991 bekam die Newa-Metropole ihren alten Namen zurück. Sankt Petersburg wurde wieder zum Fenster nach Europa. Der russische Markt lockte viele ausländische Geschäfts-

leute an. Putin und Medwedew arbeiteten bis spät in die Nacht im Büro im Smolnyj – der Leningrader Stadtverwaltung. Sie mussten mit ihren neuen Jobs zufrieden sein, denn sie konnten nach Belieben ins Ausland reisen, kreativ am wirtschaftlichen und kulturellen Wiederaufbau ihrer Heimatstadt mitwirken.

Das größte Problem war die Kriminalität. Schon seit der Zulassung von ersten privaten Unternehmen betrieben kriminelle Gangs das Geschäft der Schutzgelderpressung. Später wurde es fast unmöglich, ein Geschäft zu führen, ohne mit der Mafia in Kontakt zu geraten. Gewöhnlich hatte das Unternehmen etwa zehn bis 30 Prozent seines Nettogewinns an seine »Kryscha« (russisch: Dach) zu zahlen, eine Art Schutzorganisation, die die Firma im Gegenzug vor anderen kriminellen Gruppierungen bewahrte und auch Schulden für das Unternehmen eintrieb. Eine »Kryscha« konnten sowohl eine kriminelle Gruppierung als auch korrupte Mitarbeiter staatlicher Strukturen wie der Miliz oder der Steuerpolizei sein. Dem russischen Innenministerium zufolge gehörten Mitte der 90er-Jahre etwa 30 Prozent der operativen Polizisten einer »Kryscha«-Struktur an. Bei besonders erfolgreichen Unternehmen forderte die »Kryscha« oft anstatt der Geldzahlungen Anteile an der Firma und übernahm sie schließlich ganz. Das »Kryscha«-System war lange ein Schlüsselement der postkommunistischen Entwicklung Russlands – es verband die kriminelle mit der legalen Wirtschaft.

Ausländische Unternehmer wussten, an wen sie sich bei Problemfällen in Leningrad direkt zu wenden hatten. Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft kannte bei seinen Reisen nach Sankt Petersburg nur einen entscheidenden Ansprechpartner – Putin. Dieser zeichnete sich durch eine besondere Deutschlandfreundlichkeit aus. Die deutsche Wirtschaft bemühte sich Anfang der 90er-Jahre um einen günstigen Standort in Sankt Petersburg. Dafür bot sich das von der Logistik außerordentlich günstig gelegene Gebäude des ehemaligen DDR-Konsulats am Bolschoj Prospekt 10 an. Die Immobilie befand sich im Eigentum des

Stadtsowjets und das Deutsche Auswärtige Amt musste in zähen Verhandlungen mit der Stadtadministration den Vertrag über die Nutzung des Hauses verlängern, damit die deutsche Wirtschaft dort ihre Vertretung errichten konnte. Putin war damals der Verhandlungsführer der russischen Seite.

Ende Mai 1991 kamen Sobtschak und Putin auf Einladung des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft nach Deutschland. Am 24. Mai wurde die Eröffnung des neuen Domizils in Leningrad im Privathaus des Vorsitzenden des Ost-Ausschusses, Otto Wolff von Amerongen, in Köln gebührend gefeiert. Der große Russlandkenner Otto Wolff fand Gefallen an der Zusammenarbeit mit den deutschlandfreundlichen Petersburgern. Als Sobtschak vier Monate später wieder mit Putin nach Deutschland fuhr, organisierte er ein Spitzentreffen mit Bundeskanzler Helmut Kohl, bei dem Putin als Dolmetscher fungierte. Weder Kohl noch Wolff konnten damals ahnen, welche Karriere den schüchtern wirkenden jungen Mann an Sobtschaks Seite, der kaum Charisma ausstrahlte, aber mit wirtschaftlichem Wissen brillierte, erwartete.

Putin reiste damals auch oft nach Hamburg – nachdem an der Elbe die Städtepartnerschaft mit Leningrad besiegelt worden war. In seiner Freizeit mischte sich der Deutschlandfreund gerne unter die Leute, ging alleine aus, besuchte Kneipen, sammelte wertvolle Eindrücke. Das wieder vereinigte Deutschland gefiel ihm. Hier fühlte er sich, da er der Sprache mächtig war, sehr wohl. Seine beiden Töchter soll er sogar für kurze Zeit an eine Hamburger Schule zur Aufbesserung ihrer Deutschkenntnisse geschickt haben. Einem Freund vertraute er nach ein oder zwei Gläsern Bier an: »Ich habe ein zweites, deutsches, Wesen in mir entdeckt!«

Bei einem seiner Besuche in Hamburg ließ er sich von Mitgliedern der russischen Delegation überreden, nach Sankt Pauli zu fahren – in eine Erotikshow. Beim Anblick eines nackten, zwei Meter großen Afroamerikaners fiel eine der russischen Damen aus der Delegation in Ohnmacht. In Hamburg war Putin auch ein oft gesehener Gast in Spielkasinos – doch seine Besuche dienten einzig und allein dem Studium von möglichen Projekten für Sankt

Petersburg. Putin las gerne deutsche Zeitungen, verfolgte weiterhin die politischen Ereignisse in Deutschland.

Im Jahre 1993 unternahm er auf Einladung des israelischen Außenministeriums eine Dienstreise nach Jerusalem. Nach Putins eigenem Bekunden wurde diese Reise zu einer Art Pilgerfahrt. Der ehemalige KGB-Mann begann sich stärker für religiöse Fragen zu interessieren. Seine Mutter hatte ihm vor der Israelreise gesagt: »Gehe an das Grab des Herrn und weihe dort dein Taufkreuz ein.« Die alte Mutter überreichte ihrem erwachsenen Sohn damals sein eigenes Taufkreuz, von dem dieser möglicherweise zuvor gar nichts wusste, da seine Taufe ja in frühen Kinderjahren im Geheimen verlaufen war. Israel faszinierte Putin so sehr, dass er wenig später mit seiner ganzen Familie dort Urlaub machte.

Am 19. August 1991 brach in Moskau der Putsch aus. Ein »Staatliches Komitee für den Ausnahmezustand« wurde ausgerufen. Panzer fuhren auf den Straßen von Moskau. KGB-Chef Krjutschkow hatte seine Drohungen wahr gemacht. Der KGB wurde zum Initiator des Putsches. Die Anführer der Armee und das Innenministerium unterstützten Krjutschkow. Gorbatschow wurde in seinem Ferienort Foros auf der Krim gefangen gesetzt. Die Junta plante, zunächst die Anführer der demokratischen Bewegung festzunehmen, doch Jelzin und seine Anhänger verbarrikadierten sich im »weißen Haus«, dem Gebäude der russischen Regierung. Das Regierungshaus wurde zu einer Festung des Widerstands gegen die Putschisten. Schon am zweiten Tag des Putsches bröckelte die Front der Reformgegner. Einige Mitglieder der Junta betranken sich, waren sich uneins und verloren die Autorität über die Streitkräfte. Die ersten Panzer, die vor das »weiße Haus« geschickt wurden, stürmten nicht das Gebäude, sondern stellten sich schützend vor die Festung der Demokraten. Der Befehlshaber dieser Panzerdivision, Afghanistanveteran Alexander Lebed, verkündete, ein Blutvergießen müsste unter allen Umständen verhindert werden.

Sobtschak, zu dieser Zeit gerade in Moskau, fürchtete um sein Leben. Er entschied, nicht bei Jelzin in Moskau das Geschehen abzuwarten, sondern sofort in seine Heimatstadt zurückzufliiegen, um dort den demokratischen Widerstand gegen die Putschisten zu organisieren. Seine politischen Gegner sahen für sich die Gunst der Stunde gekommen, Sobtschak auszuschalten. Aus dem Kreml kam der Befehl an die örtlichen KGB-Truppen, Sobtschak nach der Landung auf dem Flughafen zu verhaften. Doch als die zum Flughafen gekommenen KGB-Einheiten den Befehl ausführen wollten, mussten sie zu ihrem größten Erstaunen feststellen, dass sich vor der gelandeten Maschine Sobtschaks andere bewaffnete Kräfte postiert hatten. Es war niemand anderes als Putin, der, gerade aus dem Urlaub zurück, von der drohenden Verhaftung seines Chefs erfahren hatte und sofort eine Eingreiftruppe aus Kräften der örtlichen Miliz formierte, um den Anführer der Sankt Petersburger Demokraten, falls notwendig auch durch Anwendung von Gewalt, zu schützen. Damit stellte sich Putin offen gegen die Führung seines ehemaligen Arbeitgebers – des KGB.

Putin selbst erschien an der Spitze dieser Sondertruppe am Flughafen, setzte Sobtschak in seinen Wagen und brauste mit ihm in die Stadt. Der Oberbürgermeister und sein »Schutzengel« führten längere Gespräche mit der örtlichen KGB-Führung und handelten eine Neutralität der offiziellen Sicherheitsdienste gegenüber der demokratischen Administration der Stadt aus. Offensichtlich kam es – unter direkter Einwirkung von Putin – zu einem »Deal« hinter den Kulissen. Nach Beendigung des Putsches nämlich beförderte Sobtschak zur größten Überraschung der Demokraten drei ehemalige KGB-Offiziere zu Bürgermeistern von Sankt Petersburger Stadtbezirken.

Jelzin und Sobtschak wurden im In- und Ausland als die großen Retter der jungen russischen Demokratie gefeiert. Doch in den nächsten Monaten überstürzten sich die Ereignisse. Gorbatschow verlor die Kontrolle über die Politik. Jelzin und die Demokraten

bestimmten den Lauf der Dinge. Die Dramatik der Ereignisse war kaum mehr zu überbieten. Am 8. Dezember 1991 wurde die Welt Zeugin eines einzigartigen historischen Vorgangs: der friedlichen Auflösung der Supermacht Sowjetunion. Nach Heiligabend musste Gorbatschow seinen Amtssitz im Kreml für immer verlassen. Für Putin gab dieser Tag den Anlass, sein Parteibuch in der hintersten Schublade seines Schreibtischs zu verstauen, sich zu bekreuzigen und sie zu verschließen.

Medwedew ging während der russischen Revolution 1991 nicht auf die Barrikaden. Er empfand eher Existenzangst vor dem drohenden Chaos. Seine Eltern verspürten finanzielle Probleme. Der Staat war außerstande, Gehälter pünktlich zu bezahlen, die Wirtschaft in Sankt Petersburg drohte zu kollabieren. Medwedews Mutter gab ihren Beruf als Sprachdozentin auf und fing an, als Museumsführerin zu arbeiten. Dieser Job schien sicherer.

Im Januar 1992 begann Jelzin mit dem radikalen Umbau des russischen Wirtschaftssystems. Er musste die Gunst der Stunde nutzen, um das alte totalitäre System zu zerstören und sein Land zur Demokratie und Marktwirtschaft zu führen. Die alte kommunistische Elite stand unter dem Schock des Zerfalls des sowjetischen Imperiums und leistete kaum Widerstand. In Sankt Petersburg verschwand sie ganz von der politischen Bühne. Allerdings mussten Sobtschak noch lange die Worte seines Widersachers und des ehemaligen Parteichefs von Leningrad, Boris Gidaspow, in den Ohren geklungen haben, der nach seinem Abgang ausrief: »Was würde ich machen, wenn ich KGB und Partei wäre? Ich würde leise in den Untergrund gehen. Wenn Menschen krank und müde werden von Demokratie, werden sie nach der starken Hand rufen. Dann wird die Zeit kommen, wenn nicht mehr zwischen Demokraten und autoritären Herrschern unterschieden wird. Die Leute werden nur eines fordern: volle Läden!«

Russland schlitterte völlig unvorbereitet in die Marktwirtschaft

oder – wie die Russen heute sagen – in den »wilden Kapitalismus« – hinein. Jelzin, der selbst von Wirtschaft kaum Ahnung hatte, ernannte eine Handvoll junger Wirtschaftswissenschaftler an die Spitze der Regierung, damit sie für ihn die Kastanien aus dem Feuer holten. Die »jungen Wilden« versuchten, in ständiger Anlehnung an amerikanische Berater, das russische Wirtschaftssystem in wenigen Monaten von der Plan- zur Marktwirtschaft umzufunktionieren – mit mäßigem Erfolg. Obwohl sich die vom damaligen Stellvertretenden Ministerpräsidenten für Wirtschaftsfragen, Egor Gajdar, durchgeführten Maßnahmen in der Theorie als richtig erwiesen, verkannten sie die komplizierte postsowjetische Realität. Die Regierung setzte alle Preise über Nacht frei. Die Produzenten erhöhten die Preise – die Teuerungsrate stieg ins Unermessliche. Um die Kaufkraft der Bevölkerung zu stärken, ließ die Regierung Geld drucken und erzeugte damit eine Hyperinflation. Die Ersparnisse der Bevölkerung wurden über Nacht vernichtet. Die »Laissez faire«-Politik des radikalen Marktwirtschaftlers Gajdar führte zur sozialen Verelendung der breiten Masse der russischen Bevölkerung.

Aber das Vertrauen der meisten Russen in die neue Politik blieb noch unerschüttert. Die Menschen nahmen die Schicksalsschläge fast ohne größere Proteste hin – die kommunistische Alternative war keineswegs verlockender. In der zweiten Hälfte des Jahres 1992 begann Gajdars Regierungskollege, der Sankt Petersburger Wirtschaftsexperte Anatoli Tschubajs, das gigantische »Privatisierungsprogramm« umzusetzen. Im Verlauf des Jahres 1992 witterten angesichts der sich rapide verschlechternden sozialen Zustände die Altkommunisten und andere Reformgegner ihre Chance, das verhasste Jelzin-Regime zu Fall zu bringen.

Medwedew hatte sich inzwischen in seinen Job als Rechtsberater von Putin im Komitee für Außenhandelsbeziehungen gut eingearbeitet. Putin schickte ihn auf eine Forschungsreise nach Schwe-

den, damit der Jungpolitiker dort die kommunale Selbstverwaltung studieren sollte. Neben Medwedew arbeiteten noch einige andere junge Funktionäre und Berater in Putins Team, deren Namen damals völlig unbekannt waren. Heute ist die damalige Mannschaft Putins praktisch die Führung Russlands: Sergei Naryschkin ist Leiter der Administration des Präsidenten, Alexei Miller Chef von Gazprom, Viktor Subkow und Igor Schuwalow Erste Stellvertretende Premier, Dmitri Kasak Minister für Regionale Entwicklung und natürlich Igor Setschin Vizepremier und graue Eminenz hinter den Kulissen. Diese 40- bis 60-jährigen Männer kennen sich seit Beginn der Sobtschak-Ära in Sankt Petersburg, einige noch länger. Die meisten von ihnen hatten zuvor direkt oder indirekt mit dem Geheimdienst zu tun. Eine verschworene Gemeinschaft bilden diese Männer heute nicht. Putin hat als oberster Schiedsrichter oft Mühe, ihre internen Macht- und Konkurrenzkämpfe zu unterbinden. Doch damals zogen sie alle an einem Strang.

Viele liberale Mitstreiter von Sobtschak misstrauten Putin und seinem Team. Sie ärgerten sich darüber, dass der Oberbürgermeister bei schwierigen Entscheidungen immer den professionellen Rat Putins vorzog, ihm offenbar mehr als anderen vertraute und sich auf Anraten des KGB-Mannes einen autoritären Führungsstil zulegte, der kaum einer liberalen Gesinnung entsprach. Also warteten sie, bis sie Putin stürzen konnten. Gelegenheiten dazu boten sich zuhauf. Es war ein Leichtes, einen unliebsamen Rivalen zu jener rechtslosen Übergangszeit der Korruption anzuklagen. So klagten zwei liberale Abgeordnete des Stadtsowjets Putin der Unrechtmäßigkeit bei der Vergabe von Lizenzen zur Ausfuhr von Rohstoffen und Edelmetallen ins Ausland im Umtausch für Nahrungsmittel für die Leningrader Bevölkerung an. Eine von Demokraten geleitete parlamentarische Untersuchungskommission stellte eine Verschwendung von Geldern fest und legte Sobtschak nahe, sich von Putin zu trennen.

Es war Medwedew, der damals Putins Hals aus der Schlinge rettete. Er konnte gegenüber dem Oberbürgermeister nachweisen, dass Putins Verschulden geringfügig im Vergleich zu ande-

ren Korruptionsvorfällen in der Stadt war. Putin hatte den Fehler gemacht, einigen dubiosen lokalen Geschäftsleuten zu vertrauen. Sobtschak glaubte der Expertise seiner Petersburger Juristen, und die Sache war erledigt.

Putin ließ künftig im Komitee für Außenbeziehungen alle Unternehmen in Sankt Petersburg registrieren und überprüfte sie mithilfe der örtlichen Finanzaufsicht, die sein ehemaliger Stellvertreter Subkow leitete. Trotz immer wieder auftretender Unregelmäßigkeiten in Putins Tätigkeit wollte Sobtschak aber weiterhin, dass Putin zuerst die Investitionsprojekte prüfte, die Sobtschak zur Entscheidung vorgelegt wurden. Ausländische Investoren suchten von nun an noch engeren Kontakt zu Putin. Ob die US-Firmen Coca-Cola, Wrigley oder Gillette – Putin versorgte die Firmen mit dem notwendigen Grundwissen. Seine westlichen Partner zeigten sich zufrieden, die KPMG erhielt 1992 einen exklusiven Beratungsvertrag von der Stadtregierung, die Dresdner Bank und die Pariser Nationalbank eröffneten Vertretungen an der Newa – die ersten ausländischen Bankfilialen auf russischem Boden. Sobtschak überhäufte seinen Vize mit neuen, schier unlösbaren Aufgaben. Mal sollte Putin das Kasinogeschäft in der Stadt in Ordnung bringen, mal den Flughafen erneuern, mal die Zollverwaltung verbessern, mal das internationale Handelszentrum eröffnen. Geschäftsleute aus aller Welt gaben sich am Eingang zu Putins Büro die Türklinke in die Hand. Die Japaner wollten ein gemeinschaftliches Produktionswerk für Kommunikationssysteme bauen, Vertreter der deutschen Minderheiten baten um die Erlaubnis, sich in der Stadt anzusiedeln.

Auch westliche Touristen, die zu jener Zeit an die Newa kamen, konnten sich vor diversen Geschäftsangeboten kaum retten. Manchmal schien es so, als ob jeder Petersburger irgendetwas zu verkaufen hatte, entweder irgendwelche Chemikalien, die es scheinbar im Westen nicht gab, Metalle aus einer stillgelegten Fabrik, verrostete Schiffe und Holz. Viel Holz, das aus den dicht bewachsenen Wäldern der Region Leningrad in Hülle und Fülle vorhanden war. Nur eines hatten die tüchtigen neuen Geschäfts-

ideenträger nicht: eigenes Kapital. Und viele der neuen ehrgeizigen »Bisnesmeny« betrachteten es als eine Art Sport, westliche Geschäftsleute reinzulegen. Natürlich strömten aus dem Westen ebenfalls eine ganze Reihe dunkler Gestalten nach Sankt Petersburg, oft im eigenen Land längst bankrott oder vorbestraft, um im trüben Wasser des Neokapitalismus zu fischen.

In der damaligen Umbruchzeit wurden die meisten Geschäfte am Rande der Legalität getätigt. Für ein Arbeitstreffen mit der Administration musste ein westlicher Geschäftsmann einige hundert Dollar hinlegen, beispielsweise 1000 Dollar für ein »Suppenessen« mit dem Oberbürgermeister. Auch Putin erfüllte seinen Partnern den einen oder anderen Gefallen, so brachte er beispielsweise die Tochter des Direktors des Hermitage-Museums bei der Dresdner Bank unter und befreite Coca-Cola von der lokalen Steuer. Putin hantierte damals täglich mit Millionenbeträgen. Er spielte die Hauptrolle bei der Privatisierung zahlreicher staatlichen Hotels. Leider vermochte er aber keine größere internationale Hotelkette in die Stadt zu locken, denn er konnte den Investoren keine staatlichen Garantien zusichern.

Medwedew saß bei den Verhandlungen oft mit am Tisch, sprach aber selbst wenig und führte Protokoll. Putin konnte sich auf seinen Rechtsbeistand blind verlassen. Laut einer anonymen Quelle der »New York Times« liefen gerade über Medwedew die größten Finanzströme des Komitees für Außenhandel. Russische Firmen, die größere Summen ins Ausland, beispielsweise für Bauprojekte, transferieren wollten, konnten dies ausschließlich über die putin-nahe lokale Bank »Rossija« der Brüder Kowaltschuk tun. Putin unterschrieb die Geldtransfers, Medwedew überwachte sie. Medwedew unterstützte auch den Staatsunternehmer Wladislaw Resnik beim Aufbau der ersten großen Versicherungsgesellschaft des post-sowjetischen Russlands. Das Vertrauensverhältnis zwischen Putin und Medwedew wurde immer größer. Putin fühlte sich an der Seite von Medwedew komfortabel. Medwedew intrigierte nicht gegen ihn, gab kompetenten Rat und war niemals aufdringlich. Böse Zungen behaupten, Putin würde Medwedew auch deshalb schätzen,

weil dieser um einen Kopf kleiner als er selbst ist. Putin schien damals wegen seiner geringen Körpergröße Komplexe zu verspüren.

Im Oktober 1993 spitzte sich die politische Lage in Russland wieder dramatisch zu. Die oppositionellen Kräfte im Parlament starteten einen Putsch gegen Jelzin: Vizepräsident Alexander Ruzkoj wurde zum Präsidenten ausgerufen. In Russland war eine gefährliche Doppelherrschaft entstanden, das Land schlitterte förmlich in einen Bürgerkrieg hinein. Im Westen erschauerten Politiker allein bei dem Gedanken, dass Atomwaffen plötzlich der staatlichen Kontrolle entgleiten könnten. Auch in Sankt Petersburg rührte sich der Widerstand, auch dort versuchten Reformgegner Revanche für die erlittene Schmach während des Augustputsches zu nehmen und die demokratische Regierung Sobtschaks zu stürzen. Der Coup gegen Jelzin endete gewaltsam. Nachdem die militante Opposition sich bewaffnet hatte und den russischen Hauptfernsehsender zu stürmen versuchte, ließ Jelzin Panzer vor das Parlamentsgebäude auffahren und mehrere Stunden das »weiße Haus« beschießen. Die Reformgegner verließen mit erhobenen Händen das zerschossene Gebäude und wurden verhaftet. Jelzin löste die Legislative auf und setzte für den Dezember 1993 Neuwahlen für ein neues Parlament an.

Die ersten wirklich freien Parlamentswahlen im Dezember 1993 wurden für Russland zu einer Katastrophe. Der Kreml gründete seine eigene Partei, »Russlands Wahl«, der sich alle regionalen Politiker anzuschließen hatten. Sobtschak befahl Putin, sich in die neue Partei der Macht einzuordnen und ihre Wahlkampagne in Sankt Petersburg zu koordinieren. Putin schlug zunächst die Hände über dem Kopf zusammen. Das Angebot schmeckte ihm überhaupt nicht. Sobtschak selbst gründete währenddessen seine eigene Partei, die wiederum mit drei anderen demokratischen Parteien der gleichen Gesinnung konkurrierte. Die Aufteilung der demokratischen Kräfte in mehrere Parteien rächte sich

bitter. In Sankt Petersburg entstand eine völlig groteske Situation: Sobtschak und Putin kämpften nun im Reformlager gegeneinander! Die verwirrten Wähler wussten nicht, wem von den Reformern sie ihre Stimme nun geben sollten. Von der Zwietracht der Demokraten profitierten die Kommunisten und Schirinowski. Sie zogen als stärkste Parteien in das Parlament ein – zum Entsetzen der liberalen russischen Öffentlichkeit und des Auslands. Sobtschak scheiterte mit seiner Partei an der Fünfprozenthürde.

Für Sobtschak blieb Putin aller Kritik zum Trotz die wichtigste Vertrauensperson. Putin war zwar in den Augen vieler Sankt Petersburger die geheimnisvolle »graue Eminenz«, die hinter den Kulissen die Strippen zog. Doch dem Oberbürgermeister gefiel es, dass sich Putin niemals in den Vordergrund drängte und ihn über alle seine Schritte informierte. Während seiner immer häufigeren Dienstreisen übergab Sobtschak seinem Stellvertreter Putin die politische Kontrolle über die Stadt und ernannte ihn zum Vorsitzenden der Kommission für »operative Fragen«. In dieser Kommission liefen die Hauptstränge aller Machtorgane der Stadtverwaltung zusammen, auch die Mechanismen der Kontrolle über die Polizei und die Geheimdienste der Stadt. Im März 1994 beförderte Sobtschak Putin zum Ersten Stellvertretenden Oberbürgermeister von Sankt Petersburg.

Der Aufstieg Putins war umso erstaunlicher, als er nach damaliger Meinung von Beobachtern nicht das Zeug zu einem Politiker hatte. Rhetorik war nie Putins Kunst gewesen. Als Öffentlichkeitsscheuer Politiker hasste er es förmlich, vor dem Stadtparlament auftreten zu müssen. Dafür war er außerordentlich geschickt bei Verhandlungen hinter den Kulissen. Sobtschak, arrogant und unbeherrscht im Umgang mit seinem Umfeld, kam mit den Abgeordneten überhaupt nicht zurecht und betraute bald nur noch seinen Vize Putin damit, Kompromisse mit dem lokalen Parlament auszuhandeln.

Ein Problem war das Ausbleiben der versprochenen Wirtschaftserfolge. Putin und Sobtschak hatten den Sankt Petersburgern voll-

mundig die Gründung einer freien Wirtschaftszone versprochen, die das westliche Investitionskapital anlocken und die Newa-Metropole zu einer blühenden Oase inmitten eines ansonsten wirtschaftlich dahinvegetierenden Russlands machen sollte. Doch die Wirtschaft stagnierte, die Arbeitslosigkeit stieg, und das Auslandskapital floss Mitte der 90er-Jahre nicht mehr nach Sankt Petersburg, sondern direkt nach Moskau.

Im Mai 1995 bat Sobtschak Putin, in sein Büro zu kommen. Die Wahlen zur zweiten Duma standen vor der Tür. Von der einstigen Geschlossenheit der Demokraten war kaum etwas übrig geblieben. Die Demokraten hatten sich in zahlreiche kleine Parteien aufgesplittert und bekämpften sich untereinander. In Moskau gab es inzwischen eine andere Kremlpartei. Sie hieß nicht mehr »Russlands Wahl« sondern »Unser Haus Russland«. Lokale Politiker mussten jetzt auf Geheiß von oben diese Partei unterstützen.

Wieder musste Putin die Kastanien für seinen Chef aus dem Feuer holen. Er wurde auf Wunsch Sobtschaks Regionalpartei-vorsitzender von »Unser Haus Russland«. Der in der Wahlkampf-taktik völlig unerfahrene Putin machte jedoch alle Fehler, die ein Neuling begehen konnte. Er ließ, wie in alten kommunistischen Zeiten, die Hauptstraßen der Stadt mit ein und demselben Plakat übersäen. Als er zur Rechenschaft gezogen wurde, entgegnete er: »Die Moskauer haben uns so viele Plakate geschickt. Hätte ich sie wegschmeißen sollen?« Bei den Wahlen belegte »Unser Haus Russland« in Sankt Petersburg im Dezember 1995 nur Platz drei. Falls Putin gedacht hatte, dass er sich nach den Dumawahlen wieder auf seine wirtschaftliche Tätigkeit zurückziehen könnte, sah er sich getäuscht.

Im Frühjahr 1996 rief Sobtschak Putin erneut zu einer »besonderen Lagebesprechung« in sein Arbeitszimmer. Diesmal ging es um die Sicherung der politischen Existenz von Sobtschak – die Gouverneurswahlen standen vor der Tür. Sobtschak ernannte Putin zum Chef seines Wahlstabs. Und Putin hatte sofort die geniale Idee, die Gouverneurswahlen um einige Wochen vorzulegen, um Sobtschaks Konkurrenten nicht die Möglichkeit zu

geben, sich richtig zu entfalten. Jahre später wird Jelzin den gleichen Trick anwenden, um Putins Wahl zum Präsidenten nicht zu gefährden.

1996 stürzte sich Putin wieder mit aller Vehemenz in den Wahlkampf. Doch Sobtschaks Zeit war abgelaufen. Mehrere bekannte Politiker traten an, um Sobtschak zu stürzen. Einige von ihnen bezichtigten Sobtschak und Putin, eine Million Dollar illegal nach Großbritannien geschafft und über Strohmänner luxuriöse Ferienhäuser an der französischen Atlantikküste erstanden zu haben. Zu dieser Zeit hatten schon zahlreiche russische Neureiche Immobilien in Frankreich, Spanien und der Schweiz gekauft. Da Putin mit der Familie im heißen Sommer 1995 seinen Urlaub in Beridorm verbracht hatte, beschuldigten böse Zungen ihn später, mit einer Gruppe von Sankt Petersburger Unternehmern zusammen an der Costa Blanca Apartments aus Staatsgeldern gekauft zu haben!

Putin klagte gegen die Verleumdung vor Gericht. Dabei unterlief seinem Adjutanten Medwedew allerdings ein technischer Fehler: Die Klage wurde nicht ordnungsgemäß an das zuständige Gericht im Wohnbezirk des Angeklagten eingereicht. Die Presse bemerkte daraufhin ironisch: »Ein Geheimdienstler müsste eigentlich wissen, wo der Angeklagte sitzt!« Das Gericht sprach letztendlich Putin vom Verdacht der Geldwäsche frei.

Sobtschaks Schicksal war aber, ohne dass er und Putin es ahnen konnten, bereits besiegelt. Die damalige Kremladministration, an deren Spitze Jelzins Leibwächter Alexander Korschakow stand, dachte in diesen Jahren schon intensiv über eine Nachfolge für den kranken Jelzin nach. Zum Nachfolger Jelzins wurde der Industriemanager Oleg Soskowez aufgebaut. Der Kreml wusste: Sollte Sobtschak die Wahlen in Sankt Petersburg gewinnen, würde er zweifellos zum aussichtsreichsten Kandidaten für die Jelzin-Nachfolge aus dem demokratischen Lager aufsteigen. Um dies zu verhindern, griff Korschakow in den Wahlkampf an der Newa ein – gegen Sobtschak.

Sobtschak gingen zwei Monate vor dem Wahltermin plötzlich die Geldmittel aus. Putin wurde zusehends nervöser. Bei einer erregten Unterredung mit Sobtschak versprach er seinem Mentor: »Ich werde alle wichtigen Geschäftsleute der Stadt, die von unserer Unterstützung bei der Privatisierung des Stadtbesitzes profitiert haben, zwingen, uns öffentlich den Treueschwur zu leisten!« Daraufhin rief Putin alle ihm bekannten Firmenchefs auf die Regierungsdatsha »Weiße Nächte« und wandte sich mit einem dramatischen Spendenaufruf an sie. Wie groß muss seine Enttäuschung gewesen sein, als die neureichen Geschäftsleute diese Bitte ausschlugen. In den nächsten Tagen versuchte Putin wenigstens einige mittelständische Unternehmer für seinen Boss zusammenzutrommeln. Putin organisierte eine Großveranstaltung, auf der Sobtschak sprechen sollte. Doch der Oberbürgermeister verpasste den Termin. Putin tobte vor Wut. Als dann noch ein stadtbekannter Mafioso von allen Teilnehmern 2000 Dollar erpressen wollte, lief die Veranstaltung vollends aus dem Ruder. Ein Freund berichtete später, dass Putin in diesen Tagen mit einem scharf geladenen Gewehr an seinem Bettrand geschlafen habe. Auftragsmorde und Kriminalität hatten in diesen Jahren ihren Höhepunkt erreicht. Die Staatsmacht wirkte entweder hilflos bei der Bekämpfung des Übels oder schien selbst in dunkle Machenschaften verstrickt zu sein.

Wladimir Jakowlew, wie Putin einer der Stellvertreter Sobtschaks, gewann schließlich die Gouverneurswahlen mit Unterstützung Moskaus. Als der Sieger Putin zur Versöhnung die Hand ausstreckte und ihm einen Posten in seiner neuen Administration anbot, lehnte Putin mit den Worten ab: »Lieber für Loyalität gehängt, als für Verrat belohnt zu werden.«

Putin blieb nach der verlorenen Wahl einen Monat in seinem Büro sitzen, bis man ihn buchstäblich vor die Tür setzte. Sobtschak versuchte seinen langjährigen Vertrauten zu beruhigen. »Keine Bange, du und ich werden bald Botschafter.« Sobtschak strebte einen lukrativen Botschafterposten in Bonn oder Paris an.

Er fuhr sogar eigens nach Moskau, um mit dem damaligen Außenminister Jewgenij Primakow über seine und Putins künftige Verwendung zu sprechen. Doch zur großen Enttäuschung lehnte Primakow das Begehren ab.

Putin zog sich auf seine gerade erst fertiggestellte Datscha, die 100 Kilometer von Sankt Petersburg entfernt lag, zurück. Gerade hatte die Familie die Folgen des schlimmen Autounfalls von Ljudmila Putina überwunden, bei dem sie sich die Wirbelsäule und den Schädel gebrochen hatte, da ereilte sie ein neuer Schicksalsschlag. An einem schönen warmen Sommerabend besuchte Putins ehemalige Sekretärin mit ihrem Mann die Familie. Man grillte und trank. Später lud Putin alle zu einem Saunabesuch ins Haus. Doch kaum hatte er den Ofen richtig angeheizt, stand die Datscha in Flammen. Wie sich später herausstellte, entstand der Brand aufgrund eines Konstruktionsfehlers an der Saunaheizung. Innerhalb weniger Minuten brannte das Haus völlig ab. Putin konnte gerade noch seine beiden schlafenden Töchter über ein an der Balkonstange befestigtes Bettlaken aus dem brennenden Gebäude retten. Danach eilte Putin – nur in ein Badetuch eingewickelt – zurück ins brennende Wohnzimmer, um den im Schrank versteckten Geldkoffer mit allen Ersparnissen der Familie zu retten. Zu seinem Schrecken musste er feststellen, dass der Koffer mit seinem Inhalt schon verbrannt war. Dafür fand er zwischen Schutt und Asche sein Taufkreuz, welches er drei Jahre zuvor in Jerusalem »eingeweihet« hatte.

Medwedew schlug Putin vor, ins Business zu gehen. Lokale Firmen überhäufte Putin mit Jobangeboten. Mit seinem Wissen und seiner Erfahrung konnte Putin in jedem Konzern von Sankt Petersburg eine Führungsposition bekleiden. Und Medwedew zeigte Putin, wie man Geld verdienen konnte. Mit seinen ehemaligen Kommilitonen Anton Iwanow und Ilja Eliseew gründete er einige Unternehmen und Beratungsfirmen und verdiente viel mehr Geld als Putin. Vielleicht verzichtete Medwedew gerade deshalb auf eine Festanstellung bei Putin im Komitee für Außenhandel, um sich nicht vorwerfen zu lassen, er würde seine politi-

schen Interessen nicht von den kommerziellen trennen. Schon 1993 wurde Medwedew Mitbegründer der Holzexportfirma »Finzell« mit Sitz in Genf (Schweiz). Aus diesem Gemeinschaftsunternehmen ging kurz danach die russisch-schwedische Holding »Ilim Pulp International« hervor. Heute gehört dieser Konzern zu den Holzindustriergiganten der Welt. Medwedew verließ den Vorstand des Konzerns 1999, als er in den Staatsdienst zurückkehrte.

1994 gründete er mit Iwanow und Eliseew die Unternehmensberatungsfirma »Balfort«. 1996 half er dem Bankier Wladimir Kogan, die »Promstroibank« aus der Taufe zu heben. Über die Konten dieses Geldinstituts wurden die Investitionsprojekte im Bereich Holzverarbeitungsindustrie abgewickelt. 1998 wurde Medwedew in den Aufsichtsrat des Bratsk Holzverarbeitungskombinats in Sibirien (Irkutsk) berufen. Zu diesem Zeitpunkt saß sein Mentor Putin schon im Sessel des russischen Geheimdienstchefs.

Sobtschak wurde als Verlierer der Wahlschlacht gnadenlos verfolgt. Der neue Gouverneur hetzte ihm die Staatsanwaltschaft auf den Hals, vor allem nachdem Sobtschak in einem Interview Jakowlew der Allianz mit einer der gefährlichsten Moskauer Mafiagruppen des Landes, der kriminellen Tambow-Gangsterbande bezichtigt hatte. Der Generalstaatsanwalt begann gegen Sobtschak zu ermitteln. Sobtschak hatte sich in seiner Amtszeit zu viele Feinde gemacht, die ihm jetzt auch aus den kleinsten Korruptionsaffären einen Strick drehen wollten. Im Oktober 1997 wurde Sobtschak tatsächlich verhaftet und verhört. Für den 58-jährigen war diese Anstrengung zu viel – er erlitt einen Herzanfall. Seiner Frau gelang es, den Kranken in einer Nacht-und-Nebel-Aktion außer Landes nach Paris zu schmuggeln. Ein Privatflugzeug aus Finnland landete an einem dunklen Novemberabend im Pulkowo-Flughafen, Sobtschak wurde auf einer Trage an Bord gebracht, und der geheimnisvolle ausländische Pilot ließ die Maschine sofort wieder in die Luft steigen. Später wurde behauptet, man habe Putin – der damals schon Stellvertre-

tender Leiter der Administration des Präsidenten in Moskau war – am Rande der Rollbahn stehen gesehen.

Putin musste erst Leiter des mächtigen russischen Geheimdienstes werden, um eine Amnestie für seinen einstigen Mentor zu erwirken. Dies geschah während einer Jagd. Präsident Jelzin war gerade dabei, Wildenten zu schießen, als man ihm zuflüsterte: »Professor Sobtschak geht es gar nicht gut. Man sollte etwas für ihn tun. Er möchte zurück in seine Heimat.« Jelzin überhörte zunächst die Bitte. »Das ist doch Sache der Gerichte«, knurrte er. Doch nach einer Weile taute er auf. Er ließ seinen Chefleibwächter zu sich rufen und gab entsprechende Anweisungen. Einige Wochen später konnte Sobtschak, von der schweren Krankheit gezeichnet, wieder russischen Boden betreten.

Der rasante Aufstieg seines Günstlings Putin an die Spitze des Kreml verlieh Sobtschak plötzlich Hoffnungen, er könne als Rechtsberater des neuen Präsidenten in die große Politik zurückkehren. Er gab freudig Interviews, traf führende russische Politiker zum Mittagessen, erzählte allen, die es hören wollten, vom engen Verhältnis zu seinem einstigen Studenten und späteren politischen Mitstreiter, doch die eigentliche Wahl Putins zum russischen Präsidenten im März 2000 erlebte Sobtschak nicht mehr. Einen Monat vor der Wahl starb er an einem Herzinfarkt. Und nahm – wie manche behaupten – das »Geheimnis« Putins für immer mit ins Grab.

Im August 1996 begann Putin seine Bekannten in Moskau anzurufen, um nach Jobofferten in der Hauptstadt zu suchen. Zum zweiten Mal, nach 1990, erlebte er einen schweren Karriereknick. Einer seiner ersten Ansprechpartner war Anatoli Tschubais. Dieser ehemalige Reformpolitiker aus Sankt Petersburg hatte inzwischen die Stelle des Chefs der Präsidentialadministration Jelzins angetreten. Doch Putin hatte bei seiner Bewerbung einen starken Konkurrenten. Sein anderer Kollege aus der Sobtschak-Administration, Alexei Kudrin, war nämlich nach der Wahlniederlage

Sobtschaks ebenfalls arbeitslos geworden und wandte sich an denselben Tschubais um Jobvermittlung. In der Präsidentialadministration war gerade eine hochkarätige Stelle frei geworden. Tschubais entschied sich gegen Putin und für Kudrin. Der enttäuschte Putin appellierte nun an Kudrin, zu dem er ein weitaus engeres Verhältnis als zu Tschubais hatte. Kudrin organisierte ein Treffen zwischen Putin und Tschubais, das aber ergebnislos verlief. Nach dem für Putin unbefriedigend verlaufenen Gespräch setzte Kudrin seinen Exkollegen in seinen Wagen und brachte ihn zum Flughafen. Unterwegs rief er einen Freund in der Regierung an. Eine Stunde später erhielt Putin die Ernennung zum Stellvertretenden Schatzmeister des Kreml.

Später, als Putin Präsident wurde, machte er Kudrin zum Finanzminister und einem der wichtigsten Reformpolitiker im Land. Tschubais kam unter Putin auf keinen grünen Zweig. Das Zerwürfnis zwischen Putin und Tschubais hatte wahrscheinlich negative Auswirkungen auf das spätere Verhältnis Putins zu den demokratischen Kräften in Russland, als deren inoffizieller Anführer Tschubais galt.

---

## Oligarchen und Geheimdienste

1996 trennen sich die Wege Putins und Medwedews. Der arbeitslos gewordene Putin sucht verzweifelt nach Jobofferten in der Moskauer Politik. Seine ehemaligen Mitstreiter, wie Medwedew, versuchen in der Privatwirtschaft unterzukommen. Ihr Netzwerk bleibt aber intakt. In drei Jahren werden sie sich alle wieder vereinigen – im Kreml und dann Russland in den nächsten Jahren regieren. Doch noch ist Jelzin an der Macht. In Russland kommt es zur Entwicklung eines Oligarchenregimes. Im Folgenden wird die Rede sein von einem verzwickten, brutalen Spiel, einer Partie um Geld und Macht im potenziell reichsten Land der Welt. Die einflussreichsten Männer Russlands beraten, wie sie ihre Macht behalten und ihren Reichtum mehren können – über die Ära Jelzins hinaus. Diese Hintermänner beginnen einen Nachfolgekandidaten nach dem anderen hervorzuzaubern und auszutesten. Die nächsten Seiten erinnern an dieses große Machtspiel in Russland gegen Ende des vergangenen Jahrhunderts. Kaum jemand beachtet den Exagenten Putin, der unbemerkt als Spinne im Netz der Kremlpolitik agiert.

Im Juli 1996 wurde Jelzin als Präsident wieder gewählt. Zunächst hatte kaum jemand an seinen Sieg geglaubt. Zu tief war Jelzins einst große Popularität bei der Bevölkerung gesunken, zu weit war ihm der Kandidat der Kommunisten, Gennadi Sjuganow, in allen Meinungsumfragen enteilt. Vor allem aber schleppte der Präsident als Ergebnis seiner ersten Amtszeit eine Vielzahl ungelöster

Probleme und gefährlicher Hypotheken mit, die das Vertrauen der Bevölkerung in ihn erschüttert hatten.

Die 1992 eingeleiteten marktwirtschaftlichen Reformen führten zu zwiespältigen Ergebnissen. Das Kabinett des Wirtschaftsreformers Gajdar setzte, um die Planwirtschaft in einem Rundumschlag zu zerstören, alle Preise frei. Das nun nicht mehr vom Staat kontrollierte Preisniveau stieg binnen kürzester Zeit ins Unermessliche. Nun kamen zwar Waren auf den russischen Markt, auch aus dem Westen, doch für die meisten Menschen waren sie unerschwinglich. Es tat sich ein riesiger Graben zwischen Realeinkommen und Lebenshaltungskosten auf. Der Staat erkannte plötzlich, dass er seinen sozialen Verpflichtungen nicht mehr gerecht werden konnte, und sah den einzigen Ausweg in der Ankurbelung der Notenpresse. Die daraus resultierende galoppierende Inflation fraß in wenigen Wochen die gesamten Ersparnisse der Bevölkerung auf.

Auch bei der Privatisierung der Wirtschaft ging vieles daneben. Der Privatisierungsminister Tschubais wollte anfangs eine möglichst sozial gerechte Privatisierung des sowjetischen Staatsbesitzes organisieren. Er verteilte Anteilsscheine – so genannte »vouchers« – an alle Bürger. Doch die im Umgang mit Wertpapieren unerfahrene Bevölkerung verlor diese Anteilsscheine in windigen Investmentgesellschaften und Finanzpyramiden, verkaufte sie zu Beträgen weit unter ihrem tatsächlichen Wert oder tauschte sie schlicht gegen Lebensmittel und Wodka um. Binnen kürzester Zeit ging so ein Großteil des ehemaligen sowjetischen Staatseigentums in die Hände von Vertretern der alten Nomenklatura aus Partei und Wirtschaft, des organisierten Verbrechens sowie einer kleinen Gruppe findiger Neureicher über, die seit den Gründerjahren der Perestroika Millionenvermögen angesammelt hatten.

Eine weitere Hypothek war die Arbeitslosigkeit. Sie stieg vor allem in den Industrieregionen gewaltig an. Der Staat sah sich außerstande, den Staatsbediensteten die Löhne auszuzahlen. Auch die Pensionäre warteten vergeblich auf ihre Renten. Zum weit verbreiteten Symptom wurden so genannte »Bartergeschäfte«, bei

denen die Firmen untereinander bargeldlos Produkte austauschten, weil sie keine zahlungsfähigen Käufer fanden. Die Betriebe verloren ihre Zahlungsfähigkeit, mussten ihre Angestellten und Zulieferer mit Produkten entlohnen. Auch eine gründliche Steuerreform, die das Missverhältnis von horrend hohen Steuern und staatsgefährdendem Defizit bei ihrer Eintreibung behoben hätte, war trotz vieler Anläufe nicht zustande gekommen.

Unter solchen Voraussetzungen schien 1996 der Wahlkampf Jelzins von vornherein zum Scheitern verurteilt. Und doch kam es schließlich anders. In den letzten Monaten vor den Präsidentenwahlen setzte Jelzin mit einer groß angelegten Kampagne zur Aufholjagd an. Auf Wahlveranstaltungen erlebte die Bevölkerung ihren Präsidenten mit anfeuernden Reden, sie sah ihn eifrig Betriebe, Städte oder populäre Künstler besuchen. Vor allem hörte sie ihn soziale Verbesserungen versprechen und nicht zuletzt auch volksnah trinken und sogar tanzen. Dabei spitzten Jelzin und seine Berater die ganze Wahlkampagne des Präsidenten auf das Motto »Reformen oder Rückkehr zum Kommunismus« zu. Diese Mittel blieben nicht ohne Wirkung.

Mit knapp 54 Prozent der Stimmen ging der Amtsinhaber souverän bestätigt aus dem Rennen, allerdings erst in der zweiten Runde. Seine unvermittelt aufgeflamnte Popularität verdankte Jelzin wesentlich der gemeinsamen Unterstützung durch die Oligarchen. Eben noch rücksichtslos miteinander konkurrierend, setzten sie sich vor den Wahlen gezwungenermaßen an einen Tisch, um mit vereinten Kräften eine Machtübernahme der Kommunisten zu verhindern. Lange Zeit war der Kreis der Financiers um Jelzin recht übersichtlich und genau einzugrenzen. Insbesondere umfasste er eine Reihe der führenden Moskauer Großbanken, der riesigen Konzerne der Energiebranche und der von ihnen abhängigen Industriesektoren. Dazu gehörten etwa der Gasmopolist »Gasprom« mit Rem Wjachirew an der Spitze, der Ölkonzern »Lukoil« unter Wagit Alekperow sowie das umfangreiche Firmenkonglomerat von Boris Beresowski, zu dem der Automobilkonzern »LogoVAZ« gehört. Vonseiten der Bankiers

zählten hierzu Alexander Smolenski von der Bank »SBS-Agro«, Michail Fridman von der »Alfa-Gruppe«, Wladimir Gusinski als Präsident des Finanz- und Medienkonzerns »Most«, Wladimir Potanin als Chef der »Oneximbank« und Michail Chodorkowski als Chef von »Jukos«. Nicht zuletzt gehörten auch einige dem Staat unmittelbar nahestehende Institutionen wie die Außenhandelsbank »Wneschekonombank« und die Sparkassenbank »Sberbank« zur neuen russischen Hochfinanz. Im Volksmund wurde diese Personengruppe bald die »Oligarchen« genannt. Zu den Oligarchen zählte natürlich auch die Präsidentenfamilie selbst.

Die Finanzelite bezahlte nicht nur die Wahlkampagne Jelzins, sie gab ihm auch ihre Beraterstäbe und stellte ihm ihre administrativen Kapazitäten zur Seite. Dies war für den Wahlausgang entscheidend, denn Jelzin erhielt in den russischen Regionen zusätzliche Einflussmöglichkeiten, insbesondere dann, wenn vom Unternehmen eines der Oligarchen eine ganze Region abhing. Außerdem besaßen die Oligarchen Fernsehkanäle, Radiostationen und Zeitungen, die die ohnedies von den staatlichen Medien geförderte Jelzin-Kampagne noch zielgerechter unterstützten. Das Übergewicht der Berichterstattung über Jelzin im Verhältnis zu den anderen Kandidaten war grandios.

Zum Anführer der Oligarchen avancierte Beresowski. Er besaß ein feines Gespür für wechselnde Machtverhältnisse, an denen er auch regelmäßig beteiligt war. Die erste Zeit machte er Geschäfte durch Jelzins Leibwächter Korschakow. Dann hievte er seinen Kompagnon, den Präsidenten des Automobilkonzerns »AvtoVAZ«, auf den Posten des Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten. Seinen allergrößten Coup landete er, als es ihm gelang, Jelzins jüngere Tochter Tatjana Djatschenko dazu zu überreden, dem Wahlstab von Tschubais beizutreten. Nachdem sich Beresowski mit Korschakow zerstritten hatte, benutzte der emsige Unternehmer die Tochter des Präsidenten, um sich ein neues – weitaus langfristigeres – Entree im Kreml zu sichern. Beresowski kalkulierte richtig: Jelzin war imstande, jeden Getreuen zu demütigen und aus dem Kreml hinauszwerfen – nur nicht seine Lieblingstochter!

Jelzin hoffte, seinen bisherigen Einfluss und die bisherige Gesellschaftsentwicklung zu verteidigen. Die Finanzmagnaten wünschten das Land langfristig in den vorhandenen, für sie vorteilhaften Strukturen zu stabilisieren. Nur dann konnten sie damit rechnen, ihren einmal erworbenen Besitz und Status zu behalten und auszubauen. Der Besetzung des Präsidentenamts und der ihm nahestehenden Schlüsselpositionen kam für die Lobbyisten der Wirtschaft exklusive Bedeutung zu. Die Verfügung über die Präsidialadministration, in der nach der gewonnenen Präsidentschaftswahl Tschubais alle Fäden ziehen sollte, entschied über die Verteilung von Besitz und Macht auf regionaler Ebene.

Die langfristige Strategie der Hochfinanz war auf den unbedingten Machterhalt gerichtet. Die russische Verfassung verbot Jelzin eine dritte Kandidatur. Natürlich hätte man versuchen können, die entsprechende Gesetzgebung zu verbiegen. Die »Jelzin-Familie« wurde nicht müde zu betonen, dass die erste Präsidentschaftswahl 1991 noch in der sowjetischen Zeit erfolgt und damit von russischem Verfassungsrecht unberührt war. Doch Jelzin wurde krank und konnte jeden Moment sterben. Immer wieder hatten Krankenhausaufenthalte die Regierungsarbeit Jelzins unterbrochen. Dazu hatten sein chronischer Alkoholkonsum ebenso beigetragen wie sein sich weiter verschlimmerndes Herzleiden. Hinzu kamen noch die Einschränkungen durch eine beschädigte Wirbelsäule, die auf einen Flugunfall zurückging und immer wieder jene Gleichgewichtsprobleme verursachte, für die Jelzin längst international bekannt war. Die »Kontinuität der Macht« machten die Oligarchen zu ihrer zentralen Losung. Doch einen Politiker mit einem ähnlichen Charisma wie Jelzin zu finden, war äußerst schwierig. Neben der besonderen Ausstrahlungskraft sollte der Kandidat auch noch andere Wesensmerkmale und politische Überzeugungen vorweisen können, die ihn für das höchste Amt prädestinierten. Absolut notwendiges Kriterium für die nähere Kandidatenauswahl war die Loyalität zur »Jelzin-Familie«.

Der Moskauer Oberbürgermeister Juri Luschkow stieg immer mehr zum Rivalen Jelzins auf. Mit kernigen Sprüchen versuchte

er sein politisches Image zu stärken. Aus seinen fast unerschöpflich erscheinenden Geldquellen der Stadt Moskau verteilte er ständig Geschenke an die russischen Provinzen – um sich diese später gefügig zu machen. Die »Jelzin-Familie« beobachtete mit großem Argwohn, wie sich Luschkow Schritt für Schritt die Kontrolle über Teile der russischen Medienlandschaft sicherte. Bald bestanden hinsichtlich seiner persönlichen Ambitionen kaum noch Zweifel: Luschkow strebte das höchste Amt im Staate an.

In den Augen des Kreml und der Oligarchen hatte Luschkow einen wesentlichen Makel. Er gehörte nicht zur »Jelzin-Familie«. Luschkows Botschaft an den gemeinen Bürger war so schlicht wie wirksam: »Ich bin ein Feind des korrumpierten Jelzin-Clans, und mein Moskau blüht. So wird auch ganz Russland gedeihen, wenn ich es führe.« Eine besondere Brisanz erhielt Luschkows politische Devise durch die angekündigte Revision der Privatisierung. Damit konnte nur der Jelzin-Clan gemeint sein. Sollte Luschkow an die Macht kommen, hätten die kremlnahen Oligarchen ihre Macht verloren.

Jelzin selbst wollte zunächst Alexander Lebed zu seinem Nachfolger aufbauen. Allerdings musste der populistische General sich zunächst für einige Jahre als Sekretär des Nationalen Sicherheitsrats in die Kremlmannschaft einbinden lassen. Beresowski förderte Lebed ebenfalls. Das strenge Gesicht Lebeds schmückte die Titelblätter der von ihm finanzierten Hochglanzzeitschriften. »Nur mit einem solchen Gesicht kann man in Russland Präsident werden« – erklärten Beresowskis Berater: »Ihm wird Russland nachlaufen!« Mit seinem Ruf nach Recht und Ordnung traf Lebed den wunden Nerv in der Gesellschaft. Der Finanzadel unterstützte Lebed aus der einfachen Überlegung heraus, dass nur er sich im Falle sozialer Unruhen mit seinem Charisma, seiner Popularität und Durchsetzungskraft einem Massenaufstand entgegenstellen könnte, um das Oligarchenregime zu retten. Als es Lebed gelang, den Krieg in Tschetschenien zu stoppen, stieg sein Ansehen in der Bevölkerung. Andererseits stellte Lebeds neue Machtfülle für den Kreml bald eine Gefahr dar. Erstmals stand

nun an der Spitze der Sicherheitsapparate ein populärer General mit Rückhalt in der Gesellschaft. Lebed, beflügelt vom diplomatischen Erfolg in Tschetschenien, verhielt sich bald wie der künftige Präsident.

Lebed ließ plötzlich auch außenpolitische Ambitionen erkennen. So begab er sich auf selbstständige Reisen nach Westeuropa und in die USA, wo man ihn als möglichen Jelzin-Nachfolger feierte. Als aber Lebed in populistischem Wahn die russische Armee aufrief, ihren Dienst bis zur vollständigen Begleichung von Soldzahlung zu verweigern, platzte dem Kreml der Kragen. Jelzin entließ Lebed aus allen Ämtern. Für die Präsidentenmannschaft war er als Nachfolgekandidat gestorben.

Pal Palytsch war der Spitzname von Pawel Borodin, dem Schatzmeister des Kreml. Borodin, ehemaliger Bürgermeister der Stadt Jakutsk, in jenem Gebiet, in dem sich in Russland die größten Diamantenminen befinden, zählte in den 90er-Jahren zu den einflussreichsten Personen innerhalb der Jelzin-Familie. Borodin übertrug seinem Vize Putin 1996 die Oberaufsicht über alle ausländischen Geschäfte der Kremladministration. Putin, der seit seiner Petersburger Zeit Erfahrung im Umgang mit größeren Geldtransfers hatte, sollte nun für den Kreml die Liegenschaften des gesamten russischen Staates, deren Wert auf 600 Milliarden US-Dollar innerhalb und 50 Milliarden US-Dollar außerhalb Russlands geschätzt wurde, verwalten. Borodin und Putin kontrollierten neben den offiziellen Gebäuden des Präsidialamts, der Regierung und der Duma weitere rund 300 administrative Gebäude, die staatliche Fluggesellschaft und Verlagshäuser, Luxuskrankenhäuser und Sanatorien sowie das russische Staatseigentum in 78 Ländern. Borodin überließ seinem Vize die Oberaufsicht über die zahlreichen Dienstleistungsorganisationen des Kreml – von medizinischen Einrichtungen bis hin zu Bau- und Transportfirmen.

In den folgenden Monaten geriet Putin auf ein sehr gefährli-

ches Spielfeld, auf dem sich völlig unterschiedliche Akteure tummelten. Die Oligarchen bestimmten die große Politik. Ihnen zu Diensten waren die alten Sowjetmanager, die so taten, als ob sie Reformen durchführten, in Wirklichkeit aber nur nach Revanche trachteten. Daneben kochte der Geheimdienst FSB KGB im Hintergrund fleißig sein Süppchen. Putin lernte schnell, sich in diesem Dickicht von politischen Intrigen, blutigen Machtspielen und Schlammschlachten auszukennen. Dabei geriet er nicht, wie Borodin, in den Sumpf der Korruptionsskandale, die drei Jahre später die Kremladministration erschüttern sollten. Putin stand nie in Verdacht, staatliche Gelder veruntreut zu haben, obwohl das russische Staatseigentum im Ausland, für das Putin zuständig war, schon immer eine ausgesprochen lukrative Nebenverdienstmöglichkeit darstellte.

In Jelzins erster Amtsperiode von 1991 bis 1996 hatte die Regierung die eigentliche Machtfülle innerhalb der Exekutive. Die anderen zwei »Säulen« der staatlichen Macht – der Präsidialapparat und der Nationale Sicherheitsrat – spielten keineswegs die politische Schlüsselrolle. In der zweiten Amtszeit wurde die Präsidialadministration zu einer »Nebenregierung«. Jelzin entschied: Im Sinne des von ihm bevorzugten politischen Systems der »checks and balances« sollte die Administration die politische Kontrolle, die Regierung die wirtschaftliche Lenkung des Landes übernehmen. Unter der späteren Präsidentschaft Putins sollte diese Machtkonstellation beibehalten werden. Mit dem Präsidentenwechsel von Putin zu Medwedew wurde die Macht dann wieder in die Regierung zurückverlagert.

Ende 1996 schlitterte Russland in eine Finanzkrise. Die Regierung hatte im Wahlkampf zu viele Versprechungen gemacht, Löhne und Gehälter regelmäßig ausbezahlt, Regionalfürsten für ihre Unterstützung mit Geschenken überhäuft und wertvolles Geld verpulvert. Die Oligarchen agierten als schnelle Kreditgeber zur Überbrückung der wachsenden Löcher im Föderations-

haushalt, indem sie die ständig neu aufgelegten kurzfristigen Staatsobligationen der russischen Staatsbank aufkauften. Der riskante Erwerb wurde den Kreditinstituten durch horrenden Zinsen entlohnt. Der Staatshaushalt dagegen wurde mit einer rasant steigenden Tilgungsschuld aufs Unerträglichste belastet. Die Reichtümer der Finanzimperien stammten somit zu einem erheblichen Teil direkt aus dem staatlichen Schuldendienst. Eine Marktwirtschaft mit funktionierender Konkurrenz bildete sich höchstens in Teilbereichen heraus. Zumindest aber bewirkte die Wechselwirkung zwischen Staat und Oligarchen eine schnelle Umverteilung des Staatsbesitzes in private Rechtsformen, was die von den Kommunisten geforderte Wiederherstellung der sowjetischen Verhältnisse unmöglich machte. Durch diese Abhängigkeit fielen die Interessen der Banken und der russischen Führung auch bei den Präsidentschaftswahlen 1996 zusammen.

Auf der Einnahmeseite des Staates stand immer weniger. Im Sommer 1996 sanken die Steuereinnahmen auf einen neuen Tiefstand, weil die Regierung vor den Wahlen darauf verzichtet hatte, Druck auf Steuersünder auszuüben. Schließlich waren dies nicht selten gerade jene Großunternehmen des Landes gewesen, die Jelzin unterstützten. Woher sollte das Geld für die Wirtschaft kommen? Die russischen Politiker schauten fast hilflos Richtung Westen. Einziger Ausweg in dem allumfassenden Geldmangel schien einmal mehr für Russland der Westen zu sein, insbesondere der Internationale Währungsfonds und die Weltbank. Immer wieder waren beide in den zurückliegenden Jahren als Retter der russischen Führung in höchster finanzieller Not aufgetreten. Doch jedem Kredit an Russland gingen langwierige Verhandlungen um die konkreten Voraussetzungen und Forderungen des IWF und der Weltbank voraus. Jede aus der Sicht des strengen Monetarismus unerfreuliche Entwicklung in der russischen Staatswirtschaft – ein defizitärer Haushalt, eine undurchsichtige Privatisierung, eine Ausweitung der Sozialprogramme oder schlicht neue Korruptionsvorwürfe – stoppten den Geldstrom sofort wieder. Angesichts der immer wieder akuten Finanznot im russischen

Staatshaushalt beschrieben die russischen Medien jeden Besuch von IWF-Delegationen wie eine Entscheidung über Sein oder Nichtsein des russischen Staates.

Zweifellos hatten die westlichen Kredite Russland und Jelzin immer wieder kurzfristige Erleichterung gebracht. Langfristig aber vergrößerten sich die Probleme aufgrund der wachsenden Schuldenlast. In vielen Jahren führten die Hilfen des IWF und der Weltbank weder zu einer dauerhaften Verringerung des Haushaltsdefizits noch zur Entmonopolisierung der Wirtschaft. Weder zu einer Umstrukturierung der Kohleindustrie noch zu einer Beteiligung des Auslands an der Privatisierung. In immer dichter Folge musste Russland um Stundung und Umstrukturierung der Tilgungsleistungen ersuchen, immer häufiger neue Kredite aufnehmen, um alte zu bezahlen.

Was jedoch ursprünglich als Geldspritze zur Unterstützung des russischen Transformationsprozesses konzipiert war, nahm immer häufiger die Form von offenen politischen Krediten an, nicht zuletzt, weil der Westen ein Abgleiten des riesigen Landes in Unruhen und unkontrollierte Zerfallsprozesse fürchtete. Hofften die westlichen Staaten auf russische Kompromissbereitschaft in außen- und sicherheitspolitischen Fragen, etwa bei der Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen oder bei der geplanten NATO-Osterweiterung, halfen sie gern mit Geld. Kam ein neues Regierungskabinett an die Macht, in dem vermehrt Leute saßen, die vom Westen als Reformler aufgefasst wurden, gab er neue Millionenraten frei. Innerhalb weniger Jahre wuchs so jedoch zugleich die russische Auslandsschuld von etwa 30 Milliarden US-Dollar auf 130 Milliarden US-Dollar.

Die Wiederwahl Jelzins bedeutete zwar den Sieg der Reformkräfte über die Kommunisten, führte aber nicht zum erhofften Durchbruch in der Reformpolitik. Wie in der Sowjetzeit, versuchte der Kreml die Staatskasse primär durch Rohstoffexporte aufzufüllen. Maßnahmen wie die Verschärfung der Steuerdisziplin, die Entflechtung der mächtigen Wirtschaftsmonopole, der

Abbau von Industriesubventionen, die Schaffung von Investitionsanreizen und die Festigung des privatwirtschaftlichen Sektors – die unbedingt getroffen werden mussten, um Russland aus der wirtschaftlichen Misere zu führen – wurden auf die lange Bank geschoben. Anfang 1997 stand Russland vor leeren Staatskassen und drohenden sozialen Unruhen. Angesichts dieser Umstände sah sich Jelzin veranlasst, einen jener unübersehbaren Befreiungsschläge zu machen, wie er sie später noch mehrfach wiederholte und mit denen er klarzustellen versuchte, wer die Politik im Kreml bestimmte.

Zum Ersten Vizepremier wurde Tschubais berufen. Er kontrollierte von nun an 80 Prozent der Schlüsselpositionen innerhalb der Regierung und war gleichzeitig Finanzminister. Um ihn auszubalancieren, wurde der 37-jährige Gouverneur von Nischni Nowgorod, Boris Nemzow, ebenfalls Erster Vizepremier. Diese Empfehlung kam von Jelzins Tochter und Beresowski. Nemzow hatte sich als musterhafter Reformier in seiner Region zuvor auch auf internationalem Parkett profilieren können. Ihn wollte Jelzin möglicherweise zum Kronprinzen küren. Innerhalb weniger Wochen wurde Nemzow zum neuen Liebling der Massenmedien und der Intelligenz und stieg zum vertrauenswürdigsten Politiker Russlands auf. Angesichts seiner Erfahrungen in Nischnij Nowgorod wurde Nemzow in der neuen Regierung der Sozialblock anvertraut. Schließlich scheiterte Nemzow an der Größe der Aufgaben und wurde zum Sündenbock gestempelt – so wie vor ihm Lebed aus dem Kampf gegen die Korruption abgedrängt wurde, bevor er überhaupt die Chance erhielt, ihn zu beginnen.

Im März 1997 erhielt der 44-jährige Putin seine Ernennung zum Nachfolger Kudrins als Chef der Kontrollabteilung des Kreml. Im Verlauf der nächsten Monate wurde die Administration des Präsidenten völlig umgekrempelt. Jahrelang hatte innerhalb dieser Führungsmannschaft eine Gruppe von Intellektuellen das Sagen. Die neue »Jelzin-Familie« unter Tatjana Djatschenko benötigte den Dienst dieser »Weicheier« nicht. Die neuen Spielregeln erforderten eine neue Mannschaft aus »jungen Wölfen«:

nicht minder intellektuell, aber aggressiver im Ton und Handeln.

Im September 1997 wurde der ehemalige KGB-Mann in die neu gegründete Kommission des Nationalen Sicherheitsrats für Fragen der Wirtschaftssicherheit aufgenommen. Die Verbrechergruppen des postsowjetischen Raums waren zu einem internationalen Problem geworden. Insbesondere in den Bereichen Drogenschmuggel, Prostitution, Glücksspiel, illegale Einwanderung, Erpressung, Bankbetrug, Steuerhinterziehung, Autoschieberei und Auftragsmorde verstärkten russische Verbrechergruppierungen ihr internationales Engagement. Neue Formen der Kriminalität wie Kreditkartenbetrug oder »Computerdelikte« nahmen bedenklich zu. Ihre Ausbreitung begann im ehemals sozialistischen Osteuropa, wo zunächst ähnliche Rahmenbedingungen wie in der Sowjetunion herrschten. Durch die zunächst noch in Ostdeutschland stationierten Sowjettruppen konnten die Mafiagruppen hier auf eine entwickelte Infrastruktur zurückgreifen und stellten anschließend auch Verbindungen zu den Mafiagruppierungen in den USA, Kanada, Israel, Südafrika sowie Mittel- und Südamerika her, wo sie nun Geldwäsche betrieben, um sich in die legale Wirtschaft dieser Länder einzukaufen. Solche Gruppen beeinträchtigten nicht zuletzt die politische Stabilität Russlands und erhöhten die Gefahr, dass Nuklearwaffenkomponenten in die Hände von Terroristen gelangten.

Russland entwickelte sich zunehmend zu einem halbkriminellen Staat, in dem die kriminelle Elite Einfluss auf innen- und außenpolitische Entscheidungen gewann. Damit näherte sich das Land einer Situation, in der die Machtergreifung eines autoritären Politikers, der gegen Korruption und Kriminalität hart durchgreifen, aber auch die Freiheitsrechte und demokratische Bestrebungen einschränken würde, immer wahrscheinlicher wurde. Gegen die Kriminalisierung der Wirtschaft nicht ernsthaft vorgegangen zu sein, darin lag eines der schwersten Versäumnisse des Präsidenten Jelzins und aller seiner Regierungen. In der daraus erwachsenen Sehnsucht nach Wiederherstellung eines kriminalitätsfreien Geschäftslebens muss fraglos auch einer der wichtig-

ten Gründe für die Anziehungskraft Schirinowskis, dann Lebeds und schließlich im Jahre 2000 die Popularität Putins gesucht werden.

Der Westen griff Russland weiter unter die Arme, solange der Reformkurs beibehalten wurde. Der Internationale Währungsfonds und die Weltbank gaben neue Kreditraten für den Föderationshaushalt. Wieder konnte der Staat einen Teil der überfälligen Löhne und Renten in der russischen Provinz nachzahlen, wieder wurden die dringendsten Bedürfnisse staatlicher Einrichtungen befriedigt. Um die neue Reformregierung innenpolitisch zu stärken, zeigte sich der Westen in der Frage der NATO-Erweiterung kompromissbereit. Mit dem Versprechen in den neuen Mitgliedsländern und damit an den Westgrenzen der Russischen Föderation weder Atomwaffen noch schweres Kriegsgerät zu stationieren, kam die NATO Russland entgegen. Auch der lang ersehnte Einstieg in den Pariser Kreditorenclub wurde im September 1997 vollzogen. Überdies erreichte Jelzin die Aufnahme Russlands in die G-7. Gleichzeitig schöpfte auch die private Geschäftswelt im Westen wieder etwas Vertrauen in die Perspektiven der russischen Wirtschaft. Für kurze Zeit nahm der Zufluss an Auslandsinvestitionen zu und erreichte einen Betrag von etwa sieben Milliarden US-Dollar. Gemessen am realen Investitionsbedarf in der Wirtschaft glich das freilich einem Tropfen auf den heißen Stein.

Umso dringlicher wurde daher die Durchführung weiterer Unternehmensprivatisierungen, deren Erlöse schon als fest im hochdefizitären Staatshaushalt eingeplant waren. Auf Druck der westlichen Finanzinstitutionen hatte die Regierung diesmal für die Privatisierung neue Regeln und einen transparenteren Wettbewerb durchgesetzt. Von der bisher betriebenen Insiderprivatisierung, bei der einige wenige Finanzgruppen mit den besten Kontakten zu Regierungsbeamten riesige Kapitalvermögen zu Sonderpreisen erwarben, hatte der Staatshaushalt kaum profitiert. Zunächst wurden die Kontrollpakete an dem Ölkonzern »Ros-

neft« und am weltgrößten Nickel-, Palladium- und Platinproduzenten »Norilsk Nickel« zum Verkauf ausgeschrieben. Harte Kämpfe in der russischen Finanzelite aber entbrannten vor allem um ein 25-Prozent-Paket am Fernmeldemonopolisten »Swjazinwest«. Bislang hatten die Oligarchen bei den Privatisierungsgeschäften eine gewisse Ausgewogenheit untereinander gewahrt. So übergab noch im Winter 1997 die Regierung die staatliche »Agroprombank« an Potanins Konkurrenten Smolenski. Bei »Swjazinwest«, »Norilsk Nickel« und »Rosneft« fühlte sich Beresowski plötzlich übergangen, weil diese Filetstücke in den Besitz von Potanin übergingen. Das Verhältnis zwischen den Finanzclans und der Regierung war nun getrübt.

Der Konflikt verschärfte sich zusätzlich, als bekannt wurde, dass Potanin den Erwerb von »Swjazinwest« teilweise mit Kapital des amerikanischen Multimilliardärs George Soros bewerkstelligt hatte. Dies bedeutete, dass an der Privatisierungsbörse künftig finanzkräftige ausländische Investoren offen mit russischen Finanzclans konkurrieren konnten. Beresowski entfachte nun in seinen Massenmedien, darunter den beiden landesweit wichtigsten Fernsehkanälen ORT und NTW, einen regelrechten Krieg gegen Tschubais. Die Allianz zwischen Jelzin, den jungen Reformern und der Hochfinanz, die Russland seit dem Sommer 1996 auf relativ stabilem Kurs gehalten hatte, sah sich aufgrund der heftigen Umverteilungskämpfe einer schweren Belastungsprobe unterworfen. Einmal mehr stand das Land vor der Frage, wer in ihm die realen Eigentümer und Machthaber waren. Nemzow und Tschubais begannen sich gegen die Anfeindungen der unterlegenen Financiers mit einer Kampagne gegen den »Banditenkapitalismus« zu wehren. Schließlich gelang es den Oligarchen die Jungreformer um Tschubais zu Fall zu bringen. Aber auch Beresowski verlor seinen Posten im Nationalen Sicherheitsrat.

Im März 1998 saßen die Mächtigen der »Jelzin-Familie« wieder zusammen. Man resümierte. Wer konnte sich bei den anstehenden Präsidentschaftswahlen gegen Luschkow und Sjuganow durchsetzen? War der damalige Premier Viktor Tschernomyrdin die Al-

ternative? Nein, Beresowski hatte mit ihm ebenfalls großen Streit, denn Tschernomyrdin weigerte sich, Gasprom an den Oligarchen abzugeben. Der »Jelzin-Familie« lag eine Videokassette mit Aufnahmen vom letzten Treffen von Al Gore und Tschernomyrdin in Washington vor. Die beiden zweitmächtigsten Politiker in ihren Ländern prosteten sich dort gegenseitig auf die Präsidentschaft in den USA und Russland zu. Der eifersüchtig gewordene Jelzin entschied daraufhin, Tschernomyrdin zu entlassen. Die Oligarchen forderten einen Vertreter der Energielobby als neuen Ministerpräsidenten, der für die Entmonopolisierung von Gasprom eintreten und endlich mit der Privatisierung der eigentlichen Filletstücke aus dem auseinandergebrochenen Energiekomplex der ehemaligen Sowjetunion anfangen würde. Doch wen? Einen waschechten Oligarchen vorzuschlagen, wäre zu offensichtlich gewesen. Jemand blätterte die aktuelle Regierungsliste durch und stolperte über den Namen des 35-jährigen Energieministers Sergej Kirijenko.

Kirijenko war ausgerechnet das jüngste und unerfahrenste aller Kabinettsmitglieder. Würde er zu einem gefügigen Werkzeug in den Händen der Oligarchen? Zuvor hatte er in Nischnij Nowgorod nach einem Schiffsbaustudium eine Bank geleitet und die Ölraffinerie »Norsi-Öl« gegründet. Die Menschen hatten vom neuen Regierungschef, der einem Studenten glich, bislang kaum Notiz genommen. Sofort titulierte man ihn als »Kinderüberraschung«. Angesichts der komplexen Probleme des Landes mutete die Berufung des politischen »Leichtgewichts« als abenteuerlich und sogar verantwortungslos an. Jelzin, dessen Auftritte im Fernsehen immer gebrechlicher wirkten, hatte Russland ohne zwingenden Grund in eine Staatskrise gestürzt. Die westlichen Kommentatoren waren entsetzt: Die russische Politik schien zum Spielball eines störrischen, senilen Politikers und machthungriger Oligarchen geworden zu sein. Kirijenko war keine Autoritätsperson, die in Abwesenheit des kranken Präsidenten über die Nuklearwaffen, die Armee und die mächtigen Geheimdienste des Landes wachen konnte.

Nach der Entfernung des überheblich gewordenen Tschernomyrdin liefen die wichtigsten Fäden der Kremlpolitik jetzt allein im Präsidentenapparat zusammen. Kirijenko durfte die Regierungsgeschäfte nur in enger Anlehnung an die Präsidentenadministration führen. Einen Monat nach seiner Einsetzung wurde Putin zum Ersten Stellvertretenden Leiter der Administration des Präsidenten ernannt. Putin durfte sich gleich als Schlichter in den immer bedrohlich werdenden Bergarbeiterstreiks bewähren. Tausende Grubenarbeiter aus dem Kemerover Gebiet im so genannten »Roten Gürtel« verließen die Betriebe, um mit großen Aktionen gegen die Umstrukturierung, die Lohnschulden und die Perspektivlosigkeit in ihrer Branche zu protestieren. Schon seit Jahren flickten die Moskauer Regierungen mithilfe der Weltbank an dem Kohlegebiet herum – ohne nennenswerten Erfolg. Streiks gehörten dort schon beinahe zum Alltag. Diesmal aber organisierten die Kumpels einen »Schienenkrieg« und blockierten wochenlang die Gleise der Transsibirischen Eisenbahn und damit eine der wichtigsten Verkehrsadern Russlands. Die russischen Kumpels monierten, dass staatliche Gelder zur Auszahlung von Löhnen an die Kohlebergwerke unterwegs verloren gegangen waren.

Im Juli 1998 feuerte Jelzin seinen langjährigen Rechtsberater und Leiter der Kommission für die Machtverteilung zwischen dem Zentrum und den Regionen. Dessen Stelle nahm Putin ein. Der 46-Jährige begab sich damit in eine weitere Schlüsselposition. Angesichts der politischen Gewichtsverlagerung der staatlichen Exekutivgewalt von der Regierung in den Präsidialapparat wurde Putin praktisch zum Oberaufseher des Kreml über die 89 »Subjekte der Föderation«. Putin fing an, Inspektionsreisen in die Provinzen durchzuführen, um dort die mächtigen Gouverneure persönlich kennenzulernen und – bei Bedarf – »weichzuklopfen«. Er begann eigene Hebel zu setzen, um die Regionalfürsten dem Zentrum gegenüber »gefügiger« zu stimmen. Von diesem Tag an begann Putin, sich ein Netzwerk aus seinen früheren Kollegen, Freunden und Vertrauten aus dem KGB und der Sankt Petersburger Administration zu knüpfen.

Im Mai 1998 hievte er Nikolaj Patruschew an die Spitze der Kontrollverwaltung der Administration des Präsidenten. Dieser 1951 geborene General wurde zu Putins wichtigstem Wegbegleiter in den nächsten Jahren des steilen Machtaufstiegs an die Spitze des Kreml. Während der Präsidentschaft Putins leitete er den Inlandsgeheimdienst FSB. Patruschew arbeitete mit Putin seit 1975 im Leningrader KGB, ging dann nach Moskau und wurde 1994 Chef der hochsensiblen Abteilung für Spionageabwehr im FSB. Er fing also Spione im eigenen Abwehrsystem der russischen Geheimdienste. Danach wurde er zum Personalchef des FSB befördert.

Währenddessen trieb Russland unaufhaltsam einem finanziellen Desaster zu, das den Zusammenhalt des Staates gefährdete. Im Sommer 1998 befand sich Russland in seiner schwersten Finanzkrise seit dem Zerfall der Sowjetunion. Die niedrigen Weltmarktpreise für Erdöl verschlimmerten die wirtschaftliche Lage eines Energieexportlandes wie Russland. Offensichtlich wusste die Regierung nicht, wie sie einerseits die Finanzstabilität im Land bewahren und andererseits die wachsenden Löcher im Haushalt stopfen sollte – und das vor dem Hintergrund chronischer Lohn- und Gehaltsrückstände. Die Gesamtverschuldung Russlands belief sich mittlerweile auf 200 Milliarden US-Dollar (davon 70 Milliarden US-Dollar Inlandsschulden). Dies machte 44 Prozent des BIP aus. Die Schuldentilgung nahm ein Drittel des Staatshaushalts in Anspruch. Das Ausmaß der gegenseitigen Verschuldung russischer Betriebe übertraf an Umfang die gesamte Geldmenge des Landes.

Um neues Kapital zu akquirieren und Investoren anzulocken, hatte die russische Regierung, wie schon beschrieben, lukrative kurzfristige Staatsobligationen (GKO) herausgegeben, die riesige Zinsen abwarfen. Als sich die Krise zuspitzte, erhöhte die Zentralbank die Zinsen auf GKO-Wertpapiere zeitweilig auf 150 Prozent, um die Kapitalflucht aufzuhalten. Die hohen Zinszahlungen wurden aber zu einer untragbaren Belastung für den russischen Staatshaushalt. Bald überstiegen sie das tatsächliche

Steueraufkommen des Staates um das Doppelte. Die Gold- und Währungsreserven des Landes schrumpften in sechs Monaten von 23 auf 15 Milliarden US-Dollar. Investoren, vor allem Börsenspekulanten, verließen fluchtartig den russischen Markt. Beim Ausbruch der Finanzkrise im Juni büßten an der Börse die Aktienkurse der größten russischen Unternehmen, wie »Gasprom«, »Lukoil« und »RAO EES«, fast die Hälfte ihres Wertes ein. Russland musste die traurige Erfahrung machen, dass zwei Drittel des ausländischen Investitionskapitals, das 1997 in größeren Mengen ins Land geflossen war und den Eindruck von einem Wirtschaftswachstum erweckte, nicht der Ankurbelung der Produktion diente, sondern zu spekulativen Zwecken angelegt worden war.

Neben einschneidenden Sparmaßnahmen war die Regierung nun gezwungen, andere höchst unpopuläre Entscheidungen zu treffen und eine informelle Absprache, die sie zuvor mit der Bevölkerung getroffen hatte, aufzukündigen. Bislang tolerierte die Regierung die Schattenwirtschaft im Land, freute sich sogar über den hohen Selbstversorgungsgrad innerhalb der Bevölkerung, denn sie war ja selbst nicht in der Lage, ihren sozialen Verpflichtungen nachzukommen. Die Regierung überwies monatelang keine Löhne und Gehälter, aber die Privathaushalte zahlten auch so gut wie keine Steuern. Einkünfte aus Nebenjobs, Mieteinnahmen und Wertpapieranlagen, für die bisher keine funktionierende Steuererfassungsbehörde zuständig war, durften künftig nicht mehr am Fiskus vorbeigeleitet werden. Krampfhaft versuchte die Regierung ihre Versäumnisse nachzuholen, ein fehlendes Steuerzahlerregister und ein integriertes Informationssystem für die für Haushaltseinnahmen zuständigen Behörden zu installieren.

Der Staat versuchte zum ersten Mal seit dem Zerfall der UdSSR wieder auf Polizeimethoden zurückzugreifen. Der neu ernannte Chef der Steuerbehörde, ein Liberaler, ließ seine Steuerfahnder Razzien durchführen. Kirijenko drohte Großkonzernen Konfiszierungsmaßnahmen an, falls sie ihren Steuerverpflichtungen nicht nachkommen sollten. Andere Unternehmen sollten in

Bankrottverfahren gedrängt werden, falls sie nicht kooperierten. Die Regierung musste sich sowohl gegen die Interessen der mächtigen Finanzclans als auch gegen den Widerstand vieler Regionalfürsten durchsetzen. Die Regionen wollten die Umverteilung der Steuereinnahmen zwischen ihrem Etat und dem föderalen Haushalt zu ihrem Nachteil nicht akzeptieren. Von der eingesammelten Umsatzsteuer blieben bislang 90 Prozent in der Kasse der Region, zehn Prozent wurden an das Zentrum abgeführt. Die Regierung erwirkte ein 50-zu-50-Verhältnis.

Der russischen Regierung fehlten die traditionellen Einschüchterungs- und Machtmittel für eine autoritäre Politik, obwohl Jelzin in dieser Hinsicht auf die Unterstützung der so genannten »Machtministerien« baute. Er suchte demonstrativ den engen Schulterschluss mit den Ministern für Verteidigung, Inneres, Sicherheit und Zollwesen. Jelzin brauchte diese Unterstützung der Machtstrukturen mehr denn je, um gegen mögliche soziale Unruhen oder gar Putschversuche im Land vorzugehen. Im Juli 1998 erhielt Putin einen überraschenden Anruf – Kirijenko befand sich auf dem Rückflug von Jelzins Urlaubsort in Karelien. Wichtige Entscheidungen seien dort gefällt worden. Er, Putin, solle sofort zum Moskauer Flughafen fahren und den Premier dort begrüßen. Putin gehorchte und erschien kurz vor der Landung der Maschine des Premiers in Wnukowo. Kirijenko ging direkt auf Putin zu und schüttelte ihm die Hand. »Ich gratuliere dir zu deiner Ernennung!« – »Welcher?«, fragte der entsetzte Putin. Niemand hatte ihm etwas von einem neuen Job mitgeteilt. »Jelzin hat einen Ukas unterschrieben, in dem er dich zum neuen Chef des Föderalen Sicherheitsdienstes ernannt hat«, antwortete Kirijenko und schwirrte davon. Putin hatte noch im April 1998, als sich nach der Regierungskrise zahlreiche Mitarbeiter aus Jelzins Umfeld Richtung Luschkow abzusetzen begannen, gehört, dass der Präsident ihn als loyalen und kampferprobten Getreuen zum neuen Geheimdienstchef einsetzen wollte.

Putin war von seiner neuen Ernennung überhaupt nicht begeis-

tert. Er war 1991 offiziell aus dem Geheimdienst ausgeschieden. Nach dem Zerfall der UdSSR war der Auslandsaufklärungsdienst aus dem gemeinsamen System ausgegliedert worden. Der FSB war dagegen zur Nachfolgeorganisation der anderen KGB-Verwaltungen – für Gegenspionage, Wirtschaftsspionage usw. – geworden. Putin hatte seine KGB-Laufbahn in der Auslandsaufklärung absolviert. Er hatte nur den Rang eines Oberstleutnants der Reserve – in den vergangenen Jahrzehnten wurden immer nur richtige Generäle zu Vorsitzenden des KGB oder FSB ernannt. Er wusste genau, dass seine Ernennung den Generälen aus der Spionageabwehr überhaupt nicht schmecken würde. Es wäre in der Tat das erste Mal, dass ein Mann von seinem Schlag an die Spitze des russischen Geheimdienstes gelangen würde. Die alten Führungsoffiziere des FSB hatten tatsächlich zunächst psychologische Probleme, einen Oberstleutnant der Reserve aus dem Auslandsaufklärungsdienst als ihren neuen Boss zu akzeptieren. Ihr Zorn gegen ihn steigerte sich, als er ein Drittel der Mitarbeiter des FSB entließ und zahlreiche verdiente Geheimdienstler kurzerhand in die Provinzen schickte.

Der alte KGB war nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion in fünf verschiedene Organisationen aufgeteilt worden. Hauptnachfolger wurde der FSB, der jetzt nicht nur für die Spionageabwehr, sondern zunehmend für den Kampf gegen Korruption und Kriminalität verantwortlich war. Aufgrund seiner Verquickung mit kriminellen Strukturen verlor der Dienst jedoch an seiner früheren Wirksamkeit. Vermutlich wurde der Geheimdienst sogar für Geldwäsche und illegalen Kapitaltransfer ins Ausland missbraucht. Es wurde darüber spekuliert, dass Beresowski die FSB-Abteilungen für Wirtschaftsspionage auflösen ließ, damit die Oligarchen ungestört ihre zwielichtigen Geschäfte tätigen konnten.

Die »Jelzin-Familie« wollte mit Putin im Endkampf um die Präsidentennachfolge einen loyalen Vertrauten an der Spitze des mächtigen Geheimdienstes wissen. In den nächsten Monaten

wurde Putin vom Kreml beauftragt, Überwachungsaktionen gegen vermeintliche Jelzin-Gegner in der Staatsbürokratie durchzuführen. Das Image Russlands litt unter dem Eindruck neuer Umverteilungskämpfe. In Russland fehlten ganz einfach die wirtschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen. Ein wilder Kapitalismus ohne sozialverantwortliche Selbstbeschränkung war entstanden. Solange die Finanzclans nur an ihrer Bereicherung interessiert waren, konnte keine vernünftige Wirtschafts- oder Außenpolitik betrieben werden. Keiner vermochte diese Finanzclans, die monatlich genau so viel Fluchtkapital ins Ausland schafften, wie der IWF jährlich Russland an Krediten zahlte, zu »zivilisieren«. Korruption und Kriminalisierung hatten extreme Formen angenommen. Russische Journalisten beklagten, dass viele Auftragsmorde nicht aufgeklärt wurden, weil Jelzins nähere Umgebung die Ermittlungen behinderte.

Seit Ausbruch der Krise fanden regelmäßige Treffen zwischen der Regierung und den Oligarchen statt, die jedoch eher an Geschäftsabsprachen als an eine konzertierte Aktion der wichtigsten Entscheidungsträger erinnerten. Die Regierung war weiterhin nicht in der Lage, die ausufernde Korruption im Beamtenapparat zu bekämpfen. Große Teile der Steuerfahndung waren bestochen. Das durchschnittliche Monatsgehalt eines Steuerinspektors lag bei 74 US-Dollar. Auch Anleihen des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank wurden, wie die Überprüfungen des russischen Rechnungshofs zeigten, veruntreut. Russlands Abhängigkeit von westlichen Kreditlinien nahm solche Ausmaße an, dass einige Kritiker schon von einer Gefahr für die nationale Sicherheit des Landes sprachen.

Ein Krisenprogramm jagte das andere. Der Energieverbrauch öffentlicher Institutionen wurde eingeschränkt. Zehn der größten Unternehmensbeteiligungen des Staates sollten zugunsten des Haushalts nun ebenfalls veräußert werden. Doch die selbst finanziell geschwächten Oligarchen konnten die geforderten Summen nicht mehr aufbringen. Ausländische Interessenten hatten das Vertrauen in die russische Wirtschaft verloren. Die Regierung

konnte die Aktien der Staatsbetriebe nicht an den Mann bringen. Zur Beruhigung der internationalen Finanzwelt wurde Tschubais wieder russischer Vertreter gegenüber westlichen Kreditinstituten und handelte neue Sofortdarlehen aus. Den Kurssturz der russischen Wertpapiere aber stoppte das nicht. Die Anleger zogen ihr Kapital ab, die russischen Großbanken standen vor dem Ruin, die Währung geriet immer weiter unter Druck.

Am 17. August 1998 zog Ministerpräsident Kirijenko die Notbremse. Er verkündete die sofortige Einstellung jeglicher Schuldenbedienung aus dem Staatshaushalt für drei Monate. Aus der Privatwirtschaft kamen keine innovativen Lösungsvorschläge, und die Duma weigerte sich, im Antikrisenprogramm Einschnitte im Sozialsystem zuzulassen. Die Regierung verlor die Kontrolle über die Finanzstabilität. Die erste Tranche von 4,8 Milliarden US-Dollar des IWF-Kredits in Höhe von 22 Milliarden US-Dollar wurde bei der vergeblichen Stützung kommerzieller Banken Anfang August in nur wenigen Tagen verpulvert. Die Regierung erließ ein Schuldenmoratorium, was zum gänzlichen Vertrauensverlust und zum Rückzug ausländischer Investoren aus Russland führte. Es passierte genau das, wovor der Westen Russland immer gewarnt hatte. Russlands abenteuerliche Schuldenpyramide aus hoch verzinsten GKO-Anleihen und riesigen Auslandskrediten war zusammengebrochen.

Die leidgeprüfte Bevölkerung verstand sofort, was ihr drohte. Schon 1992 hatte sie eine plötzliche Rubelabwertung binnen Tagen um ihre Ersparnisse gebracht, danach traf sie der »Schwarze Dienstag« im Oktober 1994, als die Landeswährung innerhalb weniger Stunden ein Drittel an Wert verlor. So stürmten die Menschen diesmal ohne Verzug die Banken. Jeder, der es irgendwie schaffte, holte sein Geld vom Konto herunter, Rubel wurden schnellstmöglich gegen Dollar umgetauscht. Nach wenigen Tagen waren viele der Finanzinstitute zahlungsunfähig. Zuerst sperrten sie den Devisenhandel, dann die Geldauszahlung überhaupt und schließlich auch ihre Filialen. Es war einfach kein Geld mehr da, im Grunde auch kein Banksystem mehr, nur noch Schulden. Der

junge Mittelstand wurde durch die Finanzkrise fast ausradiert, auch Teile der Hochfinanz standen vor dem Bankrott. Es sollte aber nicht vergessen werden, dass die russischen Banken, die in der Finanzkrise 80 Prozent ihrer Kapitalanlagen verloren, zuvor 200- bis 300-prozentige Gewinne aus Geschäften mit kurzfristigen Staatsanleihen (GKO) an der Börse erzielt hatten. Russland, das sich auf der Weltbühne schon wieder als Großmacht wähnte, fiel über Nacht auf das Niveau eines Entwicklungslandes zurück.

Die Finanzkrise zerstörte das Fundament, auf dem die demokratische und marktwirtschaftliche Reformpolitik der letzten Jahre basiert hatte. Der Staat war bankrott und konnte seinen sozialen Verpflichtungen, auch der Auszahlung von Löhnen, nun erst recht nicht mehr nachkommen. Steuereinnahmen blieben nun völlig aus. Die Läden waren leer, weil die Importware nicht mehr bezahlt werden konnte. Hinzu gesellte sich ein rasanter Preisanstieg, der die Existenz der Menschen bedrohte. Verschärft wurde der wirtschaftliche Zusammenbruch durch politische Machtkämpfe. Wochenlang existierte Russland wieder ohne handlungsfähige Regierung. Der Autoritätsverlust der Staatsgewalt war bedenklich.

Jelzin war nun gezwungen, mit der Opposition zusammenzuarbeiten. Zahlreiche Mitarbeiter seines Stabs waren zu Luschkow übergelaufen. Der Westen blickte gebannt auf Jelzin, weil nur er allein den Reformprozess immer wieder von neuem anspringen lassen konnte. Doch Jelzin hatte sich verausgabt. Ihm und den mächtigen Spielern hinter den Kulissen ging es in diesen Tagen um den persönlichen Machterhalt und weniger um die Fortsetzung liberaler Reformen.

Der angeschlagene Jelzin war gezwungen, einen Kompromiss mit der Opposition zu schließen. Zum neuen Ministerpräsidenten stieg der frühere Geheimdienstchef Primakow auf. Auch in den Augen der Kommunisten war Primakow einer der ihren, ein Vertreter der alten Sowjetbürokratie. Jelzin musste zustimmen, dass Primakow ein Koalitionskabinett bilden und die Kommunisten an der Regierung beteiligen würde. Die unverkennbare Macht-

verschiebung war die Folge davon, dass Jelzin ein Grundproblem in all den Jahren nie zu lösen vermocht hatte: die scharfe Diskrepanz zwischen der grundsätzlichen Bereitschaft der Bevölkerung zu radikalen Gesellschaftsveränderungen und ihre Ablehnung der harten sozialen Auswirkungen. Der Westen fürchtete zunächst, dass Primakows Regierung einen Versuch unternehmen würde, das Land von der internationalen Wirtschaft abzukoppeln.

Doch Primakow hatte zunächst andere Sorgen. An ein strategisches Programm war nicht zu denken. Zunächst mussten alle Lohnschulden gegenüber der Bevölkerung und den Militärs getilgt sowie in Verhandlungen mit den brüskierten Gläubigern im In- und Ausland kurzfristige Schuldenlasten zu langfristigen umgewandelt werden. Die Zusammenarbeit mit dem IWF sollte zumindest eingeschränkt fortgesetzt, Geldströme von und nach Russland schärfer kontrolliert werden. Im gesamten Jahr 1998 gelangte nur eine Milliarde US-Dollar an Auslandsinvestitionen nach Russland, ein Siebtel des Vorjahres.

Doch Ende 1998 war keines der strukturellen Probleme gelöst oder wenigstens ernsthaft in Angriff genommen worden. Als das Schuldenmoratorium der Banken Mitte November auslief, war dafür keine Regelung gefunden. Die Verödung der einheimischen Industrie setzte sich fort, wenngleich einige Bereiche, etwa die Lebensmittelbranche, davon profitierten, dass nach dem Rubelverfall die Importe teilweise um 70 Prozent gefallen waren und die Menschen mehr einheimische Produkte kauften. Doch für eine tatsächliche Modernisierung ihrer Produktion fehlte den Betrieben das Geld. Weiterhin gingen rund 70 Prozent des Binnenhandels als Naturalienhandel vonstatten. Die Exporteure, vor allem die Brennstoffkonzerne, mussten seit Ende Oktober 1998 den Großteil ihrer Deviseneinnahmen in Rubel umtauschen. Dafür wurde ihnen aber auch die bisherige Steuerermäßigung erhalten. Der Umfang des ins Ausland gebrachten »Fluchtkapitals« hatte nach der Augustkrise einen neuen Aufschwung genommen und erreichte 1,5 Milliarden US-Dollar im Monat. Für die geplante Privatisierung fehlten noch immer feste Regeln, eine Bank-

aufsicht über die russischen Finanzorganisationen wurde nicht geschaffen. Die Lohnschulden bestanden unverändert.

Immerhin schaffte es Primakow, nicht zuletzt durch Appelle an den russischen Patriotismus, die nach größeren Vollmachten strebenden Regionen wieder näher an die Zentralmacht zu binden. Dazu trug bei, dass der Regierungschef mit großem Aufwand die größten Probleme der Winterversorgung in den entfernten Nord- und Ostregionen bewältigte, unter anderem durch Druck auf den Gaskonzern »Gasprom«, der dazu mehr als eine Milliarde US-Dollar an Steuerschulden in Naturalien zahlen musste. Wirtschaftlich, politisch und auch militärisch war die Zentralmacht zu schwach geworden, um sich einer eventuellen Konföderalisierung des Landes ernsthaft entgegenzustellen. Bei parallelen Situationen in der russischen Geschichte hatte am Ende der Entwicklung stets die Einführung eines totalitären Regimes gestanden, das den Zentralstaat mit Gewalt wieder herstellte. Anders als 1990/91 war der Regionalisierungsprozess jetzt weniger durch ethnische oder nationale als durch ökonomische Gründe provoziert.

Damals, mit dem Auseinanderfallen der Sowjetunion, gerieten auch die einzelnen Regionen der Russischen Föderation in den Abspaltungssog und folgten der Ermutigung von Boris Jelzin: »Nehmt euch so viel Unabhängigkeit, wie ihr schlucken könnt!« In den Folgejahren schloss die Zentralmacht mit den meisten Föderationsmitgliedern Sonderabkommen über die Kompetenzverteilung ab. Etliche Regionen schufen eigene Rechts- und Wirtschaftssysteme, die oft sogar der russischen Verfassung widersprachen. Einige Gouverneure führten auf ihrem Territorium die Planwirtschaft wieder ein, andere dagegen erlaubten den Besitz von Grund und Boden.

Und trotzdem erwies sich Primakow im Nachhinein als kein so schlechter Premierminister. Der schlaue alte Geheimdienstfuchs Primakow demonstrierte, wie man das Land ohne Stabilitätsprogramm regieren, Demokraten, Kommunisten und Nationalisten gleichermaßen zufriedustellen und darüber hinaus auch noch

das Wohlwollen des Westens erzielen konnte. Zur Zielscheibe seiner Antikorruptionskampagne wurde Beresowski. Der Premier erwog, den Unternehmer ins Gefängnis zu werfen. Zwischen Beresowski und Primakow entbrannte ein Kampf auf Leben oder Tod. Putin, der FSB-Chef, wurde in diese Auseinandersetzungen hineingezogen.

Putin war inzwischen in den inneren Zirkel der Macht weiter vorgedrungen. Er dachte nicht daran, Jelzin wie andere Mitarbeiter der Administration zu verlassen und zu Luschkow überzulaufen. Die »Jelzin-Familie« vertraute ihm, sie sah im FSB-Chef ihren wichtigsten Verbündeten und Beschützer ihrer strategischen Interessen. Putin führte eine grundlegende Umstrukturierung im FSB durch, brachte seine Vertrauten aus Sankt Petersburg in die entsprechenden Schlüsselpositionen im Geheimdienst, neutralisierte Primakows Anhänger in den Sicherheitsorganen und weitete das Netzwerk, das er als Erster Stellvertretender Leiter der Präsidialadministration schon anfang aufzubauen, noch weiter aus. Sein ehemaliger Kommilitone und Jugendfreund, General Wiktor Tscherkesow, wurde zum Ersten Stellvertretenden FSB-Chef mit besonderer Zuständigkeit für die Bekämpfung von Wirtschaftskriminalität ernannt. Putin und Tscherkesow machten gemeinsam Karriere in den 80er-Jahren in der Leningrader KGB-Verwaltung. Aus dem Auslandsaufklärungsdienst holte sich Putin in den FSB als neuen Leiter der wichtigen Analyse- und Strategieabteilung auch seinen anderen Universitäts- und KGB-Kollegen, General Sergej Iwanow.

Neben Großbanken, Öl- und Gaskonzernen waren es nämlich gerade die kriminellen Gruppierungen, die nun Wahlkampf betrieben. Mit ihren Vermögen konnten sie eigene Kandidaten in regionale und föderale Parlamente führen und so parlamentarische Immunität wie politischen Einfluss erlangen. Parteien verkauften vor Parlamentswahlen sichere Listenplätze an zahlungskräftige Kandidaten. Staatlichen Programmen zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität fehlten die konsequente Umsetzung – und Geld.

Inzwischen vermochte Putin weitere Kompetenzen an sich zu ziehen. So wurde er Mitglied der zwischenbehördlichen Kommission für staatliche Rüstungsaufträge – damit verstärkte er seine Aufsicht über die Armee. Von der Außenwelt unbemerkt, vereinigte Putin fleißig alle wichtigen Ressourcen des Kreml in seinen Händen. Er diente Jelzin loyal, manchmal bis zur Selbstaufgabe. Unter ihm wurde eine Vereinigung aller Militär- und Geheimdienststrukturen mit dem Präsidentenapparat vollzogen. Die »Jelzin-Familie« hatte ihre liberalen Nachfolgekandidaten alle verworfen und stützte sich nun auf Männer in Uniform. In der Bevölkerung erzeugte die schleichende Militarisierung der Zentralmacht keine Ängste oder gar Proteste. Im Gegenteil – der Ruf nach Recht und Ordnung wurde in der Gesellschaft nach der Krise immer lauter.

Mit diesem Wind im Rücken gab Primakow seine eloquente Neutralität zu den Oligarchen auf und fing an, sie massiv zu bedrängen. Vor allem unterstützte der Premier die brisanten Korruptionsermittlungen der Generalstaatsanwaltschaft unter Jurij Skuratow, die sich direkt gegen die Kremlführung richteten. Es kam im Frühjahr und Sommer 1999 zu einer Reihe von großen Skandalen um Bestechung und Geldwäsche, in die auch die »Jelzin-Familie« hineingezogen wurde. Die Skandale untergruben die Reputation des Präsidenten und seiner Umgebung endgültig. Skuratow konnte in Zusammenarbeit mit der Schweizer Staatsanwältin Carla del Ponte herausfinden, dass die Luganer Baufirma »Mabetex« Schmiergelder an hohe Kremlbeamte in Höhe von mehreren Millionen US-Dollar bezahlt hatte. Im Gegenzug hatte die Firma Aufträge zur Renovierung mehrerer zentraler Staatsgebäude erhalten, darunter des Regierungssitzes und eines Gebäudeflügels im Kreml. In den Mittelpunkt des Skandals geriet Borodin – Putins ehemaliger Boss in der Präsidialverwaltung. Auch legten Aussagen aus dem Umkreis Skuratows nahe, dass der Generalstaatsanwalt über eine Liste von Kontonummern bei westlichen Banken verfügte, auf denen höchste Kremlbeamte und Unternehmer Milliardenbeträge versteckt hielten. Es fielen auch die Namen Tatjana Djat-

schenko sowie Beresowski. Die Kremlführung denunzierte den Generalstaatsanwalt und bezichtigte ihn nun selbst der Korruption. Man legte Skuratow eine Videokassette auf den Tisch, auf der er mit einer Geheimkamera beim Liebesspiel mit zwei Prostituierten aufgenommen worden war. Der Generalstaatsanwalt durfte seine Ermittlungen nicht fortsetzen.

Die Schlammschlacht vor dem entscheidenden Wahlkampf tobte. Im Februar 1999 musste Beresowski tagtäglich mit seiner Verhaftung rechnen. Doch er fand in FSB-Chef Putin einen Beschützer. Als Beresowski von allen gemieden wurde, tauchte Putin völlig überraschend auf der Geburtstagsfeier von Beresowskis Frau Elena in Moskau auf. Damit deutete Putin an, dass er die »Jelzin-Familie« nicht im Stich lassen würde. Wenig zimperlich zeigte sich dagegen Putin im Fall Skuratow. Er war es nämlich, der für das Erscheinen der belastenden Videokassette verantwortlich gewesen war. Auch Putin bedrängte Skuratow, mit dem er seit 1996 im Streit lag – weil der Generalstaatsanwalt seinen früheren Mentor Sobtschak gerichtlich verfolgte –, zurückzutreten. In den Augen der »Jelzin-Familie« hatte Putin eine Vertrauensprüfung nach der anderen bestanden. An seiner Loyalität zur Kremlmannschaft gab es keinen Zweifel mehr. Ihm konnte man jede noch so brisante Aufgabe anvertrauen, und er erfüllte sie.

Ende März 1999 wurde Putin zum Vorsitzenden des Nationalen Sicherheitsrats ernannt und blieb weiterhin Chef des FSB! Damit überwachte er die Armee, das Innenministerium und praktisch alle Geheimdienststrukturen des Landes. Den Posten des Leiters der Präsidentialadministration erhielt der 43-jährige Alexander Woloschin – erfolgreicher Unternehmer und früherer Geschäftspartner Beresowskis. Die Verschmelzung von Hochfinanz und Sicherheitsorganen war perfekt.

Doch im Mai 1999 sah die kommunistische Opposition eine neue Chance, den unliebsamen Jelzin samt seiner Reformpolitik abzusetzen. Sie initiierte ein Amtsenthebungsverfahren gegen Jelzin. Fünf Anklagepunkte wurden formuliert: Landesverrat bei der Auflösung der Sowjetunion 1991 und Zerstörung der

Armee, Staatsstreich bei der Auflösung des Parlaments 1993, Amtsmissbrauch bei der Entfesselung des Tschetschenienkriegs 1994 und der Genozid gegen das russische Volk durch sozial verheerende Reformen. Besonders der Tschetschenien-Punkt besaß gute Aussichten auf eine Mehrheit, da auch die liberale »Jabloko«-Partei den Anklagepunkt unterstützte. Unpopulär wie nie zuvor stand Jelzin vor der Perspektive, nach der politischen Macht auch die rechtliche Legitimation zur Führung Russlands einzubüßen.

Der Jelzin-Clan entschied sich für die offene Schlacht. Einen Tag vor der Impeachment-Abstimmung entließ der Präsident Premierminister Primakow. Unerwartet löste sich der lodernde Konflikt in Luft auf. Die blindwütige Attacke der Kommunisten und Teilen des von Jelzin enttäuschten demokratischen Lagers ging ins Leere. Das Impeachment verfehlte in allen fünf Punkten eine Mehrheit. Die kremlnahen Oligarchen hatten wieder einige Abgeordnete im Gegenlager durch »teure Geschenke« gefügig gemacht. Neuer Premier sollte nun der Eisenbahnminister Nikolai Aksenenko werden – ein Geschäftspartner von Beresowski.

Jelzin stimmte der Kandidatur Aksenenkos zunächst zu, doch der aufgebrachte Tschubais, inzwischen zum Vorsitzenden des staatlichen Stromerzeugermonopolisten »RAO EES« aufgestiegen, rannte unverzüglich zu Jelzin und überredete ihn im letzten Moment, einen anderen Kandidaten aufzustellen. Eine solche politische Monopolstellung von Beresowski konnte nicht hingenommen werden. Die Jelzin-Familie einigte sich auf den Kompromisskandidaten Sergej Stepaschin, den ehemaligen Innenminister. Stepaschin galt als ein »weicher«, loyaler, aber als ein wenig blasser General, kein Pinochet-Typ wie Lebed. Stepaschin hatte 1990 für Jelzin den »russischen Geheimdienst« aus der Taufe gehoben. Später wurde er unter Sobtschak FSB-Chef in Sankt Petersburg, wo er eng mit Putin kooperierte.

In Russland verstand jeder, welche Funktion Stepaschin dabei zugeordnet war: eine intern lenkbare Führungsfigur zu sein, ein Premier, der durch seine Polizeiherkunft Anhänger im nationa-

listischen Lager der Stärke und zugleich durch sein gemäßigt liberales, recht sympathisch-bescheidenes Auftreten Unterstützung bei den Demokraten finden konnte. Ein Premier, der auch die Sicherheitsdienste und das Militär loyal zum Kreml hielt. Sollte Stepaschin damit Erfolg haben, konnte er vom Kreml zum Nachfolger Jelzins gekürt werden. Während Jelzin zur Erholung ans Schwarze Meer geschickt wurde, formten seine Tochter Tatjana und Beresowski die neue Regierung. Mit der Regierungsbildung wurde die überraschte Öffentlichkeit gewahr, dass sich im Schatten von Beresowski ein zweiter »Oligarchenprinz« in den Kreml eingeschlichen hatte. Der erst 32-jährige Roman Abramowitsch hatte sich durch fortwährenden, fintenreichen Aktienzukauf vom einstigen Partner Beresowskis bei »Sibneft« zum Herrscher im sibirischen Ölkonzern und offenbar auch zum Financier der »Jelzin-Familie« entwickelt. Die erste Entscheidung der neuen Regierung war es denn auch, »Sibneft« wieder an der Verwertung irakischen Öls zu beteiligen. Beresowski und Abramowitsch sicherten die Kontrolle über alle wichtigen Finanzströme des Staates. Seit Monaten stiegen wieder die Weltölpreise. Damit kehrten die russischen Energiekonzerne in die Gewinnzone zurück und brachten dem Staatshaushalt zusätzliches Geld. Für den Kreml waren diese Erfolgsmeldungen unbedeutend angesichts der drohenden Niederlage bei den Präsidentschaftswahlen. Besonders Beresowski zeigte sich ungehalten darüber, dass es Stepaschin nicht gelang, ihm bei der Übernahme von Gasprom zu helfen.

Nur zwei Kandidaten schienen real in der Lage, den Sieg im folgenden Sommer bei den Präsidentschaftswahlen zu erringen, Luschkow und der eben entlassene Primakow. Jelzin selbst bewegte sich längst nur noch mit hilflosen Trippelschritten im Kreis, derweil um ihn andere die Entscheidungen fällten.



---

Teil II

# Eiszeit und Tauwetter

---



---

## Zar und Wesir

*Die Staatsmacht vom Kapital  
zu trennen ist ein katastrophaler  
Fehler, weil das große Kapital zu  
den Stützfeilern der Macht zählt.*

Boris Beresowski, »Die Zeit«

Am Silvesterabend des 31. Dezember 1999 verlässt Jelzin freiwillig und vorzeitig die politische Bühne und übergibt die Präsidentschaft an den 47-jährigen Putin. Für die Weltöffentlichkeit und die Mehrheit der russischen Bevölkerung ist Putin ein unbeschriebenes Blatt. Zunächst sieht man in ihm einen puren Handlanger der Oligarchen. Doch der neue Kremlchef holt schnell seine eigene Mannschaft aus Sankt Petersburg nach Moskau und entledigt sich des Oligarchenregimes. Durch einen schwer erkämpften Sieg gegen das abtrünnige Tschetschenien stoppt er den drohenden Staatszerfall. Dank der hohen Erlöse aus dem Ölgeschäft gelingt ihm die Sanierung der maroden Wirtschaft. Gleichzeitig verwirft Putin das demokratische Modell für Russland und beginnt autoritär zu regieren. Oberstes Ziel ist die Wiederherstellung der verlorenen Großmachtstellung Russlands. Zweifels- ohne muss er mit dieser Politik in Kollision mit dem Westen geraten. Seit dieser Zeit sind Putin und Medwedew unzertrennbar miteinander verbunden.

*23. März 1999, nachts*

NATO-Fliegergeschwader bombardieren Jugoslawien. Der Krieg um Kosovo beginnt. Trotz harscher Warnungen von Moskau an den Westen, die formal gültige internationale Rechtsordnung zu respektieren. Der Westen führt Russland dessen Schwäche vor. Das russische Gerede von einer multipolaren Welt weckt in den USA und Europa nur ein müdes Lächeln. Als die ersten Bomben fallen, befindet sich Premierminister Primakow gerade auf dem Hinflug nach Washington, um westliche Kredithilfen für die russische Wirtschaft auszuhandeln. Der Premier befiehlt den Piloten, das Regierungsflugzeug über dem Atlantik zu wenden und geradewegs nach Moskau zurückzufliegen.

Tagelang zeichnen die russischen Medien ein nicht minder einseitiges Bild vom Geschehen im Kosovo als die westlichen, nur mit umgekehrtem – serbischem – Vorzeichen. Der Kreml droht Kriegsschiffe aus dem Schwarzen Meer ins Mittelmeer zu verlegen. Balkannachbarn, wie Ungarn und Bulgarien, verweigerten auf Druck der NATO die Durchreiseerlaubnis für Moskauer Lebensmittel-, aber auch Benzintransporte nach Serbien. Dies verstärkt die Angstvorstellung Russlands, die NATO habe bereits den ganzen osteuropäischen Raum erobert. Das politische Establishment des Landes deutet den Krieg als rücksichtslose Bestätigung einer politischen und militärischen Minderwertigkeit Russlands, die vom Westen schamlos ausgenutzt wird. Die liberal denkende Intelligenz zeigt sich vor allem davon schockiert, dass ausgerechnet das westliche Staatenbündnis einen gewaltsamen Weg der Krisenbewältigung wählt. Bislang unterschieden intellektuelle Russen stets zwischen den »zivilisierten Staaten« – dem Westen – und dem eigenen »unzivilisierten« Russland. Die von großen Minderwertigkeitsgefühlen geplagte Gesellschaft verspürt plötzlich eine moralische Gleichberechtigung gegenüber den westlichen Staaten. Bei vielen Russen wird der bisherige Widerwillen gegen militärische Lösungsansätze im eigenen Land ausgehöhlt.

*Juli 1999*

Zu allem Unheil spitzt sich die Lage in der separatistischen Republik Tschetschenien dramatisch zu. Der 1997 zum Präsidenten gewählte Separatistenführer Aslan Maschadow kann die untereinander konkurrierenden Rebellengruppen nicht einen. Immer häufiger stoßen diese auf benachbarte nordkaukasische Gebiete vor. Sie nehmen zahlreiche Menschen, darunter Greise, Priester, sogar Kinder, als Geiseln, misshandeln diese und errichten auf ihrem Territorium einen regelrechten »Sklavenmarkt«. Auch Ausländer – Journalisten, Ingenieure und Mitarbeiter von internationalen Hilfsorganisationen – werden verschleppt. Die Kämpfer versuchen durch das Erpressen von Lösegeld ihre Kriegskasse aufzubessern. Wenn nicht gezahlt wird, lassen die Entführer ihren Opfern Finger oder gar die Köpfe abschlagen. Die internationale OSZE-Mission verlässt aus Angst vor Gewalt die tschetschenische Republik.

Unter Maschadows Widersachern vertritt die teilweise durch arabische Staaten unterstützte Gruppe der »Wahhabiten« eine besonders unversöhnliche Position. Im Sommer 1998 drangen schwer bewaffnete Terroreinheiten in mehrere Bergsiedlungen Dagestans ein, befestigten dort ihre militärischen Stellungen und riefen eine unabhängige Republik aus. Die russischen Streitkräfte unternahmen keine Versuche, sich diesem »Eroberungszug« entgegenzustellen, und setzen damit einmal mehr ein unübersehbares Zeichen für die Handlungsschwäche der zentralen Macht. Neben dem wirtschaftlichen Zerfall droht ein territoriales Auseinanderbrechen des Staates. Ende Juli 1999 fallen etwa 2000 schwer bewaffnete Kämpfer von Tschetschenien aus in die russische Nachbarrepublik Dagestan ein. Sie besetzen mehrere Bergsiedlungen und rücken auf die Kreishauptstadt vor. Alles deutet auf einen fürchterlichen religiösen Krieg hin, denn der gesamte Nordkaukasus soll, so die tschetschenischen Kämpfer, in einen wahhabitisch-islamischen Gottesstaat verwandelt werden. Rebellenführer Basajew droht mit der Abschneidung Russlands vom Kaspischen Meer.

Wieder erhebt sich damit die Frage nach den Hintergründen des Krieges und der Herkunft solch hervorragend ausgerüsteter Kämpfer. Stammen Geld und Waffen aus Drogenhandel und Geiselschäft, die seit Jahren in Tschetschenien blühen? Von Drittstaaten mit religiösen Ambitionen? Nicht wenige Kämpfer stammen aus Pakistan, Afghanistan oder Saudi-Arabien. Oder wird der Konflikt durch Staaten mit regionalen oder geopolitischen Interessen am kaspischen Öl und seinen Transportwegen geschürt? Oder stehen russische und kaukasische Kriminelle und Finanzgruppen, die in Tschetschenien illegale Geschäfte tätigen, hinter der Provokation? Oder wird der Konflikt von geheimnisvollen Personen geschürt, die dem Kreml nahe stehen und ihm durch eine Eskalation im Kaukasus den Vorwand für die Verkündung des Ausnahmezustands und damit für eine Absage der Präsidentschaftswahlen liefern wollen?

Als der neue Premierminister Stepaschin Ende Juli 1999 von einer Reise in die Krisenregion zurückkommt und resigniert verkündet, Russland könne nach Tschetschenien nun auch Dagestan für immer verlieren, wird er entlassen. Am 9. August 1999 ernennt Jelzin Putin zum Premierminister. Mit Putin wird zum dritten Mal hintereinander ein ehemaliger Geheimdienstchef an die Spitze der Regierung gestellt. Beobachter verweisen folgerichtig darauf, dass die russischen Sicherheitsdienste jetzt wohl das allerletzte Bollwerk des Jelzin-Regimes bilden. Die politischen Eliten, Gouverneure, Medien – sie alle orientieren sich längst an Luschkow und Primakow. Doch die geheimnisvolle Mitarbeiterin des Kremlstabs, Dschachan Pollyewa, gibt einem westlichen Besucher augenzwinkernd zu verstehen: »Ihr werdet euch noch darüber wundern, wie schnell Putin jetzt an Boden gewinnt!«

Für den großen Plan gab es nie einen Beweis. Aber alles, was in den nächsten Monaten passierte, war von solch bestechender Folgerichtigkeit und strategischer Konsequenz, dass man später an-

nehmen musste, der Plan wäre von einem genialen Masterhirn ausgeheckt worden. Denn was jetzt geschah, fiel auf erstaunliche Weise mit einem Szenario zusammen, das die Kremladministration immer schon prognostiziert hatte: Die Bevölkerung wolle keine wirtschaftlichen Verbesserungen an erster Stelle spüren, sondern sie fordere, dass die Regierung stark und handlungsfähig ist. In bis dahin unvorstellbarer Weise forcierte Putin den Kampf gegen die in Dagestan eingefallenen tschetschenischen Rebellen. Putin weitete die Bombardements auf Tschetschenien aus und verfuhr dabei nach einem Szenario, das dem Vorgehen der NATO während des Kosovokriegs glich. Industrieanlagen wurden angegriffen, Erdölraffinerien in Brand geschossen, Medien- und Kommunikationszentren zerstört.

Dann platzten nacheinander die Nachrichten von grausamen Bombenanschlägen auf russische Wohnhäuser. Zuerst verwüstete ein Sprengsatz die Manegenplatzpassage direkt am Kreml, danach tötete eine Bombenexplosion im Garnisonsbezirk einer nordkaukasischen Kreisstadt 64 Menschen. In der Nacht zum 9. September flog ein achtstöckiger Neubaublock im Moskauer Südosten in die Luft und begrub rund 200 Einwohner unter sich. 93 Menschen starben einen qualvollen Tod. Nur vier Tage später explodierte eine weitere Bombe in einem anderen Moskauer Wohnblock im Nordwesten der Hauptstadt. Diesmal kamen rund 130 Menschen ums Leben. Schließlich wurde ein Bombenattentat auf ein Wohnhaus in der südrussischen Provinzstadt Wolgodonsk verübt, bei dem 17 Menschen ihr Leben verloren. Bereits nach dem ersten großen Anschlag in Moskau geriet die russische Bevölkerung in Panik. Bürgerwehren wurden gebildet, die nachts die Häuser bewachten. Die seit Unzeiten latent vorhandene Abneigung zahlreicher Russen gegen die Kaukasier, die »Schwarzgesichter«, schlug jäh um in Wut, Ohnmacht und Hass. Die Losung »Banditen müssen vernichtet werden« wurde innerhalb von Tagen zur Meinung des ganzen Volks.

Doch plötzlich kamen seltsame Gerüchte auf. Zunächst wurden

sie überhört, weil sie zu zynisch klangen. Einen solch ungeheuerlichen Verdacht wagte keiner offiziell auszusprechen. Einige Tage nach den Bombenattentaten in Moskau wurden einige russische Geheimdienstler in der Provinzstadt Rjazan von wachsamem Hausbewohnern dabei erwischt, wie sie mit Sprengstoff vermischte Zuckersäcke in einem Keller deponieren wollten. Die Polizei wurde verständigt, die Betroffenen festgenommen. Doch die Offiziere erklärten ihr Vorgehen mit einer »Übung, die die Wachsamkeit der Menschen testen sollte«. Die russischen Ermittlungsbehörden legten auch in den folgenden zehn Jahren keine 100-prozentigen Beweise dafür vor, dass die Sprengstoffanschläge von tschetschenischen Terroristen verübt worden waren. Zwar wurden drei Verdächtige Nordkaukasier zu lebenslangen Haftstrafen verurteilt, aber die Gerüchte, Kräfte im Kreml hätten die Anschläge selbst provoziert, um Putin im Wahlvolk populärer zu machen, halten sich bis zum heutigen Tag. Putin bekam ab sofort freie Hand für ein erbarmungsloses Vorgehen in Tschetschenien. Die Militärs konnten sich bei ihrer »antiterroristischen Aktion« künftig jeder Unterstützung gewiss sein. Putins rigoroses Vorgehen nach den Attentaten machte den Premier binnen weniger Tage zum angesehensten Politiker. Putin verkörperte endlich den »starken Staat«, den sich viele Russen lange herbeigesehnt und den Putins Vorgänger praktisch zerrüttet hatten.

Was der »Jelzin-Familie« fehlte, war eine Partei, die als Putins Stimmverein auftrat und die Kremlinteressen im künftigen Parlament sichern sollte. Beresowski und Co. schritten nur knapp drei Monate vor dem Urnengang zur Gründung dieses Wahlblocks. Der Kreml konzentrierte sich in erster Linie auf die Ressourcen der Regionen. Zunächst bewogen Mitarbeiter der Administration 39 Regionalfürsten, einen so genannten Appell zugunsten sauberer und fairer Wahlen zu unterzeichnen. Danach wurde den erstaunten Gouverneuren mitgeteilt, dass sie soeben mit ihren Unterschriften eine Partei ins Leben gerufen hatten!

In den nächsten Tagen stand es in allen Zeitungen. Beresowski und die »Jelzin-Familie« hatten es tatsächlich geschafft, zehn Wo-

chen vor den Parlamentswahlen eine neue Partei zu gründen: »Einheitliches Russland«. Die neue Organisation gab sich betont regional und überparteilich und nährte mit der Bezeichnung »Einheit« die Illusion, sie werde sich über all den leidigen Zwist zwischen Duma und Kreml, zwischen den Parteien, Oligarchen, den Regionen, Religionen und Nationalitäten hinwegheben und ihn beenden. Ausdrücklich unterstrich das Bündnis seine »Ideenfreiheit« und sein »entideologisiertes« Programm. Damit nahm es den Mitbewerbern bei der Wahl jegliche Angriffsfläche – man wusste bis zum Schluss nicht genau, wofür die neue Partei eigentlich stand. Vor allem aber verstärkte sich nun der Eindruck, als verginge sich jeder Politiker, der gegen die »Einheit« war, an den Interessen der Allgemeinheit und damit gegen das große gesellschaftliche Konsolidierungsprojekt Putins. Die von Beresowski kontrollierten Fernsehsender und Medien entfachten eine einzigartige Kampagne zur Diskreditierung der anderen Kandidaten. Beispielsweise wurde eine neue Zeitschrift »Fass« gegründet, die sich offiziell als ein »Journal für politische Jagd« titulierte. Der Kreml nutzte alle ihm zur Verfügung stehenden Mittel zum Wahlkampf: vom Diktat wahlwirksamer politischer Entscheidungen über die versteckte Finanzierung aus dem Staatshaushalt und Erpressung von politischen Gegnern mit Dossiers aus Putins FSB.

Primakow und Luschkow sah man selten auf offiziellen Fernsehkanälen. Putin dagegen war überall präsent. Luschkows Bauwerke in Moskau verblassten im Vergleich zu Putins Erfolgen in Tschetschenien. In der Tat erreichten die russischen Truppen binnen weniger Wochen die Hauptstadt Grosny. Der nördliche Teil der Republik befand sich ganz unter russischer Kontrolle. Große Teile der tschetschenischen Bevölkerung im Norden begrüßten die Russen – sie hatten von den permanenten Bandenkriegen auf ihrem Territorium genug. Putin benötigte die Heeresführer und die Sicherheitsdienste des Landes als seine neue parallele Machtbasis, die er sich an der Spitze des Staates unbedingt schaffen wollte, um sich später von den Oligarchen und der »Jelzin-Fami-

lie« freizuschwimmen. Die »Jelzin-Familie« bemerkte die Taktik ihres Günstlings viel zu spät.

Putin nahm auch in der Außenpolitik die Zügel fester in die Hand. Er verbat sich jegliche Einmischung in die inneren Angelegenheiten, zeigte Hochmut angesichts des westlichen Vorgehens im Kosovo, warf dem Westen grobe Unkenntnis der realen Lage und Hintergründe des Tschetschenienkonflikts vor und warnte vor einer Missachtung russischer Interessen. Doch nicht alleine der Sieg in Tschetschenien ließ die Massen zu Putin strömen. Der Wegfall ausländischer Importe als Folge des Rubelsturzes 1998 hatte zu kurzfristigen Wachstumsraten in der Inlandsproduktion geführt, die Ende 1999 immer spürbarer wurden. Das Wirtschaftswachstum für 1999 betrug endlich wieder zwei Prozent. Dem glücklichen Umstand der angestiegenen Ölpreise auf dem Weltmarkt hatte es ein Energieexportland wie Russland zu verdanken, dass sich seine leeren Staatskassen wieder füllten. Die Regierung sah sich nicht nur in der Lage, die ausstehenden Löhne und Renten an die Bevölkerung auszuzahlen, sondern auch den Militärhaushalt aufzustocken und die einheimischen Rüstungsbetriebe mit neuen Staatsaufträgen zu versorgen. Die Moskauer Börse befand sich im Aufwind. Zur eigenen Überraschung konnte die Regierung die Steuereinnahmen steigern. Putin verbreitete Optimismus aus, dass das Land seine Wirtschaftsprobleme auch ohne westliche Hilfe lösen konnte.

Am Wahlabend des 19. Dezember 1999 gab es eine Sensation. Niemand hatte im Entferntesten damit gerechnet, dass Putins Partei gleich auf Anhieb eine solche Menge von Stimmen erhalten würde. Das Ergebnis war überwältigend. Mit 23,3 Prozent erhielt »Edinstwo« fast jede vierte Stimme. Die per Parteiliste in die Duma hineingewählten Abgeordneten der Putin-Partei waren namen- und willenslose Mehrheitsbeschaffer. Unter ihnen befanden sich Männer und Frauen mit leeren Biografien oder mit vertuschten Lebensläufen. Zum neuen Fraktionschef von »Edinstwo« stieg Boris Gryzlow aus Sankt Petersburg auf. Als

die neugierigen Journalisten anfangen, nach seinen Spuren in der Newa-Stadt zu suchen, fanden sie zunächst keinen einzigen Hinweis auf die Identität eines der mächtigsten Vertreter des neuen Parlaments. Erst als eine junge Journalistin die Idee hatte, direkt im FSB anzurufen, erhielt sie eine Auskunft. »Ja, wir kennen ihn, er arbeitete mit uns.«

Doch noch stand der Triumph auf tönernen Füßen. Putin war zwar auf dem Gipfel seiner Popularität angelangt, doch die Präsidentschaftswahlen sollten erst in sechs Monaten stattfinden. Der Premier musste aber seine Versprechen endlich einlösen, um die Menschen nicht zu enttäuschen. Würde die Zeit bis Juni 2000 ausreichen, um die Popularität im Land auf diesem Niveau zu halten? Um Putins Wahl zum Präsidenten abzusichern, musste die Zeitspanne vor dem Votum verkürzt werden. Am 31. Dezember 1999 trat der kranke Staatschef zurück und übergab Putin sein Zepter. Putin wurde Interimspräsident. Laut Verfassung mussten innerhalb der nächsten drei Monate die Präsidentschaftswahlen abgehalten werden, und niemand hatte den geringsten Zweifel mehr, wer am 26. März als Sieger die Ziellinie passieren würde.

In den nächsten Wochen blieb alles ruhig – außer auf dem Schlachtfeld in Tschetschenien, wohin Putin bald zum zweiten Mal als Kopilot im Cockpit eines Düsenfliegers reisen sollte.

Man möge sich in die Ära Sobtschak in Sankt Petersburg zurückversetzen und sich einen Besuch beim damaligen Vizebürgermeister Putin vorstellen. Im Vorraum traf der ankommende Gast zunächst Putins persönlichen Sekretär, Igor Setschin. Setschin, Anfang 1960, öffnete oder verschloss die Türen zu seinem damals schon mächtigen Boss. Im Nebenzimmer residierte Putins Stellvertreter für die Versorgung der Stadt mit Lebensmitteln: Viktor Subkow, Jahrgang 1941. Der dritte Mann der Führungsmannschaft war Dmitri Medwedew, Jahrgang 1965, Jurist und Rechtsberater Putins. Der vierte Mann, Dmitri Kosak, Jahrgang

1961, war ebenfalls Jurist und Rechtsberater Putins. In Sankt Petersburg mussten die Marktwirtschaft praktisch aus dem Boden gestampft, Privateigentum legalisiert, Finanzgründungen unterstützt, die ausufernde Wirtschaftskriminalität bekämpft und der Außenhandel mit dem westlichen Ausland neu gestaltet werden. Der Mann für das »Grobe« war Viktor Iwanow, Jahrgang 1950, zuständig im Leningrader FSB für den Kampf gegen Schmuggel und Wirtschaftskriminalität.

In der Zeit vom November 1999 bis Januar 2000 holte Putin seine gesamte frühere Mannschaft – an der »Jelzin-Familie« und den Oligarchen vorbei – in seinen neuen Führungsstab. Kosak stieg zunächst zum Chef der Regierungskanzlei unter Premier Putin auf. Seine Stellvertreter wurden Setschin und Medwedew. In der gleichen Stunde, in der Putin in der Silversternacht 1999 die oberste Macht in Russland übernahm, wurde Medwedew zum Stellvertretenden Leiter der Kremladministration bestellt, obwohl der Leiter der Präsidialadministration, Woloschin, der einen entscheidenden Anteil am Sieg Putins hatte, vorerst im Amt blieb und die alte »Jelzin-Familie« durch ihn weiter im Kreml Präsenz zeigte. Putin nahm weitere Machtverschiebungen im Herzstück der Macht vor. Schatzmeister im Kreml wurde der 41-jährige Sankt Petersburger Unternehmer Wladimir Koschin, der während der Perestroika kurze Zeit in Deutschland gearbeitet und dann unter Putin in Sankt Petersburg für Devisen und Exportkontrolle zuständig gewesen war. Ein anderer Deutschlandfachmann, der 33-jährige Igor Schtschegolew, der Ende der 80er-Jahre an der Leipziger Universität studiert hatte, wurde Protokollchef. Der neue Sekretär des Nationalen Sicherheitsrats, Sergej Iwanow, kam genauso aus den Sankt Petersburger KGB-Strukturen wie der neue FSB-Chef Nikolaj Patruschew.

Kurz nachdem Putin im Kreml inthronisiert war, eilte er in das Hauptquartier des Geheimdienstes FSB auf eine Feier. Dort verkündete er, halb im Ernst, halb im Scherz: »Auftrag ausgeführt!« Der Geheimdienst hatte die oberste Macht im Lande übernommen. Daraus zogen einige Beobachter den Schluss, dass der

Machtaufstieg Putins von langer Hand vorbereitet worden war. Dafür fehlen bis heute schlüssige Beweise.

Die radikale Erneuerung des innersten Machtzirkels mit fast ausschließlich KGB-Offizieren aus Sankt Petersburg oder Personen mit unternehmerischen Kenntnissen aus der Gründerzeit der Perestroika, die früher eng mit dem KGB kooperiert hatten, sagte alles über Putin aus. Offensichtlich vertraute er ausschließlich Personen, die ein ähnliches professionelles Karrieremuster wie er besaßen oder die er über Jahre genau studiert hatte. Was die neue Kernmannschaft der russischen Führung vereinte, war die relative Jugend, gemeinsame Jahre im KGB, wahrscheinlich ein Hang zur Disziplin, aber auch eine nicht zu übersehende Managementenerfahrung im Umgang mit westlichen Firmen. Dieser Personenkreis beriet den Präsidenten, bereitete und kontrollierte den Entscheidungsprozess im Kreml und generierte Ideen. Somit hatten jetzt der junge Sankt Petersburger Jurist Medwedew und der KGB-Offizier Setschin im Kreml die Rolle von Jelzin-Tochter Tatjana übernommen. Das Schicksal wollte es, dass in den Händen dieses damaligen Duos heute das Schicksal Russlands liegt.

Der Wahlabend des 26. März 2000 brachte keine Überraschungen, die das Finale des »großen Spiels« um Macht im potenziell reichsten Land der Erde für die Siegermannschaft spannend gemacht hätten. Die Gegner waren frühzeitig schachmatt gesetzt, der Königsbauer ans Ziel gelangt. Die ersten Auszählungen aus dem Fernen Osten und Westsibirien zeigten Putin zunächst deutlich unter den notwendigen 50 Prozent der Stimmen und die Kommunisten bei weit über 30 Prozent. Putin musste bis Mitternacht zittern, bevor er die beruhigende Nachricht vernahm: 52,5 Prozent der Bürger hatten für ihn gestimmt. Das Ergebnis bestätigte den bestehenden Trend in der gegenwärtigen russischen Gesellschaft, der bei den Präsidentschaftswahlen 1996 und den Dumawahlen 1999 schon erkennbar geworden war. 60 Prozent der Russen stimmten für eine Law-and-order-Politik, gepaart mit Demokratie und Reformen. Dass die Manipulationsgewalt des Kremlapparats zum Wahlsieg beigetragen hatte, war natürlich unverkennbar.

Mit dem Machtanstieg Putins erfolgte in Russland ein Paradigmenwechsel. Ein russischer Journalist schilderte die neue Situation so: »Ihr im Westen habt uns lange genug gedemütigt. Ihr habt uns ständig bevormundet, unser Land klein gehalten. Euer Verhalten uns gegenüber wurde dadurch begünstigt, dass an der Spitze unseres Staates sich ein Trinker befand, dessen Persönlichkeit mit den Jahren schon degeneriert war. Jetzt wird alles anders. Unser neuer Präsident ist ein innerlich starker, traditionell religiös geprägter und hoch anständiger Mensch, der Russland endlich wieder aufrichtet. Das russische Volk hat aus seiner Mitte in einer schweren Zeit einen neuen Anführer erkoren. Eure Kritik an seiner Person ist Kritik an unserer Auferstehung.«

Im Westen lösten solche Worte Frösteln aus. Erinnerungen an die Endphase der Weimarer Republik wurden wach. Auch damals fühlte sich die ehemalige Großmacht Deutschland nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg gedemütigt. Auch damals verspürten die Menschen eine starke Sehnsucht nach einer hoffnungsvollen Lichtgestalt, die das Land schnell wieder aufrichten könnte. Zweifellos herrschte in Russland eine Hysterie, die für westliche Beobachter schwer erklärbar war. Russen älteren und jüngeren Alters, die man in den letzten zehn Jahren der jungen Demokratie als selbstständig denkende, freiheitsliebende Menschen gekannt hatte, steigerten sich in Wunschvorstellungen hinein. Die in den letzten Jahren ins gesellschaftliche und finanzielle Abseits geratenen Intellektuellen, die sozial geplagte Bevölkerung, die durch ihren Statusverlust gedemütigten Soldaten und die für unbrauchbar erklärten Geheimdienstfunktionäre und andere Ordnungshüter – sie alle huldigten Putin und verbanden ihre Hoffnungen auf ein besseres Leben mit seiner Person. Die Medien übten Imagepflege wie in alten Zeiten – kaum ein Journalist wagte es, etwas Kritisches über den Staatschef zu berichten.

Dies alles konnte nicht alleine mit der Kontrolle des Kreml über die Medien erklärt werden. Die Menschen hatten es satt, immer wieder die gleichen Funktionärgesichter auf der politischen Bühne zu sehen. Ob Jelzin, Primakow, Luschkow – sie

sprachen alle dieselbe alte Sprache, hatten denselben Stallgeruch, repräsentierten eine vergangene Zeit, hatten in den letzten Jahren viele Versprechungen gemacht und nur wenige gehalten. Nein, die Menschen sehnten sich nach einem Erneuerer, nach einem jüngeren unbekanntem Politiker mit frischen Ideen, Durchsetzungskraft, Lebensfreude und politischem Geschick. Nach einem Politiker, dem man endlich nach so vielen enttäuschenden Jahren wieder glauben konnte.

Das Phänomen Putin bestand auch darin, dass jeder Russe in ihm – wie im Spiegel – das sehen konnte, was er wollte. Anders als die hochnäsigen und oft arrogant und unnahbar wirkenden russischen Politiker sah Putin wie ein ganz normaler Durchschnittsbürger aus. Seine Kleidung war schlicht, seine Redensart nicht so fein geschliffen, eher unbeholfen und manchmal unbedarft. Die Demokraten waren überzeugt, dass Putin die Reformpolitik beschleunigen wollte. Die Nationalisten waren überzeugt, dass Putin Russland wieder zur Großmacht führen würde. Für die Anhänger der Law-and-order-Politik konnte es keinen geeigneteren Kandidaten für die russische Präsidentschaft geben. Nach dem erfolgreichen Tschetschenienfeldzug galt er als neuer »Sammler russischer Erde«. Putin inspirierte diese Anhängerschaft mit seiner oft verwendeten ungehobelten Kasernensprache. In Interviews sprach er davon, dass man die Tschetschenen »im Klo ertränken«, ihnen »die Fresse polieren« und auf sie »draufschlagen sollte, solange sie auf dem Boden liegen«.

Natürlich gab es in Russland auch Gegenstimmen zu Putin, aber wenige. Die Journalistin Jewgenia Albaz sah sich schon als zukünftige Dissidentin. In ihrer genauso verbitterten wie resignierenden Analyse bezeichnete sie Putin als das Spiegelbild einer kranken, verwirrten, in Ideen und Worten gefangenen russischen Gesellschaft. Er sei ein Straßenkind, bei dem nur Stärke und Schläue zählten, ein »unkomplizierter und entschlossener Kerl«, dessen Körpersprache einen »ziemlich unsicheren, mit vielen Komplexen belasteten Menschen« verriet. Die einzige Umgebung, in der er sich wohl fühle, so Albaz, seien Männer in Uni-

form. Der Gleichschritt, in dem die Russen die nächsten Jahre marschieren sollten, wirkte von Beginn an für viele im Westen beängstigend.

Putins rasanter Aufstieg symbolisierte eine Symbiose zwischen Finanzclans und Sicherheitsdiensten – eine Verschmelzung von Geld und Macht –, die es in dieser Form in Russland noch nicht gegeben hat. Bisher hatte die russische Hochfinanz die Sicherheits- und Geheimdienste für den Schutz ihrer Interessen instrumentalisiert. Aber nun drehte Putin, mit kaltem Lächeln, den Spieß langsam um. Die Oligarchen mussten sich entweder einem Zivilisierungsprozess stellen und fortan staatlichen Interessen dienen, oder sie wurden von Geheimdienstleuten Putins verdrängt. Beresowski setzte sich ins Ausland ab, um einer drohenden Verhaftung zu entgehen.

Das politische System Russlands wurde in Windeseile umgestaltet. Plötzlich waren die lang andauernden Machtkämpfe zwischen Regierung und Parlament zu Ende. Niemand rüttelte mehr am Stuhl des Präsidenten. Die Staatsduma – in den 90er-Jahren die Bastion der Reformgegner – segnete in einem Eiltempo ohne Widerstände ein liberales Wirtschaftsprogramm Putins ab, das als das radikalste in der russischen Geschichte bezeichnet werden konnte. Dann legte er die Provinzen und die Gouverneure an die Kandare. Jelzin hatte, als viele russische Regionen – wie beispielsweise Tschetschenien oder Tatarstan – in den Sog der zentrifugalen Kräfte nach der Auflösung der Sowjetunion gerieten, diesen außerordentliche Sonderrechte zugestanden. Manche der Regionen erkämpften sich somit mehr Unabhängigkeit vom Zentrum als andere. Dies wäre für das Zusammenwirken der Föderation noch keine Katastrophe gewesen, wenn nicht einzelne Gouverneure später versucht hätten, zu Hause ein separates Rechtssystem einzuführen. Manche Gebiete konnten bald als rechtsfreie Räume bezeichnet werden, wo Gesetze herrschten, die der russischen Verfassung widersprachen. Schlimmer noch

war die Kriminalisierung: Anführer bestimmter krimineller Clans griffen in vereinzelt Regionen direkt nach der Macht. Die Gouverneure versuchten die Kontrolle über alle Finanzressourcen auf ihrem Territorium zu gewinnen, Gelder an die Zentrale abzuzweigen, und sie strebten auch danach, die Aufsicht über die Polizei-, Geheimdienst- und Armeeeinheiten zu erhalten.

Putin teilte nun Russland in sieben neue »Supergouvernements« ein und ernannte jeweils einen »Vertreter des Präsidenten« als »Oberaufseher« über die neuen Gebietsverwaltungen. Dass fünf der sieben Ernannten aus dem Militär oder FSB kamen, störte ihn nicht. Sein Ziel bestand darin, die Armee und die Geheimdienste, aus deren Mitte er selbst stammte, stärker denn je in die offizielle Politik einzubinden. Später setzte er mithilfe einer absoluten Mehrheit in der Duma ein neues Gesetz durch, das ihm als Präsidenten die Möglichkeit gab, Gouverneure zu ernennen und zu entlassen. Die Gouverneurswahlen wurden einfach abgeschafft. In der Folgezeit gelang es Putin, die meisten der Sonderverträge, die Jelzin mit den Regionen abgeschlossen hatte, aufzulösen.

In der Wirtschaft begann Putin in seiner ersten Amtszeit tatsächlich strukturelle Reformen in Angriff zu nehmen. In seiner zweiten Amtszeit sollte sich der Reformprozess erheblich verlangsamen. Einen wichtigen Beitrag zur Transparenz und Erhöhung der Staatseinnahmen bildete der unternehmerfreundliche Steuerkodex. Er bescherte allen Russen, unabhängig vom Einkommen, einen Steuersatz von nur 13 Prozent. Auch die Gewinnsteuer für Unternehmen wurde von 35 auf 24 Prozent gesenkt. Weiterhin wurden die Importzollsätze vereinfacht und Zolltarife vereinheitlicht, Schlupfwinkel für Fluchtkapital geschlossen. Ansonsten passierten alle von der Regierung eingebrachten liberalen Gesetze die Duma, auch der Landkodex, der den Besitz und die Privatisierung von Grund und Boden legalisierte. Privatbesitz war in Russland nicht mehr ideologisch verpöht, sondern wurde Teil der Wirtschaftsphilosophie. Westliche

Investitionen flossen wieder nach Russland, der Finanzkrach von 1998 schien vergessen.

Nach seiner Machtübernahme hatte Putin eine nüchterne Bilanz des Potenzials Russlands gezogen und setzte Schwerpunkte für die künftige Entwicklung des Landes. Vom Modernisierungsschub in den Kernbereichen Energie, Transport, Rüstung erhoffte er sich einen Impuls für die Gesamtwirtschaft. Allein am Öl- und Gasverkauf verdiente Russland im ersten Jahr der Präsidentschaft Putins 43 Milliarden US-Dollar – der hohe Ölpreis auf den Weltmärkten warf seinen Profit ab. Ein Großteil der Petrodollars wurde in einen Spezialfonds des Präsidenten transferiert, aus dem zunächst die ausstehenden Löhne und Gehälter ausbezahlt und die größten sozialen Löcher im Land notdürftig gestopft wurden. Danach begann die Modernisierung der strategisch wichtigen Bereiche der Wirtschaft.

Putin sagte den Oligarchen, die ihn teilweise selbst in den Kreml gehievt hatten, den Kampf an. Die mit Brachialgewalt und Polizeidiktatur geführte Auseinandersetzung gegen einige Unternehmer zerrüttete jedoch auch das labile Fundament, auf dem das wirtschaftlich schwache Russland aufgebaut war. Im Kreml dachte man offensichtlich, dass eine Zivilisierung der Oligarchen durch die Erzwingung der Einhaltung marktwirtschaftlicher und juristischer Spielregeln ohne abschreckendes Beispiel nicht zu bewerkstelligen war. Putin gelang es in relativer kurzer Zeit, die sieben Oligarchen der ersten Stunde zu verdrängen – den reichsten und politisch ambitioniertesten von ihnen, Michail Chodorkowski – sogar einzusperren. Dabei ging es dem neuen Kremlherrn nicht um eine Bestrafung der Milliardäre für ihren unrechtmäßig erworbenen Besitz. Putin wollte sich und seiner Führungsmannschaft die Kontrolle über die strategisch wichtigsten Wirtschaftszweige Russlands sichern.

So ersetzte Medwedew den ehemaligen Premierminister Tschernomyrdin im Amt des Aufsichtsratsvorsitzenden von Gas-

prom, dem staatlichen Erdgasmonopolisten. In der offiziellen Begründung hieß es, Medwedew solle Gasprom für private Investoren öffnen helfen und langfristig auf den Weg der Entmonopolisierung bringen. Eigentlich wurde er zunächst nur als Chefkontrolleur Putins an der Spitze des Staatskonzerns wahrgenommen. Zu Medwedews Hauptaufgaben gehörte die Bekämpfung der Korruption und Vetternwirtschaft beim Monopolisten. Doch als sich der Gasriesen in den Folgejahren zu einem immer wichtigeren Instrument der russischen Außenpolitik zu wandeln begann, stieg auch die politische Bedeutung des Aufsichtsratsvorsitzenden. Gasprom wurde zu einem Machtfaktor an der Seite Medwedews auch im Kampf um die Nachfolge Putins.

Im Oktober 2003 wurde als Folge der Verhaftung von Chodorkowski sowie der Einverleibung seines Ölkonzerns Jukos durch die staatliche Ölgesellschaft Rosneft der bisherige Leiter der Kremladministration, Woloschin, abgesetzt. Der 38-jährige Medwedew stieg für zwei Jahre zum neuen mächtigen Chef der Administration des Präsidenten auf. Was Gasprom anging, so arbeitete Medwedew dort Hand in Hand mit dem 2001 zum Vorstandsvorsitzenden aufgerückten Alexei Miller. Miller hatte zuvor mit Putin und Medwedew in der Sobtschak-Administration zusammengearbeitet.

In den Korridoren der Macht erhielt Medwedew sehr schnell den Spitznamen »Wesir« oder sogar »Großwesir«. Er vermochte geschickt, eigene Vertraute in wichtige Schlüsselpositionen im Machtapparat zu hieven. Letztendlich verdankte Medwedew diesem Umstand seinen späteren Sieg über die Geheimdienstlobby im Kampf um die Präsidentschaftsnachfolge 2008. Sein ehemaliger Kommilitone Konstantin Tschujtschenko wurde Vorstandsmitglied von Gasprom. Im Management des Gasriesen kümmerte sich der Jurist zunächst um die Abteilung Medien. Nach der erzwungenen Flucht des Oligarchen Wladimir Gusinski ins Ausland, übernahm Gasprom große Teile seines Medienimperiums. 2004 stieg Tschujtschenko zu einem der drei Generalmanager des russisch-ukrainischen Gashandelsunternehmens »RoskrEnergo«

auf, der später beim Gasstreit zwischen Moskau und Kiew noch eine zweiwichtige Rolle spielen sollte. Als Gasprom 2005 dem Oligarchen Abramowitsch seine Ölfirma »Sibneft« für 16 Milliarden US-Dollar abkaufte, beordnete Medwedew seinen Vertrauensmann Tschujtschenko zum Aufsichtsrat der neuen »Sibneft«.

Medwedews bester Freund aus Petersburger Universitätstagen, Anton Iwanow, stieg 2004 zum Vizechef von Gasprom-Medien auf. Dort kontrollierte er fortan die konzerneigenen Fernsehsender TNT und NTV. Im Vergleich zu den »liberalen« 90er-Jahren waren diese Fernsehsender zwar wieder im Großen und Ganzen staats-treu und weniger regierungskritisch. Doch im Unterschied zu den wirklich staatsgelenkten Fernsehanstalten wie ORT und RTR pflegten sie auch kritischen Journalismus, zumindest in Bereichen, die nicht direkt die Kremlpolitik betrafen. Kurze Zeit später stieg Iwanow zum Präsidenten des höchsten kommerziellen Gerichts Russlands – dem Obersten Schiedsgericht – auf.

In der ersten Amtszeit ging es Putin hauptsächlich um die Konsolidierung der Macht, seiner Elite und des politischen Herrschaftssystems. Dank des warmen Geldregens aus dem Energieexportgeschäft verschaffte er sich für seine Politik das notwendige finanzielle Polster. Vor allen Dingen schüttelte Putin die finanziellen Abhängigkeiten von westlichen Geldinstituten ab. Die Auslandsschulden wurden größtenteils abbezahlt. Obwohl der Kreml den so genannten Zweiten Tschetschenienkrieg gewann und die abtrünnige Republik mit Gewalt wieder in den russischen Staatsverband integrierte, wurde Russland noch bis in den Sommer 2004 hinein von schweren Terroranschlägen seitens tschetschenischer Rebellen getroffen. Die fürchterlichen Geiselnahmen im Nord-Ost-Theater in Moskau im Oktober 2002 sowie in der Schule von Beslan in Nordossetien schockierten die Welt. Erschütternd waren sowohl die unmenschliche Brutalität der Terroristen als auch die unprofessionell durchgeführten Geiselbefreiungen der russischen Sicherheitstruppen, die zum Tod von

mehreren hundert Zivilisten führten. Dass in Putins Russland Staatsinteressen vor dem Schutz des Menschenlebens standen, hatten die dramatischen Ereignisse während des Versinkens des russischen Atom-U-Boots Kursk im August 2000 demonstriert. Die Geheimniskrämerei der Militärs hatte eine mögliche frühe Rettungsaktion der auf dem Meeresgrund eingeschlossenen Matrosen behindert.

Wirtschaftlich ging es in Russland seit Putins Machtübernahme bergauf. Von 2000 bis 2008 akkumulierte Russland 500 Milliarden US-Dollar an Geldreserven aus dem Energieexport. Der materielle Lebensstandard der Bevölkerung verbesserte sich, die Zahl der unter der Armutsgrenze lebenden Russen sank von 40 auf 20 Millionen Menschen. Probleme wie Inflation, Massenarbeitslosigkeit, Versorgungsengpässe, Lohnrückstrände und Staatsbankrott, die in den 90er-Jahren die russische Wirtschaft und Gesellschaft erschütterten, konnten vermieden werden.

Gegen Ende seiner ersten Amtszeit 2003/04 entledigte sich Putin der letzten Überbleibsel des alten Jelzin-Regimes in seiner Führung. Präsidialamtschef Woloschin wurde, wie erwähnt, von Medwedew ersetzt. Der liberale Premier Michail Kasjanow musste dem Außenhandelsminister und Geheimdienstler Michail Fradkow weichen. Der widerspenstige Oligarch Chodorkowski landete im sibirischen Arbeitslager. Die sich abzeichnenden liberalen Tendenzen in der Wirtschaft wurden durch zentralstaatliche Kontrolle über den Wirtschaftsprozess wieder erdrückt. Westliche Investoren wurden vor die Wahl gestellt, entweder in eine untergeordnete Juniorrolle in Firmenkonsortien mit russischen Partnern einzuwilligen oder Russland wieder zu verlassen. Diejenigen ausländischen Investoren, die schon ihre Zukunft auf dem russischen Markt mit den Oligarchen verknüpft hatten, verließen zähneknirschend das Land. Zahlreiche andere ausländische Konzerne drängten indes nach Russland, weil sie staatliche Garantien vom Kreml erhielten, keine Angst mehr vor der örtlichen Mafia wie in den 90er-Jahren verspürten und auf eine Verfestigung des bestehenden Rechtsrahmens hofften.

Doch die Sorge über Russlands Zukunft blieb. Die zweite Amtszeit Putins entwickelte sich weitaus problematischer als die erste. Zunächst hatte der Westen Putins Handlungen so verstanden, dass nach dem Chaos der Jelzin-Jahre eine gewisse Ordnungspolitik notwendig war. Inzwischen sah man im Westen Putin über das erklärte Ziel weit hinausschießen und befürchtete, dass er Russland auf den Weg in eine neue Diktatur führen wolle. Putin erklärte, er würde Russland nach wie vor in die internationale demokratische Staatengemeinschaft und Weltwirtschaft integrieren, nur wolle er dies nicht durch eine Übernahme des westlichen Wertekanons bewerkstelligen. Demokratie sollte unter staatlicher Obhut langsam gedeihen. Vorrangiger für Putin war die Rückkehr Russlands als Großmacht auf die weltpolitische Bühne.

Der Westen hatte gelernt, Russland seit der Perestroika mit den Augen der russischen Demokraten (die dem Westen von ihrer Mentalität her sehr nahe standen) zu sehen. Mit den Geheimdiensteliten, die das neue Russland regierten, kommunizierte der Westen nicht. Dementsprechend fehlten in der EU konkrete und verlässliche Informationen zur russischen Politik. Andererseits konnte niemand ignorieren, dass im Russland Putins das alte sowjetische Denken ungehindert Eingang in die Politik fand. Schuld daran war eben die Durchdringung der höchsten Instanzen des Staates durch Vertreter der Geheimdienste und Militärs.

Durch ein Wettrüsten konnte Putin Russland nicht mehr zur Großmacht führen. Er konzentrierte sich auf den Energiesektor. Fieberhaft arbeitete er an der Reparatur der Infrastruktur für den erhofften Energiemassenexport nach Westen und Asien. Auch die GUS-Politik wurde auf den Ausbau eines neuen Gaskartells zwischen Russland und den Staaten des Kaspischen Meeres ausgerichtet. Der Kampf gegen die Oligarchen musste aus derselben Perspektive betrachtet werden. Die Geheimdienste, unter Jelzin zur Machtlosigkeit verurteilt oder von Wirtschaftsgruppen korrumpiert, wurden mit weitreichenden Vollmachten ausgestattet, um den strategisch wichtigsten Wirtschaftszweig des modernen Russland – die in den 90er-Jahren zu Schleuderpreisen durch

Insidergeschäfte privatisierte Ölindustrie – wieder unter die Kontrolle des Staates zu bringen. Die Energiebranche sollte so instrumentalisiert werden, dass mit ihrer Hilfe die Großmachtwerdung Russlands in nur wenigen Jahren realisiert werden konnte und mittels derer bestehende russische Abhängigkeiten vom Westen umgekehrt würden.

Die in den 90er-Jahren von den Oligarchen ausgetüftelten Muster des Ölexportes unter Umgehung der Steuerbehörden wurden nach und nach neutralisiert und diverse Off-shore-Zonen geschlossen. Bis 2002 hatte der Staat wenig vom lukrativen Energieexport profitiert. Die Gewinne flossen vornehmlich in die Privatwirtschaft oder in die Taschen der Oligarchen. Versuche der Regierung, die Ölexporteure mit Gewinnsteuern zu belegen, scheiterten, unter anderem an der korrumpierten Duma.

Die Zerstückelung des Jukos-Konzerns bildete den Höhepunkt des Kampfes um die Vorherrschaft im Energiesektor. Zwei Giganten prallten aufeinander: die strategisch neu ausgerichteten, erstarkten Machtstrukturen des Kreml sowie der größte und unabhängige Ölkonzern Russlands. Hinter Letzterem stand der Westen. Die anderen Konzerne wie Lukoil und Sibneft zogen sich schnell aus der Politik zurück und versprachen, künftig ihre kommerziellen Interessen mit staatlichen zu konvergieren. Nicht so Chodorkowski, der zum Schrecken des Kreml seinen Konzern mehrheitlich an einen US-Ölmulti zu verkaufen gedachte, um sich mit dem erworbenen Vermögen persönlich in die große Politik einzukaufen. Die Geheimdienste griffen Jukos an, sperrten den mächtigsten Oligarchen ein und zerschlugen sein Imperium. Die Abschreckung wirkte: Die Steuereinnahmen aus dem Energieexport stiegen rasant an. Die Schlacht um Jukos hinterließ ein politisches Trümmerfeld. Der ohne Rechtsgrundlage verlaufende Umverteilungskampf im Energiesektor stellte die Spielregeln in der gesamten jungen Marktwirtschaft infrage. Nach dem Parlament und den Gouverneuren wurde nun auch die Regierung entmündigt; westliche Investoren wurden aufgeschreckt. Und nicht

zuletzt verschlechterte sich durch den Schauprozess an Chodorkowski das Image Russlands im Westen.

Medwedew, der neue Mann an der Spitze der Präsidentialadministration, bekräftigte westliche Anleger in ihrem Begehren, auf den russischen Markt zu kommen. Im Konflikt um Jukos kritisierte er öffentlich das rechtswidrige Vorgehen der Geheimdienste im Kreml gegen den Oligarchen. Ändern konnte Medwedew am Schicksal Chodorkowskis nichts. Medwedew beklagte auch öffentlich, dass in der Duma liberale Parteien nicht mehr vertreten waren. Auch widersprach er Putin und anderen Kremlgrößen, die nach der Orangenfarbenen Revolution in der Ukraine von einem Schutz der »souveränen Demokratie« in Russland zu sprechen begannen. Die Prinzipien der Demokratie, so Medwedew, seien überall auf der Welt gleich.

In der zweiten Amtszeit Putins wurden in innenpolitischer Hinsicht die Weichen für die Zukunft anders gestellt. Zwei Jahre vor den Präsidentschaftswahlen, bei denen Putin nicht mehr antreten durfte, musste die Kontinuität der Modernisierungspolitik abgesichert werden. Putin schickte, zur großen Überraschung, Medwedew als Kronprinzen ins Rennen um seine Nachfolge. Medwedew wurde zum Ersten Vizepremier für »nationale Projekte« ernannt und mit der Durchführung der bis dahin verschleppten sozialen Reformen beauftragt. An Finanzmitteln sollte es ihm nicht fehlen. Putin entschied nach zähem Ringen mit der Regierung, die Milliardengewinne aus dem Energieexportgeschäft nicht mehr ausschließlich in einem Stabilitätsfonds zu bunkern, sondern sie direkt der breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Nach der liberalen Wirtschaftsreform seiner ersten Amtszeit sollte die zweite Präsidentenamtszeit Putins durch eine große Sozialreform, die dem Land vor den Präsidentschaftswahlen die nötige Prosperität und Stabilität geben sollte, gekrönt werden.

2005 wurde der Kreml durch massenhafte Rentnerproteste alarmiert. Die erste Stufe der Sozialreform, die kostenlose Benut-

zung von öffentlichen Transportmitteln für große Teile der Bevölkerung durch Geldzahlungen zu ersetzen, scheiterte an der mangelhaften Umsetzung durch die Regierung. Der Staat musste zum ersten Mal den prall gefüllten Stabilitätsfonds angreifen, um mit den Petrodollars die entstandenen sozialen Löcher zu stopfen und somit den Unmut in der Bevölkerung einzudämmen. Die nächste geplante Reform im Bereich des kommunalen Wohnungswesens, die den Millionen neuen Eigentümern die verbilligten Tarife und staatliche Subventionen für die Instandhaltung ihrer Wohnungen streichen sollte, wurde ausgesetzt, um weiteren Unruhen vorzubeugen. Angesichts der ausbleibenden Wirtschaftsreformen mehrten sich die Hinweise auf eine unausweichliche Krise. Der Staat hatte zwar seine Kontrolle über die strategischen Wirtschaftszweige wie Energie, Rüstung, Transport und Bankwesen hergestellt, doch die Wirtschaft blieb in den Fesseln der Bürokratie und Korruption gefangen.

Außerdem war Russland in Gefahr, an der »holländischen Krankheit« zu leiden. Russland konnte theoretisch noch auf Jahre hinaus vom Öl- und Gasexport leben und den Aufbau der eigentlichen Infrastruktur und Modernisierung der Wirtschaft vernachlässigen, ohne dadurch in eine wirtschaftliche Katastrophe zu geraten. Für eine wirkliche Modernisierung hatte Russland erst Anfangsschritte, wenn auch bedeutende, getan. Nun musste Russland seine Industrieanlagen umwelttauglich machen, dem Mittelstand das notwendige Eigengewicht geben, das Rechtssystem durch ein wirklich unabhängiges Gerichtswesen stärken, den hohen Bildungsstandard in der Gesellschaft erhalten und aufpassen, dass der Unterschied von Reich und Arm nicht noch größer wurde.

Der Verschleißgrad der Industrieanlagen lag bei über 50 Prozent. Die technologische Ausstattung hinkte gegenüber westlichen Standards um 20 bis 30 Jahre hinterher. Nur 30 Prozent der Industrieanlagen hatten westlichen Standard. 28 Prozent der Anlagen waren fast unbrauchbar. Die Industrie hatte einen niedrigen Standard, eine schlechte Managementführung und keinen Sinn für umweltschonende Technologien. Die Kombinate wur-

den noch immer von Kosten für soziale Verpflichtungen erdrückt, denen sie nicht mehr gewachsen waren. So entstand in Russland in den 90er-Jahren zwar keine Massenarbeitslosigkeit, aber die Betriebe versäumten es, einen Kapitalstock aufzubauen und sich zu modernisieren.

Eine radikale Qualitätsverbesserung der Produktion konnte Abhilfe schaffen. Dazu musste westliches Know-how eingeführt werden. Es gab aber kaum Investitionen in die russische Industrie. Die russischen Oligarchen hatten die finanzkräftige westliche Konkurrenz gefürchtet, die im Kommunismus erzogene Bevölkerung hatte Vorbehalte gegen Privatbesitz für Ausländer. Diese Faktoren ließen massive ausländische Investitionen in die Rohstoffwirtschaft nicht zu.

Schon in wenigen Jahren konnte Russland, zahlreichen Prognosen zufolge, von einer demografischen Katastrophe heimgesucht werden. Noch immer lag das Durchschnittsalter eines Mannes in Russland mit unter 60 Jahren weit unter dem europäischen Durchschnitt. Russland drohte menschenleer zu werden. Es hatte eine Bevölkerung von 147 Millionen – wie Deutschland und Frankreich zusammen. Laut Prognosen werden in 15 Jahren jedoch 25 Millionen weniger in Russland leben, die Bevölkerung wird sich um ein Sechstel verringern.

Der extremistische Islam konnte – wenn er wie in Tschetschenien für die Unabhängigkeitsbestrebungen bestimmter Regionen instrumentalisiert würde – langfristig zu einer Gefahr für Russland werden. Das latent vorhandene Konfliktpotenzial bezüglich möglicher Autonomiebestrebungen von Republiken mit einer ethnisch mehrheitlich nicht russischen Bevölkerung konnte nur durch eine stetige Verbesserung der sozialwirtschaftlichen Situation in diesen meist ärmeren Regionen überwunden werden.

Die russische Führung hielt am bisherigen Modell der »geleiteten Demokratie« fest. Dieses Modell des »Systems Putin« entsprach dem traditionellen etatistischen Denken großer Teile der Bevölkerung. Heute bezog das System Putin seine Legitimität aus dem wirtschaftlichen Aufschwung und aus der politischen

Stabilität. In Moskau und anderen Großstädten war ein enormer Bauboom zu verzeichnen, es entstanden riesige Gewerbegebiete aus internationalen Supermärkten, über ein Drittel aller Russen besaß plötzlich ein teures Mobiltelefon, russische Touristen überfluteten die besten Urlaubsorte der Welt, ausländische Investoren drängten wieder auf den russischen Markt. Solange der Wirtschaftsaufschwung anhielt, war die Machtposition des Kreml unbestritten. Eine wirkliche Alternative war nicht in Sicht. Die Macht beruhte zunächst auf einem zuvor nie da gewesenen gesellschaftlichen Konsens. Putin allein bestimmte die Richtlinien der russischen Politik. Er beherrschte das politische Intrigenspiel hinter den Kulissen besser als die Jungreformer in den 90er-Jahren und hegte – aufgrund negativer Erfahrungen mit der Schwäche der Staatsgewalt in den 90er-Jahren – großes Misstrauen gegenüber einer »unkontrollierbaren« Zivilgesellschaft. Putins Russland war von seiner Gesellschaftsstruktur her ein links orientiertes Land. Soziale Gerechtigkeit und staatliche soziale Fürsorge standen auf der Wunschliste der Bevölkerung an erster Stelle. Gegen die Interessen dieser Teile der Bevölkerung würde sich kein Präsident wenden.

Zunächst versuchte Putin die Modernisierungspolitik durch das Einsetzen einer Parallelregierung – einem Rat für Nationale Sonderprojekte – anzuschieben. Medwedew wurde Vorsitzender dieses Gremiums. Medwedew direkt zum Premierminister zu berufen und ihn mit der ganzen Fülle der anstehenden Aufgaben zu betrauen, wollte Putin zu diesem Zeitpunkt nicht riskieren. Sein Kronprinz hätte sich nur eine blutige Nase geholt und wäre für den Präsidentschaftswahlkampf womöglich verbrannt worden. Stattdessen hielt es Putin für besser, die bis dahin als rein »technisch« fungierende Regierung durch die Ernennung zweier neuer Vizepremiere politisch zu stärken und ihr, Schritt für Schritt, neue Verantwortung zu übergeben. Neben Medwedew, der vom Amt des Chefs der Administration des Präsidenten in den Stuhl des

faktischen zweiten Premiers wechselte, wurde ein anderes politisches Schwergewicht, der Verteidigungsminister Sergei Iwanow, zum einfachen Vizepremier berufen.

Medwedew und Iwanow lieferten sich in den folgenden zwei Jahren einen Konkurrenzkampf um die Gunst Putins und um das Recht, das Erbe Putins antreten zu dürfen. Es sollte ein besonderer Wahlkampf werden. Beide Kandidaten erhielten ein breites Aufgabenfeld, innerhalb dessen sie sich politisch und öffentlichkeitswirksam bewehren konnten. Medwedew sollte in Russland ein Sozialsystem errichten, Iwanow die industrielle Basis erneuern, damit sich Russland von einem reinen Rohstoffexporteur zu einer echten Industrienation entwickeln konnte. Doch Eingeweihte verwiesen darauf, dass Medwedew von Anfang an Putins eigentlicher Kronprinz war; Iwanow galt nur als Mitläufer, und seine Kandidatur schien nur ein Ablenkungsmanöver zu sein, um Medwedew nicht zur einzigen Zielscheibe möglicher Attacken zu machen.

Medwedew erhielt die Chance, durch die erfolgreiche Durchführung der Sozialreformen Autorität und Beliebtheit innerhalb der Bevölkerung zu erlangen sowie aus Putins Schatten hervorzutreten. Medwedew sollte zu einer »weichen Variante« des autoritären Putin werden. Geld für die Errichtung eines Sozialsystems bekam Medwedew in Hülle und Fülle. Er durfte die üppigen Dollarmilliarden in der Staatskasse für die Errichtung eines Gesundheitssystems, die Reform des kommunalen Wohnungsbaus und für Bildungspolitik ausgeben. Jeden Tag sahen Millionen Russen im Fernsehen, wie Medwedew Krankenhäuser, Schulen, landwirtschaftliche Betriebe besuchte, minderbemittelten Bürgern finanzielle Verbesserungen und Mittelstandunternehmen mehr Schutz vor bürokratischer Willkür versprach. Die Sympathiewerte für den Kronprinzen stiegen, sowohl beim links gerichteten Wahlvolk als auch bei den liberalen Gruppen, die sich unter ihm eine Rückkehr zur Demokratie versprachen.

Doch Medwedew beging im Winter 2007 einen strategischen Fehler, als er auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Davos sich zu vor-schnell als der künftige Präsident präsentierte und vollmundig der

Weltöffentlichkeit versprach, Russland in wichtigen strategischen Fragen bald wieder an die Seite des Westens zu stellen. Kaum war Medwedew nach Moskau zurückgekehrt, flog Putin zusammen mit Iwanow auf die Münchner Sicherheitskonferenz, um dort mit harter Rhetorik gegen amerikanische Raketenabwehrpläne eine neue Konfrontation mit dem Westen einzuleiten. Nach ihrer Rückkehr beförderte Putin überraschend Iwanow zum Ersten Vizepremier. Der FSB-General stand in der Kremlhierarchie nun auf einer Ebene mit Medwedew. Plötzlich zählte dieser Großmachtpolitiker als Favorit. Iwanow erhielt die Aufgabe, die russische Rüstungsindustrie anzukurbeln und die Modernisierung der Industrie voranzutreiben. Medwedew fuhr nicht mehr ins Ausland. Nach außen hin zeigte er keinen Groll und behielt die Nerven, nachdem sich viele seiner früheren Anhänger schon an Iwanow zu orientieren versuchten. Im Sommer 2007 lobte Putin jedoch den Erfolg der Sozialreformen Medwedews ausdrücklich, was wieder als Fingerzeig für eine Präsidentschaftskandidatur Medwedews gewertet wurde.

Die ehemaligen Mitarbeiter der Sankt Petersburger Stadtverwaltung zerstritten sich, nachdem sie die gesamte Machtfülle in Russland an sich gezogen, eine »gelenkte« Demokratie und Marktwirtschaft installierten und mit den Instrumentarien Öl und Gas sich den Weg zurück in die erste Liga der Weltpolitik erkämpft hatten. Die Geheimdienstfraktion der »Sikowiki« ging zunächst gestärkt aus dem Prozess hervor. Die früheren Mitarbeiter Sobtschaks benahmen sich wie die Herren im Kreml und stiegen zu Aufsichtsratsvorsitzenden in den wichtigsten Industriekonzernen auf. Sie repräsentierten von nun an die nationalen Wirtschafts- und Sicherheitsinteressen, was ihnen die Möglichkeit gab, die Türen zum Präsidenten viel selbstbewusster zu öffnen. Die Reformmannschaft um Medwedew und Kudrin war geschwächt.

Igor Setschin wurde zum ärgsten Widersacher Medwedews. Er kontrollierte in der Präsidentialadministration die Geheimdienste

und baute sie zu einem gewaltigen Machtblock aus. Viele Beobachter stellten sich die Frage, ob Putin nicht von der Fraktion der »Silowiki« längst vereinnahmt worden war. Die Handschrift der Geheimdienste in der russischen Politik wurde immer klarer. Die Transparenz der Entscheidungen litt. Als im September 2007 Putin überraschenderweise den Finanzinspektor Viktor Subkow statt Medwedew oder Iwanow zum neuen Premierminister beförderte, schien alles darauf hinzudeuten, dass Setschin den früheren Leningrader Apparatschik Subkow als »technischen Präsidenten« installieren wollte. Unter dem Rentner Subkow hätte der jugendlich und sportlich wirkende Putin weiterhin das eigentliche Gesicht der aufstrebenden Großmacht Russland nach innen und nach außen pflegen können. Gleich nach seiner Ernennung zum Regierungschef ließ Subkow verlauten, dass die Sozialpolitik der vorangegangenen Regierung gescheitert sei – ein klarer Angriff auf Medwedew.

In der Endphase der Rangeleien über Putins Nachfolge kam es zu direkten Zusammenstößen zwischen den Vertretern des Sicherheitsapparates und der Kremladministration. Geheimdienstgeneräle wurden plötzlich nach einer Dienstreise auf dem Moskauer Flughafen festgenommen, es folgten Schießereien zwischen Angehörigen einzelner Dienste in Moskau, der Sturz des Generalstaatsanwalts – eines Vertrauten Setschins – und die Verhaftung eines stellvertretenden Wirtschaftsministers, der Medwedew unterstellt war. Schließlich wurde in den russischen Medien kompromittierendes Material über dubiose Geschäfte Setschins veröffentlicht.

Mitte Dezember 2007 traf Putin offiziell seine Entscheidung für Medwedew und verwies Setschin in die Schranken. Der Machtkampf war vorerst beendet. Putin hatte die breit diskutierte Variante des »technischen Präsidenten« gewählt, aber nicht im Sinne Setschins. Um die Verfassung nicht zu brechen, durfte Putin kein drittes Mal kandidieren, obwohl 80 Prozent der Russen ihn an der Spitze des Staates behalten wollten. Also entschied er sich beiseitezutreten, seinen 13 Jahre jüngeren ehemaligen Stabschef

als »gelenkten Präsidenten« zu installieren und selbst als Chef der künftigen Regierung und der Kremlpartei »Einheitliches Russland« an der Macht zu bleiben. Er versuchte auch Medwedew in die Parteistrukturen der Kremlpartei einzubinden, doch dieser entschied zunächst, der Partei fernzubleiben. Als Premier würde Putin zweiter Mann im Staate sein: Falls Medwedew etwas zustoßen sollte, könnte Putin sofort in den Kreml zurückkehren. Als Premier hätte er auch eine solide Machtbasis, die es ihm ermöglichen könnte, bei den übernächsten Wahlen im Jahr 2012 wieder für das höchste Amt zu kandidieren.

Was den »Wesir« Medwedew anging, so setzte er im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen sich plötzlich ein liberales Gesicht auf. Er traf sich vornehmlich mit liberalen Journalisten, propagierte die Stärkung des Rechtsstaates in Russland, versprach eine Entbürokratisierung des Beamtenapparats, verbesserte Investitionsmöglichkeiten auf dem russischen Markt, mehr Meinungs- und Pressefreiheit und eine Stärkung des Mittelstands. Vor allem versprach Medwedew, die »Silowiki« aus den Aufsichtsräten der mächtigen staatlichen Industrieholdings zu vertreiben und die Zivilgesellschaft zu stärken. Er gab zu, dass die russische Bürgergesellschaft noch unterentwickelt war und Russland noch keine wirkliche Demokratie war. Mit solchen Äußerungen hob er sich deutlich von der harten Rhetorik und nationalistischen Position Putins ab. Ein neuer Präsident zum Anfassen wurde Medwedew jedoch nicht. Für diese Rolle war er einfach zu steif und wirkte zu bürokratisch. Manch einer im Westen begann Medwedew trotzdem überschwenglich mit dem Reformier Gorbatschow zu vergleichen und sprach vom »Tauwetter«. Gerüchte besagten, der ehemalige Präsidentschaftsamtchef Woloschin würde Medwedew beraten. Spekuliert wurde über eine mögliche Amnestie für Chodorowski.

Nur Putin ließen die Worte seines Kronprinzen kalt. Kurz nachdem er die Entscheidung für Medwedew getroffen hatte, musste der immer und immer wieder öffentlich beteuern, dass er seine Präsidentschaft ohne einen starken Premierminister Putin

an seiner Seite nicht vorstellen könne. Er musste mit ansehen, wie Putin in den letzten Wochen seiner Präsidentschaft weitreichende Kompetenzen aus dem Präsidentenamt dem künftigen Premier zuschreiben ließ. Die Duma verabschiedete einen Haushalt für die nächsten drei Jahre! Dies sollte die Arbeitsgrundlage und Ressource des Regierungschefs Putin werden. Schließlich formte er, noch in der Eigenschaft als Präsident, seine künftige Regierung. Sergei Naryschkin, ein enger Mitarbeiter aus der Zeit gemeinsamen Schaffens im Sankt Petersburger Oberbürgermeisteramt, wurde zum neuen Chef der Präsidentialadministration bestellt. In seinem ersten öffentlichen Statement in seiner neuen Funktion schlug Naryschkin gleich vor, dem Regierungschef das Recht zu geben, eigene Gesetzesvorlagen in die Duma einzubringen. Bisher galt dies als Prerogative des Präsidenten. Warum dezimierte Naryschkin die Funktionen des Präsidenten? Chef der Regierungskanzlei wurde Sergei Sobjanin, der Medwedew 2005 im Amt des Präsidentialamtschefs abgelöst hatte. Sobjanin erhielt die Kontrolle über die so genannten Gewaltministerien (Militär, Geheimdienste) übertragen – zuvor ebenfalls eine Prerogative des Präsidenten.

Putin hatte Medwedew offensichtlich im Kreml eingemauert. Zwar wurde mit Igor Schuwalow ein Mann aus dem Petersburger Reformlager Erster Vizepremier. Doch kaum zeigte Schuwalow Anstalten, ein liberaleres Wirtschaftsmodell in Russland zu fördern, wurde er von Putin öffentlich zurechtgestutzt. Medwedews Widersacher Setschin stieg zum Vizepremier für Industriefragen auf. Die Fraktion der Silowiki wurde aus dem Kreml entfernt, doch blieben ihre Mitglieder weiterhin in einflussreichen Positionen.

Westlichen Politikerkollegen gegenüber versicherte Putin mit kaltem Lächeln, Medwedew stünde für die gleichen nationalen Aufgaben wie er. Auch Medwedew würde am wichtigsten Ziel festhalten, Russland wieder als Großmacht auf der internationalen Bühne zu etablieren. Falls jemand im Westen glaube, Medwedew würde ein weicherer Verhandlungspartner werden, irre er sich gewaltig.

Putin selbst veränderte vor den Augen der Weltöffentlichkeit sein Image. Er zog bei Auslandsbesuchen seine Judomatte oder Skier aus dem Gepäck, nahm Reitstunden, lernte Tiefseetauchen und ließ sich mit nacktem Oberkörper als Jäger oder Holzfäller in der sibirischen Landschaft öffentlich ablichten. Gerüchte über eine Liebesaffäre mit einer bekannten Turnerin machten die Runde. Nach jahrelangem intensivem Training von fast zwei Stunden am Tag hatte Putin einen athletischen Körper und stählerne Muskeln vorzuweisen. Er war durchtrainiert, fast wie ein Bodybuilder, als ob er der Weltöffentlichkeit demonstrieren wollte: Russland trimmt sich für den Einzug in die Champions League.

---

## Berlin und München

Wenige Minuten nach den furchtbaren Terroranschlägen vom 11. September 2001 ruft Putin aus dem Kreml seinen amerikanischen Amtskollegen George W. Bush an und verspricht ihm Solidarität im Kampf gegen den internationalen Terrorismus. Die Unstimmigkeiten bezüglich des NATO-Kriegs in Serbien und des russischen Kriegs gegen die abtrünnige Republik Tschechien sind vergessen. Amerikanische und russische Militärs planen den gemeinsamen Feldzug gegen die Taliban und El Kaida in Afghanistan. Mit amerikanischer und russischer Unterstützung nehmen die oppositionellen afghanischen Truppen – die Nördliche Allianz – Kabul ein und räuchern dort die Terrornester des islamischen Extremismus zunächst aus. Erinnerungen an die amerikanisch-russische Allianz im Zweiten Weltkrieg kommen auf. Die NATO steht außen vor. Zwei Wochen später kommt Putin nach Deutschland. In seiner viel beachteten Rede im Berliner Reichstag erklärt er den Kalten Krieg für beendet und bietet Europa eine strategische Modernisierungspartnerschaft in Energiefragen an.

Sechs Jahre vergehen. Im Februar 2007 kommt Putin zur Münchner Sicherheitskonferenz. In seiner Rede zieht er eine Art »rote Linie«, die der Westen gegenüber Russland nicht weiter überschreiten darf. Ansonsten wird Russland mit Gegenmaßnahmen reagieren. Zwischen Russland und dem Westen gibt es wieder klare Frontlinien: Die westliche völkerwidrige Anerkennung des Kosovo, die völkerrechtswidrige Invasion im Irak, die amerikanische Stationierung der Raketenabwehr in Mitteleuropa, die dritte NATO-Osterweiterung auf die Ukraine und Georgien,

die russische nukleare Kooperation mit dem Iran, russische Drohgebärden gegenüber unbotmäßigen ehemaligen Sowjetrepubliken, der immer autoritärer werdende innenpolitische Kurs Putins ... Man spricht wieder offen vom Ausbruch eines neuen Kalten Kriegs. Den Georgienkrieg anderthalb Jahre später, der Europa möglicherweise wieder an den Rand eines Ost-West-Konflikts führt, kann auf der Münchner Sicherheitskonferenz keiner voraussehen.

Wir schreiben noch das Jahr 2000. Den etwa 200 Zuhörern im Saal der Villa der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik vergeht das Lachen. Vor dem erlesenen Berliner Publikum spricht der neue Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses der Staatsduma, Dmitri Rogosin. Es ist kein versöhnlicher Ton, den der groß gewachsene junge Mann einschlägt. Selbstbewusst liest der neue mächtige Entscheidungsträger im Umfeld Putins dem Westen die Leviten: »Russland möchte kooperieren, aber sich nicht alles gefallen lassen!«, tönt der 38-jährige Rogosin.

Zu Beginn des neuen 21. Jahrhunderts sieht die sicherheitspolitische Lage der Welt folgendermaßen aus: Die NATO steht militärisch auf dem Balkan. Der schreckliche Bürgerkrieg als Folge des Zerfalls Jugoslawiens ist beendet. Die USA spüren schon die Gefahr, die Ihnen vonseiten islamischer Terrororganisationen droht. Präsident George W. Bush entscheidet sich, ein Raketenabwehrschild zum Schutze Amerikas zu errichten – auch wenn potenzielle Angriffsstaaten aus dem Persischen Golf noch über keine Raketen von ernsthafter Reichweite verfügen und auch die Raketenabwehr technisch noch völlig unausgereift ist. Um sich das international rechtliche Fundament für den Aufbau des Raketenschutzes zu schaffen, steigen die USA aus dem ABM-Vertrag, den sie Mitte der 60er-Jahre mit der Sowjetunion abgeschlossen hatten, aus. Russland beklagt, dass damit das alte »Gleichgewicht der Verwundbarkeit« hinfällig geworden sein. Die USA gehen aber noch einen Schritt weiter. Washington ver-

wirft den Atomteststopvertrag. Die USA wollen in der neuen globalen Bedrohungslage sich die Möglichkeit der Erneuerung ihres Atomwaffenpotenzials schaffen.

Zähneknirschend muss Russland, dessen Militärbudget beim Antritt Putins nur noch ein Bruchteil des amerikanischen ausmacht, akzeptieren, dass bei der Modernisierung seines technologischen Militärpotenzials, die USA an Russland vorbeiziehen. Der Luftkrieg im Kosovokrieg hat Moskau die Überlegenheit der amerikanischen Kriegsführung deutlich vor Augen geführt. Versuche Moskaus, als Vetomacht im UN-Sicherheitsrat seine Weltmachtrolle zu verteidigen, führen ins Leere. Trotz optimistischer Hoffnungen nach dem Kalten Krieg ist der UN-Sicherheitsrat nicht zum obersten Schiedsrichter der neu entstandenen Weltordnung geworden. Das internationale Recht wird vom Westen und Russland verschieden ausgelegt. Der Westen besteht auf seinem Recht der »humanitären Intervention« in globalen Konflikten, die sich zu Völkermorden entwickeln können. Russland besteht auf dem altbewährten Prinzip der Nichteinmischung in Angelegenheiten souveräner Staaten.

Rogosin ist eines der neuen Gesichter der russischen Außenpolitik. Er besitzt ein selbstsicheres Auftreten, ist Gegner des Kommunismus, spricht mehrere Fremdsprachen, sieht äußerlich westlichen Politikern ähnlich, macht jedes Jahr Urlaub am Mittelmeer, kennt die westliche Mentalität und das westliche Wertesystem. Den Westen irritiert an der neuen Politikergeneration ihre unbändigen Großmachtambitionen. Für die russischen Eliten des 21. Jahrhunderts steht der starke Staat an erster, Demokratie an zweiter Stelle. Hier zeigt sich, dass das Zeitalter der Aufklärung, welches das heutige Europa geprägt hat, an Russland vorbeigegangen ist. Die Demokratisierungstendenzen der Perestrojka-Ära scheinen doch nur ein kurzes Wetterleuchten in der vom Totalitarismus geprägten Geschichte Russlands gewesen zu sein.

Männer wie Rogosin durchliefen in ihrem Leben eine von ihren Kollegen in Europa sehr unterschiedliche Sozialisierungsphase.

Der Telejournalist Alexej Puschkow bringt es auf den Punkt: »Russlands Eliten werden zusammengehalten vom Gefühl, Vertreter einer Großmacht zu sein. Wenn man uns dieses Gefühls beraubt, verlieren wir die uns vereinigende Idee.« Die jungen russischen Politiker irren sich in einem Aspekt gewaltig. Sie glauben, dass der Westen Russland weiterhin als Großmacht auf der internationalen Ebene braucht, um Stabilität auf dem Planeten zu gewährleisten. Sie denken, der Westen wird Russland bei der Rückkehr in die erste Liga der Weltpolitik unterstützen sowie die russische traditionelle Einflussphäre in der Ukraine, im Südkaukasus und in Zentralasien akzeptieren. Sie wünschen sich, dass die USA den Ratschlägen des großen amerikanischen Außenpolitikers George Kennan folgt, der vor 60 Jahren, trotz beginnenden Ost-West-Konflikts, die Vision von einem postkommunistischen Russland, das zusammen mit den USA zum wichtigsten Stabilitätsfaktor einer künftigen Weltordnung würde, vertrat.

Nach Beendigung des Kalten Kriegs war auf der Grundlage westlicher demokratischer Werte zunächst eine neue Weltordnung entstanden, zu der sich anfangs auch das postsowjetische Russland hingezogen fühlte. Nach dem gescheiterten Augustputsch und der Auflösung der Sowjetunion im Jahre 1991 suchte Russland unter Jelzin den Anschluss an die westlichen sicherheits- und wirtschaftspolitischen Strukturen. Das neue Russland war bereit, sein kommunistisches Erbe abzuschütteln und westliche Spielregeln in der internationalen Politik zu akzeptieren in der Hoffnung auf Hilfe für die schwierigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Transformationsprozesse. Der Westen griff in den politischen Entwicklungsprozess ein, um Moskau im Fahrwasser der Westöffnung zu halten. Im März 1997 versprach US-Präsident Clinton seinem Kollegen Jelzin, sich für die vollständige Integration Russlands in die G-7 und die WTO einzusetzen, falls dieser die NATO-Osterweiterung akzeptieren würde. Zwei Jahre später schaffte es der Westen im Kosovokrieg wieder, das pol-

ternde und drohende Russland in die westliche Balkanstrategie einzubinden. Jelzin hielt instinktiv an dem von Gorbatschow eingeschlagenen Kurs der Westanbindung fest, wohl wissend, dass Russland langfristig ohne Hilfe seine Wirtschaftsreformen nicht zu Ende führen konnte.

Russlands Probleme lagen darin, dass es, anders als Polen, Ungarn oder Tschechien, drei Transformationsprozesse gleichzeitig durchlaufen musste. Nicht der Aufbau von Demokratie und Marktwirtschaft, sondern der Prozess der Dekolonisierung machte Russland am meisten zu schaffen, denn hier lag Moskau in immer schärfer werdender Kollision mit dem Westen. Die USA und die EU machten die Integration mit Russland in ein gemeinsames Sicherheitsbündnis davon abhängig, inwieweit Russland bereit war, sich den demokratischen Standards des Westens anzupassen, also ein westliches liberales Modell anzunehmen bereit war. Der Westen wollte ein demokratisches und marktwirtschaftliches Russland zum Partner haben, keine imperiale Großmacht. Deshalb forderte die westliche Gemeinschaft den Kreml ständig zur Abkehr von zentralistischem Staatsaufbau und Großmachtdenken auf. Der Westen pochte auf dem Prinzip des geopolitischen Pluralismus als Grundlage der Beziehungen Russlands zu den ehemaligen Republiken der UdSSR. Moskau bezeichnete die neuen unabhängigen Staaten lange Zeit als »nahes Ausland« und suggerierte damit eine nur halbherzige Akzeptanz ihrer Souveränität. Mit Unterstützung der NATO wurde daraufhin im Süden der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten ein alternatives strategisches Bündnis, die GUAM, benannt nach den Anfangsbuchstaben der Mitgliedstaaten Georgien, Ukraine, Aserbaidshan und Moldawien, geschaffen. Nachdem Russland schon Anfang der 90er-Jahre die Luftkontrolle über das Baltikum verloren hatte, erfuhr es in der zweiten Hälfte der 90er-Jahre eine Schwächung seiner Einflussphäre im Kaspischen Raum.

*Der 11. September und danach*

Am späten Nachmittag des 11. September 2001 tagt der Nationale Sicherheitsrat. Plötzlich werden die mächtigsten Männer Russlands mit der Nachricht vom Terrorangriff auf Amerika konfrontiert. Die Tagung wird unterbrochen, und man setzt sich gemeinsam vor das Fernsehgerät. Nachdem die anfängliche Unfassbarkeit sich legt, bittet Putin alle um eine Stellungnahme. Putin-Berater Sergei Jastrschemski berichtet später, die Mehrheit der Anwesenden habe sich anfangs dafür ausgesprochen, Amerika die kalte Schulter zu zeigen nach dem Motto: Das habt ihr davon, dass ihr die Weltherrschaft anstrebt! Nur zwei Politiker votieren für einen Schulterschluss mit den USA. Putin begreift als Erster die historische Chance, die der Konflikt Russland bietet, durch die amerikanische Tür in die erste Liga der Weltpolitik zurückzuschlüpfen. Während die westlichen Staatschefs noch unter Schock stehen, ruft Putin den amerikanischen Präsidenten an und sichert ihm Russlands Unterstützung zu. Monatelang hatte Putin dem Westen die Gefahr der »islamischen Terroristen« in Tschetschenien vor Augen gehalten – niemand hörte ihm zu. Jetzt fühlt er sich bestätigt, denn auch für Bush verlagert sich nun die Frontlinie nach Afghanistan, wo die Hintermänner der Attentate vermutet werden. In den USA teilt man die Welt nach dem 11. September in die »unsere« und »fremde« auf – und Russland gehört nach Putins Solidaritätskundgebung eindeutig zu »unserer« Welt.

Für die USA ist der Angriff der El Kaida auf amerikanisches Territorium ein historisches Novum, vergleichbar nur mit dem Trauma von Pearl Harbor. Washington muss Vergeltung üben. Nun stehen die USA vor einem langen Krieg mit dem globalen Terrorismus, der über die Entmachtung der Taliban und die Zerstörung der afghanischen Terroristenausbildungslager der El Kaida hinausgehen und am Ende das heutige Gesicht der Welt verändern muss. Putin will verhindern, dass Russland bei der Neugestaltung der weltpolitischen Ordnung wieder im Abseits steht.

Vor dem 11. September 2001 hatte Putin versucht, Russland auf der wirtschaftlichen Schiene an den Westen anzubinden. Jetzt eröffnet sich ihm die Möglichkeit einer Integration mit dem Westen auf der sicherheitspolitischen Ebene – über die NATO und die USA. Und siehe da, plötzlich ist das Wort von einem möglichen Beitritt Russlands zur NATO in aller Munde. Putin selbst spielt kokett bei Auslandsbesuchen mit diesem Gedanken. Er lässt Worten Taten folgen. Zum Entsetzen seiner Militärs öffnet Putin den Amerikanern die Tür nach Zentralasien. Von Usbekistan und Tadschikistan aus dürfen die USA die Vergeltungsschläge gegen die Taliban und El Kaida führen.

Seit der Machtübernahme der Taliban im Jahre 1996 hatte Russland vergeblich die afghanische Opposition im Norden des Landes mit Waffen versorgt. Letztere wurde einige Tage vor den Anschlägen vom 11. September vernichtend geschlagen. Die Länder Zentralasiens befürchteten das Schlimmste. So wie tschetschenische Extremisten im Sommer 1999 die nordkaukasische Republik Dagestan angriffen, um dort einen islamischen Gottesstaat auszurufen, konnten die Regierungen in Usbekistan, Kirgisien und Tadschikistan nicht sicher sein, ob ihnen nun nicht ein ähnlicher Überfall seitens der Taliban drohe.

»Die Amerikaner brauchen Russland mehr als die NATO«, höhnt jetzt Präsidentenberater Jastrschembski. Einige Monate vor dem 11. September hatte Jastrschembski selbst präventive Bombenangriffe der russischen Luftstreitkräfte gegen terroristische Ausbildungslager in Afghanistan in Erwägung gezogen und war von Putin in einer Geheimmission nach Islamabad entsandt worden. Dieser Vorschlag provozierte damals einen Aufschrei im Westen, der Kreml musste zurückrudern. Jetzt, so Jastrschembski, führe die Vernichtung des afghanischen Terrorregimes durch amerikanische Streitkräfte endlich zu einer Stabilisierung der Lage im Süden der GUS – ohne dass russische Soldaten ihr Leben dafür opfern müssen. Nun bilden die Amerikaner einen Schutzwall zwischen den islamischen Extremisten und Russland.

Entsetzt zeigen sich die russischen Militärs jedoch vom plötz-

lichen Auftauchen amerikanischer militärischer Eliteeinheiten in Georgien. Dass die Spezialisten nur nach Tbilissi kommen, um georgische Truppen für den Kampf gegen tschetschenische Terroristen in der Pankissi-Schlucht im Norden des Landes auszubilden, glaubt niemand. Vielmehr ist man in Moskau davon überzeugt, dass die USA Georgien bei der Lösung des Separatistenproblems in Abchasien und Südossetien helfen wollen. Sogar der russische Außenminister Igor Iwanow – ein mit allen Wassern gewaschener Diplomat – kann die politischen Wendungen seines Präsidenten nicht nachvollziehen und kritisiert die amerikanische Militärpräsenz in Georgien. Putin entgegnet ihm, daran sei »nichts Schlimmes«.

Als weitere Zeichen des guten Willens lässt Putin die sowjetischen Militärbasen auf Kuba und in Vietnam schließen. In den Verhandlungen über die Gründung des neuen NATO-Russlandrats agieren die russischen Diplomaten wie verwandelt: Statt der bisherigen Hinhaltenaktik ist man plötzlich kooperativ. Die USA registrieren, dass aus Russland plötzlich ergiebige Informationen über Afghanistan – einem Land, das die Sowjets immerhin zehn Jahre besetzt hielten – nach Washington geliefert werden. Als kurz nach den Terroranschlägen vom 11. September mysteriöse Unbekannte mit Milzbrandattacken auf US-Einrichtungen die amerikanische Nation weiter in Schrecken versetzen, offeriert Putin chemische Gegenmittel aus seinen geheimen biologischen Militärlabors. Die neue Freundschaft mit den USA ist Putin so wichtig, dass er sogar die Nuklearkooperation mit dem Iran, die Russland hohe finanzielle Einnahmen bringt, infrage stellt. Nach dem 11. September unterbindet Putin Dienstreisen in so genannte »Schurkenstaaten« und geht sogar zu China auf Distanz. Der konservative amerikanische Historiker Walter Laqueur schreibt in der »Welt«: »Die Weltpolitik wird jetzt nicht ohne Russland, sondern ohne Europa betrieben.« Aber Europa ist selbst so erfreut darüber, dass Russland in dieser schweren Schicksalsstunde mit seinem Atompotenzial an der Seite Amerikas steht, dass ein dank-

barer Bundeskanzler Gerhard Schröder im »Stern« dazu aufruft, Russlands Krieg in Tschetschenien neu zu bewerten und eine russische Mitgliedschaft in der NATO nicht mehr auszuschließen.

Was für eine Genugtuung ist es für die russische Elite, die in den 90er-Jahren ihren imperialen Glanz verloren hatte, von der Supermacht USA wieder ebenbürtig behandelt zu werden. In Moskau lacht man jetzt über die Europäer. Die Tatsache, dass Amerika aus dem Kyoto-Protokoll über Umweltverschmutzung ausstieg und den Internationalen Gerichtshof nicht anerkannt hat, soll die Europäer stören, nicht die Russen. Doch Russlands Enttäuschung ist groß, als die USA nach ihrem Militärsieg in Afghanistan Russland von der weiteren Friedenssicherung ausgrenzen – wie im Kosovokrieg, als Russland kein eigener Sektor zugeteilt wurde. Washington achtet peinlichst darauf, dass Russlands Einfluss auf die Zukunft Afghanistans begrenzt bleibt. Die neue Regierung in Afghanistan bildet dann kein Vertreter der siegreichen Opposition, sondern sie wird auf dem Petersberg in Bonn von den USA zusammengestellt.

Trotzdem entwickelt sich zwischen Amerika und Russland ein neues, verbessertes Verhältnis. Die USA beenden ihre Kritik am russischen Tschetschenienkrieg und schlagen Moskau eine amerikanisch-russische Energieallianz vor. Der Oligarch Chodorowski darf auf Anweisung des Kreml verflüssigtes Gas mit Spezialtankern in die USA liefern. Putin wird von Bush auf die Familienranch in Texas eingeladen. Der amerikanische Präsident sieht in Putin einen seelenverwandten Christen und vertraut ihm. Derweil verharren die Administrationen der jeweiligen Präsidenten noch in feindseliger Lauerstellung. Im Mai 2002 fliegt Bush nach Russland. Unterwegs macht er für wenige Stunden halt in Berlin. Von deutschem Boden preist er die gute Sicherheitskooperation mit Russland. Doch in Moskau eröffnet Bush seinem russischen Kollegen seine Entscheidung, die NATO zum zweiten Mal auszudehnen. Diesmal auf die baltischen Staaten.

Nichtsdestotrotz liegen zu diesem Zeitpunkt die USA und Russland in ihren langfristigeren Bedrohungsanalysen nicht weit

auseinander. So wie George W. Bush den Hauptfeind des Westens im 21. Jahrhundert beim islamischen Terrorismus sieht, weist auch Präsident Putin auf den islamischen Extremismus als globale Gefahr für Russland hin. Er scheint davon überzeugt zu sein, dass der radikale Islam weiter versuchen wird, sich vom Nahen und Mittleren Osten her auf das südliche Gebiet der GUS auszubreiten und – über die Eroberung des Nordkavkasus – in Richtung des Wolgabeckens durchzumarschieren. Entlang der Wolga, wo sich die wichtigsten russischen strategischen Ölreserven befinden, lebt der Großteil der russischen islamischen Bevölkerung – in Tatarstan und Baschkirien. Wenn extremistische islamische Kräfte diese Gegenden unter ihren Einfluss bringen und bis zum Ural vorstoßen, würde eine Aufspaltung Russlands in einen europäischen und einen asiatischen Teil besiegelt werden.

Nicht zuletzt aus dieser Bedrohungsanalyse heraus scheint Putin 2002 amerikanischen Plänen von einem Raketenschild gar nicht so abgeneigt zu sein. In den Jahren 2003 und 2004 fördert er in Gesprächen mit westlichen Politikern selbst die Idee der Raketenabwehr. Nur müsse sie von den USA mit den Europäern und Russland zusammen geplant und betrieben werden – als gemeinsamer Schutzschild. Putin unterbreitet den Vorschlag der Kooperation den Amerikanern zum letzten Mal im Sommer 2007, als er sich bereit erklärt, die alte sowjetische Radaranlage in Aserbaidschan als Teil einer gemeinsamen Raketenabwehr zu konzipieren. Damit suggeriert Russland dem Westen, dass es die amerikanische Auffassung von einer Raketenbedrohung aus dem Iran durchaus teilt. Ist möglicherweise in den ersten Amtsjahren von Bush und Putin eine Chance verpasst worden, über eine strategische Allianz im Kampf gegen den internationalen Terrorismus, zu deren Inhalt die gemeinsame Raketenabwehr hätte werden können, eine wirkliche Aussöhnung der beiden Erzrivalen aus dem Kalten Krieg zu besiegeln?

*Der »Deutsche« im Kreml*

Nach dem Fall der Berliner Mauer wird Deutschland zum wichtigsten Anwalt Russlands bei seiner Integration in die europäischen Wirtschafts- und Sicherheitsstrukturen. Auch während der zahlreichen Krisen in Russland zeigt Deutschland mehr Vertrauen und Verständnis für die notwendigen Kurskorrekturen an der Reformpolitik als andere G-7-Länder. Die »Männerfreundschaft« zwischen Kohl und Jelzin ermöglicht es, alle Krisen – angefangen vom Skandal um den Plutoniumschmuggel über den Krieg in Tschetschenien bis hin zur Beutekunst-Frage – unbeschadet zu überstehen. Kohls Russlandpolitik der Saunagänge und Bootsfahrten trägt dazu bei, dass im Zuge der Abkehr Russlands von der »romantischen Phase« der Politik der Westöffnung Mitte der 90er-Jahre das positive Deutschlandbild nicht beschädigt wird. Die Schuld an der NATO-Osterweiterung wird in Moskau den Amerikanern, nicht den Deutschen zugeschoben. Die russische Elite verbindet das Eindringen des westlichen Einflusses in den postsowjetischen Raum mit der Politik der USA, nicht mit derjenigen von Deutschland. Das wiederum stärkt die potenzielle Vermittlerrolle Deutschlands zwischen Russland und dem Westen. Das geschickte Taktieren Kohls in seiner zur »Chefsache« erklärten Russlandpolitik kann die NATO-Osterweiterung gegenüber Moskau abfedern.

Im Herbst 1998 kommt in Deutschland die rot-grüne Regierung an die Macht. In den deutsch-russischen Beziehungen verändert sich nicht viel, aber die Atmosphäre wird zunächst frostiger. Schröder setzt in seiner Russlandpolitik nicht wie Kohl auf die »große historische Perspektive«, sondern auf nüchternen Pragmatismus. Doch die deutsche Wirtschaft treibt Schröder in die Arme Putins. Sie sieht sich am Ziel, endlich auf den russischen Zukunftsmarkt expandieren zu können. Ohne politische Unterstützung aus dem Kanzleramt wird das Unterfangen schwierig. Im Juni 2000 kommt Putin zum ersten Mal als Staatschef nach

Deutschland. Er will an der Spree den eigentlichen Durchbruch zur neuen Partnerschaft mit Europa schaffen. Dafür muss ein heikles Thema aus dem Weg geräumt werden – die hohe russische Auslandsverschuldung. Die Bundesregierung zeigt sich angesichts der Bitten Moskaus nach einem Schuldenteilerlass zurückhaltend. Doch plötzlich zieht Putin Schröder beiseite und beginnt mit ihm Deutsch zu sprechen. Das Abendessen im Privathaus des Kanzlers dauert vier Stunden; wie es heißt, werden zuerst die Dolmetscher, dann die Berater, schließlich die Ehefrauen weggeschickt. In den Folgejahren wird sich Putin mit keinem westlichen Politiker so oft treffen wie mit Schröder. Der Kanzler besucht mit seiner Ehefrau die Familie Putin zu Weihnachten. Putin ist Gast in Schröders Privathaus in Hannover.

Die deutschen Medien titulieren Putin weiterhin verächtlich als »Ex-Agent aus der DDR«. Schröder aber ergreift die Chance, die ihm ein deutschlandfreundlicher Zar im Kreml bietet, und beginnt, mit Putin eine wirkliche strategische Partnerschaft zwischen Russland und der EU aufzubauen. Kernstück dieser Partnerschaft soll die Energieallianz werden. Deutschland ist bereit, seine Gas- und Öleinfuhren aus Russland zu verdoppeln. Im Gegenzug verspricht Putin deutschen Energieunternehmen Teilhabe an der Energieförderung in Sibirien. Russland zahlt Deutschland einen Großteil der Auslandsschulden zurück. Schröder überlässt Putin den deutschen Platz für die Präsidentschaft in der G-8 im Jahre 2006. Putin erlaubt Deutschland als einzigem NATO-Land seine Friedenstruppen in Afghanistan über russisches Territorium und russischen Luftraum zu versorgen. Deutschland setzt sich für Visumserleichterungen für russische Bürger in die EU ein.

Im Frühjahr 2003 stehen Deutschland und Russland gemeinsam mit Frankreich in Opposition zur geplanten US-Militärintervention im Irak. Russland hofft durch seine Mitwirkung in der Troika Berlin–Moskau–Paris gegen den Irakkrieg sein Mitspracherecht und sogar Führungsanspruch in europäischen Angelegenheiten zu zementieren. Vermutlich hat Moskau gerade in diesem Punkt die europäische Karte überreizt. Die EU ist selbst

schockiert über die Tiefe der eigenen Spaltung in der Irakfrage. In der Folgezeit suchen die Europäer wieder den Schulterschluss an Amerika, die »alten« Europäer gehen den Weg der Verständigung mit den »neuen« Europäern. Die neuen EU- und NATO-Mitgliedsländer besitzen in ihren Eliten noch eine historisch verständliche Russlandphobie. Sie betrachten den deutschen und französischen Schulterschluss mit Russland in der Irakfrage als Verrat an den Grundwerten der westlichen Allianz, der sie gerade beigetreten sind. Die Transatlantische Gemeinschaft und die EU wachsen wieder zu einer Einheit zusammen. Doch Russland gewinnt zu den europäischen Prozessen an Distanz. Vor allem die antirussische Haltung der neuen EU-Mitgliedsstaaten – der ehemaligen Warschauer-Pakt-Staaten –, die sie jetzt in die EU einbringen, vergrößert den Abstand Russlands auch zum übrigen Europa.

In der Folge werden sich die Europäer in Bezug auf die Frage der Einbindung oder Isolierung Russlands heftig zerstreiten. Schröder hatte es hier einfacher als seine Nachfolgerin Angela Merkel. Schröder benötigte für seine Russlandpolitik innerhalb der alten EU die Zustimmung Frankreichs. Die restlichen Staaten der EU vertrauten der deutschen »Ostpolitik«. Das änderte sich schlagartig nach der großen EU-Osterweiterung 2004. Bundeskanzlerin Merkel muss bei ihrer Russlandpolitik auf Vorbehalte der Polen und Balten Rücksicht nehmen. Deutschland benötigt für seine Russlandpolitik heute den Konsens aller Europäer. Und angesichts der unterschiedlichen Einschätzung Russlands in West- und Mitteleuropa ist dieser Konsens kaum zu erzielen. Ohne einen gemeinsamen Konsens aller EU-Mitgliedsstaaten wird Polen monatelang die Verlängerung des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens zwischen EU und Russland wegen seines individuellen Fleischkonflikts mit Moskau blockieren. Die EU wird Solidarität mit seinem Mitglied Polen üben und die Verhandlungen aufs Eis legen. Die Putin-Ära begann mit neuen positiven Entwicklungen im EU-Russland-Verhältnis, endete aber fast wieder im Kalten Krieg.

Die Wirtschaftszahlen sprechen dagegen eine ganz andere Sprache. Deutschland ist weiterhin Russlands wichtigster Handelspartner mit einem Anteil von zehn Prozent am russischen Außenhandel. Die deutschen Exporte nach Russland haben 2008 um ein Drittel zugenommen und dürften bereits laut Statistischem Bundesamt die Schwelle von 30 Milliarden Euro überschritten haben. Der russisch-deutsche Warenumsatz hat sich in den vergangenen sieben Jahren um zwei Drittel vergrößert. Das gemeinsame Handelsvolumen beläuft sich auf rund 60 Milliarden Euro. Unter den deutschen Exportgütern landen Maschinen auf dem ersten Rang, Kraftfahrzeuge auf dem zweiten Platz und chemische Erzeugnisse auf dem dritten. Russland liegt in der deutschen Außenhandelsstatistik auf dem elften Platz. Mehr als drei Viertel der russischen Exporte nach Deutschland kommen aus dem Energiesektor. Metalle stellen die zweitbedeutendste Exportkategorie dar. Russland ist nach wie vor der größte Energieträgerlieferant Deutschlands und kommt für rund ein Drittel der deutschen Erdgas- und Erdölimporte auf.

Laut einer kürzlich veröffentlichten Forsa-Untersuchung zum Russlandbild der Deutschen findet die russisch-deutsche Zusammenarbeit im wirtschaftlichen Bereich ebenfalls einen breiten Rückhalt in der Bevölkerung. So haben 86 Prozent der Deutschen generell ein Interesse an Russland und neun von zehn Befragten halten die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Russland für sehr wichtig oder wichtig. Annähernd zwei Drittel der Deutschen halten Russland für einen verlässlichen Wirtschaftspartner – Tendenz steigend: Im März dieses Jahres lag dieser Wert noch bei knapp über 50 Prozent. Das Gros der Deutschen ist ebenfalls davon überzeugt, dass eine Verbesserung der Beziehungen durch gemeinsame Wirtschaftsprojekte erreicht werden kann. Mehr als drei Viertel glauben, dass die Kooperation mit Russland im Energiesektor dabei helfen kann, die Beziehungen beider Länder auf politischer Ebene zu verbessern. Andererseits brachte die Umfrage auch ans Licht, dass das Bild der Russen und Russlands in Deutschland heute immer noch sehr von Vorurteilen und Stereo-

typen geprägt ist. So verbinden 42 Prozent der Deutschen Russland immer noch mit Planwirtschaft und nur ein Viertel mit freier Marktwirtschaft.

Beachtenswert ist, dass dieses deutsche Vorurteil über die aktuelle Wirtschaftsform in Russland den Wünschen der Russen nahekommen scheint. Laut einer Umfrage des unabhängigen Lewada-Zentrums befürworteten 52 Prozent der befragten Russen eine auf staatlicher Planung und Verwaltung beruhende Wirtschaft. Dieser Wert ist innerhalb der letzten zehn Jahre um elf Prozent gestiegen. Gleichzeitig ist die Zahl der Fürsprecher einer privaten Wirtschaft im selben Zeitraum von 40 auf 29 Prozent gefallen. Wenn man zusätzlich noch berücksichtigt, dass fast 70 Prozent der Russen der Meinung sind, dass politische Stabilität den Vorrang vor Demokratie und persönlicher Freiheit hat, so kann man in den bestehenden Mentalitäts- und Kulturunterschieden Gründe dafür erkennen, dass die politische Zusammenarbeit noch nicht den Grad an Intensität erreicht hat wie die wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Für die Jahre 2008 bis 2010 prognostiziert das russische Wirtschaftsministerium Direktinvestitionen in der Höhe von 40 Milliarden US-Dollar. Auch die erfolgreiche russische Initiative ausländische Eigentümer von bedeutenden Rohstofflagerstätten in Minderheitenpositionen zu drängen, so geschehen mit Shell und BP, scheint die Investoren nicht verängstigt zu haben. Große deutsche Firmen wie E.ON und RWE sind ebenfalls in den russischen Energiemarkt eingestiegen. Das Vier-Milliarden-Euro-Engagement von E.ON, das rund 70 Prozent am Stromversorger OGC-4 übernahm, war sogar laut Tschubais, Chef des staatlichen UES-Konzerns, »die größte Investition in der russischen Strombranche«. Viele westliche Autobauer sind momentan bestrebt, sich ein Standbein auf dem expansionsträchtigen russischen Automarkt zuzulegen. Volkswagen eröffnete erst vor kurzem ein eigenes Werk in Kaluga, südlich von Moskau. Der russische Markt ist weiterhin heiß umworben.

Für deutsche und andere ausländische Investoren sind die zahl-

reichen Modernisierungsprojekte in Russland von großem Interesse. Sie betreffen beispielsweise den nördlichen Teil des Urals, für den Russland 20 Milliarden US-Dollar an Investitionen vorgesehen hat, die in die Erschließung von Lagerstätten und in Infrastrukturprojekte fließen sollen. Für das Baikargebiet und den Fernen Osten sind 22 Milliarden US-Dollar vorgesehen, mit dem Schwerpunkt Energieversorgung und Transportwege. Nicht zu vergessen das Großprojekt Sotschi, wo im Jahr 2014 die Olympischen Winterspiele stattfinden werden.

Erfreulich ist auch die Entwicklung der russischen Kaufkraft. Durchschnittlich können große reale Einkommenszuwächse in der Höhe von um die zehn Prozent festgestellt werden, die sich auch in den nächsten Jahren fortsetzen sollten. Zusammen mit den Einkommenszuwächsen erfreuen sich auch Verbraucher Kredite einer großen Beliebtheit. Dies führt dazu, dass Russland bereits heute bei Mobiltelefonen und Waschmaschinen der größte Absatzmarkt Europas ist. Die große Konsumfreude der Russen ruft auch große internationale Einzelhandelsketten auf den Plan.

Über die Attraktivität Russlands als Investitionsstandort gibt es widersprüchliche Aussagen. Der aktuelle Weltbankbericht »Doing Business 2008« sieht Russland nur auf dem 106. Platz von 178 untersuchten Ländern. Für 2007 lag Russland auf dem 112. Rang. Hier schlugen schlechte Noten für die Beschaffung von Lizenzen und für die langwierige und schwierige Abwicklung der Steuerformalitäten laut Weltbank besonders negativ zu Buche. Auch auf dem Transparency-International-Index für Korruptionswahrnehmung schnitt Russland 2007 nicht gut ab. Für 2007 wird Russland auf dem 143. von 179 Plätzen geführt. Dies bedeutet eine Verschlechterung von 22 Plätzen im Vergleich zum Vorjahr.

Laut einer Umfrage von Ernst & Young vom Juni 2008 zählt Russland dennoch zu den attraktivsten Investitionsstandorten Europas. Russland kommt hinter Frankreich und Großbritannien auf den sechsten Rang. Im Vorjahr belegte Russland jedoch noch den dritten Platz. Auch wurde Russland im OECD-

Länderrisikorange Anfang des Jahres von Stufe 4 auf 3 hochgestuft. Dies zog die Aufhebung der Beschränkung von Hermes-Bürgschaften nach sich und stärkte somit insbesondere das Engagement des deutschen Mittelstands in Russland. Als größte Investitionshemmnisse sehen deutsche Unternehmer mangelnde Rechtssicherheit bei einem Engagement in Russland. Reformbedarf sehen sie besonders im Schutz der getätigten Investitionen und der vereinbarten Rahmenbedingungen. Laut einer Umfrage stehen der Abbau von Bürokratie, die Erhöhung der Transparenz von Verwaltungsentscheidungen und erleichterte Zollverfahren mit ganz oben auf der Wunschliste.

Ebenso wie internationale Unternehmen zunehmend auf dem russischen Markt aktiv werden, wagen immer mehr russische Unternehmen den Schritt ins Ausland. Die russische Baufirma Basic Element vergrößerte ihre Beteiligungen an den Unternehmen Magna, Strabag und Hochtief. Severstal übernahm den fünftgrößten amerikanischen Stahlproduzenten Rouge Steel und stieg mit 62 Prozent beim italienischen Stahlkocher Lucchini ein. Gasprom ging eine enge Kooperation mit dem italienischen Energiekonzern Eni ein. Auch andere Firmen aus der Bergbau- und Metallindustrie, dem Telekom- und dem Bankensektor expandieren ins Ausland. Zahlreiche kleinere russische Unternehmen sind bereits längst auf asiatischen oder europäischen Märkten vertreten.

Die russisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen sind von strategischer Bedeutung auch für die politischen Beziehungen zwischen beiden Ländern. Die wirtschaftlichen Wechselbeziehungen bilden eine solide Basis für ein besseres wechselseitiges Verständnis und zur Abfederung politischer Konflikte. Dies wird auch von vielen Führungskräften aus Wirtschaft, Politik und Verwaltung so gesehen. Das Allensbach-Institut befragte mehr als 600 Spitzenkräfte. 44 Prozent stellten eine Verschlechterung der Beziehungen zwischen Deutschland und Russland in der letzten Zeit fest. Allerdings bezeichneten zwei von drei Befragten das Verhältnis nach wie vor als gut bis sehr gut. Nur einer von 100 hielt es für zerrüttet. Besondere Zustimmung fand die Aussage,

dass eine enge Zusammenarbeit mit Russland ein wichtiges Fundament für Deutschlands Zukunft ist. Hier stimmten 99 Prozent der Befragten zu.

Blickt man auf EU-Europa, so kommt man zu einem ähnlichen Bild. Zwar sind die deutsch-russischen Beziehungen traditionell besser als die zwischen EU und Russland. Aber auch zwischen der EU und Russland kann man etwas unterkühlte politische und sehr positive wirtschaftliche Beziehungen einander gegenüberstellen. Das Handelsvolumen wuchs beispielsweise gegenüber dem Vorjahr um fast 30 Prozent und in den letzten fünf Jahren um 70 Prozent. Es liegt damit bei mittlerweile 163 Milliarden Euro. Russland ist für die EU der viertwichtigste Außenhandelspartner. Die EU nimmt mit einem über 50 Prozent großen Anteil am russischen Außenhandel den wichtigsten Platz ein.

### *Modernisierungspartner EU*

Während die Amerikaner vom Kreml als geopolitischer Gegner gesehen wurden, der Russland an der Wiedergewinnung seines Großmachtstatus hindere, betrachtete Putin die EU zu Beginn seiner Amtszeit als den wichtigsten Modernisierungspartner und eine künftige Weltmacht, mit deren Hilfe Russland seinen Großmachtstatus zurückerlangen könnte. Insgeheim hoffte Putin natürlich auf eine einsetzende Emanzipation Europas von den USA nach Beendigung des Kalten Kriegs und zeigte sich verwundert, dass in Westeuropa keine Rufe »Amis – go home« ertönten. Bald war ihm bewusst: Die USA blieben nach dem Kalten Krieg in Europa, um Russland einzudämmen. Gleichzeitig musste ihm ebenfalls klar werden, dass die EU-Eliten niemals dieselbe politische Nähe zu Russland haben wollten wie zu den USA.

Die russischen Eliten andererseits, die angesichts des warmen Geldregens aus dem Energieexportgeschäft immer selbstbewusster auftrumpften, betrachteten sich als ebenbürtig mit den Europäern. Sie erwarteten von der EU mehr Entgegenkommen als bis-

her. Putin versuchte die Formel der »strategischen Partnerschaft« mit der EU mit neuen Inhalten zu füllen. Er machte gleich zu Beginn der EU das Angebot eines paneuropäischen kollektiven Sicherheitssystems auf der Basis einer Kooperation Russland–Westeuropäische Union (Vorläufer der ESVP – Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik). Der russische Vorstoß sah eine verstärkte wirtschaftliche Hinwendung Russlands zur EU vor. Europäische Konzerne sollten auf den russischen Markt gelockt werden, der Euro den Dollar als ausländische Währungsreserve ersetzen. Russland offerierte der EU die Zusammenarbeit beim Aufbau von paneuropäischen Transportnetzen sowie Öl- und Gaspipelines. Weitere Angebote an die EU beinhalteten die Schaffung eines globalen Navigations- und Informationsraumes und eine verstärkte Zusammenarbeit im Kampf gegen die organisierte Kriminalität. Putin versprach, seine Wirtschaftsreformen stärker am Modell der sozialen Marktwirtschaft auszurichten, was als Abgrenzung vom liberalwirtschaftlichen Modell der USA verstanden wurde. Putin forderte die Abschaffung von jeglichen Visa im Verhältnis Russland–EU.

In seiner viel beachteten Rede im Reichstag im September 2001 ließ Putin die Europäer wissen, dass Russland seinen Energiekomplex mit Europa verschmelzen wollte. Er verstand dies als wichtigen ersten Schritt zur Bildung eines gemeinsamen Wirtschaftsraumes mit der EU. Auf der Basis der Energiewirtschaft, so Putin, könne Russland den ersten Schritt der Integration mit Europa vollziehen. Nach den Terroranschlägen vom 11. September wurde er noch deutlicher: Russland bot der EU eine Verdopplung der Öl- und Gaslieferungen an, um Europa weniger abhängig von Energieimporten aus den arabischen Ländern am Persischen Golf zu machen. Doch die EU zögerte. In eine solche Energieabhängigkeit von Russland wollte Brüssel sich nicht begeben. Die Europäer ließen Vorsicht walten.

Die EU reagierte auf Putins Angebote mit großer Zurückhaltung. Die autoritären Tendenzen in der russischen Innenpolitik zeugten davon, dass sich Russland von der Demokratie wieder

verabschieden wollte. Die EU wollte dies verhindern. Ein nicht demokratisches Russland im Osten des Kontinents würde Europa keine Stabilität verleihen, im Gegenteil – einen neuen eisernen Vorhang produzieren. Die Menschenrechtsverletzungen in Tschechien, die Gleichschaltung der Medien und des Parlaments im Innern, Angriffe des Staates auf die Privatwirtschaft, schließlich das Instrumentalisieren der Gas- und Öllieferungen als politische Druckmittel gegen die unmittelbaren Nachbarstaaten wurden zu Konfliktpunkten, die das Verhältnis zwischen der EU und Russland belasteten. Mit den Mittelosteuropäern befand sich Russland bald in offener Feindschaft. Die Angst ging um in Europa vor einem imperialistischen Russland, das sich wieder zu einem aggressiven Gegner des Westens erheben könnte. Die zweimal im Jahr abgehaltenen Gipfeltreffen zwischen Russland und der EU endeten meistens im Streit.

Die EU, allen voran Deutschland, bemühte sich um einen Dialog mit Russland. Dieser nahm jedoch zusehends die Form einer Wertedebatte an. Der Westen erklärte den Russen die Grundlagen von Demokratie, Pluralismus und Rechtsstaatlichkeit. Russland verwarf die Wertedebatte als »Erziehungsstrategie hochnäsiger Europäer«. Die russischen Eliten verlangten mehr Zeit für Russlands Demokratisierung. In Westeuropa sei das liberale Nachkriegsmodell auch nicht in einem Jahrzehnt eingeführt worden. Natürlich wollte das »alte Europa« keinen neuen Kalten Krieg mit Russland. Es fand aber immer weniger partnerschaftliche Ansätze mit Moskau, außer der Wirtschaftsschiene. Vielleicht lag es tatsächlich an der falschen westlichen Russlandperzeption? Der Westen erachtete Russland im Großen und Ganzen als einen schwachen Staat mit einem BIP wie das Portugals, der nur aufgrund hoher Energieexporteinnahmen existierte. Russland wurde als Verlierer des Kalten Krieges eingeschätzt. Es musste abrüsten und sich dem liberalen Regelwerk der internationalen Beziehungen unterwerfen.

Moskau glaubte, dass der Westen nur abwartete, bis Russland wieder so schwach war wie in den 90er-Jahren, um einen zweiten

Versuch einer »Kolonisierung« des Rohstoffgiganten vorzunehmen. Der Begriff der »werteorientierten Außenpolitik« wurde zu einem Axiom, die »moralische Legitimität« Motor der europäischen Außenpolitik. Die Eliten des Westens teilten die heutige Welt auf in »demokratische Rechtsstaaten« sowie »Unrechtsregime«. Russland und China zählten zur zweiten Kategorie. Rufe nach »realpolitischem Handeln« wurden im Westen als zynisch, heuchlerisch und unmoralisch charakterisiert. An der moralischen Deutungshoheit des Westens äußerte in den USA und der EU niemand Zweifel. Russische Besonderheiten wurden nicht respektiert, im Westen genossen solche russischen Politiker und Politologen Ansehen, die den baldigen Untergang des Putin-Regimes predigten. Dass Putin durch seine Politik dem strauchelnden Russland Stabilität verlieh, wurde im Westen nicht wahrgenommen. Man verstand auch nicht, warum Putin im eigenen Land so populär war. Wollten die Russen nicht endlich auch, wie die anderen Europäer, in einem freien Rechtssystem leben, in dem sie ihre Meinung frei äußern, ihre Politiker demokratisch wählen und von Gesetzen geschützt würden?

Der Westen verstand Russlands Ansinnen in Bezug auf Europa nicht. Russland forderte für sich ein Mitspracherecht beim Aufbau der künftigen europäischen Sicherheits- und Wirtschaftsarchitektur. Die Moskauer Herrschaftseliten trugen die Idee eines »gemeinsamen europäischen Hauses« offensiv in ihren Köpfen. Russland fühlte sich nach dem Ende des Ost-West-Konflikts Europa zugehörig. Doch das eigene russische Europabild hatte wenig mit der heutigen europäischen Realität zu tun. Nach dem Kalten Krieg war nämlich die europäische Architektur auf den beiden Säulen EU und NATO konsolidiert worden. Russland konnte aus mehreren Gründen nicht Mitglied in diesen beiden Organisationen werden. Russische Vorstellungen von einem gemeinsamen Kontinent, auf dem die NATO und die EU auf der einen und Russland auf der anderen eine Art »Partnerschaft innerhalb der Koexistenz« betreiben würde, war für den Westen inakzeptabel. Doch genau da will Putin hin.

*Putin in München*

Es ist ein eiskalter Februartag in der bayrischen Metropole. Putin ist in München eingetroffen, um an der jährlichen internationalen Sicherheitskonferenz teilzunehmen. Er ergreift die Gelegenheit, um seinen ganzen Frust über die aus seiner Sicht falsche Behandlung Russlands durch den Westen offenzulegen. Putin fühlt sich vom Westen her zusehends in Bezug auf die Implementierung demokratischer Werte unter Druck gesetzt. Die USA und die EU machen ihre Bereitschaft zu strategischer Partnerschaft mit Russland immer stärker von der inneren Liberalisierung Russlands abhängig. Als Reaktion darauf beginnt Moskau für sich Alternativen in Asien zu suchen.

Seitdem sich Russland von den so genannten bunten Revolutionen auf postsowjetischem Territorium bedrängt fühlt, richtet es sein Integrationsmodell nicht mehr auf Westeuropa, sondern auf Asien aus. Westsibirisches Gas, das bisher für den EU-Markt vorgesehen war, soll künftig in größeren Mengen China, Japan und Südkorea zugute kommen. Der kasachische Staatschef Nursultan Nasarbaew favorisiert das Integrationsmodell der »Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft« (EvrAsEs), der neben Russland, Kasachstan und Belarus auch Tadschikistan und Usbekistan angehören. Das neu entstandene Eurasien soll zum Nukleus der emporsteigenden Shanghai-Organisation für Zusammenarbeit (SchOZ), die unter russischer und chinesischer Führung steht und bald Indien, Pakistan und den Iran als Vollmitglieder aufnehmen könnte. Die SchOZ könnte wiederum zu einem energie- und sicherheitspolitischen Machtzentrum werden. Russland versorgt China und Indien mit den dringend benötigten Rohstoffen, Beijing und Neu Delhi investieren in den Energiesektor der zentralasiatischen Länder. Russland, China und Indien führen gemeinsame Militärmanöver durch. Die amerikanischen Militärbasen, die dort nach dem 11. September aufgestellt wurden, müssen auf Druck der SchOZ-Staaten abziehen. In der Region entstehen russisch-chinesisch und russisch-indische Militärstützpunkte für den

Kampf gegen den internationalen Terrorismus. Sollten die USA aus dem Irak und Afghanistan tatsächlich abziehen, würde die SchOZ ihren Einfluss auf den Mittleren Osten ausdehnen.

Russlands Wille, sich rasch in die globale Weltwirtschaft zu integrieren und sogar ein Teil des Westens zu werden, verflüchtigt sich. Russland ist plötzlich auch nicht mehr an einem Beitritt zur Welthandelsorganisation (WTO) oder an einer Verlängerung des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens mit der EU interessiert.

Der eskalierte Gaskonflikt zwischen Moskau und Kiew hat den Beginn einer neuen Ära des Misstrauens im Verhältnis Russland–Westen eingeläutet. Da Russland sich nicht mehr in die westliche Zivilisation integrieren will, versucht der Staat massiv die Tätigkeit der eigenen und ausländischen Nichtregierungsorganisationen im Land einzuschränken. Der westlichen »Moralindustrie« will Moskau auf eigenem Territorium Einhalt gebieten – um eine orangefarbene Revolution auszuschließen. Die von Öl und Gas trunkenen Eliten glauben die westlichen Abhängigkeiten von Russland strategisch ausnutzen zu können. Der Schlagabtausch verläuft immer erbitterter. Nach dem Verlust seines Einflusses auf die Ukraine als Folge der Orangenfarbenen Revolution und auf den Südkaukasus nach der Rosenrevolution, muss Moskau von der Idee eines »Einheitlichen Wirtschaftsraumes« Abstand nehmen. Wütend setzt sich Moskau über die bisherigen Abmachungen hinweg und beliefert den Iran und Syrien mit Raketenabwehrsystemen. Die Schanghai-Organisation für Zusammenarbeit erzwingt den Abzug der amerikanischen Militärbasen aus Zentralasien.

Die USA reagieren erzürnt. Sie wollen nun Militärpräsenz an der Westküste des Schwarzen Meeres demonstrieren, in Polen und Tschechien ein amerikanisches Raketenabwehrsystem stationieren, die Ukraine und Georgien in die NATO führen und die Russen aus ihrer Marinebasis auf der Krim vertreiben. Die russischen Friedenstruppen in der Moldau und in Georgien sollen durch NATO-EU-Blauhelme ersetzt werden. Washington unter-

stützt die Idee der Einzäunung Russlands durch ein Bündnis mittelosteuropäischer Länder und der GUAM-Staaten. Fieberhaft arbeiten die USA mit ihren mittelosteuropäischen Sonderverbündeten am Aufbau einer alternativen Energieallianz gegen Russland. Dies ist der Moment, wo Moskau zu seinem wirksamsten Machtinstrument greift, das es sogar während des Kalten Kriegs nicht angerührt hat: dem Gashahn.

In der Vergangenheit hatten GUS-Länder wie die Ukraine und Georgien Energie aus Russland zu alten sowjetischen Niedrigpreisen erhalten. Damit hoffte Moskau die Länder kontrollieren zu können und manche von ihnen später wieder an Russland anzubinden. Jetzt sieht Moskau, dass die Alimentierung der Nachfolgerepubliken der ehemaligen Sowjetunion mit Billiggas keine politischen Vorteile mehr bringt. Im Gegenteil: Die Ukraine und Georgien entfernen sich weiter von Moskau Richtung Westen. Wenn diese Staaten bald im Westen sind, so soll der Westen ihnen auch ökonomisch unter die Arme greifen, so Putin. Die Betroffenen greifen zur Gegenwehr: Litauen deutet die Möglichkeit einer Behinderung des Gastransits in die russische Enklave Kaliningrad an, Politiker in Estland sprechen von der Ausdehnung ihrer Staatsgrenze weiter in die internationalen Gewässer, um die Ostseepipeline zu torpedieren. Kiew droht, dem russischen Marinestützpunkt in Sewastopol den Strom abzuschalten und militärische sensitive Radarstationen an die USA zu verpachten. Russland tritt aus dem KSE-Vertrag aus, der die konventionelle Truppenstärke der westlichen und russischen Armeen nach dem Kalten Kriegs regelte. Der Westen hat sich, indem er die NATO-Infrastruktur bis an die Grenzen Russlands erweiterte, sich sowieso nie an die KSE-Abmachung gehalten. Amerikanische Konservative drohen, Russland aus der G-8 zu werfen. Russland droht mit einer Gas-OPEC zum Aushebeln westlicher Spielregeln auf dem Weltenergiemarkt. Als Retourkutsche für die westliche Anerkennung der Souveränität des Kosovo will Moskau die Unabhängigkeit Abchasiens und Südossetiens von Georgien unterstützen.

Dem Westen ist auf einmal klar: Das liberale westliche Modell

wird sich auf Russland nicht mehr ausdehnen lassen. Dort scheint sich ein traditionell autoritäres Modell auf die Dauer durchzusetzen. Außerdem scheint sich in der Tat weit im Osten des europäischen Kontinents ein neues weltpolitisches Machtzentrum herauszubilden, welches durch sein gigantisches Rohstoffpotenzial die strategische Nachbarschaft zur EU dominieren wird. Muss der Westen sich auf ein antiwestliches Eurasien einstellen? Auf ein Russland, das, getreu den Befürchtungen, tatsächlich ein Roll Back plant: die Wiederherstellung seines verlorenen Imperiums? Oder wird der liberaler wirkende neue Präsident Medwedew doch eine neue Tauwetterperiode einleiten?

Auf dem Bukarester NATO-Gipfel im April 2008 verhindern Deutschland und Frankreich im letzten Moment eine beschleunigte Aufnahme Georgiens und der Ukraine in die NATO. Bundeskanzlerin Merkel macht klar, dass territorial und ethnisch ungefestigte Staaten nicht in die Nordatlantische Allianz gehören. Die USA hatten zuvor massiv für den Beitritt dieser beiden pro-westlichen GUS-Staaten geworben. Aber gerade in Deutschland melden sich Stimmen zu Wort, die sagen: Der Preis, den Europa durch den Verlust der Partnerschaft mit Russland als Folge einer übereilten NATO-Osterweiterung bezahlt, ist ungemein höher als der Gewinn zweier fragiler Problemstaaten. Es gebe immer noch gute Chancen, die künftige Sicherheitsarchitektur in Europa mit und nicht gegen Russland zu kreieren. Wenn die Aufnahme Georgiens und der Ukraine zu einem neuen Kalten Krieg mit Russland führt – was gewinnt dadurch die europäische Stabilität? Israel würde schließlich auch nicht in die NATO aufgenommen, obwohl sich der Westen zur Verteidigung Israels verpflichtet fühlt.

Schließlich trifft der Gipfel trotzdem die Entscheidung, Georgien und die Ukraine in die NATO aufzunehmen – nachdem sie ihre inneren Probleme gelöst haben. Russland wird seine Schwäche vor Augen geführt. Staaten wie Griechenland und Deutschland besitzen in Europa ein Veto bei der Erweiterungsentscheidung (Athen votierte gegen einen Beitritt Makedoniens)

– die europäische Großmacht Russland nicht. Moskau sieht die Kräfteverhältnisse auf dem Kontinent gegen sich gerichtet. Ein erboster Putin spricht von der Einkreisung seines Landes durch das westliche Militärbündnis und droht mit Gegenmaßnahmen.

Der renommierte russische Politologe Sergei Karaganow spricht plötzlich das Ungeheuerliche aus: »Es riecht wieder nach Krieg.« Am 9. Mai nimmt Medwedew als frischgebackener Präsident die erste große Militärparade seit dem Ende der Sowjetunion auf dem Roten Platz ab. Nach 20 Jahren donnern wieder Panzerkolonnen durch die Stadtmitte. Der Kreml demonstriert seine modernsten Waffen. Ist die Parade als Abschreckung gedacht, oder soll sie den Patriotismus in der Bevölkerung stärken? Will Putin den neuen Mann gleich in eine harte Linie gegenüber dem Westen einbinden? Auf der Parade steht Putin dicht neben Medwedew, der weiter steif wirkt.

### *Außenpolitik im Tandem*

Kurz vor seiner Amtseinführung verkündet Medwedew russischen Journalisten gegenüber, dass er seine ersten Auslandsreisen nach Kasachstan und China sowie nach Frankreich und Deutschland plane. Tatsächlich führen die ersten Arbeitsbesuche des neuen Präsidenten nach Astana und Beijing. Damit unterstreicht Medwedew die neue strategische Bedeutung Asiens in der russischen Diplomatie. Danach erwartet die internationale Öffentlichkeit das Auftauchen des neuen Kremlchefs in Paris. Frankreich steht kurz davor, die EU-Ratspräsidentschaft zu übernehmen. Polen hat schon signalisiert, dass es sein Veto gegen die Verhandlungen über das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen der EU und Russland aufheben wird. Dem französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy kommt jetzt die Rolle zu, die strategische Partnerschaft Europas mit Russland neu zu besiegeln. Doch siehe da, statt Medwedew erscheint Premierminister Putin in Frankreich. Er und nicht Medwedew eröffnet mit

Sarkozy die erste Verhandlungsrunde über das künftige Abkommen. Auf die Frage eines französischen Journalisten, wer im Kreml die Außenpolitik bestimmt, erwidert Putin: »Als Mitglied des Nationalen Sicherheitsrates bin ich für außenpolitische Fragen verantwortlich.« Beiläufig erfährt die Öffentlichkeit, dass Putin den ehemaligen russischen Botschafter in den USA zum persönlichen Referenten für außenpolitische Fragen in seinem Ministerbüro verpflichtet hat.

Deutschland wird zum ersten europäischen Land, das Medwedew in der Eigenschaft als Präsident aufsucht. In Berlin hält er seine viel beachtete Rede, in der er einen neuen gemeinsamen europäischen Raum fordert, der mit folgenden Inhalten gefüllt werden soll: Energie, Logistik, Ökologie, Hochtechnologien und Lösung von sozialen Problemen. Medwedew spricht auch von einer neuen globalen Sicherheitsarchitektur von »Vancouver bis Wladiwostok«. Ein neuer Versuch der Westorientierung ist von der russischen Führung gestartet worden. Doch was meint Medwedew konkret mit seinem Vorschlag? Dmitri Rogosin, inzwischen russischer NATO-Botschafter, entschlüsselt die Rede seines Präsidenten bei einem Abendessen mit deutschen Politikern im Hotel Intercontinental. Russland, so Rogosin, möchte mit dem Westen einen »ewigen Frieden« schließen, praktisch einen »Nichtangriffspakt«. Russland hat erkannt, dass es die NATO-Erweiterung auf postsowjetisches Territorium nicht aufhalten kann. Eine NATO mit militärischer Beistandspflicht für jedes Mitglied beinhaltet für Russland eine Kriegsgefahr. Russland, so Rogosin, könnte die NATO-Erweiterung auf ehemalige Sowjetrepubliken akzeptieren, falls zuvor in einem Sonderabkommen zwischen Russland und NATO das westliche Militärbündnis auf seinen Artikel 5 – die Beistandsklausel – verzichtet.

Rogosins Interpretation des diplomatischen Vorstoßes von Medwedew wirft die entscheidende Frage nach dem künftigen Sinn und Zweck der NATO auf. Sie wurde vor 60 Jahren als Instrument zur Eindämmung der Sowjetunion ins Leben gerufen. 1991 trug die NATO den Sieg über den Warschauer Pakt davon.

Doch welche Rolle sollte die NATO nach dem gewonnenen Kalten Krieg übernehmen? In Westeuropa schien die Antwort klar: Die NATO sollte die transatlantische Gemeinschaft auf demokratischen Werten konsolidieren und solidarisieren. Auf dem Balkan hatte sie sich in den 90er-Jahren bewehrt, jetzt übernahm sie die schwere Aufgabe, Afghanistan zu stabilisieren. Doch einige der Neuankömmlinge innerhalb der NATO plädierten für eine weitere Rolle der NATO-Eindämmung Russlands. Länder wie Polen und die baltischen Staaten sahen sich plötzlich in einer Frontstellung gegenüber Russland – so wie Westdeutschland im Kalten Krieg. Falls die NATO ihre Beistandsverpflichtung für diverse Staaten aufgeben würde, hätte sie ihr Abschreckungspotential verloren.

Was Rogosin vorschlägt, ist die Umwandlung der NATO in eine Art OSZE. Gleichzeitig enthält der russische Vorschlag die versteckte Forderung nach westlicher Akzeptanz der historischen russischen Einflussphäre auf dem ehemaligen Territorium der Sowjetunion. Das kann und will der Westen nicht akzeptieren. Gleichzeitig wird jedem seriösen westlichen Beobachter bewusst, dass sich die NATO mit ihrer Friedenssicherungsmission im Mittleren Osten überdehnt hat. Sie besitzt nicht die militärischen Ressourcen, überall gegen die »Verschlechterung der Welt« (Jamie Shea) vorzugehen. Der französische Politikwissenschaftler Dominique Moisi sieht die transatlantische Gemeinschaft dramatisch zusammenschrumpfen. Die Wirtschaftskraft der asiatischen Länder und vor allem der BRIC-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China) wird schon in einem Jahrzehnt die europäischen Volkswirtschaften in den Schatten stellen. Heute leben 13 Prozent der Weltbevölkerung im Westen und erarbeitet 40 Prozent des weltweiten BIP. In wenigen Jahren werden die BRIC-Staaten über 40 Prozent des globalen BIP produzieren. Europa und die USA müssen sich auf eine neue Weltordnung einstellen, in der die wichtigsten Entscheidungen nicht mehr in New York, London und Brüssel, sondern in Beijing, Neu Delhi und vielleicht Moskau getroffen werden. Die dramatische Abhängigkeit von Rohstoffen

wird die Lage der Europäer massiv beeinträchtigen. Welche Legitimität wird die NATO in zehn bis 20 Jahren noch genießen, Weltpolizei zu sein?

Am darauffolgenden Tag nach seinem Besuch in Berlin eröffnet Medwedew das Wirtschaftsforum von Sankt Petersburg. In seiner Rede kritisiert er die USA scharf; er wirft Washington egoistische Wirtschaftsinteressen vor und tadelt den amerikanischen globalen Führungsanspruch in der internationalen Politik. Die nächste Reise führt Medwedew ans Kaspische Meer. Dort wird er demonstrieren, dass Energiegeopolitik das Fundament gegenwärtiger russischer Diplomatie ist.

Putin und Medwedew wollen nicht in einer Welt leben, in der Amerika immer schwächer wird, aber panikartig um sein Überleben als einzige Großmacht kämpft. Sie akzeptieren nicht, dass in den letzten Wochen der Bush-Präsidentschaft dessen Hinterlassenschaft auf eine höchst eigentümliche Weise künstlich noch legitimiert werden soll. Nämlich durch eine fragwürdige NATO-Osterweiterung auf die Ukraine und Georgien. Durch möglicherweise geplante Militärschläge gegen den Iran. Durch eine gegen alle moderaten Stimmen der Europäer durchgesetzte Raketenrüstung in Polen und Tschechien, die auch gegen Russland eingesetzt werden könnte. Russland akzeptiert durchaus, dass ein Land wie Amerika, das durch seine Interventionen im Ersten und Zweiten Weltkrieg die Zukunft Europas entschieden hat, auch künftig als Sicherheitsfaktor bestehen bleibt. Amerika bleibt nach diesem Verständnis als atlantische Großmacht ein Akteur auf dem europäischen Spielfeld, aber eben nur zusammen mit der Europäischen Union und mit Russland. Somit ist die russische Auffassung von der Architektur Europas eine durchaus andere als die einer verschworenen transatlantischen Gemeinschaft, wie sie von den Eliten West-, Mittel- und Osteuropas und den Vereinigten Staaten von Amerika noch immer proklamiert wird. Medwedew wiederholt praktisch die Friedensvorschläge, die erst von Gor-

batschow und dann von Jelzin an die Adresse des Westens gerichtet wurden. Sie sind Ausdruck dessen, dass Russland sich zusammen mit den USA und mit der EU und mit Japan zugehörig fühlt zur Welt des entwickelten Nordens, der eine gemeinsame Verantwortung gegenüber dem Süden übernehmen müsse. Und den Gefahren, die nach dieser Sicht vom Süden ausgehen und die Industrieländer des Nordens bedrohen, müsse demnach auch gemeinsam begegnet werden. Russland sieht die Konfliktlinien einer Welt der Zukunft mehr und mehr zwischen Norden und Süden verlaufen und nicht mehr zwischen dem Westen und dem Osten.

Schon Peter der Große hat bekanntlich vor 300 Jahren das Fenster zum Westen aufgestoßen und damit den Kontinent um ein Vielfaches vergrößert. Dass Europa ein zusammengehöriges Riesenterritorium geworden sind, das bis an den Pazifik reicht, ist das Verdienst der Russen. Heute gewinnt man in Russland den Eindruck, dass die Westeuropäer darauf am liebsten wieder verzichten würden und nicht einmal mehr die gemeinsame Erschließung und den Aufbau von Sibirien wirklich angehen möchten. Der Eindruck in Russland ist, dass man im Westen überhaupt nicht verstünde, dass Russland alles hat, was Westeuropa für seine Entwicklung in den nächsten 100 Jahren braucht: Rohstoffe in Hülle und Fülle, neue Märkte und ein gewaltiges Sicherheitspotenzial. Wenn man nach Russland reist, sieht man die europäische Architektur und spürt den europäischen Geist, den es in Ländern, um die nun die NATO erweitert werden soll, so gar nicht gibt. Russland kämpft um seinen berechtigten Platz unter den europäischen Mächten und ist nicht gewillt, sich nach Asien abdrängen zu lassen.

Auf Flüsterebene wird in politischen Zirkeln geäußert, man solle Russland nicht wirklich ernst nehmen, denn seine demografische Entwicklung werde dafür sorgen, dass der Modernisierungsprozess scheitert. Russland hat ein demografisches Problem, wie übrigens die Deutschen auch. Aber man hat in den letzten Jahrhunderten nicht erlebt, dass ein europäisches Volk ausgestorben wäre. Wenn die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung anhält,

wird in Russland bald ein Babyboom zu verzeichnen sein, so wie in Deutschland in den 60er-Jahren. Das passierte 20 Jahre nach dem Zusammenbruch des Deutschen Reichs. Und Russland hat seine Stunde null des Zusammenbruchs der Sowjetunion nun auch bald 20 Jahre hinter sich. Außerdem gibt es 20 Millionen Auslandsrussen, die zum Teil sicher nach und nach heimkehren werden. Und es steht den Russen, ähnlich wie den westeuropäischen Staaten auch, die Möglichkeit einer begrenzten Migrationspolitik zur Verfügung. Russland hat auch hier seine Möglichkeiten noch lange nicht ausgeschöpft. Der Untergang Russlands steht also nicht bevor. Auch Grönland und Alaska sind zum größten Teil unbesiedelt, selbst für Kanada gilt dies, und niemand spricht vom Untergang dieser Länder und der Besiedelung durch eindringende Fremdlinge.

---

## I & E

Zwei Monate vor den Präsidentschaftswahlen stellt Medwedew auf dem Wirtschaftsforum von Krasnojarsk sein künftiges Modernisierungsprogramm vor. Die internationale Gemeinschaft hört ihm genau zu, versucht auch die Zwischentöne richtig zu verstehen und zu analysieren. Gemäß des »Programms der vier I« soll die Basis für eine moderne Industriegesellschaft geschaffen werden. Medwedew fordert Innovationen in der Wirtschaft, eine grundlegende Reform der veralteten Infrastruktur, Investitionen in zukunftssträchtige Industriezweige und eine Stärkung der politischen und marktwirtschaftlichen Institutionen in Russland. Russlands Abhängigkeiten vom Öl- und Gasexport sollen verringert, der Rohstoffstaat in einen modernen Industriestaat umgerüstet werden. Medwedew verweist darauf, dass die Struktur-reformen ihre erste Wirkung zeigen: 2000 bestand der russische Export zu 50 Prozent aus Energieträgern; heute sind es nur noch 30 Prozent.

Doch im Westen ist man skeptisch. Beobachter glauben, dass Russland aus der Rohstofffalle nie mehr herauskommt. Welche Waren und Produkte, außer Energieträgern, kann Russland denn ins Ausland verkaufen? Die russische Hochtechnologieindustrie macht nur 0,5 Prozent des Weltmarkts aus. Aber sich auch nur mithilfe der Energieexporte aufzurichten, wird schwer. Um wirkliche Energiesupermacht zu werden, benötigt Russland eigene Fördertechnologien. Die modernen Industrieanlagen im Energiesektor stammen heute aus dem Westen. Russland muss vermehrt seine Energieträger nach Westen verkaufen, um dort das notwendige Kapital für die Modernisierung der eigenen Wirt-

schaft zu verdienen. Die Abhängigkeiten vom Westen sind vielleicht gewaltiger als westliche Abhängigkeiten vom russischen Öl und Gas.

Doch Medwedew ist zuversichtlich. Bis 2020 will er in die Top 5 der größten Volkswirtschaften des Planeten aufsteigen. Russland strebt eine Verdopplung des BIP zwischen 2007 und 2020 auf der Basis von Innovationen und nicht Rohstoffen an. Ab 2012 soll die russische Wirtschaft den Übergang zu einer konkurrenzfähigen Industrie und zu neuen Technologien wie Informations-, Bio- und Nanotechnologie erreichen, ab 2017 weltweit eine führende Position in diesen Bereichen einnehmen. Wie realistisch diese Zahlen sind, wird sich an der Verbesserung von Effizienz, Konkurrenz- und Innovationsfähigkeit russischer Unternehmen zeigen. Ein grundlegender Wandel in einem so kurzen Zeitabschnitt kann nicht in erster Linie durch staatliche Förderung erreicht werden. Hier bedarf es einer Öffnung für ausländische Investitionen und mehr Freiheiten für die private Wirtschaft.

Da die Energiepreise vermutlich in den nächsten Jahren weiter ansteigen werden, kann Russland über das notwendige Finanzkapital für den Innovationsschub verfügen. Regierungschef Putin soll die Modernisierungspolitik implementieren. Es ist auch sein Plan, der hier verwirklicht werden soll. Der Plan Putins hat nur einen Hacken. Er misstraut der Kooperation mit dem Westen. Putin verdächtigt den Westen, eine Kolonisierung Russlands und seiner Energieressourcen anzustreben. Russland solle zu einem reinen Rohstoffanhängsel des Westens verkommen. Der Westen, so Putin, versucht eine Regulierung der globalen Energiemärkte zu betreiben, die ehemaligen Sowjetrepubliken sollen in ein pro-westliches Sicherheitssystem eingebunden werden und Demokratietransfer nach Russland leisten. Putin beginnt in seinen Reden das gegenwärtige System des liberalen Welthandels infrage zu stellen, was äußerste Bestürzung im Westen hervorrief.

Die ambivalente Haltung der russischen Führungselite zur Integration in die Weltwirtschaft wird am Beispiel der WTO-

Verhandlungen deutlich. Auch wenn Medwedew in seiner Rede in Berlin die Bedeutung des WTO-Beitritts seines Landes hervorgehoben hat, so wachsen die Zweifel an Russlands tatsächlicher politischer Bereitschaft dazu. Schien nach der Einigung mit den USA Ende 2006 der Weg frei für die Aufnahme, so verzögert Moskau seitdem die Umsetzung. Beispiele dafür sind die Verdreifachung der Agrarsubventionen sowie die Anhebung der Exportzölle auf Holz, was vor allem die skandinavischen Staaten traf. Saudi-Arabien kritisiert die noch immer unter dem Weltmarktniveau liegenden Preise für Gas für die russische Industrie. Hier widersprechen wirtschaftspolitische Entscheidungen internationalen Abkommen. Für die russische Regierung ist es weiterhin wichtiger, die inneren Märkte zu regulieren und abzuschotten, als sich internationalen Abkommen zu unterwerfen. Die Skepsis in Russland wächst, ob ein WTO-Beitritt wirklich die gewünschten positiven Effekte bringt, und letztlich möchte Moskau nicht die Kontrolle über bestimmte Bereiche verlieren.

Der WTO-Beitritt gilt als wichtiges Instrument für die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes in Bezug auf die Zollpolitik, Rechte von Investoren, die Landwirtschaft und das geistige Eigentum. Damit hat er direkten Einfluss auf die Umsetzung von Reformen in den Bereichen Handel, ausländische Direktinvestitionen sowie den institutionellen Wandel und sollte ein wichtiges Mittel zur Umstellung auf eine offene Handels- und Investitionspolitik sein. Jedoch scheint die politische Unterstützung der Kremlführung nachzulassen. Diese Entwicklung begründet sich mit nicht unberechtigten Befürchtungen, dass Russland nach einem Beitritt seine hohen Zolltarife senken müsste und russische Unternehmen dann der ausländischen Konkurrenz nicht gewachsen wären. Weiterhin könnten ausländische Unternehmen nach dem Beitritt viel leichter auf den russischen Markt expandieren und die russische Regierung könnte nicht mehr so viel Einfluss auf sie nehmen wie bisher. Russland verzögert den Beitritt, um Zeit zu gewinnen, nicht wettbewerbsfähige Bereiche in der

Landwirtschaft, Industrie, dem Banken- und Versicherungssektor besser auf die internationale Konkurrenz vorzubereiten.

Das ständige Kräfteressen mit dem Westen hat Russlands Integration in die Weltwirtschaft aufgehalten. Seine Großmachtrolle kann Russland unmöglich in Gegnerschaft zum wirtschaftlich stärkeren Westen erringen. Eine Selbstisolierung würde die Kräfte des Landes überdehnen und die russische Wirtschaft ruinieren. Auf den Aufstieg der BRIC-Staaten als gegengewichtige Weltordnung zu hoffen, wäre falsch. Dieser Aufstieg erfolgt nur langsam. Die USA besitzen einen technologischen Vorsprung, die beste Innovationskultur und wissen die Europäer als »ewige Verbündete« fest an ihrer Seite. Der materielle Wohlstand des Westens entfaltet eine Magnetwirkung auf alle Teile der Welt, inklusive der GUS-Staaten. Auch die russische Gesellschaft ist dem materialistischen Zeitgeist längst verfallen. Eine Innovationsgesellschaft ohne Demokratie aufzubauen, ist nicht möglich. Deshalb plädiert auch Medwedew für mehr Liberalismus. Die Besuche in Paris und Berlin sind allerdings vom sich hochschaukelnden russisch-georgischen Konflikt in Bezug auf die abtrünnigen Republiken Abchasien und Südossetien überschattet. Neue militärische Scharmützel im Südkaukasus nehmen zu. Allerdings scheint es unwahrscheinlich, dass der neue Präsident sich durch ein überhartes Vorgehen in diesem lokalen Konflikt die Chance der Neuauflage einer weitreichenden Modernisierungspartnerschaft mit dem Westen verbaut. Niemand ahnt zu diesem Zeitpunkt, was zwei Monate später passieren wird.

Medwedew sieht übermüdet aus. Er hat tiefe Ringe unter den Augen. Der neue Präsident hat wenig Schlaf. Er hält sich, wie Putin, sportlich in Form. Er schwimmt jeden Tag mehrere Runden und hebt Gewichte. Jeden Morgen surft er im Internet. Er entwickelt eine eigene Webseite, die ihn als modernen Politiker einer neuen Generation vorstellen soll. Kurz vor Medwedews Machtübernahme lädt Gasprom die alte Rockband Deep Purple

zu einem Privatkonzert für den künftigen Präsidenten nach Moskau ein. Die britischen Musiker sind zutiefst angetan vom Empfang im Kreml und den hohen Gagen.

Medwedew übernimmt die Präsidentschaft in einem ganz anderen Russland, das Putin acht Jahre zuvor von Jelzin geerbt hatte. Nach außen hin liberal, muss er im Lande selbst mit einem äußerst konservativen Volksdenken auskommen. Die staatsfreundlichen Aussagen der Russen sind auch vor dem Hintergrund der wirtschaftlich instabilen 1990er-Jahre zu sehen. Damit verbinden heute sehr viele Russen eine Zeit, in der sehr wenige sehr schnell sehr reich wurden, ein Absinken des Lebensstandards zu verzeichnen war und die Wirtschaftskrise 1998 ihre Spuren hinterließ. Nach einer anderen Meinungsumfrage befürworteten 60 Prozent der Russen eine Pressezensur, 25 Prozent sind dagegen. Nur acht Prozent geben an, es gebe in Russland eine Pressezensur, der mehrheitliche Rest würde eine weitere Verschärfung der Zensur sogar akzeptieren. Medwedew betont sogleich, dass er das russische Fernsehen ideal findet. Im Westen unterschätzt man die Staatshörigkeit der russischen Bevölkerung. Und: Der überwiegende Großteil der Russen glaubt, der Westen habe Russland in den 90er-Jahren absichtlich geschwächt. Von einer Vergangenheitsbewältigung will in Russland niemand etwas wissen. Innerhalb der Eliten ist eine ohnmächtige Wut gegenüber dem Westen zu spüren. Trotzdem appelliert Medwedew mit den Worten »Freiheit ist besser als Unfreiheit« an seine Mitbürger. Doch dabei geht es ihm nicht darum, sein Land in die Demokratie zu führen. Vielmehr befürchtet er, dass zu viel Freiheit in Russland zu Anarchie, Staatszerfall und neuen Machtkämpfen führt. So bedauerlich das ist – die jüngste russische Geschichte ist voll von diesen negativen Episoden. In Russland stellt sich die Frage krasser als anderswo: Freiheit oder Sicherheit?

Im Denken der russischen Eliten existieren Widersprüche. Einerseits schimpfen sie auf den Westen und demonstrieren ihre Verachtung vor dem westlichen liberalen Modell. Andererseits ordern sie Luxuswaren aus dem Westen, verbringen ihren Urlaub

in den nobelsten westlichen Kurorten, verstecken ihr Geld auf ausländischen Konten und schicken ihre Kinder auf westliche Internate.

Noch glätten sich die Wogen. Mit dem Machtwechsel von Putin zu Medwedew vollzieht sich das Ende der Phase der Regenerierung der Wirtschaft nach den schlimmen Krisen der 90er-Jahre. Medwedew leitet nun die Phase der Wertschöpfung ein. Nach einem Fünf-Punkte-Plan soll die Wirtschaftsmodernisierung bis 2020 bewerkstelligt sein. Als zentrale Aufgaben nennt er die Diversifizierung der Wirtschaft, den Aufbau moderner Logistik und Telekommunikationen sowie Investitionen in Bildung und Gesundheitswesen. In seiner künftigen Entwicklung möchte Russland auf eine Mischform von staatlicher Regulierung und Privatwirtschaft zurückgreifen. Der Staat soll weiterhin in der Rolle des wichtigsten strategischen Investors auftreten, solange die Privatwirtschaft das Risiko noch scheut. Die privaten Investorenrechte sollen allerdings gestärkt werden.

Andererseits verfügt die Duma, dass ausländische Investitionen in 42 spezifischen strategischen Wirtschaftszeigen nicht über 25 Prozent liegen dürfen. Der Russlandexperte Stefan Meister glaubt nicht, dass es dabei grundsätzlich um das Verbot von Investitionen in diese Bereiche geht, sondern nur um deren Zulassung und damit Kontrolle durch den Staat. Letztlich folgt Russland damit einem internationalen Trend, wichtige Bereiche der nationalen Volkswirtschaften vor ausländischen Investoren zu schützen. Dabei zeichnet sich das russische Gesetz durch eine besonders hohe Zahl an geschützten Branchen und unklare Bestimmungen über Kriterien und den Umfang der Kontrolle aus. Andererseits werden mit dem neuen Gesetz klarere Regeln für Investoren gesetzt und der Premier als verantwortliche Instanz festgelegt. Damit endet auch eine Phase von Unklarheit für ausländische Investoren.

Trotzdem wirkt sich das Vorgehen gegen ausländische Unter-

nehmen und die Beschränkung von Auslandsinvestitionen negativ auf weitere Investitionen aus und die internationale Skepsis gegenüber der russischen Rechtsstaatlichkeit bleibt bestehen. Staatliche Behörden wie das Umweltministerium oder die Steuerbehörde setzen weiterhin russische und ausländische Unternehmen unter Druck, um diese zu zwingen, ihre Anteile an Staatskonzerne zu verkaufen. Die Auseinandersetzung um die strategische Ausrichtung bei TNK-BP zwischen den russischen und britischen Anteilseignern könnte zum Rückzug von BP aus einer strategischen Branche führen, bei dem eine ausländische Firma die Politik maßgeblich beeinflusst hatte. Auch wenn diesem Streit unterschiedliche Vorstellungen in der Unternehmensstrategie zugrunde liegen, greift der Staat durch die Nichtvergabe von Visa an BP-Mitarbeiter zugunsten der russischen Anteilseigner ein.

Medwedews Berater Igor Jürgens beklagt: Leider ist nicht jeder Volkscharakter dazu geeignet, in kurzer Zeit einen verantwortungsvollen Managertypen zu kreieren. In der Bevölkerung glaubt man traditionell an das Modell großer integrierter Konzerne. Der Manager will kein langfristiges zukunftsträchtiges Geschäft mit seinen vermeintlichen Partnern aufbauen, sondern nur schnell Geld verdienen. Medwedew hofft auf Liberalisierung, stärkere Gerichtsbarkeit, Transparenz. Er setzt bereits in den ersten Wochen wichtige Zeichen. Er stoppt ein Gesetz, das die Freiheit der Medien einschränken sollte. Das Gesetz wurde zuvor von der Duma eingebracht. Ferner löst er die Bindungen des Kreml mit der nationalistischen Jugendorganisation »Naschi« (die Unsrigen), die Putin im Jahre 2005 zur Abwehr von einer orangefarbenen Revolution in Russland gründen ließ. Er stellt sich vor eine Richterin, die im Fernsehen eine Gängelung der Gerichte seitens der Staatsanwaltschaft beklagt. Immer wieder sagt er, der Einfluss des Staates auf die Wirtschaft solle reduziert werden, unabhängige Direktoren sollen das Ruder an der Spitze der Staatsunternehmen übernehmen und die Korruption bekämpfen. Andrei Scharonow, Geschäftsführer der Troika-Dialog Bank, sagt bei einem politischen Frühstück in Berlin: Unter Putin ist Russ-

land vor allem durch manuelles Steuern des Staates und nicht durch institutionelle Strukturen geprägt worden. Nun wird der Unterschied zwischen Putin und Medwedew erkennbar. Putin bevorzugt informelle Strukturen, Medwedew funktionsfähige Institutionen.

Doch hinter den Kulissen der Macht spitzt sich eine Auseinandersetzung über den künftigen Kurs zwischen Medwedews Reformern und Setschins Hardlinern weiter zu. Letztere sind klar gegen die Annäherung an den Westen und gegen Marktreformen. Medwedew ist nicht in der Lage, eine Koalition für Reformen zu schmieden. Setschin ist in der Position des Vizepremiers für Industriefragen für wichtige Schlüsselbereiche der strategischen Wirtschaftszweige verantwortlich. Ständig begleitet er Putin auf Industriebesichtigungen durch das Land. Medwedew wird lange brauchen, um einen Ausgleich zwischen den verschiedenen Interessen in der politischen Elite zu finden und den liberalen mit dem staatsorientierten Flügel zu versöhnen. Der Reformblock, angeführt vom Ersten Vizepremier Schuwalow, besitzt heute zwar einen direkten Zugang zu Medwedew. Er soll die versprochenen liberalen Elemente in die Wirtschaftspolitik einbauen. Der Gegenblock der Silowiki besteht nicht nur aus Setschin, sondern auch aus dem ehemaligen Premier und obersten Finanzinspektor Subkow. Den größten Streit zwischen den Blöcken wird es vermutlich bei der Frage der Entflechtung der natürlichen Monopole sowie der Dezentralisierung staatlicher Holdings geben. Andere Streitpunkte sind auch schon offen zutage getreten.

Der Medwedew nahestehende Konzern Gasprom und die Setschin nahestehende Ölgesellschaft Rosneft kämpfen vehement um die Seniorpartnerschaftsrolle in Öl- und Gaskonsortien mit lukrativen westlichen Energieunternehmen. Medwedew und Schuwalow wollen die von den Geheimdiensten erstellte Liste der 42 strategischen Wirtschaftszweige, in die ausländisches Investitionskapital nur begrenzt fließen darf, kürzen. Medwedew und Schuwalow möchten eine neue Öffnung gegenüber der EU in Energiefragen erreichen und offerieren eine Einbindung von

Transitstaaten in gemeinsame Gaskonsortien, bestehend aus Produzenten, Konsumenten und Transitstaaten. Das Problem mit den Silowiki ist, dass sie eine zu starke Vormachtstellung in der Industriepolitik erhalten haben. Setschin und seine Geheimdienstler wehren sich gegen eine zu radikale Westöffnung, denn sie vermuten weiterhin, dass der Westen Russland eigentlich nur wirtschaftlich kolonisieren möchte.

Putin wird sich als Schiedsrichter im Kompetenzgerangel und als Garant für die Stabilität des Systems als unabkömmlich profilieren. Medwedew wird liberale Elemente in die Wirtschaftspolitik langsamer integrieren müssen, letztendlich Russland aber weiter auf den Weg der Rechtsstaatlichkeit bringen können. Putin kann Medwedew nicht zu sehr »bevormunden«, ansonsten läuft er Gefahr, die Institution des Präsidenten für die Zukunft zu beschädigen. Oder es gibt einen Plan, Russland von einer präsidentialen in eine parlamentarische Republik umzuwandeln. Letzteres scheint unwahrscheinlich.

Medwedew muss die Bevölkerung von einer weiteren Marktöffnung und mehr Wettbewerb überzeugen. Sowohl in Fragen von Konkurrenzfähigkeit als auch Korruption ist ein Mentalitätswandel in der Bevölkerung und Elite notwendig. Medwedew hat es in seinem Land mit einem komplizierten gesellschaftlichen Bewusstsein zu tun. Putin hat den Menschen neues Selbstbewusstsein verliehen, ihnen aber kein modernes staatliches Denken offeriert. Seit vielen Jahren fühlen die Russen sich dem Staat gegenüber – den sie trotzdem als sozialen Fürsorger sehen – zu keiner Gegenleistung mehr verpflichtet. Steuern werden nur unwillig bezahlt. Der Kampf gegen die Korruption kann nur durch kulturelle Initiativen begleitet werden. Medwedew muss das nationale und persönliche Gewissen des Einzelnen ansprechen und neue gesellschaftliche Ideale kreieren. Er versucht dies heute über das Internet zu bewerkstelligen.

Der Abbau von Korruption ist zentraler Bestandteil der Politik Medwedews. Als Erstes soll die Unabhängigkeit der Gerichte gestärkt werden. Damit einher geht die Einschränkung der Im-

munität hoher Staatsbeamter. Als Zweites ist die Modernisierung der staatlichen Verwaltung vorgesehen, verbunden mit einer Entfernung von staatlichen Beamten aus dem Aufsichtsrat großer staatlicher Unternehmen. Drittes Element ist die Stärkung des Rechtsbewusstseins der Bevölkerung unter Beteiligung von Medien und Nichtregierungsorganisationen. Zentraler Bestandteil dieser Strategie ist eine bessere Qualifizierung der Juristen. Ein neues Nachwuchssystem soll geschaffen werden, nicht mehr wie bisher, auf der Grundlage von Beziehungen, sondern durch Wettbewerb. Ebenso will Medwedew ein Netz von Zentren für Wissenschaft und Bildung schaffen, das eine neue Hochschulelite hervorbringen soll.

Über welche Art von Antimonopolpolitik kann gesprochen werden, wenn die russische Regierung die staatlich kontrollierten Holdings weiterhin als Kernstück der Industrialisierung betrachtet, obwohl nach Medwedews eigenen Worten »der Staatskapitalismus im 21. Jahrhundert kein effizientes Management sicherstellt«? Diese werden jedoch zur Stärkung des staatlichen Einflusses in der Wirtschaft gebraucht. Mit dem Ziel, die Infrastruktur und Konkurrenzfähigkeit in wirtschaftlichen Schlüsselbereichen mittels Bündelung von Unternehmen zu verbessern, erfolgt der Zusammenschluss mehrerer staatlicher Unternehmen bestimmter Branchen unter dem Dach großer Holdings. Der Staat überträgt diesen Zusammenschlüssen Eigentum und finanziert sie mit einem Startkapital und großen Staatsaufträgen. Im Unterschied zu Unternehmen, die sich vollständig in staatlichem Eigentum befinden, unterliegen sie keiner direkten staatlichen Kontrolle und werden nicht vom Rechnungshof überprüft. Die Folgen sind Intransparenz und fehlende Kontrolle und tendenziell die Entstehung neuer Monopole.

Staatskorporativen existieren im Flugzeugbau (OAK), Bankenbereich (Bank für Entwicklung und Außenwirtschaft), im Wohnungsbau (Stiftung zur Reform der kommunalen Wohnungswirtschaft), in der Forschung (Rostechologii, Rosnanotechnologii) und der Atomindustrie (Rosatom). Weitere Unter-

nehmen sind für die Landwirtschaft, Post, Pharmazie und den Straßenbau geplant.

Entscheidend für den anvisierten Übergang von einer Rohstoffwirtschaft zu einem Staat mit entwickelter Hochtechnologie ist jedoch keine neue Megaindustrialisierung, sondern die Verbesserung des Bildungssystems, das den Bedürfnissen einer modernen Wirtschaft angepasst werden muss. Russland fehlen seit Jahren in technischen Bereichen Fachkräfte. In den 90er-Jahren wurden fast ausschließlich Juristen und Betriebswirte ausgebildet. Jetzt benötigt das Land dringend gute Ingenieure. Als wichtiger Innovator sollen künftig so genannte Technoparks dienen. Sie sollen der Forschung an der Schnittstelle zwischen Hochschule und Wissenschaft Impulse geben. Insbesondere der Mangel an Fachkräften bremst bereits jetzt das Wachstum in bestimmten Wirtschaftsbereichen. Die Lage wird sich weiter verschlechtern, da in den kommenden Jahren geburtenschwache Jahrgänge die Bildungseinrichtungen verlassen werden. So hat sich die Zahl der Schüler an russischen Schulen von 1997 bis 2008 von 22 Millionen auf 13 Millionen reduziert. Hinzu kommt eine restriktive Migrationspolitik, die ihre Grundlage in der Abneigung der russischen Bevölkerung und zum Teil auch politischen Elite gegenüber Zuwanderung hat. Die Folge ist eher illegale Zuwanderung von weniger qualifizierten Personen aus dem Kaukasus, Zentralasien und China anstelle der dringend benötigten eigenen hoch qualifizierten Arbeitskräfte.

Wichtige Probleme in den Bereichen Bildung und Wissenschaft entstehen dadurch, dass die vorhandenen Mittel zu ineffizient eingesetzt werden, es an Abstimmung zwischen Bildungseinrichtungen und der Industrie fehlt und der Staat bisher bei der Förderung dominiert. Die Unterfinanzierung und Kommerzialisierung von Bildung in den 90er-Jahren führte zu einer Verschlechterung der Qualität der Ausbildung und einer Überalterung von Lehrkräften und Wissenschaftlern. Es existieren zu viele Hochschulen, die am Arbeitsmarkt vorbei ausbilden. Die Innovationsfähigkeit der russischen Forschung sinkt trotz steigender

staatlicher Ausgaben, die Zahl der Patentanmeldungen geht seit Jahren zurück. Auf dem internationalen Markt für Hochtechnologie spielt Russland keine Rolle.

Es zeigt sich, dass die Industrie wenig bereit ist, in innovative Zentren und Forschung zu investieren und für ausländische Unternehmen diese bisher unattraktiv sind. Hauptprobleme im Bereich Technologietransfer sind: die ungenügende Entwicklung von Risikokapital, unterentwickelte Rechtsinstitutionen und Wirtschaftspraxis, unzusammenhängende staatliche Politik in den Bereichen intellektuelles Eigentum und Technologietransfer, geringe Wissenschaftsförderung, Mangel an Fachkräften und eine staatliche Steuerpolitik, die diese behindert.

Medwedew betont, Russland müsse im internationalen Wirtschaftssystem wettbewerbsfähiger werden und in die internationale Wertschöpfungskette einbinden. Er verspricht, über Steuer-senkungen einheimischen und ausländischen Investoren mehr Produktionsanreize zu geben. Ihm ist bewusst, dass das Kernproblem der Wirtschaft in der geringen Produktion und mangelnder Innovationskraft liegt. Das derzeitige Innovationspotenzial der russischen Wirtschaft beträgt nur zehn Prozent, vergleichsweise in Deutschland 50 Prozent. Momentan geben russische Firmen überdurchschnittlich 55 Prozent ihres Umsatzes für technologische Ausstattung aus, nur 0,5 Prozent für Weiterbildung und nur 0,3 Prozent für Marketing.

Medwedew kann nicht verborgen geblieben sein, dass in Russland heute größere Korruption herrscht als in den 90er-Jahren. Laut einem Bericht der KPMG wird in der russischen Staatsbürokratie weiter gestohlen, betrogen und korrumpiert. Höhere Staatsbeamte haben sich versteckte Eigentumsstrukturen geschaffen. Geschäfte können ohne Gesetzesbruch kaum erfolgen. Betrüger sitzen oft in den Etagen der eigenen Firma. Russlands Infrastruktur hinkt um 20 bis 30 Jahre hinterher, die Industrieanlagen stammen noch aus der Breschnew-Zeit. Russland ist seit 20 Jahren ausschließlich ein Land der Händler und Rohstofflieferanten. Das viel zu schnell verdiente Geld lässt den Unterneh-

mergeist verkommen. Schafft es die neue Regierung, eine richtige und ehrliche Diagnose eigener Wirtschaftsprobleme zu erstellen? Das weitere Wachstum soll sich jedenfalls aus Innovationen speisen, nicht aus staatlich gelenkter Wirtschaftspolitik.

Der steile Anstieg der Preise für Öl und Gas beschert der russischen Wirtschaft ein enormes Wachstum und der politischen Elite ein neues Selbstbewusstsein auf der internationalen Weltbühne. Verbunden mit diesen Einnahmen sind eine Zunahme des Konsums sowie vor allem in den letzten Jahren stetig wachsende Investitionen. So nahm der Konsum 2007 um 13 Prozent zu, unterstützt von einem Anstieg der Löhne um 16 Prozent. Damit einher ging ein grundlegender Strukturwandel, der in den letzten Jahren zu einer Modernisierung des Dienstleistungssektors führte. Trotzdem ist es vor allem der globale Markt und nicht der nationale, der die Russen mit Markenartikeln versorgt. Russische Produkte haben weiterhin ein Wettbewerbsproblem, weniger aufgrund des Preises als vielmehr aufgrund von Qualität, Verlässlichkeit und Marketing.

Medwedew hat Glück. Die am amerikanischen Immobilienmarkt ausgelöste weltweite Finanzkrise hat bisher keine gravierenden Auswirkungen auf russische Finanzinstitutionen. Der Abzug ausländischen Kapitals erzeugte zwar eine gewisse Hysterie an den russischen Börsen, die staatliche Intervention hatte aber eher bescheidene Dimensionen und bewirkte rasch eine Beruhigung der Stimmung. Das zeugt aber auch von einer geringen Integration der russischen Finanzwelt in die Weltwirtschaft. Langfristig könnte diese Krise dennoch Auswirkungen auf die russische Wirtschaft haben, da es schwieriger wird, günstige Kredite zu erhalten. Schon jetzt ist der starke Anstieg der Verschuldung privater Haushalte und Unternehmen bedenklich. Die nicht staatlichen russischen Auslandsschulden betragen im Oktober 2007 431 Milliarden US-Dollar. Dies war ein Anstieg um insgesamt fast 40 Prozent seit Anfang des Jahres. Die wichtigsten Kreditnehmer für ausländisches Kapital sind staatliche Unternehmen und einige große Banken, die damit ihre Zukäufe

auch im Inland finanzieren. Die russische Bevölkerung besitzt einen großen Nachfolgebefehl an Wohlstand, Konsum und Luxuswaren. Man kann sich heute das leisten, wovon Generationen von Russen früher nur träumen konnten.

Im außenpolitischen Strategiepapier des Außenministeriums, das parallel zur Amtseinführung Medwedews vorgestellt wurde, ist von einer engeren Zusammenarbeit außenpolitischer Institutionen mit russischen Unternehmen die Rede. Diese soll über die Unterstützung gemeinsamer Projekte sowie die Verbesserung des internationalen Klimas für russisches Business und Auslandsinvestitionen erreicht werden. Ziel soll es sein, Russland vollständig in die Weltwirtschaft zu integrieren. Dabei soll Russlands Wirtschaftskraft durch den Beitritt zur WTO gestärkt werden. Russland möchte internationale ökonomische Prozesse über die Ausarbeitung von Regeln und die Gestaltung des internationalen Handels mitbestimmen. Der WTO-Beitritt soll zur Stärkung der wirtschaftlichen Entwicklung Russlands beitragen. Unter dem Begriff Energiediplomatie wird die zentrale Rolle von Energieträgern für die Entwicklung der nationalen Ökonomie verstanden. Die russische Energieaußenpolitik zielt darauf ab, gute Bedingungen für den Verkauf von Energieträgern zu schaffen. Dazu ist es notwendig, das Energiepotenzial weiter auszubauen, Russlands Image als verlässlichen Partner zu stärken, die Diversifizierung von Transportrouten voranzutreiben und eine Balance zwischen nationalen und internationalen Bedürfnissen in diesem Bereich zu finden. Der Energiedialog mit den Nachfrageländern (EU, USA, Asien) soll weiterentwickelt werden.

Priorität besitzt der Beitritt zur OECD als Forum der industrialisierten Staaten sowie die Zusammenarbeit mit der Weltbank. Ebenso soll eine Kooperation mit der Asiatischen und Amerikanischen Entwicklungsbank erfolgen, was den Anspruch verdeutlicht, in allen ökonomisch wichtigen Regionen präsent zu sein. Russland möchte auch im internationalen Rahmen im Bereich Umweltschutz seine Position stärken und auf der Basis ökologischer Technologie die Modernisierung der russischen Wirtschaft

vorantreiben. Dies soll einerseits über die enge internationale Kooperation bei der Umsetzung der Beschlüsse von Kyoto und dem Nachfolgeprotokoll erfolgen, andererseits durch die Förderung von Energieeffizienz russischer Unternehmen mittels Auslandsinvestitionen.

An diesem Strategiepapier wird deutlich, dass Russland in seiner Außenwirtschaftspolitik einen globalen Anspruch verfolgt und zentrales Grundprinzip dabei die Beteiligung an allen wichtigen Finanzinstitutionen des Westens ist. Russland möchte integriert werden und auf gleicher Augenhöhe mitgestalten können. Gleichzeitig besteht zwischen Anspruch und Wirklichkeit eine starke Divergenz: Weder ist Russland bisher Vorreiter bei der Umsetzung des Kyoto-Protokolls (auch wenn es dieses inzwischen ratifiziert hat) noch bei der Energieeffizienz.

Die russische Bevölkerung gewöhnt sich langsam an ihren neuen Präsidenten. Doch Medwedew schöpft weiterhin seine Autorität alleine vom Zuspruch Putins. Würde Putin Medwedew als unfähig titulieren, würde er sich kaum an der Macht halten können. In den Fernsehnachrichten dominiert Putin. Er hält lange Reden, über seine Arbeitsbesuche im In- und Ausland wird ausführlich berichtet. Man zeigt den alten Präsidenten die Exekutive lenken. Die Sitzungen des Präsidiums der Regierung werden ständig im Fernsehen gezeigt. Dort liest Putin seinen Ministern die Leviten. Sie geben ihm, nicht dem Präsidenten, Rapport. Medwedew kommt in den Nachrichtensendungen im Bild, aber wenig im Ton vor. Er versucht die liberale Komponente in der Regierung dadurch zu stärken, dass er sich ab und zu mit dem Finanzminister Kudrin und dem Sozialminister Alexander Schukow ablichten lässt. Doch die Minister sieht man immer seltener im Kreml. Kaum jemand hätte dies für möglich gehalten: Die Machtvertikale verlagert sich deutlich ins Weiße Haus, den Sitz der Regierung.

Selten sieht man Medwedew im Kreis von Uniformierten. Die Militärs und Geheimdienste scheinen sich nach Putin auszurich-

ten. Im Parlament hört die Mehrheitsfraktion der Partei »Einheitliches Russland« ebenfalls nur auf Putin. Schließlich ist der Regierungschef neuer Vorsitzender dieser Kremlpartei. Nichts deutet darauf hin, dass Medwedew sich in irgendeiner Weise für die Unterstützung einer alternativen Partei – beispielsweise »Gerechtes Russland« – einsetzen könnte. Dabei gibt es Hinweise darauf, dass der Kreml mittelfristig die Errichtung eines Zweiparteiensystems für Russland als notwendig erachtet. Während der Nationalist Schirinowski Zulauf bekommt und im Kreml hofiert wird, verlässt Grigori Jawlinski, fast unbemerkt von der Weltöffentlichkeit, im Sommer 2008 die politische Bühne und gibt seinen Vorsitz der liberalen Partei »Jabloko« ab. Mit ihm tritt der letzte Mohikaner aus der Gruppe der Jungreformer der 90er-Jahre ab, die nach dem Zerfall des Kommunismus das Land in eine demokratische und marktwirtschaftliche Zukunft führen wollten.

Während des G-8-Gipfels in Japan tritt Medwedew international kaum in Erscheinung. Russische Initiativen werden auf dem Gipfel nicht popularisiert. Medwedew hätte die Chance gehabt, sich über die Idee einer »ökologischen Allianz« außenpolitisches Profil auf internationalem Parkett anzueignen. Noch wird er von seinen Kollegen in der globalen Politik nicht ernst genommen. US-Präsident George W. Bush nennt ihn herablassend einen »netten Kerl«. Tatsächlich spinnt Putin die Fäden – auch in der internationalen Politik. Das wissen die Staatsführer. Trotzdem müssen sie irgendwie protokollarisch mit Medwedew sprechen. Der Kremlpolitologe Vjatscheslaw Nikonow spottet: Putin ist überqualifiziert für nutzlose Gespräche auf leeren Veranstaltungen wie die G-8- oder EU-Gipfel. Er lässt Medwedew gewähren. Aber die wichtigsten Entscheidungen trifft alleine er.

### *Sibirien*

Vor acht Jahren hatte Putin vor der historischen Aufgabe gestanden, Russlands drohenden Zerfall aufzuhalten und die Wirtschaft

seines Landes zu sanieren. Medwedews Rolle ist historisch eine andere. Er muss Russland zu einer attraktiveren »Soft power« entwickeln, die eine positive Magnetwirkung auch auf andere Nachbarstaaten entfalten könnte. Eigentlich müsste die Präsidentschaft Medwedews eine in sich gekehrte Politik sein. Modernisieren kann sich das Riesenland nur durch die konkrete Lösung seiner sozialwirtschaftlichen Probleme, wie den Aufbau einer Wirtschaftsinfrastruktur sowie die Umkehrung der bestehenden demografischen Trends. In der Präsidentschaft Medwedews wird sich Russland entweder endgültig in die Weltwirtschaft integrieren (integrieren lassen) oder sich isolieren (isolieren lassen).

Schon der kürzlich verstorbene Schriftsteller Solschenizyn hatte die russische Führung vor neuer Expansion gewarnt. Russland müsse sich auf die Modernisierung Sibiriens konzentrieren – dort lege der eigentliche Schatz, der Russland langfristig reich und stark machen würde. Sibirien ist von seiner territorialen Größe her mit den USA zu vergleichen. Seit dem 16. Jahrhundert wurde es von Russland erobert und besiedelt. Nach dem Verschwinden des tatarisch-mongolischen Großreichs spürte Moskau bei seiner Expansion nach Osten keinen nennenswerten Widerstand. Das damalige China war ebenfalls zu schwach, um sich der neuen europäischen Großmacht Russland in den Weg zu stellen.

Die Bevölkerungszahl Sibiriens betrug Ende des 18. Jahrhunderts eine Million Menschen, von denen ethnische Russen gut die Hälfte stellten. Im Verlauf des 19. Jahrhunderts nahm die Einwohnerzahl stark zu, insbesondere durch Verbannungen, deren Zahl Ende des 19. Jahrhunderts 19.000 Menschen jährlich betrug. 1891 begann der Bau der Transsibirischen Eisenbahn. 1893 wurde die Stadt Novosibirsk gegründet, die mit ihren derzeit 1,4 Millionen Einwohnern den Rang beansprucht, die drittgrößte Stadt Russlands zu sein. Die Erschließung eines Teils Sibiriens durch den Eisenbahnbau führte zu einer Auswanderungswelle aus dem europäischen Teil Russlands Richtung Osten. Allein zwischen 1897 und 1911 emigrierten 3,5 Millionen Menschen nach Sibirien. 1917 hatte Sibirien elf Millionen Bewohner. In der Zeit der Sowjetunion än-

derte sich die Besiedlungsdynamik. Die kommunistische Industrialisierung erforderte den Aufbau der Industrie im Norden des Riesenlandes. Militärische Infrastruktur und Industriestädte wurden in die bisher unbesiedelten Teile Sibiriens eingepflanzt. Die Bevölkerungszahl stieg aufgrund der gezielten Industrialisierungspolitik in Sowjetzeiten bis 1991 auf über 32 Millionen an.

Nach dem Zerfall der Sowjetunion setzte eine Flucht aus diesen Städten zurück in den Westteil des Landes ein. Seither sank diese Zahl auf nunmehr gut 29 Millionen. Dies liegt teils an der gesunkenen Lebenserwartung und Geburtenzahl, teils an der Auswanderung. Sie betraf vor allem Menschen deutscher Abstammung und jüdischen Glaubens. 90 Prozent der Auswanderer hatten Deutschland als Ziel. Nun zeigte sich, wie wenig oder einseitig die UdSSR in die Modernisierung Sibiriens an Mitteln investiert hatte. Mitte der 90er-Jahre lag das Industriepotenzial Sibiriens praktisch am Boden. Der Krenmlführung fehlte jegliches Konzept. Während Länder wie Kanada, die über Landmassen mit ähnlich schwierigen klimatischen Bedingungen verfügten, ihr Potenzial zur wirtschaftlichen Stärke nutzen, ließ Moskau Sibirien verkommen.

Auch gegenwärtig sind die Bevölkerungszahlen in Sibirien rückläufig. Man liest viel von einer illegalen Besiedlung der weiten sibirischen Regionen durch Chinesen, aber die wirklichen Zahlen sprechen keinesfalls von einer stillen Annexion des asiatischen Teils Russlands durch die neue Weltmacht China. Nichtsdestotrotz weisen führende russische Wissenschaftler darauf hin, dass sich in den nächsten Jahrzehnten die ethnische und kulturelle Zusammensetzung der Bevölkerung Sibiriens verändern wird. Während heute Sibirien zivilisatorisch eindeutig Europa zugeordnet ist, werden bald mehr Menschen mit islamischem und chinesischem Hintergrund dort leben. Mit allen daraus für Moskau, aber auch Europa folgenden Konsequenzen. Die nationalen Projekte, die unter Medwedews Führung in den Jahren 2005 bis 2008 konzipiert wurden, müssen gerade in Sibirien realisiert werden. Denn dort entscheidet sich Russlands wirtschaftliche und politische Zukunft als Großmacht.

*Energie*

Russland hat sich unter Putin erholt, die Ölförderung hat längst wieder den Stand der Sowjetunion erreicht, Russland fördert mehr Öl als Saudi-Arabien. Kann Medwedew jetzt ein neues Kapitel der Zusammenarbeit aufschlagen? Die EU braucht dringend Gas. Schon im nächsten Jahrzehnt wird die EU, um das gewünschte industrielle Wirtschaftswachstum zu erzeugen, ihre Erdölimporte um 40 Prozent und ihre Erdgasimporte um 150 Prozent steigern müssen, weil die Erdgasfelder in der Nordsee erschöpft sind. Erdöl werden die EU-Staaten relativ einfach auf dem Weltmarkt erstehen können. Das ökologisch sauberere Erdgas dagegen wird in den nächsten Jahrzehnten für die Weltwirtschaft immer wichtiger. Ein Drittel aller bekannten Gasreserven des Planeten lagern in Russland. Deutschland bekommt heute 45 Prozent seines Gases von dort. Soll Deutschland über die 50-Prozent-Grenze gehen? Ist Russland ein verlässlicher Partner?

Bis 2020 wird Russlands eigene Nachfrage nach Erdgas um 50 Prozent steigen. Parallel zum Anstieg der europäischen Nachfrage nach 50 Prozent mehr Importen aus Russland. Also muss Russland die Förderung verdoppeln, um die einheimischen und die ausländischen Abnehmer zu befriedigen. Gazprom kann jetzt schon seine Exportverpflichtungen aufgrund des hohen Inlandsverbrauchs nur durch den Aufkauf zusätzlichen Gases aus Zentralasien befriedigen. Manche Beobachter in Russland glauben, dass die russische Regierung die Inlandspreise drastisch anheben, dadurch die eigene Industrieproduktion reduzieren, aber den Export verdoppeln wird. Das beantwortet die Frage nach der Vergrößerung der Fördervolumen nicht. Die Erschließung neuer Gasfelder wie Jamal und Shtokman kommt nur langsam voran und könnte sich aufgrund der schwierigen Bedingungen weiter verzögern. Muss also die steigende Rohstoffnachfrage in den kommenden Jahren von mehr Auslandsinvestitionen begleitet werden?

Die gegenwärtigen Investitionsmöglichkeiten sind durch hohe

Zölle auf Öl- und Gaseinkünfte, hohe Steuern und Staatsregulierung eingeschränkt. Wird sich hier etwas ändern? Die Verbesserung der Energieeffizienz wird sich in den nächsten Jahren zur zentralen Frage für die russische Wirtschaft entwickeln, sowohl in Bezug auf die Reduzierung von Treibhausgasen als auch unter dem Aspekt der Energieexporte.

Wie viele Öl- und Gasreserven Russland tatsächlich besitzt, ist geologisch nicht erforscht. Jedenfalls fördert Russland bislang nur so viele Energieträger, wie es diese gewinnbringend verkaufen kann. Im Nordteil des Kaspischen Meeres, im Norden Sibiriens und im russischen Teil der Arktis werden jedoch weitere Riesenreservoirs vermutet. Diese sollen dann gefördert werden, wenn die anderen Quellen versiegt sind. Mit dieser Strategie glaubt Moskau seine Stellung als Energiesupermacht noch 80 Jahre behaupten zu können.

Im Westen hat sich der Verdacht erhärtet, dass Moskau seine Ressourcen als politisches Druckmittel gegenüber seinen Nachbarstaaten einsetzen möchte. Während des Zerfalls der Sowjetunion hatte der Kreml schon einmal den baltischen Ländern die Energiezufuhr gestoppt, um sie gefügig zu machen. Im Winter 2006 wurde der Ukraine das Gas für einige Stunden abgeschaltet, als Kiew die russische Preiserhöhung nicht akzeptieren wollte. Im Winter 2007 wiederholte sich das Geschehen in Belarus. Auch Georgien wurde zu dieser Zeit einmal die Gaszufuhr gesperrt, angeblich weil »Terroristen« im Nordkaukasus die Verbindungspipeline beschädigt hatten.

Die Tatsache, dass Europa und Asien in den nächsten Jahren von russischen Öl- und Gaslieferungen immer abhängiger werden, wird niemand leugnen. Der Energiebedarf der westlichen und vor allem der asiatischen Industrienationen steigt rapide an. Seit den 90er-Jahren gilt Russland als alternativer Energieversorger zum Persischen Golf. Aufgrund der geografischen Nähe Russlands zur EU sowie aufgrund des russischen Interesses an einer wirtschaftlichen Anknüpfung an Europa bietet sich für den Westen die Russlandoption als naheliegend an. Das russische

Pipelinennetzwerk nach Europa ist funktionsfähig, erprobt und könnte ausgebaut werden.

Medwedew ist im russischen Energiegeschäft kein Neuling. Über die Hälfte eines Jahrzehnts war er Vorsitzender des Aufsichtsrats von Gazprom. Er hat an der Kremlstrategie, Russland über den Faktor Energie den verlorenen Großmachtstatus in der Weltpolitik wiederzugeben, maßgeblichen Anteil gehabt. Um diesem ambitionierten Ziel näherzukommen, muss Medwedew drei wesentliche Probleme lösen. Erstens muss er die Transportkapazität für die angestrebte Verdopplung von Energieexporten nach Europa, Asien und in die USA schaffen. Russland ist seit 2000 dabei, seine zahlreichen Terminals zu modernisieren und auf Flüssiggastransporte (LNG) umzurüsten. In naher Zukunft sollen spezielle Tanker Flüssiggas nach Amerika, Japan und Europa transportieren. Unter großem Aufwand betreibt Moskau den Bau neuer Pipelines – durch die Ostsee, das Schwarze Meer, den Nordkaukasus sowie die sibirische Taiga.

Das zweite Problem, vor dem Medwedew steht, ist die Konsolidierung seines Energiekomplexes. In den 90er-Jahren hatte die erste Reformregierung Russlands den Ölsektor praktisch in private Hände abgegeben – an die Oligarchen, die dem Staat ihre Bedingungen diktierten. Wie in den vergangenen Kapiteln beschrieben, holte sich der Staat die Kontrolle über diese strategisch so bedeutsamen Wirtschaftszweige zurück, teilweise mit sehr unappetitlichen Mitteln. Während der Präsidentschaft Putins kehrte der Staat in den Mittelpunkt von Entscheidungen im Energiesektor zurück.

Schließlich muss sich Moskau entscheiden, ob und wie weit es ausländische Konzerne an der Förderung seiner Energieressourcen beteiligen möchte, denn Kapital und Technologien aus dem Westen werden zur Steigerung der Förderung benötigt. Westliche Energiekonzerne, die sich in den 90er-Jahren in Öl- und Gaskonsortien eingekauft hatten, werden in eine Juniorpartnerschaft gezwungen und müssen Gazprom als Seniorpartner akzeptieren. Der Monopolist Gazprom hat die alleinige Kontrolle über alle Gastransportnetze auf russischem Territorium gesetz-

lich zuerkannt bekommen. Die Ölpipelines gehören der staatlichen Firma Transneft. Medwedew's Aufgabe besteht nun darin, die neuen Spielregeln rechtlich ein für alle Mal abzusichern. Westliche Konzerne sind gewillt, die neue Zentralmacht im russischen Energiegeschäft anzuerkennen – wenn die Regeln für Investoren nicht wieder verändert werden. Er darf die westliche Geschäftswelt nicht enttäuschen.

Solange das Öl und Gas aus der kaspischen Region über keine alternativen Pipelines in Umgehung russischen Territoriums auf westliche Märkte gelangen kann, behält Russland über das zukunftssträchtige Energiegeschäft die Oberhand und entscheidet, wohin und in welchen Mengen die zentralasiatischen Staaten ihre Energieträger transportieren und verkaufen können. Eine der ersten Auslandsreisen führt Medwedew deshalb nach Zentralasien – an die Ostküste des Kaspischen Meeres. Russland bietet den zentralasiatischen Ländern plötzlich an, ihr Gas vollständig aufzukaufen, und zwar zu Weltmarktpreisen. Kasachstan, Turkmenistan und Usbekistan willigen ein, denn sie sehen keine andere Option. Der Westen hat es in den letzten Jahren nicht geschafft, eine Pipeline über den Grund des Kaspischen Meeres zu legen. Moskau konnte diesen Bau zusammen mit dem Iran torpedieren. Gaslieferungen nach Westen über das Territorium des Irans zu leiten, erlaubten die USA den Europäern nicht. Medwedew bindet die zentralasiatischen Staaten in ein gemeinsames Konsortium für den Bau einer neuen Gaspipeline entlang des Ostufers des Kaspischen Meeres ein. Das westliche Projekt der »transkaspischen Pipeline« scheint vorerst gestorben.

Doch in Wirklichkeit kann Russland den künftigen Wettkampf um die Pipelinerouten von Ost nach West gegen ein Bündnis aller westlichen Staaten kaum gewinnen. Der Westen möchte seine Versorgungssicherheit stärken und eine zu offensichtliche Energieabhängigkeit von Russland vermeiden. Deshalb wird er seine Bezugsquellen diversifizieren. Medwedew wird akzeptieren müssen, dass der Westen eine gewisse Diversifizierungspolitik aus Eigenschutz betreiben muss. So hat im Kaukasus die im Jahre 2005

in Betrieb genommene Erdölpipeline von Baku ins türkische Ceyhan das russische Pipelinemonopol ausgehebelt. Westliche Konzerne planen, eine Erdgaspipeline nach Westen zu bauen. Diese soll unter der Bezeichnung Nabucco das russische Pipelinemonopol in Zentralasien neutralisieren. Während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2006 wurde die so genannte Zentralasienstrategie entwickelt. Sie sollte als Energiebeschaffungsstrategie konzipiert werden. Länder wie Kasachstan und Turkmenistan sollten überredet werden, sich enger an die EU zu koppeln. Dafür zeigt man sich in den Hauptstädten Europas bereit, über die demokratischen Defizite in diesen Ländern hinwegzusehen.

Polen und die baltischen Länder blockieren heute den Bau der Ostseepipeline von Russland nach Deutschland. Sie werden dabei von Schweden unterstützt. Einerseits weil sie sich vom lukrativen Energiegeschäft übergangen fühlen, andererseits weil sie ökologische Bedenken gegen den Bau der Nord Stream haben. Falls das Projekt scheitert, will Russland das South-Stream-Pipelineprojekt fördern. Russland hat es vermocht, Staaten wie Griechenland, Bulgarien, Serbien, Ungarn und Österreich als Transitländer für die South Stream zu gewinnen. Falls das russische Erdgas nicht vom Norden in die EU fließen kann (was jedoch unwahrscheinlich scheint), wird es sich den Weg nach Westen vom Süden her bahnen. Medwedew, der zusammen mit Putin der Unterzeichnung des Abkommens zum Bau dieser Pipeline in Sofia weilte, wird die Energieaußenpolitik seines Vorgängers auf diesem Gebiet weiter fortsetzen.

Europa in der Zange? Während die Europäer noch darüber grübeln, wie sie die Energielieferungen aus Russland diversifizieren können, um nicht in zu große Abhängigkeiten vom russischen Gas zu gelangen, schafft Medwedew die Fakten. Während die Brüsseler EU-Bürokratie mit den eigenen europäischen Energiekonzernen im Clinch liegt und das notwendige Investitionskapital in eigene Pipelines noch sammeln muss, steckt Moskau seine am Energieexport verdienten Petrodollars zielstrebig in den Bau seiner eigenen Transportinfrastruktur. Im energiepolitischen

Wettbewerb hat Russland heute die Nase vorn. Russlands Masterplan geht auf. Der Kreml möchte einigen EU-Staaten, die russlandfreundlich auftreten, die Rolle einer Drehscheibe für die Vermarktung des russischen Gases in Europa anbieten und dort Riesengasspeicher anlegen. Politiker und Unternehmer in den entsprechenden Staaten reiben sich angesichts des erhofften kommerziellen Gewinns die Hände.

In anderen Ländern der EU herrscht dagegen Panikstimmung. Die Ängste der Europäer mögen nicht völlig unbegründet sein, sind aber dennoch übertrieben. Putin spielt nicht ein Eroberungsspiel der Geheimdienste, sondern nutzt die für das Exportland Russland günstige Konjunktur, um auf den europäischen und übrigens auch auf den asiatischen Markt ökonomisch zu expandieren. Russland ist aber genauso von seinen Millionen EU-Konsumenten abhängig wie die EU von russischem Gas. Diese Interaktion besteht seit mehr als 35 Jahren, hat auch im Kalten Krieg funktioniert und wird – nach der gegenwärtigen Phase der Politisierung des Energiegeschäfts – sich wieder auf pragmatischen Bahnen bewegen.

Die Strategie Russlands zur Energiesupermacht aufzusteigen, ist langfristig angelegt und bleibt Bestandteil der Politik des neuen Präsidenten Medwedew. Wie Putin, wird auch Medwedew nichts unversucht lassen, die langjährigen Konsumenten russischen Erdgases, allen voran Deutschland und Italien, als Verbündete für den Ausbau der Energiepartnerschaft mit Russland zu gewinnen. Ungeachtet der öffentlichen Kritik am russischen »Energieimperialismus« halten diese beiden Länder an ihrer Schrittmacherrolle fest. Sie schaffen damit die Voraussetzungen dafür, dass aus einem anfänglichen Energiedialog mit Russland sich eine feste Energieallianz entwickeln kann. Sie dient der Idee einer künftigen wirtschaftspolitischen Integration Russland–EU. Die EU sucht nach Wegen, Russland an Europa anzubinden, ohne es in die EU und NATO aufnehmen zu müssen. Die Energieallianz mit Russland soll später einer freien Wirtschaftszone und einem gemeinsamen Wirtschaftsraum den Weg ebnen.

Ganz wichtig für Medwedew ist die richtige Suggestion. Die Energieallianz Russland/EU darf den Westen keineswegs einseitig von Russland abhängig machen. Der Westen muss selbst Interesse haben, die Allianz weiterzuentwickeln, wenn Russland seinen Energiesektor für ausländische Investoren stärker öffnet (in den nächsten Jahren muss sich der Anteil ausländischer Aktionäre an Gazprom vergrößern), sich den internationalen Wettbewerbsregeln unterwirft (Voraussetzung für den WTO-Beitritt), eine unabhängige Justiz schafft und sich einer Zusammenarbeit im Bereich des Klimawandels und der nuklearen Sicherheit wirklich öffnet. Eine Energieallianz Russland–EU wird auch nur dann funktionieren, wenn die Transitländer in die gemeinsame Strategie eingebunden werden und ihnen die Angst vor politischen Druckmitteln von seiten Moskaus genommen wird. Milliardenbeträge müssen in die Modernisierung der russischen Erdgas- und Erdölinfrastruktur investiert werden; das Geld dafür kann eigentlich nur aus dem Westen kommen.

Dies wären die Konturen einer neuen, überarbeiteten Energiestrategie, die Medwedew dem Westen offensiv vorschlagen könnte. Die vom Westen ständig ins Spiel gebrachte Energiecharta wird er nicht ratifizieren, denn sie würde Russland zum Verzicht auf sein Transportmonopol verpflichten. Natürlich werden zunächst viele Fragen zur Rechtssicherheit in einem zusehends staatlich kontrollierten Energiesektor auch von einer Präsidentschaft Medwedew unbeantwortet bleiben. Doch ein westliches Liberalisierungsmodell hat kurzfristig in Russland keine Chancen. Die EU bemüht sich zwar, auf eine Entmonopolisierung der russischen Energiewirtschaft, auf liberalen Wettbewerb, Öffnung des Marktes, Abbau von Subventionen für russische Industriekonsumenten und auf die Stärkung von Eigentumsrechten zu pochen, doch solche Politik macht eher für die langfristige Entwicklung einen Sinn. Andererseits ist Russland bewusst, dass die Europäer über Jahre hinweg seine Hauptkonsumenten bleiben.

Für den Westen gilt das Prinzip der Reziprozität. Westliche Konzerne müssen auf dem russischen Markt direkt in das För-

dergeschäft Zutritt erhalten. Dafür ist der Westen gewillt, russische Unternehmen in den Transportbereich und Absatzmarkt auf den europäischen Markt zu lassen. Die Reziprozität funktioniert noch nicht wie gewünscht. Westliche Unternehmen haben Probleme, sich in die neu entstehenden Gaskonsortien einzukaufen; im Gegenzug schließen sich die Türen für russische Investoren in strategische Wirtschaftszweige im Westen. Das gegenseitige Misstrauen wächst eher.

Besteht die Gefahr, dass sich Russland statt der europäischen der asiatischen Energiekooperation verschreibt? Die größten russischen Erdgasfelder der Zukunft liegen bekanntlich nicht in West-, sondern Ostsibirien – näher vor der asiatischen als vor der europäischen Haustür. Während heute Russland 88 Prozent der gesamten Erdgasausfuhren und 58 Prozent der gesamten Erdölausfuhren in europäische Länder dirigiert, wird es in 15 Jahren zwei Drittel seiner Erdgasexporte und 75 Prozent seiner Erdölexporte nicht der EU, sondern Asien zukommen lassen. Die einzige Voraussetzung dafür ist, dass Russland in den nächsten Jahren die bisher kaum vorhandene Transportinfrastruktur Richtung Osten aufbaut. Der Exportoptimismus Russlands wird durch den Energiehunger der rapide wachsenden Wirtschaften Chinas, Indiens und anderer asiatischer Staaten genährt.

Eine völlige Hinwendung Russlands in Richtung Asien liegt nicht im europäischen Interesse. Eine solche Entwicklung stärkt nicht die Energieversorgungssicherheit Europas. Die weltpolitische Lage kann sich so entwickeln, dass Energielieferungen aus dem Persischen Golf unterbrochen werden könnten. Ein Russland, das sich selbst als Teil Europas definiert, wäre dann plötzlich in der Rolle des Retters. Auf lange Sicht kommen die Russen nicht nur als Exporteure fossiler Energieträger in Betracht. Es gibt Expertenstudien, die den Horizont noch weiter spannen. Danach könnte Russland in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts mit seinem Wasserreichtum und einer dann womöglich hoch entwickelten Atomindustrie zum Stromlieferanten für Europa und

Asien heranwachsen. Das hat Putin unmissverständlich in seiner Rede 2001 im Bundestag vorgeschlagen. Westliche Politiker haben ihn damals nicht beim Wort genommen. Andere Beobachter betrachteten diese historische Rede als Propagandatricks russischer Geheimdienste. Mit einem marktwirtschaftlich orientierten Juristen Medwedew im Kreml hofft der Westen womöglich enger kooperieren zu können als mit den bislang in der russischen Führung dominierenden Geheimdiensten.

Der bereits erwähnte George Kennan konnte vor 60 Jahren nicht ahnen, dass die Energiefragen im 21. Jahrhundert die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen prägen werden. Besteht, wie manche Beobachter fürchten, die Gefahr einer neuen Spaltung Europas aufgrund von Fragen der Energiesicherung? Die EU ist heute mit der Liberalisierung des eigenen Energiemarkts beschäftigt. Produktions- und Transportstrukturen dürfen künftig nicht mehr in einem Konzern konzentriert sein. Das bedeutet, dass die führenden europäischen Energieunternehmen ihr Leitungsnetz veräußern müssen. Russland missfällt diese Entwicklung besonders, denn Gasprom könnte dann sein Gas nicht, wie gewünscht, direkt an den Endverbraucher in Europa verkaufen. Die Baustelle in den Energiebeziehungen zwischen EU und Russland wird immer komplizierter. Wie können die Interessen der Konsumenten, Produzenten und der Transitländer kompatibel gestaltet werden? Besteht die Gefahr, dass am Ende drei Kartelle entstehen – ein geschlossener EU-Markt, ein Transitkartell der russischen Anrainerstaaten, von der Ukraine bis Finnland, – sowie eine Gas-OPEC (Russland mit den Ländern Zentralasiens)? Im Westen scheint man die globalen Herausforderungen zu unterschätzen.

## *NATO*

Kurz vor Medwedews Amtseinführung beschließt die NATO auf ihrem Gipfel in Bukarest, den ehemaligen Sowjetrepubliken

Ukraine und Georgien eine langfristige NATO-Beitrittsperspektive zu geben. Die Entscheidung wird von den USA, gegen den Widerstand der »alten« Europäer, durchgerungen. Putin, der zu diesem Gipfel anreist, poltert gegen den Westen, wird aber ignoriert. Offensichtlich möchte sich die scheidende Bush-Administration, nach dem Debakel im Irak, im Süden der GUS ein historisches Denkmal setzen. Damit könnten, nach den drei baltischen Republiken, zwei weitere Nachfolgestaaten der untergegangenen UdSSR sich dem westlichen Verteidigungsbündnis anschließen. Dies konnte für die übrigen GUS-Länder als grünes Licht für ein endgültiges Vordringen der NATO auf postsowjetisches Gebiet verstanden werden. Natürlich würden sich jetzt auch Aserbaidschan, Moldawien, vielleicht noch der eine oder andere zentralasiatische Staat Chancen für eine NATO-Aufnahme ausrechnen.

Die Balten, Georgier und Westukrainer definieren sich heute als Opfer der sowjetischen Okkupation und des Stalinismus. Die Eliten dieser Länder haben in der Gegnerschaft zu Russland ihre identitätsstiftende Staatsidee gefunden. Über die Gegnerschaft zu Russland glauben sie eine beschleunigte Verschmelzung mit dem Westen herbeiführen zu können. Ihre Methode ist es, sich über die Stärkung des Konfliktpotenzials mit Russland ein Ticket in den Westen einzulösen. Sie funktionieren damit praktisch die NATO wieder um in die alte Abschreckungsmaschine und Eindämmungswall aus dem Kalten Krieg gegenüber Moskau. Die alten Mitgliedsstaaten der EU und NATO fordern dagegen eine Politik der Verständigung und Vernetzung mit Russland. Sie lehnen eine neue Eindämmungspolitik ab. Deutschland, Frankreich und andere Staaten des alten Westens sind überzeugt, dass die NATO Abfederungsmechanismen gegenüber Russland braucht.

Insgesamt ist sich der Westen sicher: Mit dem Instrumentarium der NATO, ESVP, WTO, OSZE, G-8 besitzt er das entsprechende Regelwerk für eine friedliche und prosperierende Weltordnung. Vermutlich überschätzt er dabei seine moralische und militärische Überlegenheit gegenüber Staaten wie Russland und China.

»Warum reagiert der Westen nicht auf meine Friedensangebote einer neuen europäischen Ordnung?«, fragt Medwedew einige Wochen nach seiner Amtseinführung die versammelten russischen Botschafter. Doch der Westen ist mit den US-Wahlen beschäftigt, Medwedew ist aus den Schlagzeilen verschwunden. Wen interessiert im Westen Russland, der Verlierer des Kalten Kriegs? Zusammen mit dem Präsidentschaftskandidaten Obama zelebriert der Westen die hart erkämpften freiheitlichen und liberalen Ideale des 20. Jahrhunderts.

Ein Russland, das seine Identität noch im Sieg gegen den Faschismus im Zweiten Weltkrieg verankert sieht, ist dem Westen fremd. Die Leidenschaft, mit der im Westen die Wiedervereinigung West- und Mitteleuropas in den 90er-Jahren betrieben wurde, ist in Bezug auf Russland abhanden gekommen. Die EU fühlt instinktiv, dass die Ostslawen ein anderes Wertesystem haben und eine gemeinsame Wertegemeinschaft nicht errichtet werden kann. Russlands Maxime erschrecken den Westen. Vor zehn Jahren ging Russland am Bettelstab, heute fürchtet der Westen den neuen Energieriesen. Dabei unterscheidet sich Russland zentral von der Sowjetunion. Erstens ist es kapitalistisch – kapitalistischer sogar als Westeuropa. Zweitens verfolgt es keinerlei Welteroberungspläne. Es ist der Westen, der die NATO an Russlands Grenzen erweitert. Russland will nicht dieselben Fehler wie die Sowjetunion machen, sich von den USA tot-rüsten zu lassen.

Russland setzt weiterhin auf Deutschland. Medwedew und Putin sind Europäer, die sehen, dass ein Bündnis mit China sie für lange Zeit von Europa abschneiden werden. Hinter den heute noch 148 Millionen Russen leben auf der gemeinsamen Festlandsmasse über 1,3 Milliarden Chinesen. Mit der 7000 Kilometer langen, schwer kontrollierbaren Grenze dazwischen. Ohne den Chinesen Böses zu unterstellen: Russland sucht die Europa-bande sogar sicherheitspolitisch, wegen des gemeinsamen Interesses am europäischen Gleichgewicht. Wenn der Westen Russland als strategischen Interessenspartner stärker integriert hätte, wäre

Putin niemals diesen heutigen taktischen Bund mit China eingegangen. Aber gegenwärtig lockt China Russland immer weiter nach Asien. Beijing möchte natürlich nicht, dass Russland der NATO beitrifft und sich das Militärbündnis Chinas Grenze nähert.

Außerdem würde Russland in Asien eine noch mindere Rolle spielen als heute in Europa. So will Medwedew, wie Putin, für den Einzug Russlands auf den europäischen Kontinent kämpfen, auch wenn die Türen für Moskau vielleicht so lange geschlossen bleiben, bis Russland das westliche Wertesystem aufnimmt. Irgendwie kann man die Russen verstehen: Sie wollen am Aufbau einer künftigen europäischen Architektur partizipieren. Europa sagt ihnen aber hochnäsiger: Das Europa des 21. Jahrhunderts wird von der EU und der NATO gestaltet. Zu Moskau sagt man: Russen raus.

Russland bedrängt die NATO, eine Grundsatzklärung anzunehmen, gemäß der es keine Sicherheit in Europa über die Beeinträchtigung der Sicherheit anderer Staaten geben kann. Für Russland ist das Vordringen der NATO in historisch angestammte russische Gebiete, wie die Ostukraine, Krim und den Südkaukasus, nicht nur demütigend, sondern gefährlich. Wie im vergangenen Kapitel analysiert, fühlt sich Moskau eingekreist. Putin ist sich sicher, dass die bunten Revolutionen in Georgien (2003) und der Ukraine (2004) von den USA geplant und ausgeführt wurden, um Russland einzudämmen. Auch vermutet er, dass westliche Geheimdienste Rebellengruppen im Tschetschenienkrieg unterstützt haben, um Russlands Südflanke zu schwächen. Der Westen wirft russischen Politikern eine paranoide Haltung vor. Aus Moskau verlautet, man lasse sich nicht mehr wie in den 90er-Jahren für dumm verkaufen. Theoretisch könnten bald in allen NATO-Staaten modernste Waffenarsenale gegen Russland stationiert sein. Moskau glaubt amerikanischen Versicherungen, die Raketenabwehr sei gegen den Iran und nicht gegen Russland gerichtet, nicht. Medwedew und Putin ziehen eine Art »rote Linie«, die der Westen nicht überschreiten darf.

Viele Stimmen im Westen geben Russland recht. Man versteht die Befindlichkeiten der Russen. Wie kann Moskau tolerieren, dass vor seiner Nase Raketen aufgestellt werden, das westliche Militärbündnis direkt ins Herzland des alten Russlands erweitert und dann noch die russische Wirtschaft aus Europa herausgedrängt wird! Auch im Westen glauben immer weniger Menschen den Beteuerungen der eigenen Politiker, das alles richte sich nicht gegen Russland.



---

Teil III

# Präsident unter Putin



---

## Kaukasuskrieg und Folgen

*Russland ist eine Nation, mit der ab jetzt zu rechnen ist.  
Die Stunde der Wahrheit hat geschlagen.  
Die Weltordnung hat sich seit dem 8. August verändert.*

Medwedew im Nationalen Sicherheitsrat

Gerade hatte sich das Tandem Putin/Medwedew politisch eingespielt, die Weltöffentlichkeit verharrte in Erwartung auf einen neuen Modernisierungsschub in Russland durch den »Liberalen« Medwedew. Der Westen entscheidet sich, mit der größeren NATO-Osterweiterung auf die Länder Ukraine und Georgien zu warten. In Polen und Tschechien mehrt sich der Widerstand gegen das amerikanische Raketenabwehrsystem. Washington und Moskau streiten sich nicht mehr über das iranische Atomprogramm. Medwedew sagt der Ukraine die Zerschlagung von mafiaartigen Strukturen sowie mehr Transparenz im Gasgeschäft zu. Der amerikanische Wahlkampf beginnt, und es hat den Anschein, als ob der Kandidat der Demokraten, Obama, neue Friedensinitiativen Richtung Russland plant. Die Polen und Litauer heben ihr Veto gegen Verhandlungen über ein neues Partnerschaftsabkommen zwischen der EU und Russland auf. Analytiker sprechen vom Beginn einer neuen Tauwetterperiode in den Beziehungen zwischen dem Westen und Russland.

Mitte Juli 2008 findet in Jalta auf der Krim das jährliche Forum »Yalta European Strategy« statt. Dieses Jahr mischt sich der georgische Staatschef Michail Saakaschwili unter die zahlreichen

hochkarätigen Gäste. Sein Blick ist starr und verrät große Anspannung. »Wir werden uns Südossetien bald zurückholen«, flüstert er seinem deutschen Bekannten zu. Dieser zuckt. Soeben hat der deutsche Bundesaußenminister Steinmeier eine europäische Friedensinitiative Richtung Abchasien, der anderen abtrünnigen Provinz Georgiens, gestartet. An erster Stelle des Steinmeier-Plans steht der Gewaltverzicht. Georgien und seine abtrünnigen Provinzen sollen mit EU-Geldern wirtschaftlich aufgebaut werden, damit sie auf marktwirtschaftliche Art und Weise wieder zusammenkommen. Doch Steinmeier bekommt für seine Anregung keine Unterstützung. Abchasien scheint auch die falsche Baustelle gewesen zu sein.

Sechs Wochen später. Präsident Medwedew, gerade einmal vier Monate im Amt, erkennt die abtrünnigen georgischen Provinzen als souveräne Staaten an. Mit fester Stimme verkündet er seine Entscheidung, von der er weiß, dass sie Russland große Kopfschmerzen bereiten wird. Moskau könnte in eine internationale Isolation geraten. Er liest nicht ab, was Putin ihm aufgeschrieben hat. Medwedew ringt sich selbst zu dieser Entscheidung durch. Er sieht keine andere Option. Kurze Zeit später legt er im Interview nach: »Russland will keinen Streit. Aber es fürchtet auch keinen Kalten Krieg.« Mit dieser Proklamation tritt Medwedew aus dem politischen Schatten seines Mentors Putin heraus.

Es passiert alles sehr schnell. In der Nacht vom 8. August 2008, als in China gerade die Olympischen Spiele eröffnet werden, bricht im Kaukasus ein neuer Krieg aus. Die Weltöffentlichkeit ist schockiert, denn statt der erwarteten Sportwettkämpfe sieht sie nun jeden Tag in den Hauptnachrichten Panzer rollen, Flüchtlingswellen, zerbombte Städte und viele Tote. Man will es kaum glauben: Der kleine David Georgien hat den Goliath Russland herausgefordert. Parallel zum Kriegsgeschehen wird von allen Seiten eine von diesem Ausmaß noch nie da gewesene Propaganda-

schlacht losgetreten. Über das, was in diesen dramatischen Stunden am Südrücken des Kaukasusgebirges vor sich geht, gibt es verwirrende und vor allem unterschiedliche Informationen. Wer ist der Täter, wer das Opfer? Gibt es hier mehrere Wahrheiten?

Festzustellen ist, dass es an den Grenzen zwischen dem Kernland Georgien und der abtrünnigen Republik seit mehreren Jahren immer wieder Scharmützel gibt. Entlang der Grenze stehen sich seit dem Bürgerkrieg zwischen Georgien und Südossetien von 1992 russische und georgische Friedenstruppen gegenüber. Doch Russland spielt nicht die Rolle des ehrlichen Mittlers, sondern schürt den Konflikt, indem es der Bevölkerung in den abtrünnigen Regionen russische Pässe vergibt sowie zulässt, dass sich die Osseten bis auf die Zähne bewaffnen und ungehindert georgische Friedenstruppen und georgische Nachbardörfer unter Beschuss nehmen. Die iranischstämmigen Südosseten sind eigentlich von Russland durch das Kaukasusgebirge im Norden isoliert. Doch vor 50 Jahren wurde durch die Berge hindurch der so genannte Roki-Tunnel gelegt. Durch ihn verläuft die wirtschaftliche Versorgung der abtrünnigen Provinz aus Russland. Für Georgien ist die selbst ernannte Macht in Südossetien ein Schmugglerregime. In der Schreckensnacht vom 7. auf den 8. August spielt der Roki-Tunnel die kriegsentscheidende Rolle.

Saakaschwili greift in der Nacht Südossetien an. Unter dem Vorwand, georgische Dörfer vor dem Beschuss der Freischärler aus Osseten zu schützen, lässt er eine 12.000 Mann starke Armee, hochgerüstet mit westlicher und israelischer Militärtechnik, vor der abtrünnigen Provinz aufmarschieren. Um 22 Uhr bricht der Waffenstillstand zwischen den georgischen Blauhelmen und den Osseten. Die Linie der russischen Friedenstruppen wird überrollt, zahlreiche Blauhelme getötet. Die Hauptstadt von Südossetien, Zchinwali, gerät unter Granatenbeschuss. Saakaschwilis Plan ist, die Osseten in die Flucht zu schlagen; die Bevölkerung soll durch den Roki-Tunnel nach Nordossetien – eine russische Provinz im Nordkaukasus – verdrängt werden. Die Georgier denken, dass die Massenflucht durch den Roki-Tunnel aus südlicher Richtung

einen Durchmarsch russischer Militärs durch denselben Tunnel aus der nördlichen Richtung verhindern würde.

Georgien unterläuft ein kriegsentscheidender Fehler. Saakaschwili rechnet offensichtlich nicht mit einer schnellen Reaktion Russlands und der bedeutenden Gegenwehr ossetischer Freiwilligenverbände, obwohl im Zeitalter der Satellitenaufklärung er die Truppenbewegungen russischer Militärs in Nordossetien verfolgt haben muss. Aber Putin befindet sich auf der Eröffnungsfeier der Olympiade in Beijing, Medwedew scheint die Zügel noch nicht fest in der Hand zu halten. Tiflis glaubt in Südossetien schnell Fakten schaffen zu können. Doch Saakaschwili kann nicht entgangen sein, dass Russland schon eine Woche vor Kriegsausbruch einige hundert Zivilisten aus Südossetien vorsorglich über den Roki-Tunnel ins russische Nordossetien evakuiert hat.

Der Kreml wird durch den militärischen Vorstoß Saakaschwilis in eine Zwangslage versetzt. Entweder gibt es Südossetien für immer auf, riskiert dafür, seinen Großmachtstatus in der Region ebenfalls zu verlieren oder den Vorstoß abzuwehren. Zwölf Stunden nach dem georgischen Angriff lässt Moskau die Panzer der 58. Armee durch den Tunnel nach Georgien rollen, um den Südosseten gegen die regulären georgischen Truppen beizustehen. Russland wird später von einem versuchten Völkermord der Georgier an den Osseten sprechen. Georgien wird Russland vorwerfen, den Krieg durch den Beschuss der georgischen Dörfer durch die Südosseten provoziert zu haben. Analytiker sind sich nicht einig darüber, ob Moskau hier Georgien eine Falle gestellt habe, in welche Saakaschwili dann hineintappte, oder ob Saakaschwili – vielleicht im Glauben an eine Rückendeckung durch den Westen – sich zum fatalen Blitzangriff entschloss. Beide Seiten hatten genug Gründe, den Konflikt auf diese Weise eskalieren zu lassen, um ihre »strategischen Hausaufgaben« in der Region zu lösen.

Gegen Mitternacht nehmen georgische Truppen Zchinwali ein. Tausende von Zivilisten fliehen über den Roki-Tunnel – fahrenden russischen Panzern entgegen – nach Russland. Nach russi-

schen Angaben sind in dieser Nacht auf nicht georgischer Seite fast 2000 Zivilopfer zu beklagen. Später heißt es aus westlichen Quellen, die Opferzahlen seien niedriger ausgefallen. Die internationale Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch berichtet, georgische Truppen hätten gegen die Zivilbevölkerung Streubomben eingesetzt. Die georgische Seite sagt, russische Bombardements hätten Zchinwali zerstört. Jedenfalls halten die Georgier längere Zeit ihre Stellung. Am 9. August setzt Russland seine Luftwaffe im Kampfgeschehen ein. Gerüchten zufolge droht Putin Saakaschwili im Falle eines fortsetzenden Widerstands mit der Bombardierung von Tiflis. Die russische Marine läuft aus Sewastopol aus, um die Küste Abchasiens zu kontrollieren. Nun gibt es keinen Zweifel mehr. Die Welt ist Zeuge eines neuen Kriegs. Nach stundenlangen Kämpfen um Zchinwali und schweren Opfern unter der georgischen Armee (man spricht von 4000 getöteten georgischen Soldaten) bläst Saakaschwili am Nachmittag des 8. August zum Rückzug. Sein Coup ist misslungen. Seine gut ausgebildete und mit modernster westlicher Waffentechnik ausgerüstete Armee hat die russische Gegenreaktion unterschätzt. Das Kriegsgerät ist größtenteils zerstört.

Hals über Kopf zieht sich die georgische Armee zurück. Doch nun folgt die später vom Westen als unverhältnismäßig und überzogen apostrophierte Offensive der Russen. Die russische Luftwaffe zerstört innerhalb weniger Stunden große Teile der Militärinfrastruktur Georgiens. Der Radarturm in Tiflis, das Ölterminal in der Hafenstadt Poti, die Militärgarnison in Gori werden bombardiert. Fernsbilder von einem auf dem Boden liegenden, sich vor vermutenden Luftschlägen der Russen rettenden Saakaschwili gehen um die Welt. Zwar schießt die georgische Luftabwehr zwei russische Jagdbomber ab, doch schon am 10. August kontrolliert die russische Armee den gesamten Nordteil Georgiens. Die Vorhut der russischen Offensive bilden Sondereinheiten ehemaliger tschetschenischer Freischärler, die Moskau noch vor wenigen Jahren zu Terroristen abgestempelt hatte. Sie nehmen die georgische Stadt Gori unter dem Schlachtruf »Allah ist

groß« ein. Die georgische Bevölkerung flüchtet ins südliche Tiflis. Russland und Georgien bezichtigen sich nun gegenseitig der ethnischen Säuberungen. In dem von Russland besetzten Teil kommt es zu Plünderungen vonseiten ossetischer Freischärler, die sich an der georgischen Zivilbevölkerung rächen.

Russland setzt weiterhin die Zerstörung der georgischen Militäreinrichtungen fort und begründet dies mit Vergeltung für den Tod russischer Blauhelmsoldaten und russischer Staatsbürger in Südossetien. In Wirklichkeit soll Georgien kampfunfähig für mögliche folgende Angriffe gegen Südossetien gemacht werden. Auch soll verhindert werden, dass im Falle einer schnellen Aufnahme Georgiens in die NATO dieses Land zu einem militärischen Frontstaat gegen Russland ausgebaut werden könnte. Plötzlich öffnet sich eine zweite Front. Die andere abtrünnige Republik, Abchasien, ergreift die historische Chance, sich im Windschatten des Kriegs endgültig vom georgischen Kernland zu lösen. Auch dort gab es in der Vergangenheit mehrere Scharmützel zwischen abchasischen Rebellen und georgischem Militär. Die abchasischen Separatisten werfen die georgischen Armeeeinheiten von ihren strategischen Stellungen in den Bergen rund um Abchasien zurück. Der russische Flottenverband der Schwarzmeerflotte verschafft die nötige Rückendeckung gegen mögliche Militärschläge.

Der Kaukasuskrieg endet nach nur drei Tagen. Doch nun beginnt die eigentlich entscheidende Schlacht – in den internationalen Medien und auf dem diplomatischen Parkett. Und diesen Kampf riskiert Russland zu verlieren. Moskau kann seinen Standpunkt und seine »Wahrheit« über die Gründe und den Verlauf des Kriegsgeschehens der aufgebrachten westlichen Öffentlichkeit nur schwer vermitteln. In den Augen der meisten Westler ist das kleine Georgien das Unschuldslamm und Russland eindeutig der Aggressor. In den westlichen Medienberichten wird fast ausschließlich über die georgischen Zivilopfer und Zerstörungen berichtet, kaum über das Schicksal der Südosseten.

Andererseits werden die Menschen im Westen, und vor allem

in den ehemaligen Staaten des Warschauer Pakts, durch die Fernsehberichte von der russischen Besetzung Kerngeorgiens an lange zurückliegende Bilder vom Einmarsch der Sowjettruppen in die Tschechoslowakei 1968 und in Afghanistan 1979 erinnert. Plötzlich geht in Europa die Angst vor einem möglichen Angriff Russlands auf andere ehemalige Sowjetrepubliken um. Einige westliche Medien schüren förmlich die Furcht vor einem neo-imperialistischen Russland. Die Präsidenten Polens, der Ukraine und der drei baltischen Länder fahren zu einer Solidaritätskundgebung für Saakaschwili nach Tiflis. Sie wollen ihrem verbündeten georgischen Staatschef helfen, die Geschichte umzuschreiben. Es gilt Russland als den alleinigen Aggressor in diesem Konflikt darzustellen. Die USA unterstützen die harte anti-russische Rhetorik und geißeln Moskau »imperialistischen Krieg gegen Georgien«. Zwischen den USA und Polen wird der lang ausstehende Vertrag über die Stationierung der Raketenabwehr unterzeichnet. Bei der Unterzeichnungszeremonie ist nicht mehr ausdrücklich davon die Rede, dass sich die Raketen ausschließlich gegen Staaten wie Iran richten. Moskau soll den Fingerzeig verstehen. Auf amerikanischen Druck wird auch der NATO-Russland-Rat ausgesetzt.

Währenddessen eilt der EU-Ratspräsident und französische Staatschef Nicolas Sarkozy nach Russland, um mit Medwedew einen Waffenstillstand und einen Friedensplan auszuarbeiten. Noch bevor Sarkozy in Moskau eintrifft, erklärt Medwedew die russische Militäroffensive gegen Georgien für beendet. Die anschließenden Verhandlungen zwischen der EU und Russland entwickeln sich äußerst kompliziert. Russland weigert sich, im Friedensvertrag die Souveränität des georgischen Staatsverbands mit den beiden abtrünnigen Republiken anzuerkennen. Auch fordert Medwedew für sich die Anerkennung einer »Schutzzone« für russische Friedenstruppen an der Grenze zwischen Abchasien/Süd-ossetien und dem Kernland Georgien. Sarkozy, der den Krieg sofort beenden möchte, zeigt sein Einverständnis. Wie breit diese Pufferzone im georgischen Kernland sein darf, ist nicht konkre-

ter Gegenstand der Verhandlungen. Die Franzosen sprechen später von »einigen Kilometern«, die den russischen Blauhelmen zugestanden werden können, Russland weitet diese Zone unverfroren fast bis ans Schwarze Meer aus.

Aus Moskau fliegt Sarkozy nach Tiflis. Die EU-Ratspräsidentschaft hat er sich anders vorgestellt. Einen Monat zuvor kündigte er den Aufbau einer Mittelmeerunion zwischen der EU und den Ländern Nordafrikas an. Frankreich will einen entscheidenden Schritt zur Stabilitätssicherung in der südlichen Nachbarschaft der EU unternehmen. Sicherlich hatte er sich ein wenig darüber gewundert, dass der deutsche Außenminister Steinmeier seinen Friedensplan für Abchasien zur gleichen Zeit verfolgte und stur an den Prinzipien einer deutsch-europäischen Ostpolitik festhielt. Nun muss sich Sarkozy den Rest der französischen EU-Ratspräsidentschaft unerwartet mit dem Problem Kaukasus herumschlagen. Saakaschwili ist bereit, den so genannten Sechspunkte-Friedensplan zu unterzeichnen, aber niemals auf die beiden abtrünnigen Republiken zu verzichten. Sarkozy kehrt mit zwei unterschiedlichen Vertragsabschlüssen nach Paris zurück.

Auch die Bundeskanzlerin Angela Merkel bemüht sich um die Stabilität im Südkaukasus. Auch sie kommt, frisch aus ihrem Urlaub, eine Woche nach dem Krieg nach Sotschi zu Medwedew geflogen, um ihn zum raschen Abzug der Truppen aus Georgien zu bewegen. Das Gespräch verläuft weniger freundlich als die Treffen der beiden Staatsführer zuvor. Frau Merkel weigert sich, die russische »Dokumentation« über georgische Gräueltaten an der Zivilbevölkerung in Südossetien zu akzeptieren, und spricht auf der anschließenden Pressekonferenz im Beisein von Medwedew von einem »überzogenen Verhalten« Russlands. Zwei Tage später kommt sie nach Tiflis und wird dort von den Georgiern fast buchstäblich mit Blumen zugeschüttet. Auf der Pressekonferenz mit Saakaschwili sagt die Kanzlerin klipp und klar: Georgien kommt in die NATO. Diese Aussage provoziert wütende Proteste in Russland, aber auch in Deutschland. Frau Merkel sagt zwar das, was formal auf dem Bukarester NATO-Gipfel entschieden

wurde. Aber atmosphärisch kommen ihre Worte als einseitige Parteiergreifung für Georgien herüber. Berlin riskiert seine äußerst wichtige Rolle als ehrlicher Makler zwischen Russland und Georgien zu verlieren. Frau Merkel rudert etwas zurück und spricht wenige Tage später auf ihrer Reise nach Estland wieder von der Notwendigkeit, die Türen zu einer Partnerschaft mit Russland nicht mutwillig zuzuschlagen.

Eigentlich wollte die Kanzlerin ins Baltikum fahren, um dort die Widerstände gegen die deutsch-russische Ostseepipeline abzubauen zu versuchen. Das hat sie Medwedew bei dessen Besuch in Berlin fest versprochen. Das Thema »Nord Stream« ist jetzt natürlich vom Tisch. In Tallinn ereilt Frau Merkel die Nachricht, dass Medwedew die abtrünnigen Provinzen Abchasien und Süd-ossetien als unabhängige Staaten anerkannt hat. Diese Nachricht schlägt im Westen wie eine Bombe ein. Insgeheim ist dem Westen klar, dass eine Rückkehr zum Status quo in Georgien unmöglich ist. Die Abchasen und Osseten kann man, nach diesem Krieg, weder kurz- noch mittelfristig dazu zwingen, sich an Georgien anzuschließen. Doch eine staatliche Souveränität für die abtrünnigen Republiken kommt aus Sicht des Westens auch nicht infrage und schon gar nicht über eine solch krasse Verletzung des Völkerrechts durch Moskau.

Der französische Außenminister bezeichnet den Krieg in Georgien als eine Rückkehr ins Mittelalter. Die Überraschung der internationalen Gemeinschaft ist jedoch unverständlich. Der Konflikt zeichnete sich lange zuvor ab. Aber die EU ist auch schon in der Vergangenheit von Ereignissen im Osten Europas immer wieder unvorhergesehen kalt erwischt worden, man denke nur an die bunten Revolutionen in Georgien und der Ukraine, den Gasstreit zwischen Russland und der Ukraine, das Wiedererstarken eines neuen Russland.

Offensichtlich hat die westliche Staatengemeinschaft den fast 20 Jahre zurückliegenden Zerfall der Sowjetunion zu voreilig zu den Akten gelegt. Aus der Erbmasse der untergegangenen Sowjetunion entwickelte sich, unter massiver Mitwirkung des Wes-

tens, eine Ordnung für die postsowjetische Region, die – wie es heute aussieht – keinen wirklichen stabilen Charakter besitzt. Zahlreiche territoriale und ethnische Konflikte existieren im eingefrorenen Zustand fort. Im Kaukasus ist einer dieser potenziellen Konflikte nun aufgetaut. Manche Ursachen für die latenten Konflikte auf postsowjetischem Territorium liegen aber auch in den falsch gelaufenen Transformationsprozessen in den 90er-Jahren, und haben ihren Ursprung im Einwirken äußerer geopolitischer Faktoren. Konfliktpunkte sind zum Beispiel die von den USA befürwortete Erweiterung der NATO auf die Schwarzmeerregion und der Wettkampf um die Rohstoffreserven des Kaspischen Meeres.

Wenige im Westen wissen, dass sich Abchasien und Südossetien zur gleichen Zeit für unabhängig erklärt haben wie Georgien. Nur akzeptiert die internationale Staatengemeinschaft als souveräne Staaten nach dem Zerfall der Sowjetunion im Dezember 1991 nur solche Nationen, die innerhalb des sowjetischen Staatsgebildes den Status einer Republik besaßen. So durften im Kaukasus die Armenier, Georgier und Aserbajdschaner ihre Unabhängigkeit feiern, die Abchasen, Südosseten, Tschetschenen und andere kaukasische Bergvölker aber nicht – weil sie im Sowjetreich nur den Status von autonomen Gebieten innehatten. Welches Volk welchen administrativen Status in der UdSSR bekam, wurde im Laufe der kommunistischen Geschichte Russlands künstlich entschieden. Vor und nach dem Zweiten Weltkrieg hatte der Diktator Stalin die administrativen Grenzen auf der Karte mit dem eigenen Stift gezogen, vor allem im Kaukasus.

Während auf dem übrigen Territorium der auseinandergefallenen Sowjetunion die neue Staatenbildung relativ ruhig ablief, kam es im Südkaukasus Anfang der 90er-Jahre zu einem ähnlich furchtbaren Blutvergießen wie auf dem Balkan nach dem Zerfall Jugoslawiens. Der damalige georgische Präsident Zwiad Gamsachurdia, eigentlich ein Politiker aus der demokratischen Bewegung, versuchte unter der chauvinistischen Losung »Georgien den Georgiern« die Unabhängigkeitsbestrebungen der seinem Staat

völkerrechtlich zugeordneten autonomen Provinzen Abchasien und Südossetien mit Militärgewalt ein Ende zu setzen. Doch beide leisteten der georgischen Armee erbitterten Widerstand. Letztendlich wurde nicht nur die georgische Armee in Abchasien und Südossetien vernichtend geschlagen, sondern auch die dort mehrheitlich ansässige georgische Zivilbevölkerung brutal vertrieben. An der Seite der Abchasen kämpften damals auch tschetschenische Rebellen – die Solidarität der kaukasischen Bergvölker zeigte sich hier auf sehr eigentümliche Art und Weise. Die Waffen für die Aufständischen in Abchasien und Südossetien wurden illegal aus Russland geliefert.

1994 folgte ein Waffenstillstand zwischen Georgien und seinen separatistischen Republiken, der unter Vermittlung der GUS zustande kam und von der UN und OSZE abgesegnet wurde. Die UN verhängte gar eine Wirtschaftsblockade gegen Abchasien. Russland stellte die Blauhelmtuppe, kein anderes Land wollte sich in dieser Region engagieren. Nach Kritik aus dem Westen schlug der damalige russische Präsident Jelzin den westlichen Staaten vor, sich an der gemeinsamen Friedensmission zu beteiligen. Es folgte eisiges Schweigen. Die EU hatte auf dem Balkan genug zu tun.

Die Beziehungen zwischen den abtrünnigen Provinzen und dem georgischen Kernland rissen vollständig ab. Die Separatisten wurden in den nächsten 15 Jahren wirtschaftlich von Russland versorgt. Auf ihren Territorien existierte keine georgische Staatsgewalt mehr. De jure gehörten sie völkerrechtlich nach wie vor zu Georgien, was auch von Russland akzeptiert wurde. De facto waren Abchasien und Südossetien kein Teil Georgiens mehr, sondern russisch. Russland verfolgte gegen Georgien eine Doppelstrategie. In offiziellen Verlautbarungen wurde zwar die territoriale Integrität Georgiens bekräftigt, aber faktisch wurden die UN-Sanktionen gegen Abchasien unterlaufen und 2008 gänzlich ausgesetzt. Die eingefrorenen Konflikte schufen einen Zustand des kontrollierbaren Chaos und trugen dazu bei, dass Georgien beinahe zum »failed state« wurde. Das war die Rückversiche-

rung Moskaus, dass Georgien nicht in die NATO aufgenommen werden konnte.

Der eingefrorene Konflikt begann sich wieder zu verschärfen, als Saakaschwili Ende 2003 im Zuge der Rosenrevolution – in Russland nannte man es einen westlich gesteuerten Putsch – in Tiflis an die Macht kam. Er setzte die alte Elite Georgiens ab und ernannte eine ausschließlich aus jungen Männern und Frauen mit langer Auslandserfahrung bestehende proamerikanische Regierung. Saakaschwili versprach, Georgien noch während seiner Präsidentschaft wiederzvereinigen und in den Westen zu integrieren. Amerikanische Militärberater wurden nach Georgien geholt, um die georgische Armee auf Vordermann zu bringen. Georgien begann aufzurüsten. Saakaschwili schaffte es in der Tat, eine dritte aufrührerische Provinz im Südwesten des Landes – Adscharien – ohne Blutvergießen an sein Kernland zurückzugliedern. Er führte in seinem Land eine erfolgreiche liberale Wirtschaftsreform durch und gewann dadurch das Vertrauen des Westens. In seiner Außenpolitik projizierte Saakaschwili von Anfang an das Feindbild Russland. Dieses Feindbild sollte identitätsstiftend für Georgiens Traum von einer Integration mit EU und NATO werden.

Warum bricht der Krieg gerade jetzt aus? Experten in allen Lagern versuchen die Dynamik der Ereignisse richtig zu deuten und entwickeln unterschiedliche Erklärungsmuster für den Konflikt. Im Zentrum steht die Frage, wer den Krieg angefangen hat. Saakaschwili leugnet, einen Angriff auf Zchinwali befohlen zu haben. Russland behauptet das Gegenteil. Putin verdächtigt in einem CNN-Interview konservative Kreise Amerikas, den Krieg mit provoziert zu haben, um die Chancen des gegenüber seinem Kontrahenten zurückliegenden Präsidentschaftskandidaten der Republikaner, John McCain – der in der Vergangenheit Moskau immer wieder als neoimperialistischen Aggressor bezeichnet hatte –, zu verbessern. Auch soll das Desaster des Irakkriegs verwischt werden. Der abtretende Bush benötigt dringend einen außenpo-

litischen Erfolg, um nicht als völliger Loser in die Geschichte einzugehen. Seine Außenministerin, Condoleezza Rice, kämpft wie eine Löwin für die Rettung des diplomatischen Erbes der Bush-Administration.

Die Frage ist berechtigt: Wussten die zahlreichen amerikanischen und israelischen Militärberater Saakaschwilis von dessen Angriffsplänen? Wie die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« sowie die »Moscow Times« berichten, haben die USA Georgien in den letzten fünf Jahren 200 Millionen US-Dollar an Militärhilfe gegeben. Weitere 100 Millionen US-Dollar erhielt die georgische Armee von der Türkei; Israel modernisierte die georgische Luftwaffe. Hinsichtlich des Einsatzes von Präzisionswaffen, Nacht-sichtgeräten und modernen Kommunikationsanlagen war die georgische Armee vor dem Krieg der russischen Armee überlegen. Laut einer Version raten amerikanische Berater Saakaschwili trotzdem vom Angriff auf Südossetien ab, doch können sie sich gegen ihren politischen Zögling nicht durchsetzen.

Der Verdacht liegt aber auch nahe, dass Russland das Husarenstück des hitzköpfigen Saakaschwili kühl und berechnend dazu nutzt, seine anderen strategischen Hausaufgaben in der geopolitisch sensiblen Region zu erledigen. Erstens schwächt es die Rolle Georgiens als einzigem Transitkorridor für den Transport von Öl und Gas aus dem kaspischen Raum in Umgehung Russlands. Solange der Iran von den USA als Schurkenstaat bezeichnet wird und im großen energiepolitischen Design des Westens am Kaspischen Meer isoliert bleibt, kann der Transport von Energieträgern aus Zentralasien und Aserbaidshan – wenn Russland umgangen werden soll – nur durch das Territorium Georgiens bewerkstelligt werden. Ende der 90er-Jahre wurde eine ehemalige sowjetische Ölpipeline von Baku an die georgische Schwarzmeerküste reaktiviert und Mitte dieses Jahrzehnts eine zweite Ölpipeline aus Baku über Georgien bis zum türkischen Mittelmeerhafen Ceyhan verlegt. Beide Pipelines haben das russische Pipelinemonopol für Öllieferungen nach Westen somit beendet.

Doch nun kämpft Russland um den Fortbestand seines Pipelinemonopols für den strategisch viel bedeutsameren Transit von Erdgas. Öl kann der Westen ohnehin per Tanker aus allen Teilen der Erde relativ einfach beziehen. Gas dagegen wird zum großen Teil noch über Pipelines transportiert, denn die Kosten für den Flüssiggastransport sind noch zu hoch. Die EU plant jetzt, eine Mammutgaspipeline aus dem kaspischen Raum über Georgien, die Türkei und den Balkan nach Europa zu legen. Damit will sich die EU von zu großen Abhängigkeiten vom Gasproduzenten Russland lösen. Nach dem Krieg in Georgien könnten – so wahrscheinlich Moskaus Kalkül – potenzielle westliche Investoren vom Bau dieser kostspieligen Pipeline absehen.

Zweitens zerstört der Krieg die Chancen Georgiens, der NATO beizutreten. Falls sich herausstellen sollte, dass Saakaschwili den Angriff auf Südossetien planen ließ, um über eine schnelle Wiedervereinigung mit der abtrünnigen Republik seine Beitrittchancen zu erhöhen, werden ihm die Türen zum westlichen Militärbündnis nun versperrt bleiben. Bekanntlich nimmt die NATO nur territorial gefestigte Staaten in seine Reihen auf. Die NATO will sich nicht in die ungelösten territorialen oder ethnischen Konflikte eines Beitrittslandes einmischen, womöglich für diesen Zweck noch in einen dritten Weltkrieg verwickelt zu werden. US-Präsident Bush hat aber Saakaschwili einen baldigen Zutritt zur NATO versprochen. Wollte der georgische Staatschef das »window of opportunity« in Form der letzten Monate der auslaufenden Amtszeit Bushs nutzen, um durch eine gewaltsame Lösung seiner internen territorialen Konflikte doch noch durch die Hintertür in die NATO zu schlüpfen? Eine unglaubliche Hypothese, aber sie erscheint schlüssig.

Drittens ist Russlands Reaktion eine Retourkutsche für alle »Demütigungen«, die dem Staat nach dem Zerfall der Sowjetunion vom Westen zugefügt wurden. So gesehen büßt Georgien für Kosovo, die dreifache NATO-Osterweiterung, den US-Raketenabwehrschirm und für vieles mehr. Wenn die NATO, so Putin, Belgrad bombardieren darf, um die Kosovoalbaner zu

schützen, dann nimmt sich Moskau das Recht, auch in Georgien die Brücken und Flughäfen zu zerstören. Wenn die USA meinen, unter Völkerrechtsbruch den Irak besetzen zu können unter der falschen Begründung, Saddam Hussein hätte dort Massenvernichtungswaffen produziert, kann Russland in seinem Hinterhof ebenfalls als Ordnungsmacht in Erscheinung treten.

Wie so oft in der Geschichte der Menschheit setzt sich das Recht des Stärkeren durch. Die einseitige Anerkennung der Provinzen Abchasien und Südossetien ist deshalb folgerichtig – nach dem russischen Prinzip: Der Westen hat den Balkan nach seinem Willen umstrukturiert und dort Völkerrechtsbruch begangen. Russland musste damals geschwächt und tatenlos zuschauen. Jetzt drehen Putin und Medwedew den Spieß um und halten dem Westen eine Art Spiegel vor die Nase. Jetzt ist der Westen ohnmächtig, während Moskau den Kaukasus nach seinem Gutdünken neu zu ordnen versucht. Auch mit Bruch des Völkerrechts.

Russlands veränderte Haltung ist natürlich höchstproblematisch. Bislang beharrte Moskau darauf, dass das geltende internationale Völkerrecht unbedingt auf dem Grundprinzip der territorialen Souveränität eines Staates basieren sollte. Diese Argumentation machte sich der Kreml in seinem Kampf gegen tschetschenische Separatisten zu eigen. Der Staatserhalt Russlands stand über der Frage der Menschenrechte. Die gleiche Argumentation benutzte Russland in seiner Kritik der westlichen Anerkennung der serbischen Provinz Kosovo und am US-Einmarsch im Irak. Der serbische Staatschef Slobodan Milosevic hatte nach russischer Auffassung das Recht, gegen den albanischen Separatismus auf eigenem Territorium vorzugehen. Nun, im Fall von Abchasien und Südossetien übernimmt Moskau kurzerhand die westliche Argumentation im Kosovo- und im Irakkrieg und behauptet, dass der Schutz von Menschenrechten in Südossetien Vorrang vor dem Prinzip der staatlichen Souveränität Georgiens habe. Aber nicht nur Russland bekommt ein Rechtsfertigungsproblem. Plötzlich interpretiert der Westen den Konflikt in Georgien gegen die eigenen Prinzipien, die er noch kurz zuvor

im Falle Kosovo so vehement verteidigt hat. Jeder beugt das Völkerrecht nach seinem Gutdünken.

Der Kaukasuskrieg besitzt darüber hinaus eine Parallele zur Kubakrise Anfang der 60er-Jahre. Damals warnte der amerikanische Präsident John F. Kennedy die Sowjets nach ihrer Stationierung von Mittelstreckenraketen auf Kuba: Keinen Schritt weiter, oder wir schießen. Die Welt befand sich am Rande eines dritten Weltkriegs. Kremlchef Chruschtschow zog die Raketen zurück, die USA hatte der UdSSR eine klare »rote Linie« gezeichnet, die nicht überschritten werden durfte. Die USA ließen die gegnerische kommunistische Supermacht nicht in ihre Einflussphäre hinein.

Auf der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2007 zog nun der russische Präsident Putin seine »rote Linie«, die der Westen im postsowjetischen Raum – Russlands angestammter Einflussphäre, nicht überschreiten dürfe. Er selbst verglich die damaligen sowjetischen Raketen auf Kuba mit der heutigen Raketenabwehr der Amerikaner in Polen und Tschechien. Eine NATO-Erweiterung auf die Ukraine und Georgien würde Moskau als Kriegserklärung an die Adresse Russlands betrachten. Russland fühlt sich durch die Raketenabwehr und die NATO-Osterweiterung zunehmend eingekreist und bedroht, auch wenn vonseiten des Westens immer wieder betont wird, dass sich weder das eine noch das andere gegen Russland richte.

Die im Glauben an die »soft power« sich in einer komfortablen Sicherheitslage zurücklehnenen Europäer können oder wollen das »Great Game« zwischen USA und Russland im Süden des postsowjetischen Raums, wo sich die strategischen Energiereserven für die Welt des 21. Jahrhunderts befinden, nicht wahrhaben. Ziel amerikanischer Politik ist es, das Schwarze Meer zu einem NATO-Binnengewässer umzufunktionieren. In den vergangenen Jahrhunderten wurde das Schwarze Meer ausschließlich von russischen und türkischen Interessen dominiert. Nach dem Beitritt Rumäniens und Bulgariens zur NATO und der engen strategischen Partnerschaft der Ukraine und Georgiens

zum Nordatlantikpakt ist dort eine neue Dynamik entstanden, die Moskaus Umzingelungsängsten neue Nahrung gibt.

Die russische Schwarzmeerflotte darf, laut einem zwischen Moskau und Kiew 1997 abgeschlossenen Abkommen, bis 2017 im Marinestützpunkt Sewastopol auf der Krim bleiben. Dieser Vertrag ist dem ukrainischen Präsidenten Viktor Juschtschenko, der sein Land ähnlich wie Saakaschwili schnellstens in die NATO führen möchte, ein Dorn im Auge. Laut NATO-Statuten kann die Ukraine so lange nicht Mitglied des Nordatlantischen Bündnisses werden, bis sich alle fremden Militärstreitkräfte von ihrem Territorium zurückziehen. Russland macht jedoch keine Anstalten, Sewastopol zu verlassen, es errichtet beispielsweise nirgends einen Ersatzmarinestützpunkt für seine Schwarzmeerflotte. Um die russische Schwarzmeerflotte braut sich ein gefährlicher Konflikt zusammen. Juschtschenko heizt ihn an, indem er während des Kriegs in Georgien die Bewegungsfreiheiten der russischen Flotte in den ukrainischen Gewässern um die Krim per Dekret einschränkt.

Als Folge des Kriegs hofft Russland Teile seiner verlorenen Einflussphäre im Kaukasus zurückzugewinnen. Moskau will als Energiesupermacht des 21. Jahrhunderts Einfluss auf die Energieaußenpolitik Europas und Asiens nehmen und den Öl- und Gastransit aus dem Süden der ehemaligen UdSSR weitgehend kontrollieren. Schon bei den beiden Tschetschenienkriegen 1994 bis 1996 sowie 1999 bis 2002 ging es Russland um die Aufrechterhaltung seiner Kontrolle über die Ölpipelines in der Region. Für die USA stellt Georgien einen strategischen Brückenkopf in eine bedeutsame geopolitische Region dar. Nachdem die amerikanischen Militärbasen aus Zentralasien wieder abziehen mussten, ist Georgien im Visier amerikanischer Militärplaner. Neben der Eindämmung des russischen Energieimperialismus kann von Georgien aus der Iran im Falle der Fortsetzung seiner atomaren Aufrüstung angegriffen werden. Dies erklärt auch das unverhältnismäßig starke Militäringagement der Israelis in Georgien. Die offensichtlich gewordenen geopolitischen Zusammenhänge in der

Region des Schwarzen Meeres und des kaspischen Raums lassen auch die bunten Revolutionen in Georgien und der Ukraine in einem besonderen Licht erscheinen.

### *Die unerwünschte Großmacht*

Die neuen EU- und NATO-Mitgliedstaaten sehen sich im Recht. Sie haben schon immer vor einem neoimperialistischen Russland gewarnt und die Versöhnungspolitik der »alten Europäer« gegenüber Moskau als naiv und strategisch falsch charakterisiert. Obwohl ihr Standpunkt jetzt von der Bush-Administration mitgetragen wird, setzt sich in Europa kühle Rationalität durch. Wie soll denn eine Bestrafung Russlands, wie es Polen und die baltischen Staaten fordern, vor sich gehen? Soll man, wie es der estnische Präsident fordert, alle russischen Studenten aus den westlichen Universitäten rauswerfen? Oder, wie im Fall Weißrusslands, ein Einreiseverbot für russische Politiker in die EU verhängen? Sollte die EU russischen Oligarchen, wie dem Präsidenten des Fußballclubs Chelsea, Roman Abramowitsch, die Konten in westlichen Banken einfrieren? Jedenfalls fordern die »neuen Europäer«, dass die NATO und die EU zu Instrumenten der Eindämmung gegen Russland ausgebaut werden. An der unmittelbaren Grenze zwischen der EU und Russland gibt es wieder den Kalten Krieg. Der Ruf nach einer sofortigen Aufnahme der Georgier und der Ukrainer in die NATO ertönt immer lauter. Manchmal erscheint es, als ob gerade die ehemaligen Warschauer-Pakt-Staaten es darauf anlegen würden, eine historische Vereinigung des gesamten europäischen Kontinents mit dem Einschluss Russland, zu verhindern. Für die Osteuropäer ist Russland in allen Belangen stets der Aggressor. Dort ist man überzeugt: Falls der Westen nichts unternimmt, könnte Russland bald in die Krim oder ins Baltikum einmarschieren. In Warschau, Tallinn und Riga besteht kein Zweifel: Der Krieg in Georgien ist der Beginn einer russischen Offensive zur gewaltvollen Wiederaufrichtung seines verlorenen Imperiums.

Tatsächlich aber ist der Westen ratlos und ohnmächtig. Zunächst ist er in der Russlandfrage tief gespalten. Deutschland, Frankreich und einige andere Länder können, um im Konflikt glaubwürdig zu bleiben, nicht einseitig die Position Georgiens ergreifen, denn Saakaschwilis Schuld am Konfliktausbruch ist offenkundig. Zwei extreme Positionen prallen innerhalb der EU aufeinander: Die Italiener, angeführt von Putins Freund Silvio Berlusconi, fordern, auf jegliche Verurteilung Russlands zu verzichten und einfach zur Tagesordnung überzugehen. Die Polen vertreten die härteste Linie und bringen ihre alte Idee von der Energie-NATO wieder ins Spiel. Jemand spricht plötzlich von einer neuen »Berliner Mauer«, die demnächst durch den Kaukasus gezogen werden soll – als Schutzwall zur Abwehr des russischen Imperialismus.

Erinnerungen werden wach an die Tage der Orangenfarbenen Revolution in der Ukraine. Damals übte die EU gemeinsam Druck auf Russland aus, das über Wahlfälschung eine prorussische Regierung in Kiew installieren wollte. Putin musste weichen und akzeptieren, dass die Ukraine ins westliche Lager abdriftete. Ein Jahr später strafte er die Ukraine dafür mit einer massiven Gaspreiserhöhung. Trotz heftiger diplomatischer Bataillen schien ein Krieg um die Ukraine zwischen Russland und dem Westen damals undenkbar. Die EU bezeichnete sich als Sieger im Streit zwischen den beiden slawischen Nationen, den sie schlichten konnte. Doch gewann der Westen danach wirklich Einfluss auf die folgenden Geschehnisse in der Ukraine? Überschätzte er nicht seine Möglichkeit seiner strategischen Nachbarschaftspolitik?

Deutsche und Franzosen rufen im Georgienkonflikt alle Seiten zur Mäßigung auf. Die Kalte-Krieg-Rhetorik ist unerträglich. Auf ihrem Sondergipfel am 1. September verzichtet die EU schließlich auf Sanktionen gegen Russland und gibt Moskau drei Monate Zeit, um seine restlichen Truppen aus Kerngeorgien abzuziehen. Der Westen braucht die Kooperation mit Moskau im iranischen Atomkonflikt, im Nahen Osten, beim Klimaschutz, in den Fragen der Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaf-

fen, schließlich bei der Erforschung des Weltraums. Die EU verzichtet auf eine neue Zusicherung, Georgien und die Ukraine im Eilverfahren in die NATO aufzunehmen. Nachdem Saakaschwili den Konflikt mit Russland provoziert hat, wäre ein sofortiger Beitritt Georgiens zur NATO ein Freibrief für andere, sich mit Moskau anzulegen, um dann durch die Hintertür in die NATO zu schlüpfen. Die EU setzt aber die Verhandlungen über das neue Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit Russland vorerst aus. Wirklich schaden kann die EU damit Moskau nicht. Russland ist am alten Regelwerk der Beziehungen mit der EU sowieso nicht mehr interessiert. Russland fühlt sich wieder mächtig, zumindest militärisch und teils wirtschaftlich den Europäern überlegen.

Die einflussreichen Industrielobbys in den Ländern der »alten EU« – allen voran Deutschland und Italien, aber auch Frankreich, Spanien, Belgien, die Niederlande und Österreich – raten ihren Regierungen, nicht auf Konfrontationskurs gegenüber Moskau zu gehen. Die wirtschaftlichen Verflechtungen mit Russland sind inzwischen so fortgeschritten, dass der Westen im Falle von unüberlegten Sanktionen gegen Russlands sich ins eigene Fleisch schneiden würde. Man muss nur das Handelsvolumen der einzelnen EU-Länder mit der Russischen Föderation begutachten, um festzustellen, dass westliche Großkonzerne heute alle Segmente des russischen Markts bedienen. Russland produziert kaum im eigenen Land. Anfängen von Maschinen, Industrietechnologien, Lebensmitteln, Luxuswaren und nicht zuletzt Finanzkrediten erhält Russland alles aus dem Westen. Tausende von Arbeitsplätzen in Deutschland und anderen EU-Ländern sind direkt mit der Belieferung des wachsenden russischen Markts verbunden.

Derweil fliegt der US-Vizepräsident Dick Cheney Anfang September nach Georgien und Aserbaidshan. Dort verspricht er, sich nun erst recht für den Bau von alternativen Transitleitungen über Georgien in den Westen einzusetzen. Georgien dankt ihm, die Aserbaidshaner reagieren zurückhaltend. Die kleinen Staaten warten ab, wie sich die Großwetterlage insgesamt entwickeln

wird. Denn die Staaten selbst können zwar den Bau der Pipelines proklamieren, die Finanzierung für diese Projekte kommt ausschließlich aus der Privatwirtschaft.

Medwedew erklärt Saakaschwili zu einer »politische Leiche«. Putin spricht von der Notwendigkeit eines Regimewechsels in Tiflis. Moskau hofft, dass Saakaschwili von seiner eigenen Elite gestürzt wird, wenn alle Fakten über den Kriegsverlauf auch in Georgien allgemein bekannt werden. Doch im September steht die georgische Bevölkerung hundertprozentig an der Seite ihres Präsidenten. Der Hass gegenüber den russischen Aggressoren ist groß. Georgien bricht alle diplomatischen Beziehungen mit dem nördlichen Nachbarland ab und tritt aus der GUS aus. Alle Verkehrsverbindungen zwischen Russland und Georgien sind unterbrochen. Jetzt spüren Personen aus Mischehen oder einfache Pendler, wie der Krieg die beiden Nationen entzweit hat. In Russland ist das Bild ähnlich. Kein einziger Kremlkritiker spricht sich in dieser Schicksalsstunde öffentlich gegen Medwedew oder Putin aus. Sogar der regierungskritische russische Auslandssender RTVi, von den flüchtigen Oligarchen aus dem Westen betrieben, sympathisiert mit der offiziellen Linie des Kreml.

Die europäische Öffentlichkeit fragt sich nach der Ankündigung Merkels von einem raschen Beitritt Georgiens zur NATO, ob der Westen im Südkaukasus wirklich demokratische europäische Werte oder amerikanische geopolitische Interessen verteidigen soll. Entgegen dem politischen Trend innerhalb der westlichen Führungseliten spricht sich in einer Umfrage ein überwiegender Teil der deutschen Bevölkerung für die Fortsetzung der Freundschaft mit Russland aus. In den Köpfen der europäischen Eliten spielt sich anscheinend der Kalte Krieg immer noch ab. In den Köpfen der einfachen Bürger ist er einem nüchternen Pragmatismus gewichen.

Und dann existiert ja noch das Problem der Energieabhängigkeit. Die EU kann eigentlich auf das Erdgas aus Russland nicht verzichten. Jetzt, wie von einigen Hardlinern gefordert, auf die »Nord Stream« und »South Stream« zu verzichten, wäre selbst-

mörderisch aufgrund fehlender Versorgungsalternativen. Allerdings wird sich die EU von Russland auch nicht erpressen lassen. Die spöttische Reaktion vieler Russen auf den EU-Gipfel nach dem Motto »Ihr Europäer hängt an unserem Gas«, ist fehl am Platz. Sollte Russland dem Westen mit der Gasschraube wirklich einmal drohen, kann die EU ihre Erdgasimporte per LNG-Tanker aus anderen Erdteilen beziehen und zur Not neue Pipelines über das Mittelmeer aus Algerien nach Europa legen. Die allgemeine Rückkehr der europäischen Volkswirtschaften zur Atomenergie, wie es die USA den Europäern auf dem G-8-Gipfel vorgeschlagen haben, wäre ebenfalls eine realistische Option. Alles eine Frage des Geldes. Außerdem gibt es in Norwegen noch mindestens ein Jahrzehnt lang genug Erdgasvorkommen, um die gesamte EU damit zu versorgen.

Letztendlich wird sich Russland wohl kaum den Ast absägen, auf dem es sitzt. Wem, wenn nicht den zahlkräftigen Europäern, kann Russland sein Erdgas verkaufen? Auf diese lukrative Einkommensquelle darf Russland niemals verzichten, wenn es die Modernisierung seiner eigenen Wirtschaft erfolgreich zu Ende führen möchte. An diesem Punkt werden die gegenseitigen Abhängigkeiten von Produzent und Konsument überdeutlich. Auch wenn Russland irgendwann einmal die notwendige Transportinfrastruktur Richtung Asien legt und in die strategisch komfortable Lage gerät, sich zwischen einer Energieallianz mit der EU oder Asien entscheiden zu können – der seit 35 Jahren bestehende Gasverbund mit Europa bleibt für Moskau in jeglicher Beziehung unumkehrbar.

Verfügt Russland selbst über Folterinstrumente, um den Westen abzuschrecken? Den Spekulationen sind plötzlich Tür und Tor geöffnet. Wird Moskau eigene Präzisionswaffen im Gebiet Kaliningrad aufstellen? Jagdbomber auf Kuba aufstellen? Die Schwarzmeerflotte in Syrien stationieren? Iran verstärkt Raketenabwehrwaffen verkaufen? Wird der Kreml die Arktis militarisieren? Kann es möglicherweise neue Weltraumwaffen entwickeln? Eine Spaltung der Ukraine in Ost und West herbeifüh-

ren? Beim genauen Hinsehen ist das russische Störpotenzial gewaltig.

Für den Westen ist Russland eine unerwünschte und unverhoffte Großmacht. Eigentlich gilt Russland nach dem Zerfall der Sowjetunion als globalpolitisch abgeschrieben – eine Mächtegeringmacht. Kaum ein Politiker im Westen ist bereit, Russland das Recht auf eine eigene Einflusszone in seiner direkten Nachbarschaft anzuerkennen. Die Europäische Nachbarschaftspolitik gegenüber allen postsowjetischen Ländern befindet sich auf dem Vormarsch, obwohl die EU diesen Demokratietransfer keinesfalls als eine Begründung einer eigenen Einflussphäre im Osten Europas begreift. Mit einem solch harten Vorgehen, wie es Putin und Medwedew gegenüber Saakaschwili demonstrieren, rechnete niemand im Westen. Instinktiv kommen im Westen Ängste vor dem bösen Russen wieder auf. Aber in der EU rätseln Politiker, wie es weitergehen soll. Hat man es in Georgien mit einer Überreaktion der Russen zu tun, die möglicherweise von der westlichen Einkreisungspolitik provoziert wurde, oder steht die Welt tatsächlich vor einem »roll back« in der russischen Außenpolitik?

Die EU will alles auf einmal. Russland zur Raison bringen, aber keinen neuen Kalten Krieg provozieren. Die Gesprächskanäle zu Moskau dürfen nicht geschlossen werden, andererseits muss Russland mit allen Mitteln veranlaßt werden, das Kerngebiet Georgiens wieder zu räumen. Zunächst möchte die EU versuchen, selbst aktiv zu werden und Geld für den Wiederaufbau Georgiens zu sammeln. Wie soll ein konkreter Plan für Georgien aussehen? Die beiden abtrünnigen Provinzen können nicht in einen gemeinsamen Staat mit Georgien gezwungen werden, so wie seinerzeit die Kosovoalbaner nicht zurück an Serbien angegliedert werden konnten. Eine russische Annexion darf der Westen auch nicht hinnehmen, schon um weiteren Appetit in Moskau, beispielsweise auf die Krim, nicht zu erwecken. Könnte eine konföderative Lösung für Georgien der goldene Ausweg sein? Drei Staaten in einem – wie das Modell in Bosnien-Herzegovina? Bringt die innerlich in außenpolitischen Fragen zerstrittene EU

die Kraft auf, den Südkaukasus zu stabilisieren? Pläne für einen Stabilitätspakt liegen seit Jahren in der Schublade. Nur fehlt den Europäern der politische Wille, ihn zu realisieren. Gerade erst hat die EU – unter deutscher Federführung – eine Zentralasieninitiative gestartet. Soll sie jetzt zugunsten vom Südkaukasus revidiert werden? Andererseits müsste die EU für einen Stabilitätspakt für den Kaukasus erhebliche Ressourcen aus dem Balkan abziehen.

Neben dem Aufbau einer sozialen und wirtschaftlichen Infrastruktur in Georgien könnte die EU auch einen wichtigen Beitrag für die Stärkung der demokratischen und rechtsstaatlichen Institutionen in dieser Kaukasusrepublik leisten. Statt eines baldigen NATO-Beitritts sollte die EU den Georgiern lieber die EU-Beitrittsperspektive offerieren. Realisieren ließe sich der Beitritt Georgiens zur EU allerdings nur im Falle einer Mitgliedschaft der Türkei in der europäischen Wirtschafts- und Wertegemeinschaft. Der Stabilitätspakt muss natürlich auch andere Krisenherde in der Region beachten. Der eingefrorene Konflikt in Berg-Karabach könnte unter Umständen sich zur nächsten größeren Krise im Pulverfass Kaukasus entwickeln. So wie Saakaschwili seine Armee dafür ausgerüstet hat, die abtrünnigen Provinzen Abchasien und Südossetien zurückzuerobern, erachtet es der aserbaidshische Staatschef Ilham Aliew als seine nationale Pflicht, den Armeniern die vor 15 Jahren von Aserbaidshan eroberte Provinz Berg-Karabach – auch mit Gewalt – wieder zu entreißen. Eine zielgerichtete EU-Politik Richtung Südkaukasus muss auch die historische Aussöhnung zwischen der Türkei und Armenien zur Folge haben. Die immer noch verschlossene Grenze zwischen der Türkei und Armenien ist ein Hindernis für die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik in einer Region, die durchaus Chancen hat, eines Tages Bestandteil Europas zu werden.

Die spannende Frage lautet jedoch, was mit Russland passiert. Putins Ziel war es zunächst, Russland mit einem erfolgreichen Marktwirtschaftsmodell innerhalb der globalen Welt als Großmacht zu verankern. Natürlich sollten die »Instrumente« Öl und Gas dieser Großmachtwerdung ebenfalls dienen. Tatsächlich rich-

tete sich der russische Staat ein starkes Finanzpolster für etwaige künftige Wirtschaftskrisen ein. Jetzt läuft Moskau Gefahr, kurz vor dem ersehnten Ziel sein Geld in eine Konfrontationsspirale stecken zu müssen. Der Krieg in Georgien und die daraus entstehende Vertrauenskrise im Verhältnis zum Westen schwächt jetzt schon den wirtschaftlichen Standort Russland. Auf der internationalen Skala der risikoreichsten Wirtschaften verlor Moskau das in den letzten Monaten mühsam aufgebaute positive Investmentimage. Beobachter beziffern das einsetzende Fluchtkapital aus Russland mit 25 Milliarden US-Dollar. In den Zeiten der schlimmsten Wirtschaftsdepression in den 90er-Jahren hatte es einen solchen panikartigen Abzug des Kapitals aus Russland nicht mehr gegeben.

Russland gerät mit der einseitigen Anerkennung in internationale Isolation. Weder die moskaufreundlichen GUS-Staaten, noch die russischen Partnerländer der Schanghai-Organisation für Zusammenarbeit unterstützen diesen Schritt. China und Indien haben eigene Probleme mit dem Separatismus auf ihren Territorien. Die Solidaritätskundgebung mit Moskau reicht in Beijing und Neu Delhi nicht so weit, dass die beiden Staaten wegen der Anerkennung der abtrünnigen Republiken Probleme mit den westlichen Industrieländern riskieren möchten. Moskau versucht im Machtpoker auf dem Kaukasus sogar die islamische Karte zu spielen. Der jordanische König, gerade zufällig auf Staatsbesuch in Moskau, wird zu Solidaritätsbekundungen für die islamischen Minderheiten in Abchasien und Südossetien animiert. Moskau hofft auch auf größeren Beistand aus der Türkei, die seit Jahren inoffizielle wirtschaftliche Beziehungen zu Abchasien unterhält und Saakaschwilis Politik kritisch gegenübersteht.

Doch Moskau hätte die Souveränitätswerdung der beiden Provinzen nach internationalen Regeln bewerkstelligen müssen. Für eine echte Legitimierung der Unabhängigkeit hätte man weitere lokale Volksabstimmungen sowie eine Internationalisierung des Konflikts – durch Aufbau von OSZE- und UN-Beobachtungsinstitutionen und internationalen Friedenstruppen – ins Auge fas-

sen müssen. Der Balkankonflikt hat dafür geeignete Modelle und Präzedenzfälle geliefert. Die russische Seite erklärt ihr Verhalten so: Georgien plane mit Unterstützung der USA einen neuen Angriff auf die abtrünnigen Provinzen. Diese könnten nur mit russischer Waffengewalt geschützt werden. Die russischen Friedenstruppen reichen zur Abschreckung nicht aus. Zur Begründung verweist Putin auf die entlang der östlichen Schwarzmeerküste kreuzenden amerikanischen Kriegsschiffe.

Putin und Medwedew drängen die GUS-Staaten zur Anerkennung Abchasiens und Südossetiens. Doch sogar der russlandfreundlichste Nachbar, Belarus, ist skeptisch. Der belorussische Autokrat Alexander Lukaschenko lässt alle politischen Gefangenen aus seinen Gefängnissen frei und erhält plötzlich Offerten hinsichtlich einer Zusammenarbeit mit den USA. Russland wiederum lockt ihn zurück – mit dem Versprechen, die Gaspreise für sein Land zu senken. Der Spagat zwischen dem West und Ost wird für Lukaschenko zu seiner bisher schwersten Turnübung.

Dann geschieht wieder ein Journalistenmord in Russland – diesmal in der russischen Kaukasusrepublik Inguschetien. Ein bekannter Oppositioneller wird von den Sicherheitsbeamten des lokalen Gouverneurs erschossen. Es kommt zu massiven Protesten in der Bevölkerung. Die Opposition verlangt den Austritt Inguschetiens aus dem russischen Staatsverband. Warum, so ist auf Protestplakaten zu lesen, dürfen sich 50.000 Abchasen und 50.000 Südosseten für souverän erklären und werden von Moskau anerkannt, während 500.000 Inguschen weiter in der Russischen Föderation leben müssen? Moskau bangt: Werden andere nordkaukasische Völker, allen voran die Tschetschenen, jetzt dem Beispiel der Osseten und Abchasen folgen und ihre Unabhängigkeit von Moskau verlangen? Für die in sozialer Armut lebenden Nordkaukasier ist die autoritäre und vor allem korrupte Staatsgewalt unattraktiv.

In der GUS überschlagen sich, als Folge des Kriegs, die Ereignisse. In der Ukraine bricht aus Streit über die Bewertung der Rolle Russlands im georgischen Konflikt die liberale Koalition

auseinander. Präsident Viktor Juschtschenko, der, wie Saakaschwili, sein Land so schnell wie möglich in NATO und EU integrieren möchte, wirft seiner Premierministerin Julia Timoschenko Landesverrat vor – weil diese sich weigert, die russische Aggression gegen Georgien öffentlich zu geißeln. Timoschenko ist eine kluge Frau, sie weiß, dass die Mehrheit der Ukrainer, vor allem im Osten des Landes, zum gegenwärtigen Zeitpunkt gegen einen Beitritt zur NATO ist. Deshalb schweigt sie. Als Juschtschenko sie herausfordert, schließt sie einen Deal mit der ostukrainischen »Partei der Regionen« von Viktor Janukowitsch ab. Der prowestliche Juschtschenko verliert an politischer Autorität, folglich schwindet auch der Einfluss der USA in der Ukraine. Der Westen reibt sich ungläubig die Augen: Russland scheint der heimliche Gewinner dieser neuerlichen Auseinandersetzungen in der Ukraine zu sein.

Gleichzeitig gewinnt Russland die Oberhand bei der Lösung eines weiteren eingefrorenen Konflikts auf postsowjetischem Territorium – in Moldawien. Der kleinste Nachfolgestaat der ehemaligen Sowjetunion ist seit 1991, ähnlich wie Georgien, gespalten. Die autonome Republik Transnistrien, in der größtenteils Ukrainer und Russen leben, fordert für sich die Unabhängigkeit und den Anschluss an Russland. International ist Transnistrien isoliert; völkerrechtlich gehört es zu Moldawien. 2003 schlug Putin den streitenden Parteien einen interessanten Kompromiss vor. Das Kernland Moldawien solle sich zusammen mit Transnistrien sowie einer weiteren moldauischen Autonomie – der türkischstämmigen Volksminderheit der Gagauzen – zu einer Konföderation vereinigen. Der Hintergedanke der russischen Führung: Der Kreml würde auch weiterhin über seine engen Verbindungen zu Transnistrien eine Schutzmachtfunktion für Moldawien ausüben und das Land nicht in die NATO lassen. Aus letzterem Grund stellten sich die EU und die USA quer und blockierten den russischen Wiedervereinigungsplan. Jetzt, im Windschatten des schweren Konflikts in Georgien, scheint Russland den alten Plan wiederbeleben zu wollen. Auch um der Welt-

öffentlichkeit zu demonstrieren, dass es nicht nur als kriegerische Ordnungsmacht in Osteuropa fungieren kann, sondern auch als »soft power«-erfolgreiche Diplomatie im Sinne eigener Interessen zu gestalten vermag.

Die spannende Frage lautet: Wird es auf postsowjetischem Raum eine Reintegration geben, oder setzt ein Fragmentierungsprozess ein, der den endgültigen Zerfall des postsowjetischen Raums in einen prowestlichen europäischen Teil und ein prochinesisches Sibirien sowie Zentralasien besiegelt? Putin hat es in seinen beiden Amtszeiten nicht geschafft, Russland und Belarus zu einem wirklich funktionierenden Unionsstaat auszubauen. Die Idee eines einheitlichen Wirtschaftsraums wurde mit der Revolution in der Ukraine vorerst auf Eis gelegt. Das kollektive Verteidigungsbündnis, bestehend aus Russland, Armenien, Belarus und den Staaten Zentralasiens, existiert nur auf dem Papier. Jetzt spielt Russland mit der Idee, zusammen mit den zentralasiatischen Staaten eine Gas-OPEC auszurufen, die dem europäischen Kartell der Konsumländer Paroli bieten soll.

Politisch wird Moskau vor dem Westen nicht zurückweichen. Falls den Republiken Abchasien und Südossetien die internationale Anerkennung verwehrt wird, scheint Russland bereit zu sein, die Nerven zu behalten und die völkerrechtliche Angelegenheit ähnlich zu handhaben, wie die Türkei es im Falle Nordzyperns vormacht. Im Zypernkrieg Mitte der 70er-Jahre hatte Ankara den Nordteil der Insel okkupiert und dort einen protürkischen Staat errichtet, der sich 1983 für unabhängig erklärte, aber seitdem nur von der Türkei anerkannt wird. Die Türkei, so das oft gehörte Argument in Moskau heute, ist deswegen nicht aus der NATO verstoßen worden und erhielt später sogar eine Beitrittsperspektive in die EU.

Europa stehen schwere Zeiten bevor. Niemand weiß, ob das Verhältnis zu Russland irreparabel ist oder sich nach einigen Wochen wieder einrenken lässt. Jedenfalls werden sich die Beziehungen

zwischen Russland und dem Westen nicht mehr so partnerschaftlich gestalten wie in den vergangenen 20 Jahren. Russland ist kein Wertepartner der Europäer, so wie der Westen die europäische Wertegemeinschaft versteht. Russland wird sich in die europäische Wirtschafts- und Sicherheitsarchitektur nach westlichen Vorstellungen kaum einbinden lassen. In den Augen westlicher Intellektueller ist Russland ein klassischer Unrechts- und Unterdrückungsstaat. Aber wie soll sich der Westen verhalten, falls Russland zu einer neoimperialistischen Macht wird und seine Fühler nach der Krim, Belarus und der Ostukraine ausstreckt? Seit dem Zerfall der Sowjetunion hat es immer schon das Postulat westlicher Politik gegenüber Russland gegeben: das Wiedererstehen des Imperiums zu verhindern. Deshalb hat der Westen in Konflikten zwischen Russland und seinen Nachbarn immer die Seite des vermeintlich Schwächeren eingenommen.

Doch genug der »selbst verwirklichten Prophezeiungen«. Möglicherweise wäre es für den Westen ratsamer, mit Medwedew und Putin, wie seinerzeit mit den Sowjets, über eine neue OSZE zu reden und eine Koexistenz mit Russland auf dem gemeinsamen Kontinent zu begründen. Deshalb ist der Vorschlag Medwedews, mit der EU darüber nachzudenken, wie man Europa gemeinsam gestalten kann, durchaus realistisch, auch wenn sich der Westen noch einige Zeit dagegen wehren wird, Russland ein Mitspracherecht (Vetorecht?) beim Aufbau des Europas des 21. Jahrhunderts zu attestieren. Es werden einige Jahre vergehen, danach aber wird die von russischen und westlichen Politikern immer wieder hinter vorgehaltener Hand geäußerte Idee eines Beitritts Russlands zur NATO wieder neue Anhänger finden. Die NATO-Osterweiterung ist mit Abstand das größte Problem in den Beziehungen zwischen dem Westen und Russland. Der Westen hat nur teilweise recht, wenn er behauptet, dass jedes Land das souveräne Recht genieße, einem militärischen Bündnis seiner Wahl beizutreten, und Moskau dies nicht verhindern könne. Doch zu den Grundprinzipien europäischer Politik seit dem Ende des Kalten Kriegs gehört auch, dass die Sicherheit eines Staates nicht auf

Kosten der Sicherheit eines anderen gewährleistet werden darf. Wenn sich Russland durch die Aufstellung der westlichen Militärinfrastruktur an seinen direkten Grenzen bedroht fühlt, kann die NATO dies schwer ignorieren.

Die heutige NATO könnte sich in den nächsten Jahren theoretisch durchaus auf das gesamte Territorium der OSZE erweitern, also alle Länder des ehemaligen Warschauer Pakts sowie die neuen unabhängigen Staaten auf postsowjetischem Territorium integrieren. NATO-Partnerschaften mit allen diesen Ländern bestehen seit zwei Jahrzehnten. Aber auch Russland benötigt eine Beitrittsperspektive, auch wenn diese rein symbolischen Charakter haben und niemals realisiert werden wird. Eine Einladung an Russland, der NATO beizutreten, wird das Konfliktpotenzial zwischen den potenziellen Beitrittskandidaten und Moskau reduzieren helfen. Beginnen kann man die sicherheitspolitische Integration mit der Kooperation in Fragen der Raketenabwehr. Sie soll nicht nur Amerika und Polen, sondern künftig einmal den Westen und Russland gemeinsam schützen.

---

## Putin und Medwedew im Gespräch

*Kaukasus, 10. September 2008*

Die Tupolew-Maschine, vor einer Stunde von Rostow am Don gestartet, setzt zum Landeanflug auf den Flughafen von Grosny an. Aus dem Fenster der Maschine sieht man an diesem heißen Spätsommertag nichts als die weite, endlose Steppe. Entlang der langen staubigen Straße ziehen voll beladene Lastwagenkolonnen in südlicher Richtung. Auf dem Rollfeld stehen keine Flugzeuge. Die ausländische Expertengruppe landet in Nirgendwo. Mitten auf dem Rollfeld, in der prallen Mittagssonne, tanzen junge tschetschenische Mädchen und Jungen zur Begrüßung. Zwei deutsche Busse fahren vor, die Delegation wird gebeten einzusteigen. Ihr steht ein langes und interessantes Programm bevor. Mit Polizeieskorte geht die Fahrt Richtung Hauptstadt. Eine moderne Militärkaserne zieht sich über einen Kilometer die linke Straßenseite entlang. Hinter den Zäunen ist jedoch kein Soldat zu sehen. Der Bus umkurvt einige auf dem Weg aufgestellten Barrikaden. Neugierig schauen die ausländischen Beobachter aus den Fenstern auf der Suche nach den Spuren des letzten Tschetschenienkriegs. Doch diese findet man auf dem Weg nach Grosny nicht.

Nach einer halben Stunde passieren die Busse die Stadtgrenze. Unter den ausländischen Experten sind nicht wenige Journalisten, die als Kriegsberichterstatter Tschetschenien erlebt hatten. Auch sie sind erstaunt über den neuen Anblick der noch vor wenigen Jahren in Ruinen liegenden Stadt. Auf den Straßen fahren so viele Autos wie in einer anderen Provinzstadt, die Läden sind bunt, das Alltagsleben hat sich normalisiert. Auf dem zentralen Marktplatz

wird an allen Stellen gebaut. Die größte Moschee Europas, gerade von türkischen Baufirmen fertiggestellt und von der Ölgroßmacht Kasachstan finanziert, erhebt sich majestätisch über den neuen Wohnblöcken der Innenstadt. Das zweitimposanteste Gebäude ist das des russischen staatlichen Pensionsfonds. Von hier aus wird die Sozialpolitik der Republik gesteuert. Die Delegation darf die Busse verlassen. Man knipst, telefoniert, spricht mit den jungen tschetschenischen Sicherheitsleuten, die ihre ausländischen Gäste keine Sekunde aus den Augen verlieren. Von überall tauchen Fernsehkameras auf, die eingeflogenen Ausländer geben gerne Auskunft über ihre ersten Eindrücke.

Berührungsgängste sind auf der Straße nicht zu spüren. Die schwarz gekleideten Männer antworten freundlich auf Fragen der Besucher. Ja, den ersten Tschetschenienkrieg hätten ihre Väter alle mitgemacht – dort ging es um wirkliche Ideale, den Glauben an die Wiedergeburt des tschetschenischen Volks. Im zweiten Tschetschenienkrieg wäre es jedoch nur um Geld gegangen. Heute möchte man mit dem reichen und starken Russland wieder in Frieden leben, obwohl natürlich viele Wunden noch lange nicht verheilt sind. Nach einem Kurzbesuch in einer wiedererrichteten orthodoxen Kirche, geht die Fahrt wieder aus Grosny heraus – in die Residenzstadt des Präsidenten bei Gudermes.

Auf dem Gelände der Residenz des 30-jährigen Präsidenten stehen mehrere schwarze Geländewagen, dieser Ort ist besonders gut bewacht. Die Gäste aus Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, USA, China, Japan, Iran und Israel inspizieren staunend den Privat zoo des tschetschenischen Anführers. Den Zoo erreicht man über eine lange Holzbrücke, die einen künstlich angelegten Teich überspannt. Auf dem Strand sind drei Jetskier geparkt. Kadyrow, im Westen lange Zeit als blutrünstiger Diktator verschrien, empfängt die ausländische Delegation an einem langen ovalen Tisch. Da gerade der Fastenmonat des Ramadan begonnen hat, wird von den fern angereisten Gästen kein Essen angeboten. Kadyrow lässt im Gespräch keinen Zweifel an seiner Gesinnung aufkommen: Die tschetschenische Republik ist und

bleibt Bestandteil Russlands. Er spricht fast ehrfürchtig von Putin. Der letzte Krieg ist seinem Volk von islamischen Extremisten aufgezwungen worden. Jetzt hilft das mächtige Russland beim wirtschaftlichen Wiederaufbau. Anders als früher, darf die tschetschenische Regierung fast 50 Prozent der Einnahmen aus dem Ölgeschäft auf ihrem Territorium einbehalten. Die Republik habe die stärkste Geburtenrate in der gesamten russischen Föderation. Gefragt nach dem Konflikt in Georgien, gibt Kadyrow den USA die Schuld am Kriegsausbruch. Wird das Entstehen von zwei neuen souveränen kaukasischen Staaten – Abchasien und Südossetien – den Separatismus in der Gesamtregion beflügeln? Kadyrow verneint. Erstens werden diese neuen Staaten eine lange Phase internationaler Anerkennung durchlaufen müssen, und zweitens sind sie ökonomisch von Russland abhängig. Tschetschenische Soldaten, so Kadyrow, haben im Krieg gegen den georgischen Aggressor Russland treu unterstützt.

Putins Tschetschenisierung des Konflikts scheint zu funktionieren. Die Gesetze des Kaukasus sind für Außenstehende schwer zu begreifen. Emotionen, Loyalitäten, Treueschwüre – wie lange halten sie! Putin hat Tschetschenien mehr Autonomie als irgendeiner anderen Republik gegeben, de jure muss sie jedoch im russischen Verband bleiben. Für die Loyalität der Tschetschenen hat Moskau, wie der erfolgreiche wirtschaftliche und soziale Wiederaufbau demonstriert, einen hohen finanziellen Preis bezahlt. Doch heute ist Kadyrow Russlands wichtigster Verbündeter im Nordkaukasus. Ob es in Tschetschenien noch Widerstand gäbe? Auch das verneint Kadyrow. Tausende von ehemaligen Rebellen sind amnestiert worden und stünden jetzt an seiner Seite. Auch die ins Exil ausgewanderten Kämpfer würden zurückkommen.

Plötzlich ergießt sich ein heftiger Platzregen über Gudermes. Eine kurze Verabschiedung, dann geht es in Begleitung der mit Maschinengewehren ausgerüsteten Polizisten – von denen einige vor Wochen noch in den umliegenden Bergen Widerstand leisteten – zurück nach Grosny und von dort zum Flughafen. Der Nachthimmel wird von einem Gewitter erhellt. Zwei Stunden

später ist die Tupolew wieder in der Luft. Der Pilot nimmt Kurs auf das Schwarze Meer. Nach einem kurzen Flug schwebt die Maschine über einem Lichtermeer. In der künftigen Olympiastadt Sotschi, an der Nordküste des Schwarzen Meeres gelegen, pulsiert das Nachtleben. Die Hauptferiensaison ist noch nicht zu Ende. Nach der Landung auf dem alten sowjetischen Flughafen Adler, der bis zu der Winterolympiade völlig neu gebaut werden muss, steigen die ausländischen Gäste erneut in Busse. Entlang der einzigen, auch nachts stark befahrenen Küstenstraße geht die Fahrt in Richtung Innenstadt. Auch hier muss der Fahrer einige Absperrungen umfahren. Ministerpräsident Putin ist in seinem liebsten Urlaubsort, Sotschi, angekommen. Auch die beiden Präsidenten der von Russland gerade anerkannten Republiken Abchasien und Südossetien sind in der Stadt. Morgen wird sich die ausländische Delegation mit allen dreien treffen.

### *Sotschi, 11. September*

Das im russischen Fernsehen übertragene Gespräch der ausgewiesenen internationalen Russlandexperten mit den Präsidenten Sergei Bagapsch und Eduard Kokoity im Rahmen des Valdai-Klubs in Sotschi dient natürlich einer weiteren Legitimierung der Anerkennung Abchasiens und Südossetiens. Bagapsch hinterlässt einen souveränen und sympathischen Eindruck. Er punktet mit dem Versprechen, die einst aus Abchasien vertriebenen 240.000 Georgier nach und nach zurückzuholen. Bagapsch hofft außerdem auf die halbe Million Abchasier in der Türkei, die eine wichtige Scharnierfunktion für die Anerkennung seiner Republik im Westen spielen könnten. Der abchasische Präsident setzt klare Akzente: Sein Land will nicht von Russland annektiert werden, vielmehr schwebt ihm eine Mitgliedschaft im russisch-weißrussischen Unionsstaat und dem kollektiven Verteidigungsbündnis der GUS vor. Das wäre der erste Schritt zu einer internationalen Anerkennung. Um diese zu beschleunigen, denkt der Abchasien

sogar über eine Anerkennung von Kosovo nach. Das Argument, Russland hätte den Abchasen illegal russische Pässe vergeben, weist der weißhaarige Mann zurück. Rumänien würde in Moldawien auch rumänische Pässe austeilen, ohne dass die EU dagegen aufbegehren würde. Wieder diese westlichen Doppelstandards! Über Condoleezza Rices Statement, die alte Souveränität Georgiens hätte international immer noch Bestand, kann Bagapsch nur milde lächeln. Er weiß, dass er sich in wenigen Monaten vor interessierten ausländischen Investoren kaum retten können wird.

Ganz anders präsentiert sich auf internationalem Parkett der frischgebackene Präsident Südossetiens. Er wirft den USA und der OSZE eine Mittäterschaft im Krieg vor. Sie hätten Saakaschwili gedeckt und vom Angriff der georgischen Armee auf Zchinwali von vornherein gewusst. Kokoity spricht von der Notwendigkeit, die Nord- und die Südossetier zu vereinen, am besten im Rahmen der Russischen Föderation. Die Ossetier hätten schon vor 300 Jahren ihre historische Wahl für Russland getroffen. Später revidiert Kokoity seine Worte, offensichtlich nach einem strengen Anruf von Putin. Um die internationale Gemeinschaft nicht noch stärker gegen Russland aufzubringen, soll Südossetien zunächst tatsächlich als selbstständiger Staat funktionieren. In einigen Jahren werde man dann sehen.

Untereinander versuchen die internationalen Russlandexperten die Sachlage zu diskutieren. Viele von ihnen sehen in Russland und nicht in Georgien den Schuldigen für den Konfliktausbruch. Moskau habe nach dem Bürgerkrieg 1992 als Friedensmacht eine Wiedervereinigung Georgiens mutwillig behindert, indem es Abchasiern und Ossetiern die russische Staatsbürgerschaft offerierte, die Rückkehr der vertriebenen Georgier nicht förderte und den illegalen Waffentransfer in die beiden abtrünnigen Republiken nicht verhinderte. Eine Expertin aus der EU zitierte aus einem OSZE-Dokument, in dem die russischen Angaben der Opfer im

Südossetienkonflikt relativiert werden. Statt 2000 Toten, von denen in Moskau die Rede ist, zählten internationale Beobachter nur 400 Opfer, gefallene Soldaten auf beiden Seiten mit eingeschlossen. Auch würde die Zahl der Vertriebenen aus dem Norden Georgiens nach Tiflis die Zahl der nach Russland geflüchteten Südossetier um das Sechsfache übersteigen. Falls dieser OSZE-Bericht stimmt, kann Moskau sein militärisches Eingreifen in den Konflikt nicht mit dem Vorwurf des versuchten Völkermords rechtfertigen, so die Expertin.

Die Errichtung von zwei neuen Staaten im Kaukasus ist eine Zeitbombe für Russland, so ein Forscher von der amerikanischen Carnegie-Stiftung. Putin musste wählen zwischen seinen außenpolitischen Ambitionen und der inneren Stabilität – er entschied sich für das Erste und gegen das Zweite. Andere Experten verweisen darauf, dass es Russland im Georgienkrieg nicht um die eigenen Staatsbürger oder um die abtrünnigen Republiken geht, sondern nur um die Erreichung geopolitischer Ziele und die Kontrolle über den künftigen Energietransit durch den Südkaukasus. Der Direktor des französischen Think-Tanks ifri, Thierry de Montbrial, sieht den Krieg als späte Folge des Kollapses der Sowjetunion. Russland würde, nach zwei Jahrzehnten politischer Ohnmacht, jetzt seine Kräfte bündeln, um seine historische Hemisphäre wieder aufzurichten. Wird womöglich die Krim oder das Baltikum nächstes Opfer der russischen Aggression sein?

Der Engländer Charles Grant befürchtet, dass die NATO jetzt ihr altes Feinbild wiedergefunden habe – Russland. In den nächsten Jahren könnte die NATO zu ihrer alten Mission, nämlich der Eindämmung Russlands, zurückkehren. Hat Russland das Potenzial, den Westen herauszufordern? Die russischen Banken stehen mit 600 Milliarden US-Dollar beim Westen in der Kreide. Das Investitionsrisiko in Russland ist wieder gestiegen. Russlands Privatbanken könnten bald keine neuen Kredite mehr erhalten. Doch in Wirklichkeit breitet sich in der westlichen Expertengemeinschaft Ratlosigkeit aus. Als John F. Kennedy im Kalten Krieg den dramatischen Satz »Ich bin ein Berliner« in die Welt hinausrief,

stand dahinter eine Substanz. Wenn heute McCain sagt, alle Amerikaner seien Georgier, klingt dies nach einer billigen Parodie. Steht die Welt vor einer globalen Konfrontation, oder haben wir es im Kaukasus nur mit einem »regionalen Kalten Krieg« zu tun, wie der Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik, Volker Pertes, meint?

Unbehagen bereitet vielen Europäern die Haltung der USA. Warum rüsten die USA Georgien nach dem verlorenen Krieg gleich wieder auf? Beginnt in Bälde der erste gefährliche Rohstoffkonflikt zwischen Amerikanern und Russen, der sich vom Süden der GUS leicht in die Arktis verlagern könnte? Tatsächlich verschiebt sich in der globalen Wirtschaft der Transfer von Kapital und Wertschöpfung von den Energiekonsumenten zu den Energieproduzenten. Russland gehört eindeutig zu den Gewinnern dieser neuen Konstellation. Doch im Konflikt in Georgien haben die USA eine dritte »Front« in ihrer Außenpolitik eröffnet. Jetzt kämpfen sie gleichzeitig gegen Russlands »Neoimperialismus«, die atomare Aufrüstung des Iran und den internationalen Terror im Irak sowie in Afghanistan. Die USA begehen schwere strategische Fehler, sagt der englische Publizist Anatol Lieven. Falls die USA Russland im »Great Game« im Kaspischen Meer eindämmen möchten, müssen sie sich mit dem Iran verbrüdern, ohne den keine wirklichen Transitkorridore aus dieser Region in Umgehung Russlands errichtet werden können. Falls der Krieg gegen den islamischen Extremismus die oberste Priorität in der amerikanischen Außenpolitik genießt, muss sich Washington mit Russland und dem Iran verbünden, denn Russland ist der eigentliche Schutzwall des Westens vor einem aggressiven Islam, und nur der Iran ist imstande, den Einfluss der radikalen Schiiten im Irak zu begrenzen. Falls es aber den USA hauptsächlich darum geht, den Iran am Bau der Atombombe zu hindern, führt für Washington kein Weg an einer Kooperation mit Moskau vorbei.

Die Teilnehmer des Waldai-Klubs sitzen wieder im Bus versammelt. Mit Polizeisirenen geht die Fahrt durch Sotschi hindurch zur Residenz des Premierministers. Putin lässt die ausländischen Gäste zwei Stunden lang buchstäblich im Regen auf der Terrasse stehen. Dann werden sie hineingebeten. Die Tische sind für das gemeinsame Mittagessen gedeckt. Kaum haben die Experten ihre Plätze eingenommen, erscheint Putin – sein Gang erinnert an einen Panther – im Saal. »Habt ihr vom Essen noch etwas übrig gelassen?«, fragt er in die Runde. Dann hört der Spaß auf. Putin attackiert die westliche »Propagandamaschine«, die das Geschehen im Georgienkonflikt auf den Kopf gestellt hat. Der georgische Angriff sei im Voraus geplant gewesen, Russland musste sich schützen und den Aggressor hart bestrafen, indem es ihn weit zurück ins Landesinnere zurückdrängte und die Militäreinrichtungen zerstörte. »Wir konnten doch nicht mit Taschenmessern herumfuchteln«, belehrt Putin die Anwesenden. »Dem Angreifer mussten wir die Fresse polieren!« Es stimme nicht, dass die russische Armee im Hinterhalt Position bezogen hatte, um Saakaschwili eine Falle zu stellen. Russische Sicherheitskräfte hätten den Roki-Tunnel abgesichert, damit die Georgier ihn nicht unter Kontrolle bekamen. Der Vergeltungsangriff der 58. Armee habe aber mit großer Verspätung stattgefunden. Um sich zu verteidigen, musste Russland die militärischen Stützpunkte der Georgier um Zchinwali herum vernichten. Doch die Einnahme von Tiflis stand nie auf dem Plan. Eine Anerkennung Abchasiens und Südossetiens war vor Kriegsausbruch ebenfalls nicht vorgesehen, rechtfertigt sich Putin. Sowohl sein Vorgänger Jelzin als auch er selbst hätten immer die territoriale Souveränität Georgiens beschworen. Er als Präsident habe sich nie zuvor öffentlich mit Bagapsch und Kokoity getroffen.

Freimütig schildert Putin sein Gespräch mit US-Präsident Bush am Rande der Eröffnungsfeier für die Olympischen Spiele in Beijing: »Nachdem ich die Nachricht vom Einfall der georgischen Armee in Südossetien erhielt, fragte ich George, was das soll. Er erwiderte mir, Amerika wolle keinen Konflikt im Kaukasus. Spä-

ter nahmen die Kriegshandlungen immer mehr zu. Doch die US-Administration tat nichts, um den Konflikt zu stoppen.« War Bush desinformiert, von der Information abgeschnitten? Spielten Vizepräsident Dick Cheney und Außenministerin Rice ihr eigenes Spiel mit Saakaschwili? Erinnerungen werden wach an den 11. September 2001, als Bush während eines Treffens mit Schulkindern die Nachricht vom Terroranschlag erzielte, er aber noch eine halbe Stunde regungslos auf der Schulbank verharrte, während Cheney in Washington das Kommando übernahm.

Putin schimpft auf die amerikanischen Militärberater, die Georgiens Armee trainiert hätten. Dass die US-Ausbilder die georgische Armee nicht für den Krieg gegen Russland, sondern den Einsatz im Irak vorbereitet hatten, kommt ihm gar nicht in den Sinn. Israel hatte Saakaschwilis Truppen ebenfalls für den Einsatz im Irak trainiert, nachdem Tel Aviv jedoch erfuhr, dass Georgien sich für einen Kampfeinsatz in Südossetien vorbereitete, wurde die Militärhilfe eingestellt.

Bei den nächsten Fragen beruhigt sich Putin wieder. Sind seine Emotionswallungen vorgetäuscht, oder verbirgt sich hinter seiner eisernen Maske ein glühender Vulkan? Russland will keinen Kalten Krieg, so der Ministerpräsident. Der amerikanische Verteidigungshaushalt ist 25-mal größer als der russische. Aber Russland wird sich verteidigen. Mit Atomwaffen? Putin denkt kurz nach: »Vor einigen Jahren hätte ich die Idee einer Ächtung aller Atomwaffen für ausgeschlossen gehalten, jetzt fange ich an, positiv darüber nachzudenken!« Die militärische Technologie sei inzwischen so weit fortgeschritten, dass eine totale Abschreckung auch mit nicht atomaren Waffen gewährleistet werden kann, meint er. Offensichtlich sucht Putin hier einen Schulterchluss zum US-Präsidentschaftskandidaten McCain, der einige Wochen zuvor ebenfalls die Idee der Vernichtung aller Atomwaffenarsenale auf dem Planeten geäußert hatte.

Aber sogleich redet sich Putin wieder in Rage. Er will nicht zu freundlich wirken. Die westlichen Experten des Valdai-Klubs sollen in ihren Ländern die Nachricht verbreiten, dass Russland

es ernst meine mit der Kritik an der westlichen Außenpolitik. Die alte monopolare Weltordnung sei tot, sie wäre schädlich für die Menschheit gewesen. Die Erdkugel hätte schließlich auch nicht nur aus einem Pol. Jetzt müsse die UNO gestärkt werden, einen gerechteren Mechanismus für die Lösung globaler Fragen gebe es nicht. Die EU laufe ständig den USA hinterher. Washington fälle eigenmächtig Entscheidungen, und die Europäer würden danach gezwungen, diese abzuseggen. So auch bei der Raketenabwehr. Die Europäer hätten die Amerikaner nicht gebeten, sie zu verteidigen. Russland müsse jetzt Gegenmaßnahmen ergreifen, in Form eigener Raketenabwehrstellungen im Westen des Landes. Der ehemalige deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder habe sich als wahrer Freund Russlands gezeigt und sei deshalb in seinem eigenen Land zur Unperson geworden. Auch Helmut Kohl hätte in den 90er-Jahren von der Notwendigkeit gesprochen, ein Europa nur mit Russland aufzubauen. In Wirklichkeit sympathisiere die breite deutsche Öffentlichkeit mit Russland. Er, Putin, wisse das genau.

Russland wolle auf ehrliche kommerzielle Art die EU mit Erdgas versorgen. Doch die EU politisiere das Gasgeschäft. Außerdem würden sich die Amerikaner in europäische Gasinteressen einmischen. Außenministerin Rice hätte neulich versucht, die Griechen gegen Moskau aufzubringen. Die USA wollten sich eine privilegierte Position im russischen Erdgasgeschäft sichern. Als dies den Moskauer Interessen zuwiderliefe, hätten die Amerikaner Polen gegen Russland aufgehetzt. Er, Putin, würde auch die englische Position nicht verstehen. Großbritannien benötige doch in naher Zukunft russisches Gas, weil seine eigenen Vorräte zur Neige gingen. Doch statt sich billiges Gas aus Russland zu sichern, will London das dreimal teurere Flüssiggas importieren. In den USA gelten noch die einseitigen Handelsbarrieren aus der Zeit des Kalten Kriegs, schimpf Putin weiter. Auch die Einschränkungen beim Technologietransfer aus den USA nach Russland wären noch intakt. Als ob die Sowjetunion weiter Bestand haben würde. Der Westen habe Russland betrogen, als er Gor-

batschow nach der deutschen Wiedervereinigung versprochen hatte, keine Militärstrukturen auf dem Territorium des alten Warschauer Pakts zu stationieren. Heute gebe es die Raketenabwehr in Polen und Tschechien sowie neue Militärbasen in Bulgarien und Rumänien. Und schließlich bemühten sich die USA um die Aufnahme der Ukraine in die NATO, ohne gleichzeitig eine Normalität der Beziehungen zwischen Russland und der NATO herzustellen.

Ist die Souveränität der Ukraine in Gefahr? fragt ein Franzose. Die Ukraine sei nicht bedroht durch Russland, antwortet Putin. Die Grenzen mit der Ukraine seien so stabil wie mit China, mit dem man 40 Jahre lang Grenzstreitigkeiten ausgefochten habe. Falls der Westen jedoch vorhabe, die NATO »mit aller Gewalt« Richtung Russland auszudehnen, wird Moskau »mit aller Gewalt« dies verhindern. Der Westen müsse endlich verstehen, dass die Ukraine innerlich instabil sei. Dort würde die Verfassung ständig verletzt werden. Möchte der Westen tatsächlich ein solches Land in die NATO aufnehmen, wo der Präsident seine Regierungschefin des Staatsverrats bezichtigt, nur weil sie im Georgienkonflikt Russland nicht kritisiert habe? Wie kann der Westen die Ukraine in sein Militärbündnis aufnehmen, wenn die Mehrheit der ukrainischen Bevölkerung dagegen sei? Wo ist die viel gepriesene westliche Demokratie? Später wird sich der russische Außenminister bitter darüber beschweren, dass sein ukrainischer Amtskollege Wolodymyr Ohrysko eine atomare Wiederbewaffnung der Ukraine fordere.

Wie stellt sich Putin die europäische Sicherheitsordnung in 15 bis 20 Jahren vor? fragt ein deutscher Teilnehmer. Objektiv würde sich Russland an Europa ausrichten, erwidert der Regierungschef. Sollte Europa uns nicht nehmen, wie wir sind, würde sich Russland nach Asien umorientieren. Die notwendigen Pipelines zur Versorgung des asiatischen Kontinents mit russischen Energieträgern seien zur Hälfte fertig, an der Pazifikküste entstünden neue Terminals für die Verladung von Flüssiggas auf Spezialtanker nach Japan. In Fernost würde eine neue industrielle und wis-

senschaftliche Infrastruktur entstehen. Dabei hoffe Moskau inständig auf japanische Unterstützung. Japanische Automobilhersteller würden auf dem russischen Markt besondere Präferenzen zuteil. Der Westen liege falsch mit seiner Annahme, Russlands Partner China hätte sich gegen die russische Anerkennung der abtrünnigen Republiken Abchasien und Südossetien ausgesprochen. Nein, Moskau habe China wissentlich nicht um Beistand gebeten, wohl wissend, dass Beijing separatistische Probleme auf eigenem Territorium besitzt. Und überhaupt – Russland sei es egal, ob jemand anderer Abchasien und Südossetien anerkennt oder nicht. Niemand, auch nicht die verbündeten GUS-Staaten, würden von Moskau gedrängt werden, die beiden Staaten anzuerkennen.

Plötzlich erinnert ein Amerikaner Putin daran, dass in Russland doch Medwedew der Präsident sei und somit für Außen- und Verteidigungsfragen zuständig wäre. »Medwedew ist der Spielführer auf dem Feld«, bejaht Putin treuherzig. »Morgen werdet ihr ihn alle zum Mittagessen treffen. Da könnt ihr ihn über alles ausfragen. Aber ich werde ihn vorwarnen.« Putin fährt fort: »Ohne Medwedews Befehl wäre die Armee in Georgien niemals einmarschiert.« Ja, Medwedew würde sich ab und zu mit ihm beraten, aber er würde alle wesentlichen Entscheidungen selbstständig fällen. Er, Putin, wäre eigentlich für die Wirtschaft zuständig. Er habe die Nase voll von Auslandsreisen und Gipfeltreffen. Der Westen sei selbst schuld, dass er die Chance eines diplomatischen Neuanfangs mit dem liberalen und aufgeklärten jungen Präsidenten Medwedew verspiele. Medwedew sei nun gezwungen, Kriegsherr zu sein.

Für die meisten der Teilnehmer des Gesprächs gibt es keinen Zweifel: Putin hat in der russischen Politik weiterhin die Oberhand. Er ist der Zar, Medwedew wächst erst langsam in seine Rolle als Präsident hinein. Beobachter der russischen Szene glauben auch eine gewisse Verunsicherung in der Staatsbürokratie zu entdecken. Die Funktionäre wissen selbst noch nicht genau, an wem sie sich orientieren müssen. In einigen Büros hängen Fotos von Putin *und* Medwedew.

Ist er glücklich und zufrieden mit der Rolle des Regierungschefs? Putin zögert keine Sekunde. Russland habe dank der angesparten Reserven aus dem lukrativen Energieexportgeschäft jetzt die einzigartige historische Chance, das Fundament für eine langfristige wirtschaftliche Gesundung und Wohlstand für die kommenden Generationen zu legen. Er, Putin, habe sich früher als Präsident um Details nicht gekümmert. Das sei jetzt anders. Er lerne jeden Tag von neuem, die Arbeit des Premiers bereite ihm große Freude. Er könne die angefangenen Sozialreformen umsetzen, den Hochtechnologiesektor entwickeln. Russland benötige einen Innovationsschub, so Putin. Die Wirtschaft würde weiter steigen, aber nicht mehr in diesem Rekordtempo. Gerade der Modernisierung wegen benötige Russland keinen Kalten Krieg mit dem Westen. Wie lange wolle Putin als Ministerpräsident fungieren? »Wie lange Gott will«, lautet Putins lapidare Antwort.

Schon wieder meldet sich ein Amerikaner und fragt, ob die russische Wirtschaft durch den Kaukasuskrieg und seine Folgen in Mitleidenschaft gezogen worden sei. Putins Gesichtsausdruck wird grimmig. Die westlichen Banken würden ihr Geld aus Russland nicht wegen des Kriegs herausziehen, sondern wegen der Liquiditätskrise in den eigenen Ländern. Russland habe genug Reserven, das eigene Finanzsystem zu stabilisieren. Die Regierung habe in amerikanische Fonds investiert und einige Millionen verloren, aber man hätte die Verluste woanders wieder wettgemacht.

Putin schaut auf die Uhr. Er hat in drei Stunden fast alle Fragen der ausländischen Experten beantwortet. Doch da fällt ihm noch etwas ein. Er bittet alle Anwesenden aufzustehen. Heute wäre der 11. September, man solle an die Opfer des Terroranschlags von 2001 gedenken. Alle erheben sich zu einer Schweigeminute. Dann verabschiedet sich Putin. Beim Hinausgehen ruft er den deutschen Teilnehmern noch zu, sie sollten von ihm den Altkanzler Schröder grüßen. Wenige Minuten später sind die Teilnehmer des Valdai-Klubs bei den Bussen versammelt. Im Regen geht es wieder

zum Flughafen. Die Chartermaschine wartet seit Stunden. Mit Verspätung hebt sie in Richtung Moskau ab.

Der deutsche Teilnehmer aus Berlin wird später im Kreml über die psychologischen Befindlichkeiten der russischen Führung aufgeklärt. Russland, so ein sehr ranghoher Kremlbeamter, kämpft in Georgien nicht um Territorien. Die übernommene Verantwortung für Abchasien und Südossetien wird Russland noch große Kopfschmerzen bereiten. Vor allem im Nordkaukasus. Nein, Russland stand vor der realen Gefahr, von Saakaschwili bloßgestellt und gedemütigt zu werden. Hätte Georgien den Blitzangriff erfolgreicher durchgeführt und den Roki-Tunnel für die nachrückende russische Armee geschlossen, hätte Moskau ohnmächtig mit ansehen müssen, wie einerseits seine Friedenstruppen aus dem Land gejagt, russische Staatsbürger getötet und NATO-Truppen in Südossetien und Abchasien aufgestellt worden wären. Die russischen Großmachtambitionen wären in Sekundenschnelle dahin gewesen. Die nordkaukasischen Völker hätten gespürt, dass Moskau sie nicht mehr beschützen könne. Die Anerkennung von Abchasien und Südossetien war die einzige Chance für Russland, seine Truppenstärke in der Region zu halten.

Der russische Außenminister Sergei Lawrow trifft die ausländischen Experten am darauffolgenden Tag und erzählt ihnen, wie wichtig für Russland die künftige Präsenz der EU in der Region sei. Besser eine Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) als die NATO. Das Erscheinen der EU im Kaukasus zerstöre amerikanische Pläne, Russland vollends zu isolieren. Die ESVP könnte mit dem Kollektiven Sicherheitspakt der GUS (ODKB) kooperieren. Die NATO hatte eine Zusammenarbeit mit der ODKB auf Druck der Amerikaner bisher ausgeschlagen, mit der GUAM dagegen partnerschaftliche Beziehungen unterhalten.

Die Teilnehmer des Valdai-Klubs treffen auch den Oppositionspolitiker Garri Kasparow zum Frühstück. Der sieht die aktu-

elle Lage in Russland naturgemäß ganz anders. Das Regime von Medwedew/Putin wird nach seiner Meinung das Jahr 2012 nicht überleben. In der Bevölkerung rege sich Widerstand gegen ausbleibende wirtschaftliche Verbesserungen. Das Protestpotenzial solle man nicht unterschätzen. Schon jetzt treten sogar offizielle Gewerkschaften mit politischen Losungen auf. Der Lebensstandard in der Bevölkerung sei rapide gesunken. Die ausländischen Gäste hören ihm ungläubig zu, machen sich jedoch fleißig Notizen.

Als Nächstes steht der stellvertretende Generalstabschef auf dem Programm. Er berichtet den erstaunten Experten von einem von russischen Aufklärern gefundenen Geheimplan der Georgier für eine Militäroperation gegen Abchasien. Nachdem Südossetien in einer Nacht-und-Nebel-Aktion überrannt worden wäre, hätte sich die georgische Armee nach Westen orientiert. Geplant war, in drei Tagen Abchasien einzunehmen. Saakaschwili hoffte auf den Überraschungseffekt. Georgien habe, so der General, vor dem Angriff auf Südossetien mehrere militärische Manöver abgehalten, deren »Legende« die russischen Militärs stutzig gemacht hatten. Auch Russland habe im Nordkaukasus entsprechende Militärmanöver vor dem Kriegsausbruch durchgeführt. Die ausländischen Gäste wechseln die Blicke und schreiben in ihre Notizblöcke.

### *Roter Platz, 12. September*

Er kommt mit schnellen Schritten zu Fuß über den Roten Platz gelaufen. Die überraschten Passanten können es kaum glauben. Nur einige Leibwächter begleiten ihn. Der Präsident will volksnah erscheinen. Er hat keine Angst vor Anschlägen. Die Seitentür des Einkaufszentrums GUM öffnet sich, und Medwedew steigt die Treppe empor. Oben im Saal, aus dessen Fenster der prachtvollle Rote Platz zu sehen ist, erwarten ihn sehnsüchtig die ausländischen Experten. Es ist der erste größere öffentliche Auftritt

des Präsidenten nach dem Krieg. Umso gespannter warten auch die internationalen Medien auf seine Rede. Normalerweise verlaufen die Sitzungen des Valdai-Klubs seit 2004 hinter verschlossenen Türen. So konnte man sich früher über viele Probleme ungestört unterhalten, angefangen vom Jukos-Skandal zu Beslan, der Orangenfarbenen Revolution in der Ukraine und dem Gasstreit mit der Ukraine. Diesmal wollen aber die Fernsehkameras die erste Stunde der Sitzung übertragen. Medwedew kommt nämlich, um eine Botschaft in die Welt auszusenden.

Der Präsident, noch keine 100 Tage im Amt, eröffnet das Klubtreffen mit einigen grundsätzlichen Erläuterungen. Für Russland sei der 8. August gleichbedeutend mit dem 11. September für die USA. An diesem Tag habe sich die Weltordnung verändert. Nichts ist heute so wie vorher. Die alte Sicherheitsordnung in der Welt ist hinfällig geworden, die Weltpolitik benötige ein neues »Gleichgewicht«. Hier wiederholt Medwedew fast Wort für Wort, was Putin den ausländischen Gästen am vorangegangenen Tag in ihre Notizblöcke diktiert hatte. Russland akzeptiere die unipolare Welt nicht mehr. Das Land könne sich mit der Gendarmenrolle der USA nicht mehr abfinden. Der studierte Jurist betont: Im 20. Jahrhundert sei in der Weltpolitik ein allgemein anerkanntes Rechtssystem gegründet worden, mit wichtigen Instrumenten wie der UNO und kollektiven Sicherheitsstrukturen. Dieses System funktioniere aber im 21. Jahrhundert nicht mehr und müsse erneuert werden.

Die internationalen Experten horchen auf. Appetitliche Vorspeisen werden serviert. Medwedew selbst will, wie Putin am Vortag, die Speisen nicht anfassen. Die hungrigen Gäste greifen jedoch zu Messer und Gabel. Medwedew hebt den Zeigefinger. Der zunächst freundlich wirkende Mann verkörpert nun die ganze Härte der Staatsmacht. Russland habe eine besondere Mission in der Welt, so Medwedew. Der Westen müsse die historische Hemisphäre Russlands im postsowjetischen Raum anerkennen. Daran führe kein Weg vorbei. Medwedew erinnert plötzlich an Putin. Dieselbe Gestik, dieselbe Stimme, dieselbe Mimik. Russ-

land besitzt Alternativen in Asien, fährt er ganz im Sinne Putins fort. Die Integration mit Asien ist eine der außenpolitischen Prioritäten russischer Diplomatie, sagt er. Die Wirtschaft des Landes bedarf einer Diversifizierung. Russland ist ein Land zwischen Europa und Asien. Warum sollte Russland sich wirtschaftlich nur an Europa ausrichten? Die wirtschaftliche Zukunft gehöre Asien, bald würden die Börsen Asiens mit den europäischen gleichziehen.

Dann greift der ehemalige Aufsichtsratsvorsitzende von Gasprom das Energiethema auf. Er könne über die Berichte im Westen, Russland habe nicht genug Gas, nur herzlich lachen. In Ostsibirien seien die Lagerstätten noch gar nicht erkundet. Wenn sich Russland zu einer Energieallianz mit Asien entschließe, würde das dafür notwendige Potenzial schnell aufgebaut. Will Medwedew, wie Putin, dem Westen Angst einflößen? Nach dem Motto: Kauft unser Gas, oder wir verkaufen es an die Chinesen?

Derselbe Amerikaner, der zuvor Putin mit der Frage nach den negativen wirtschaftlichen Folgen des Kaukasuskonflikts gequält hat, versucht sich jetzt auf Medwedew einzuschießen. Könnte die russische Wirtschaft angesichts der internationalen Isolierung des Landes nicht vielleicht doch kollabieren? Medwedew lehnt sich in seinem Stuhl zurück und verzieht das Gesicht. Dann wird sein Blick starr. Möglicherweise bekommen wir wirtschaftliche Probleme, knurrt er, aber für mich haben humanitäre Aspekte und Menschenrechte Vorrang. Man solle die Schwierigkeiten an der Börse, den Rückgang der Investitionen, die Anzeichen der Finanzkrise in Russland keinesfalls dramatisieren. Russland ist in die globale Wirtschaft eingebunden. Die Probleme anderer Länder greifen auf Russland über, umgekehrt werden andere Staaten von einer Krise in Russland ebenfalls in Mitleidenschaft gezogen. Dann kommt in Medwedew wieder der Jurist durch. Russland, so der Präsident, habe zum ersten Mal in 100 Jahren das Privateigentum als Institution legalisiert. Der Rubel ist eine der stärksten Währungen in der Weltwirtschaft. Bald werden die russischen Banken ihre Reserven statt im kränkenden Dollar in Rubel anlegen.

Der Westen verstehe nicht, so Medwedew, dass Russland und die Sowjetunion verschieden seien. In Russland existiere ein völlig neues Wertesystem, das mit dem alten sowjetischen nichts mehr gemein habe. Er selbst sei zwar in der UdSSR aufgewachsen, aber lebe fast die Hälfte seines Lebens im demokratischen Russland. Das neue Russland sei undogmatisch, nicht missionarisch. Medwedew wirkt nun sehr offen. Er möchte sein liberales Image gerne nach außen tragen. Die Zuhörer glauben ihm. Medwedew wirkt sehr überzeugend. »Der Westen hätte Russland in den 90er-Jahren in die NATO aufnehmen sollen, dann hätten wir die heutigen Probleme nicht«, sprudelt es aus ihm heraus. Es folgen erstaunte Blicke und Raunen im Saal. Medwedew hat das Kernproblem der russischen Beziehungen zum Westen angesprochen. In Wirklichkeit habe Russland nichts gegen die NATO als solche, nur dürfe diese NATO nicht gegen Russland gerichtet werden. Die alte NATO konnte Moskau gerade so akzeptieren. Nicht aber die russlandfeindliche Haltung der neuen Mitgliedsstaaten, allen voran Polen und die baltischen Staaten.

Was wäre gewesen, wenn zum Zeitpunkt des Ausbruchs des Kriegs in Südossetien Georgien den Aktionsplan für die Mitgliedschaft in der NATO erhalten hätte? Medwedew zögert keine Sekunde mit der Antwort. Auch in diesem Fall hätte er dieselbe Entscheidung getroffen wie am 8. August. Sicherlich hätte ein Eintritt Russlands in den georgischen Konflikt im Falle einer Fastmitgliedschaft Georgiens in der NATO die Lage komplizierter gestaltet. Aber nichtsdestotrotz, Moskau konnte sich von Georgien nicht demütigen lassen.

Medwedew ist sich sogleich bewusst, dass er gerade etwas sehr Ernstes gesagt hat. Die ausländischen Experten wissen, was gemeint ist. Im oben geschilderten Falle wäre die Welt vor einem dritten Weltkrieg gestanden. Und mit welchen militärischen Mitteln hätte Russland, dessen Armee im Laufe der letzten Jahre degradiert war, gekämpft? Natürlich mit Atomwaffen. Die Zuhörer wollen die Problematik nicht weiter vertiefen. Und Med-

wedew will wieder zurück zur positiven Agenda des Gesprächs: »Dieser unsägliche Krieg hat mich einen ganzen Monat beschäftigt. Ich hätte diese Zeit besser nutzen können mit Reformen und Modernisierungsprojekten.« Er lächelt und wirkt wieder ganz der Liberale.

Mehrere Hände sind in der Luft. Die Experten haben noch unzählige Fragen an den Präsidenten. Die Organisatorin des Valdai-Klubs, Swetlana Mironjuk, versucht zu bändigen: »Nicht jeder kommt dran. Nur diejenigen, die gestern keine Zeit hatten, Putin ihre Frage zu stellen.« Doch einige Übereifrige drängen, winken Medwedew zu, machen ihm Zeichen, fordern seine Aufmerksamkeit. Inzwischen ist die Hauptspeise serviert. Der Präsident trinkt derweil nur Wasser.

Medwedew erzählt nun seine Version vom Kriegsausbruch am 8. August. Er selbst wäre auf Urlaubsreise auf der Wolga gewesen. Am 7. August habe er von der Drohung Georgiens an die Adresse Südossetiens erfahren, später vom Beschuss der Stellungen russischer Friedenstruppen. Als Oberbefehlshaber der Armee habe er jedoch abgewartet, seine Truppen in Bewegung zu setzen, denn er konnte nicht glauben, dass Georgien so verrückt sei, wirklich anzugreifen. Nachdem Zchinwali aber mit Granaten beschossen worden sei, beschloss er am 95. Tag seiner Präsidentschaft, zur Gegenoffensive überzugehen. Medwedews Ton wird auf einmal rauer. Er wüsste, was der Kalte Krieg sei und er wolle nicht hinter dem eisernen Vorhang leben, aber in diesem Verteidigungsfall musste er zur Gegenattacke blasen. Der Präsident erzählt, wie zuvor Putin, von seinem Telefonat mit dem amerikanischen Präsidenten Bush. Letztere soll ihm zugerufen haben: »Was tust du da? Du bist doch noch sehr jung, hast ein liberales Image, willst du dir alles zerstören?« Jetzt redet sich der neue Kremlchef fast in Rage und nennt den georgischen Präsidenten einen Psychopaten und Drogenabhängigen. Saakaschwili habe einem Treffen mit Medwedew noch im Juli zugestimmt, um die festgefahrene Situation deeskalieren zu lassen, doch habe er nach einem Gespräch mit der US-Außenministerin Rice von der Reise nach Sotschi Ab-

stand genommen. Unsere Gegner dachten, wir hätten keinen Mumm, so Medwedew.

Schließlich seufzt er: Lasst uns einen fetten Punkt hinter die Affäre machen und zum normalen Tagesgeschäft übergehen. Die Gäste spüren – das ist nicht Medwedews Krieg. Seine harte Rhetorik ist aufgesetzt, auch um seiner eigenen Bevölkerung Durchsetzungsvermögen zu suggerieren. Er selbst sagt, er hätte vor August niemals gedacht, dass er zu einer solchen harten Rhetorik greifen müsse. Es gebe so viele gemeinsame Herausforderungen in Zukunft zu meistern, die wichtiger seien als der Krieg in Georgien. Russland wolle mit dem Westen in Fragen des Klimaschutzes, Ökologie, Energiesicherheit eng kooperieren. Der G-8 habe Moskau 1,5 Milliarden US-Dollar für Zukunftsprojekte bereitgestellt. Russland entwickle sich zunehmend im westeuropäischen Rechtsraum, die Mentalität von 70 Prozent der russischen Bevölkerung sei europäisch. Er habe in den vergangenen zwei Jahren 60 Reisen in die entlegensten russischen Provinzen unternommen und so sein Land kennengelernt. Die historische Chance der Annäherung darf einfach nicht vertan werden. Die nächste Generation würde unsere heutigen Konflikte nicht nachvollziehen können. Medwedew erinnert die Anwesenden daran, dass er selbst zehn Jahre lang als Geschäftsmann in Sankt Peterburg gearbeitet habe. Er sei ein moderner Mensch, der die Integration seines Landes in die Weltwirtschaft fördere. Ausdrücklich betont er, dass die Arbeitsbeziehungen zwischen Russland und dem Westen auf Foren wie dem jährlichen Wirtschaftstreff in Davos weiterentwickelt würden.

Nach drei Stunden intensivem Meinungsaustausch ist die Sitzung beendet. Medwedew hört sich noch einige Minuten geduldig einige westliche Experten an, die ihn an ihre Universitäten oder Institute einzuladen versuchen. Dann verabschiedet er sich freundlich, nicht ohne den Valdai-Klub im nächsten Jahr in den Osten Russlands einzuladen. Anschließend sucht er draußen in der großen Einkaufshalle des GUM das Bad in der Menge. Die Menschen klatschen laut Beifall. Medwedew bemüht sich um die Steigerung seiner Popularität in Russland. Nach einer halben

Stunde Gespräch mit einfachen Bürgern geht er hinaus auf den Roten Platz. Wieder stehen kaum Leibwächter um ihn herum. Der Präsident steigt in seine Limousine und fährt davon.

Die Neugierde der westlichen Besucher ist noch lange nicht befriedigt. Ein russischer Erster Stellvertretender Premier steht bereitwillig Antwort. Die Parameter für die künftige Wirtschaftsentwicklung stünden gut. Trotz des Krieges habe sich in Russland selbst wenig geändert. Das Geschäftsklima ist nicht beschädigt worden. Medwedews Programm der vier »i« werde zügig umgesetzt. Zunächst muss der Kampf gegen die Korruption auf allen Ebenen der Gesellschaft effektiver gestaltet werden. Er wird lange dauern, bis sich die Mentalität der Russen gewandelt hat. Aber an einer Festigung rechtsstaatlicher Institutionen führe kein Weg vorbei. Das Innovationsprogramm sei ebenfalls gestartet worden. Die industrielle Modernisierung und Technologisierung seien Prioritäten der Regierungspolitik. Probleme bereite das nicht reformierte Sozialsystem. Die Regierung plane, das Land wettbewerbsfähiger zu machen. Eine Antimonopolgesetzgebung soll die Konkurrenz beleben. Die staatlichen Korporationen werden zu mehr Transparenz angehalten. An der Steuerschraube wird nicht gedreht werden, solange der Haushalt einen Überschuss an Einnahmen aufweist. Größere Mengen von Auslandsinvestitionen benötige Russland dagegen nicht, denn es sei ohnehin zu viel Geld im Umlauf. Russland setze allerdings weiter auf strategische ausländische Partner wie BP. Im Streit zwischen den russischen und britischen Managern von TNK-BP habe Moskau zwar mit den eigenen Landsleuten in der TNK-Führung sympathisiert, aber die BP vor einer Verfolgung durch die russische Staatsanwaltschaft beschützt. Größere Militärausgaben seien nicht geplant.

Wer regiert Russland – Medwedew oder Putin? Auch hier ist der Politiker um eine direkte Antwort nicht verlegen. Medwedew und Putin stimmten sich ab. Der Präsident trägt die Hauptverantwortung, aber er entscheidet auch nicht alles alleine. In der Hierarchie gebe es eine neuartige Konfiguration. Die verschiede-

nen Minister hätten jetzt zwei Vorgesetzte, den Präsidenten und den Regierungsvorsitzenden. Falls Medwedew etwas zustößt, übernehme Putin wieder die Präsidentschaft. Putin hätte theoretisch die Möglichkeit gehabt, Medwedew nicht hochkommen zu lassen, aber er förderte dessen Aufstieg. Trotzdem besäße Russland den einflussreichsten Premier aller Zeiten. Frühere Regierungschefs wussten nicht immer Bescheid, Putin wäre über alles im Bilde. Auf Kabinettsitzungen gebe es keine künstlichen Showeinlagen für die Presse wie früher. Die Treffen verliefen effektiv.

Gibt es Nepotismus und Korruption in den höchsten Etagen der Macht? Der Vizepremier lacht. Die Korruption sei im Verhältnis zu den 90er-Jahren eingedämmt worden. Es gebe halt keine politischen Oligarchen mehr. Natürlich würden viele Unternehmer die Präsidentialadministration oder die Regierung oft um Hilfe bitten, und die Staatsmacht kann für ihre Unterstützung von der Geschäftswelt Gegenleistungen verlangen. Das sei doch in anderen Ländern der zivilisierten Welt auch gang und gäbe.

Wofür gibt der Staat derzeit das meiste Geld aus? Der Kremlpolitiker ist um eine Antwort wiederum nicht verlegen: Russland errichte gerade eine völlig neue und moderne Infrastruktur im Osten des Landes. Dort werden Industrien und Forschungszentren regelrecht aus dem Boden gestampft. Früher seien die Menschen nach Sibirien verbannt worden, heute sollen sie sich dort für immer ansiedeln. Die Migration in diese Gegenden würde von Moskau aus gelenkt werden. An der Pazifikküste gebe es viele reiche Russen. In der Vergangenheit hätten sie die Bioressourcen ausgeplündert. Jetzt fordere der Kreml von ihnen Investitionen in die Infrastruktur. Die Städte in Fernost und Sibirien befänden sich in einem architektonisch schlechten Zustand, aber dafür wäre in den entlegenden Regionen viel Reichtum angelegt worden. Hartes Klima? Davon will der Kremlpolitiker nichts wissen. Die Winter in Sibirien seien kalt, aber für den menschlichen Kreislauf gesünder als das schwankende Wetter in Moskau.

Welche sind die Prioritäten der russischen Außenpolitik? Natürlich die eigene Modernisierung des Landes. Dafür bräuchte

Russland ein positives Umfeld. Moskau wolle keinen Streit mit dem Westen, denn er werfe Russland auf dem Weg zur Modernisierung zurück. Andererseits kann sich die russische Führung vom Westen nicht alles gefallen lassen. Die Regierung benötigt die Achtung seiner Bürger, sie darf nach außen keineswegs als schwach erscheinen. Russland wird künftig keine Belehrungen mehr seitens des arroganten Westens tolerieren. Russland sei schließlich reicher, als viele der heutigen G-8-Staaten.

Russische Reaktion auf die NATO-Osterweiterung? Ein spitzes Lächeln verzieht das Gesicht des jungen Vizepremiers. Entweder wird Russland selbst in die NATO hineingelassen, oder wir werden die NATO vor unseren Toren gewaltsam stoppen. Der Kaukasus ist eine historische Einflussphäre Russlands, kein russischer Präsident wird dort jemals die NATO akzeptieren. Russland betrachte auch den Balkan als Region seiner strategischen Interessen. Dort hat Russland früher Geschichte geschrieben. Der Westen habe kein Recht, den russischen Einfluss in der Weltpolitik zu schmälern. Jahrelang habe der Westen Russland einfach nicht zuhören wollen. Jetzt ist die russische Haltung so, wie sie ist. Der Westen muss uns akzeptieren. Russland wird seinen schweren Weg gehen, auch wenn er wehtut.

Chodorkowski? Nein, der Oligarch käme nicht so schnell frei. Obwohl Chodorkowski Putin und Medwedew persönlich leid tut, können auch Präsident und Premier nicht geltendes Recht verletzen und Gerichtsurteile rückgängig machen. Obwohl viele im Westen denken, dass der Kreml gerade jetzt Chodorkowski aus dem Gefängnis entlassen könne, um sein ramponiertes Image in der westlichen Öffentlichkeit zu verbessern, geben Insider in Russland zu bedenken, dass dieser Schritt der russischen Regierung bei der einheimischen Bevölkerung als Zeichen der Schwäche und Zurückweichung vor dem Westen verstanden werden würde. Chodorkowski ist innerhalb der konservativen russischen Bevölkerung zum Inbegriff des Raubkapitalisten der 90er-Jahre geworden.

Wird Russland eine demografische Katastrophe ereilen? Wie-

der ein Kopfschütteln. Die Sozialprogramme laufen in Russland auf vollen Touren, es werden wieder mehr Kinder geboren. Wenn sich das Klima auf dem Erdball erwärmt, wird in manchen Gegenden die Erde unbewohnt. Dann fließt eine neue Emigrationswelle aus dem Süden nach Russland. Im Übrigen seien nicht die niedrigen Geburtenraten ausschlaggebend für die schlechte demografische Statistik in Russland, sondern die häufigen Verkehrsunfälle sowie Alkoholvergiftungen. Vielleicht kommt jetzt der Babyboom. Viele elternlose Paare greifen zur Adoption. Familiensinn hat Konjunktur in Russland.

Medwedew und Putin wollen keinen neuen Kalten Krieg. Sie möchten, dass der Westen den Standpunkt Russlands respektiert. Hinter der scharfen Rhetorik spürt man ihre Verunsicherung, vor allem angesichts drohender wirtschaftlicher Probleme für das Land. Der Westen beschuldigt Russland, in der Kaukasuskrise irrational gehandelt zu haben. In Russland fragt man sich derweil, wie irrational die Politik des Westens sei. Warum tut der Westen so, als seien Abchasien und Südossetien untrennbare Teile Georgiens gewesen? Beide Republiken waren seit dem Zerfall der Sowjetunion nur auf dem Papier an Georgien gebunden. Warum beklagt der Westen immer wieder die Flüchtlinge auf georgischer Seite und vergisst die Opfer auf ossetischer Seite? Die EU hat auf ihrem Sondergipfel auf Sanktionen gegenüber Russland verzichtet und auf die strategische Partnerschaft gesetzt. Der Europarat, den die Russen oft als Inquisition der EU bezeichnen, versucht zur gleichen Zeit, Russland als Strafe für den Krieg gegen Georgien aus diesem Gremium hinauszudrängen. Die USA legen die Kooperation im Rahmen des NATO-Russlandrats lahm und fördern nicht mehr den russischen Beitritt zur WTO. Die Japaner geraten als Ausrichter des nächsten G-8-Gipfels unter Druck, Russland von Vorbereitungssitzungen fernzuhalten.

Manche westliche Intellektuelle wollen die russischen Argumente nicht hören und nicht verstehen. Sie schäumen vor Wut

und blenden die georgische oder amerikanische Schuld im Konflikt völlig aus. Der im Kalten Krieg niedergetrampelte Russe ist plötzlich auf der Weltbühne zurück, obwohl man ihn schon abgeschrieben hatte. Russlands Comeback passt nicht ins gewohnte Weltbild. Die Einseitigkeit zahlreicher westlicher Berichtersteller bringt sogar die ansonsten dem Kreml kritisch eingestellten Teile der russischen Eliten gegen den Westen auf. Man nehme nur das Beispiel von Gori. In den westlichen Reportagen wurde tagelang berichtet, die russische Armee würde diese georgische Stadt bombardieren. Auf westlichen TV-Kanälen liefen bewegende Bilder von zerstörten Häusern und flüchtenden Menschen. Tatsächlich wurden aber nur Militäranlagen zerstört.

Doch auch die russischen Medien berichten völlig einseitig und voreingenommen über den Konflikt. Eine Alternative zur offiziellen Version des Kremls fehlt vollkommen. In der Bevölkerung breitet sich eine gefährliche nationalistische Hurra-Stimmung aus: Endlich haben wir es dem arroganten Westen gezeigt. Wir sind wieder wer! Eine solche Haltung entfernt die russischen Eliten und die Masse der Bevölkerung immer weiter vom übrigen Europa. Diese Entwicklung wird negative Folgen haben, nicht zuletzt für die wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Kontakte, die zwischen dem Westen und Russland nach Beendigung des Kalten Krieges in mühevoller Arbeit aufgebaut worden sind. Diese Gefahr ist im Kreml erkannt worden.

### *Zehn offene Fragen*

Die Gespräche der internationalen Experten mit Medwedew und Putin konnten einen gewissen Aufschluss über die neue Doppelherrschaft in Russland geben. Putin, so die einhellige Meinung der Valdai-Klub-Mitglieder, ist eindeutig der starke Mann. Er steckt noch mit einem Bein im Kreml, während Medwedew noch kein vollwertiger Präsident ist. Putin scheint bei der Truppenentsendung nach Georgien das entscheidende Wort gesprochen zu

haben. Offenbar traf er diese Entscheidung noch während der Eröffnungsfeier der Olympischen Spiele in China. Doch er ließ Medwedew diese Entscheidung verkünden. Ab diesem Zeitpunkt war Medwedew der Ansprechpartner für die protestierende westliche Welt.

Mit wem muss der Westen in den nächsten Jahren in Russland rechnen? Mit Medwedew? Mit Putin? Oder doch mit beiden? Das ist die vordergründigste Frage. Medwedew, so die Meinung der internationalen Experten, wird sich in den nächsten Monaten Schritt für Schritt von seinem Lehrmeister emanzipieren. Putin wählte Medwedew zum Nachfolger aus, weil er in ihm eine Art Ziehsohn sah. Ein ebenbürtiger Geheimdienstmann vom Schlage Sergei Iwanows hätte Putins Aktionskreis als Ministerpräsident gehörig eingeschränkt. Solange Medwedew im Kreml regiert, lässt sich Putin die Chance offen, bei den nächsten Präsidentschaftswahlen wieder anzutreten. Dass Putin lange Premier unter Präsident Putin bleibt, glauben die wenigsten. Möglicherweise denkt Putin jetzt schon über die Gründung einer neuen supranationalen Struktur nach, an deren Spitze er sich stellen könnte. Der Unionsstaat, bestehend aus Russland, Belarus, Abchasien und Südossetien, bietet sich an. Oder die Gas-OPEC. Für Russland ist es gut, dass es die Doppelspitze gibt, denn sie fördert mehr Pluralismus auf oberster Entscheidungsebene.

Die zweite Frage betrifft den künftigen Status Georgiens. Sicher ist, dass der Westen die Unabhängigkeit der beiden abgespaltenen Republiken lange nicht anerkennen wird. Andererseits ist es nicht vorstellbar, dass Russland seine Anerkennung zurücknimmt. Der Weg zu einer Konföderation nach dem Muster von Bosnien-Herzowina ist ebenfalls verbaut. Russland und der Westen stehen vor einer endlos langen Debatte über das Völkerrecht. Fest steht nur, dass durch die Anerkennung von Abchasien und Südossetien Russland selbst vom Prinzip der Friedensordnung, die Moskau im Kosovo noch vehement verteidigte, abgerückt ist. Werden Abchasien und Südossetien jahrelang im Zustand von Nordzypern oder Taiwan verweilen? Wahrschein-

lich ja. Und was passiert mit dem Kernland Georgiens? Werden die USA, entgegen der Wünsche der Europäer, einen Beitritt Georgiens zur NATO erzwingen? Georgiens Schicksal hängt nicht zuletzt von der politischen Zukunft Saakaschwilis ab. Wird er, nachdem alle Fakten aus dem Krieg bekannt werden, seine Haut retten können?

Die dritte Frage betrifft die Rolle der USA. Amerika fordert von seinen westlichen Verbündeten eine harte Gangart gegenüber Moskau. Die Beziehungen zwischen Washington und Moskau sind so schlecht wie unter Reagan/Breschnew. Teile der Bush-Administration scheinen ihr persönliches Schicksal mit Saakaschwili verknüpft zu haben. Die USA könnten versucht sein, die NATO zu einem Eindämmungsinstrument gegenüber Russland auszubauen. Länder wie Polen, Tschechien, die baltischen Staaten, Rumänien, Bulgarien, die Ukraine und Georgien würden zu militarisierten Frontstaaten gegenüber Russland ausgebaut. Entlang der russischen Westgrenze würde eine Raketenabwehr errichtet werden. Russisch-europäische Pipelineprojekte müssten im solchen Fall aufs Eis gelegt werden. Amerikanische Versuche, den autokratischen Staatschef von Belarus durch eine Politik des Bauchpinselns von Moskau zu isolieren, verraten eher eine Hilflosigkeit. Die Frage ist, ob die USA angesichts ihrer schweren Finanzkrise wirtschaftlich überhaupt noch in der Lage sind, eine Eindämmungspolitik gegenüber Russland durchzuführen.

Die vierte Frage betrifft die Zukunft der NATO. Sie könnte im Falle eines neuen Kalten Kriegs gegen Russland zerfallen. Die Staaten des »alten Westens« würden zwar mit Russlands Position nicht sympathisieren, aber von einer Politik der Abgrenzung und Abschreckung gegenüber Moskau Abstand nehmen. Das alte Kerneuropa wird nicht gegen Russland in einen tödlichen dritten Weltkrieg ziehen wollen, um einen Wiederaufbau des russischen Imperiums zu verhindern. Die NATO bliebe dann eine Koalition der Willigen und Unwilligen – ähnlich wie im Irakkrieg 2003.

Die fünfte Frage betrifft die Perspektiven der EU in dem sich abzeichnenden geopolitischen Umfeld. Möglicherweise war der

Krieg in Georgien tatsächlich der Wachruf für die Europäer, ihre Sicherheit in eigene Hände zu nehmen. Aber ihnen steht ein äußerst schwieriger Spagat bevor, denn sie dürfen die Transatlantische Gemeinschaft keiner zu dramatischen Zerreißprobe unterziehen. Solange die EU im Kaukasus das Sagen hat, können Pipelineprojekte gemeinsam mit Russland – und vielleicht mit dem Iran – konzipiert werden. Für das Engagement der EU in der Region spricht auch die Tatsache, dass Moskau dagegen nichts einzuwenden hat. Staaten wie Georgien und die Ukraine sollten nicht in die NATO, sondern in die EU aufgenommen werden. Wenn die EU es geschafft hat, die Balkanländer für den EU-Beitritt zu trimmen, kann sie diese Erfahrung nun im Südkaukasus anwenden. Sicherlich wird die EU bei der Erweiterung auf den Kaukasus bis an die äußerste Grenze ihrer politischen und finanziellen Belastbarkeit gehen müssen. Aber sie wird dafür den Frieden in der Region des Kaspischen Meeres gewinnen und die notwendige alternative Energiebeschaffungsstrategie zur Geltung bringen.

Die sechste Frage betrifft die Reintegration auf dem post-sowjetischen Raum. Hat die faktische Annexion Abchasiens und Südossetiens durch Russland die anderen ehemaligen Sowjetrepubliken verschreckt oder stehen sie, aufgrund des Fehlverhaltens Georgiens, an der Seite Russlands? Offensichtlich wird Russland in den nächsten Jahren versuchen, eine Reintegrationspolitik in der Region zu starten. Inwieweit der Unionsstaat Russland-Belarus als künftiges Auffangbecken für integrationswillige Länder gelten kann, sei dahingestellt. Heute ist das autoritäre Russland für die Eliten seiner Nachbarländer kein attraktiver Partner. Wirtschaftlich möchten die GUS-Staaten jedoch mit Russland eng zusammenarbeiten. In ein von Russland geführtes Bündnis gegen die NATO einzutreten, werden die GUS-Staaten jedoch nicht wagen. Auch ein so treuer Vasall Russlands wie Belarus wird Bauchschmerzen vor einer Installierung von Raketenabwehrstrukturen gegen den Westen haben. Die NATO könnte jedoch eine Gegenreaktion in manchen ehemaligen Sowjetrepubliken

provozieren, wenn sie weiterhin die Sicherheit einiger ausgewählter Länder auf Kosten der Sicherheit anderer Länder fördert.

Die siebte Frage betrifft die Ukraine. Wird der ukrainische Präsident Juschtschenko möglicherweise Saakaschwilis Husarenstück wiederholen, indem er durch eine gezielte Provokation auf der Krim einen Konflikt mit der russischen Schwarzmeerflotte heraufbeschwört, um sich in der westlichen Öffentlichkeit als Opfer einer russischen Aggression darzustellen – um über die Hintertür in die NATO zu schlüpfen? Und könnten russischen Militärs möglicherweise ihrerseits einen Konflikt mit den ukrainischen Behörden in Sewastopol provozieren, um ihren Präsidenten Medwedew in Richtung einer neoimperialistischen Politik zu lenken?

Dann die achte Frage betrifft die Perspektiven einer strategischen Partnerschaft des Westens mit Russland. Medwedew wird jedenfalls nicht müde zu beteuern, dass Russland weiterhin einen zivilisatorischen gemeinsamen Raum mit der EU aufbauen möchte. Möglicherweise könnte eine gemeinsame Raketenabwehr der Europäer, Amerikaner und Russen einige der heutigen Konfliktlinien in der europäischen Sicherheitspolitik neutralisieren. Die USA und Russland müssten nur bereit sein, Militärtechnologien wirklich miteinander auszutauschen. Eine gemeinsame Raketenabwehr gegen mögliche Gefahren und Bedrohungen aus dem Süden würde das Vorrücken der NATO in den Südkaukasus für Moskau weniger zu einem sicherheitspolitischen Problem erscheinen lassen. Dem künftigen amerikanischen Präsidenten wäre zu raten, auf der Grundlage der Raketenabwehr eine neue strategische Partnerschaft mit Moskau anzudenken. Eine reine Juniorpartnerschaft mit dem Westen wird Moskau aber nicht eingehen. Der Westen muss eine neue Russlandstrategie entwickeln, die auch der wiedergewonnenen Bedeutung Russlands Rechnung trägt. Am besten auf der Grundlage einer Kohabitation in Europa. Der nächste amerikanische Präsident könnte sagen: Ich habe eine Vision für eine atlantisch-eurasische Weltordnung mit Russland in der NATO.

Die neunte Frage betrifft Medwedews liberalen Reformgeist.

Wird der junge Präsident seine Wirtschaftsmodernisierung durchsetzen können, oder divergiert Russland endgültig zu einem autoritären Staat? Fakt ist, dass sich Russland ohne konstruktive Zusammenarbeit mit dem Westen nicht modernisieren kann. Reziprozität ist in den Wirtschaftsbeziehungen angesagt. Ein eiserner Vorhang für russische Investoren nach Europa ist kontraproduktiv und wird sich kaum realisieren.

Die zehnte Frage betrifft Deutschland. Kann Berlin seine Mittlerfunktion zwischen West und Ost aufrechterhalten? Kann Deutschland die transatlantische Gemeinschaft und die EU vor einem Abgleiten in einen neuen Kalten Krieg bewahren? Wahrscheinlich ist diese schicksalhafte Aufgabe eine der wichtigsten in der künftigen deutschen Außenpolitik.



Ministerpräsident Wladimir Putin mit dem Verfasser Alexander Rahr (vorne l.) beim Spaziergang im Park von Sotschi im September 2008.

(© Piotr Dutkiewicz)

---

## Personenregister

- Abramowitsch, Roman 129, 150, 246  
Afanasiewitsch, Anatoli 45  
Aksenenko, Nikolai 128  
Albaz, Jewgenia 145  
Alekperow, Wagit 102  
Aliew, Ilham 252  
Alisow, Wladimir 62  
Andropow, Jurij 54, 58 ff., 67, 78  
Ardenne, Manfred von 71
- Bagapsch, Sergei 262, 266  
Basajew, Shamil 135  
Beresowski, Boris 102 f., 105, 110, 113 f., 119, 125, 127 ff., 133, 138 f., 146  
Berlusconi, Silvio 247  
Böhm, Horst 71  
Borodin, Pawel 106 f., 126  
Breschnew, Leonid 16, 18, 39, 46, 49, 54, 58, 60, 285  
Bush, George W. 11, 164 f., 169, 172 f., 192, 210, 240, 242, 266 f., 277
- Cheney, Dick 248, 267  
Chodorkowski, Michail 24, 28, 103, 148 f., 151, 153 f., 172, 281  
Chruschtschew, Nikita 16, 18, 39, 42 f., 48, 67, 244
- Djatschenko, Tatjana 103, 110, 126  
Drozdow, Igor 62
- Eliseew, Ilja 96 f.
- Fradkow, Michail 151  
Fridman, Michail 103
- Gajdar, Egor 87, 101  
Gamsachurdia, Zwiad 238  
Gidaspow, Boris 86  
Glos, Michael 21  
Gorbatschow, Michail 16 ff., 24, 49, 60, 67, 71 ff., 75, 78 f., 84 ff., 161, 168, 192, 268  
Grant, Charles 264  
Gryzlow, Boris 140  
Gusinski, Wladimir 103, 149  
Guzan, Alexander 62  
Guzan, Natalia 62
- Honecker, Erich 71  
Hoppe, Hans-Joachim 71
- Iwan V., Zar 18  
Iwanow, Anton 62, 96  
Iwanow, Igor 171  
Iwanow, Sergei 20, 72, 97, 125, 142, 150, 158 ff., 284  
Iwanow, Viktor 142
- Jakowlew, Wladimir 95, 97  
Janukowitsch, Viktor 255  
Jastrschembski, Sergei 169 f.  
Jawlinski, Grigori 210

- Jeliseew, Ilja 62  
 Jelzin, Boris 15, 18, 27 f., 31, 73, 75,  
 84 ff., 91, 94, 98, 100, 102 f.,  
 107 ff., 118, 120, 122 ff., 136, 144,  
 152, 167 f., 174, 193, 199, 239,  
 266  
 Jürgens, Igor 201  
 Juschtschenko, Viktor 245, 255, 287
- Kadyrow, Ramsan 260 f.  
 Karaganow, Sergei 189  
 Kasak, Dmitri 88  
 Kasanzew, Sergei 62  
 Kasjanow, Michail 151  
 Kasparow, Garri 272  
 Kennan, George 167, 221  
 Kennedy, John F. 244, 264  
 Kirijenko, Sergej 114 f., 117 f.,  
 121  
 Kogan, Wladimir 97  
 Kohl, Helmut 83, 174, 268  
 Kokoity, Eduard 262 f., 266  
 Korschakow, Alexander 94, 103  
 Kosak, Dmitri 141 f.  
 Koschin, Wladimir 142  
 Krjutschkow, Wladimir 71, 73 ff.,  
 78 f., 84  
 Krotow, Michail 62  
 Kudrin, Alexei 98, 110, 159, 209
- Laqueur, Walter 171  
 Lawrow, Sergei 272  
 Lebed, Alexander 84, 105 f., 110,  
 112  
 Lenin, Wladimir 18, 40, 60  
 Lieven, Anatol 265  
 Linnik, Swetlana 52  
 Litwinenko, Alexander 29  
 Lukaschenko, Alexander 254  
 Luschkow Juri 104 f., 113, 118, 122,  
 125, 129, 136, 139, 144
- Mangold, Klaus 21  
 Maschadow, Aslan 135  
 Mawrin, Sergei 62  
 McCain, John 24, 265, 267  
 Medwedew, Afanasi 44 ff.  
 Medwedew, Anatoli 45 ff.  
 Medwedew, Andrei 47  
 Medwedew, Benjamin 48  
 Medwedew, Dmitri 8, 14 ff., 19 ff.,  
 30 ff., 39, 45, 47, 52 f., 58, 60 ff.,  
 70 f., 75 f., 80 ff., 86 ff., 90, 94,  
 96 f., 100, 107, 133, 141 ff., 148 ff.,  
 154, 157 ff., 188 ff., 192, 195 ff.,  
 206 ff., 215 ff., 221, 223 f., 229 f.,  
 232, 235, 237, 243, 249, 251,  
 254, 257, 270, 273 ff., 278 ff.,  
 287  
 Medwedew, Fedor 44  
 Medwedew, Julias 48  
 Medwedew, Nadeschda 44 f.  
 Medwedew, Swetlana 45  
 Meister, Stefan 200  
 Merkel, Angela 21 f., 35, 176, 188,  
 236 f., 249  
 Michail I., Zar 17 f.  
 Miller, Alexei 88, 149  
 Milosevic, Slobodan 243  
 Mironjuk, Swetlana 277  
 Modrow, Hans 71  
 Moisi, Dominique 191  
 Montbrial, Thierry de 264  
 Musin, Waleri 62
- Naryschkin, Sergei 88, 162  
 Nasarbaew, Nursultan 185  
 Nemzow, Boris 110, 113  
 Nikolaus II., Zar 80  
 Nikonow, Vjatscheslaw 210
- Obama, Barack 25, 32  
 Ohrysko, Wolodymyr 269

- Patruschew, Nikolaj 116, 142  
 Pawlow, Walentin 79  
 Pertes, Volker 265  
 Peter I., der Große, Zar 18, 80, 193  
 Politkowskaja, Anna 29  
 Pollyewa, Dschachan 136  
 Ponte, Carla del 126  
 Popowa, Dominia 44  
 Potanin, Wladimir 103, 113  
 Primakow, Jewgenij 96, 122 ff.,  
 128 f., 134, 136, 139, 144  
 Puschkow, Alexej 166 f.  
 Putin, Iwan 40  
 Putin, Maria 41  
 Putin, Spiridon 40, 71  
 Putin, Wladimir 7 f., 14 ff., 19 ff.,  
 26 ff., 36, 39 ff., 53 f., 56 f., 62 ff.,  
 70 ff., 76 f., 80, 82 ff., 90 ff., 97 f.,  
 100, 106 f., 110, 112, 115 f., 118,  
 120, 125, 127, 133, 136 ff., 152,  
 154, 157, 159 ff., 164, 166, 169 ff.,  
 182, 184 f., 187, 189, 190, 192,  
 196, 198 ff., 209 f., 213, 215,  
 217 f., 221 ff., 229 f., 232 f., 240,  
 242 ff., 247, 249, 251 f., 254 ff.,  
 261 ff., 266 ff., 273 ff., 277,  
 279 ff.  
 Putin, Wladimir jun. 41  
 Putin, Wladimir sen. 40 f.  
 Putina, Ljudmila 96  
 Putina, Maria 40  
  
 Rajkin, Arkadi 66  
 Reagan, Ronald 58, 285  
 Resnik, Wladislaw 90  
 Rice, Condoleezza 241, 263, 267 f.,  
 277  
 Rogosin, Dmitri 165 f., 190 f.  
 Romanow, Filaret 18  
 Romanow, Grigorij 49  
 Ruzkoj, Alexander 18, 91  
  
 Saakaschwili, Michail 229, 231 ff.,  
 235 f., 240 ff., 245, 247 ff., 251 ff.,  
 263, 266 f., 272 f., 277, 285,  
 287  
 Sacharow, Andrej 57, 73  
 Sarkozy, Nicolas 189 f., 235 f.  
 Schaposchnikow, Sergei 47  
 Schaposchnikowa, Julia 47  
 Scharonow, Andrei 201  
 Schelomow, Iwan 40  
 Schelomowa, Maria 40  
 Schewardnadse, Eduard 34  
 Schirinowski, Wladimir 74, 92, 112,  
 210  
 Schkrebnewa, Ljudmila 66  
 Schröder, Gerhard 20, 172, 174 ff.,  
 268, 271  
 Schtschegolew, Igor 142  
 Schukow, Alexander 209  
 Schuwalow, Igor 88, 162, 202  
 Setschin, Igor 88, 141 ff., 159 f., 162,  
 202 f.  
 Sjuganow, Gennadi 100, 113  
 Skuratow, Jurij 126 f.  
 Smolenski, Alexander 103, 113  
 Sobjanin, Sergei 162  
 Sobtschak, Anatoli 56 f., 61 ff., 71,  
 74 ff., 79 ff., 83, 85 f., 88 f., 91 ff.,  
 97 ff., 127 f., 141, 149, 159  
 Solschenizyn, Alexander 55  
 Soros, George 113  
 Soskowez, Oleg 94  
 Stalin, Josef 18, 39 f., 45, 54  
 Steinmeier, Frank-Walter 20 f., 25,  
 230, 236  
 Stepaschin, Sergej 128 f., 136  
 Strauss-Kahn, Dominique 8  
 Subkow, Viktor 88, 141, 160, 202  
  
 Timoschenko, Julia 255  
 Tscherkesow, Wiktor 125

## Personenregister

---

- Tschernenko, Konstantin 60  
Tschernomyrdin, Viktor 113 ff.,  
148  
Tschubais, Anatoli 15, 87, 98 f., 101,  
103 f., 110, 113, 121, 128, 178  
Tschujtschenko, Konstantin 62,  
149 f.
- Winitschenko, Nikolai 62  
Wjachirew, Rem 102  
Wolff, Otto von Amerongen 83  
Woloschin, Alexander 127, 142, 149,  
151, 161
- Xiaping, Deng 59

---

**Bitte beachten Sie  
die folgenden Seiten**



## Gabriele Krone-Schmalz *Was passiert in Russland?*

*Russland – Freund oder Feind?*

Kritisch, klug und objektiv setzt sich die Russland-Expertin mit den gängigen Vorurteilen über die alte neue Weltmacht auseinander.

Gabriele Krone-Schmalz hat als ARD-Korrespondentin den Umbruch in der Sowjetunion miterlebt und die darauf folgende Entwicklung Russlands genau beobachtet. Sie weist auf die Diskrepanzen zwischen der russischen Realität und den Stereotypen in der westlichen Wahrnehmung hin und zeigt bewusste und unbewusste Verfälschungen im gängigen Russlandbild auf. Dabei scheut sie vor zentralen Reizthemen wie Putins »geleiteter Demokratie«, Energiepolitik, Pressefreiheit, Tschetschenien nicht zurück.

256 Seiten, Karten, ISBN 978-3-7766-2525-7, Herbig

Als Hörbuch, gelesen von Gabriele Krone-Schmalz:  
3 CDs, ISBN 978-3-7844-4138-2  
LangenMüller | Hörbuch

# Lesetipp

BUCHVERLAGE  
LANGENMÜLLER HERBIG NYMPHENBURGER  
WWW.HERBIG.NET



## Hans-Ulrich Seidt *Berlin – Kabul – Moskau*

*Oskar Ritter von Niedermayer und  
Deutschlands Geopolitik*

Exotische Forschungsreisen, geheime Missionen in Persien und Afghanistan, verdeckte Militärbeziehungen zwischen Berlin und Moskau, deutsche Flugzeuge über Bagdad: Oskar Ritter von Niedermayer (1885 – 1948) stand als Abenteurer, Wissenschaftler und Militäragent immer an den Brennpunkten der Weltpolitik. So wurde er zu einer der geheimnisvollsten Persönlichkeiten der deutschen Außenpolitik.

Wer die historischen und geopolitischen Grundlagen des 21. Jahrhunderts verstehen möchte, der wird in Niedermayers Leben und Werk verblüffende Einsichten und eindringliche Warnungen finden.

512 Seiten, ISBN 978-3-8004-1438-3  
Universitas

# Lesetipp

UNIVERSITAS  
[WWW.UNIVERSITAS-VERLAG.DE](http://WWW.UNIVERSITAS-VERLAG.DE)